

Spezialausgabe 1. August

Nummer 31/32 – 30. Juli 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN

mach linkes

Ben

Zur Lage der Nation:

Rudolf Strahm, Anita Fetz, Helmut Hubacher, Thilo Sarrazin,
Jean Ziegler, Andreas Ladner, Christoph Blocher, Tim Guldemann,
Jacqueline Badran, Christoph Mörgeli, Romana Ganzoni, Polo Hofer
u. v. a. m.

Cover-Gestaltung: Ben Vautier





BESTE AUSSICHTEN AUF SCHNELLE GESUNDUNG

Wir sind als Privatklinik auf ausgewählte chirurgische Fachgebiete spezialisiert. Unsere Kompetenzbereiche präsentieren wir Ihnen ausführlich im Internet auf www.pyramide.ch. Ihr Wohlbefinden ist unser oberstes Gebot. Wir behandeln und pflegen Sie mit Fürsorge und haben stets ein offenes Ohr für Ihre persönlichen Anliegen. Damit Sie auch schnell wieder gesund werden.



KLINIK PYRAMIDE ▲ SPITZE FÜR SIE

BELLERIVESTRASSE 34, CH-8034 ZÜRICH, TEL. +41 44 388 15 15, FAX +41 44 381 26 26, WWW.PYRAMIDE.CH, INFO@PYRAMIDE.CH

Intern

Die Linke entstand als Widerstandsbewegung gegen den als ausbeuterisch empfundenen Urkapitalismus des Industriezeitalters, noch früher als Aufstand gegen den aristokratischen Obrigkeitsstaat. Das 20. Jahrhundert stand ganz im Zeichen sozialdemokratischer Errungenschaften. Der Sozialismus ging zwar bankrott und verursachte in seiner totalitären Ausprägung gemäss Schätzungen an die hundert Millionen Todesopfer. Der Sozialdemokratismus blieb davon erstaunlich unbeschädigt und setzte seine Anliegen mehrheitlich durch. Wir leben heute in üppig ausgebauten Sozialstaaten, die Gleichberechtigung der Geschlechter ist eine Tatsache, Umverteilung und links-grüne Energiekonzepte sind Alltag geworden, bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein.

Die *Weltwoche* ist eine Zeitung mit klarer Ausrichtung, aber auch mit grosser innerer Offenheit. Es ist bekannt, dass wir den sozialistischen und sozialdemokratischen Rezepten wenig abgewinnen können. Meistens kommen die Linken in diesen Spalten schlecht weg. Das hat auch damit zu tun, dass sich die Sozialdemokraten in den letzten Jahren stark nach links bewegt haben. Die Zeiten sind vorbei, als mutige Reformer wie Britanniens Premier Tony Blair oder später unter Druck auch der deutsche Kanzler Gerhard Schröder ihre sozialdemokratischen Parteien vermehrt nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen näher an die Realität heranführen wollten. Ihre Projekte geniessen nach wie vor Respekt, gelten aber als gescheitert.

In dieser Ausgabe zum 1. August unternehmen wir daher den Versuch, die Schweiz für einmal «von links» zu betrachten. Wir haben namhafte Sozialdemokraten aus dem In- und Ausland gebeten, ihre Sichtweisen auf die Schweiz darzulegen. Vor allem aber werden hier aus berufenem Munde Diskussionsanstösse geliefert für eine aus unserer Sicht längst überfällige Modernisierung der Linken, die heute wahlweise realitätsfern oder verstaubt wirkt. Zu Wort kommen auch pointierte bürgerliche und liberale Denker und Politiker, die sich darüber Gedanken machen, warum die Schweiz in den letzten Jahren – parallel zur SP – so ausgeprägt nach links gekippt ist.

Es geht aber nicht nur um Politik. Kultur und Gesellschaft spielen ebenfalls eine Rolle; ausserdem wird auch ausdrücklich auf sozialdemokratische Verdienste und Leistungen hingewiesen, ohne die es die Schweiz von heute so nicht gäbe. Die redaktionelle Konzeption dieses Sonderhefts lag bei Produktionschef Lukas Egli, die Umsetzung besorgte Benjamin Bögli. Wir danken den Kollegen herzlich für die geleistete Arbeit!

Es ist schon fast zur Tradition geworden, dass ein namhafter Schweizer Künstler das Titelblatt der Sonderausgabe zum 1. August gestaltet. Nach Hans Erni (2012), Rolf Knie (2013) und Pipilotti Rist (2014) hat sich dieses Jahr Ben Vautier bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen. Vautier, der seit vielen Jahren in Nizza lebt, kennt man hierzulande vor allem noch für seinen Beitrag im Schweizer



Beziehung zur Schweiz: Künstler Ben Vautier.

Pavillon an der Weltausstellung in Sevilla von 1992: Sein Schriftzug «La Suisse n'existe pas» sorgte für einen der grössten Kunstskandale, die die Schweiz je erlebt hat. Das Parlament beschäftigte sich in einer emotional geführten Debatte mit dem Werk, der Bundesrat sah sich gezwungen, eine Stellungnahme dazu abzugeben. Jetzt, 23 Jahre später, liefert Vautier mit «nach links» die Parole für das Sonderheft, das sich mit der Schweiz und ihrer Linken befasst.

Sosehr Ben Vautier in der Schweiz als Provokateur gilt, an seinem Wohnort Nizza wird er ganz anders wahrgenommen. Dort ist der Achtzigjährige ein allseits beliebtes Stadtoriginal, ein Volkskünstler, ähnlich populär wie hierzulande einst Jean Tinguely. Kulturredaktor Rico Bandle hat Vautier in seinem Anwesen besucht und Erstaunliches über das Leben und die spezielle Beziehung des Künstlers zur Schweiz erfahren. **Seite 90**

In eigener Sache: *Weltwoche*-Chefredaktor Roger Köppel hält am Samstag drei Ansprachen zum 1. August. Ort und Zeit: Oberembrach: 12.30 Uhr; Dielsdorf: 19 Uhr; Erlenbach 21 Uhr.

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgele, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Fabian Gimmi (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@aextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Ja zur Schweiz

Der Nationalstaat bleibt der einzige funktionierende Rahmen für Demokratie, Rechtsstaat und Machtkontrolle. Die Schweiz ist zukunftsweisend als eine Verwirklichung der Demokratie.

Von Roger Köppel

Die Schweiz ist ein genialer politischer Organismus. Sie lebt nicht nur vor, wie man als Kleinstaat seit Jahrhunderten erfolgreich durch die Stürme der Geschichte segelt. Sie hat Europa und der Welt viele Dienste erwiesen. Es ist ihr gelungen, eine Art Nationalpark der Freiheit und der Selbstbestimmung gegen alle Anfechtungen zu erhalten. Sie hat einem neidvoll staunenden Publikum vorgeführt, wie sich unterschiedliche Konfessionen, Sprachgruppen und Mentalitäten zu einer erfolgreichen politischen Selbsthilfeorganisation zusammenraufen können, in der tatsächlich die Interessen der Bürger und nicht die Staatsräson das Mass der Dinge ist.

Die Schweiz ist als Sonderfall ein Erfolgsmodell. Die Zuwanderung bleibt ungebrochen. Die Zahl der hier domizilierten Weltkonzerne ist beeindruckend. Die Wirtschaft profitiert direkt von einem Staat, der bewusst so eingerichtet wurde, dass Eigeninitiative, Tüchtigkeit und Eigentum geschützt und belohnt werden. In der Schweiz ist realisiert, was der deutsche Philosoph Hegel als zentrales Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft erkannte: dass die Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe und ihres Glaubens, aufgrund der Leistung beurteilt werden, die sie in den Augen anderer erbringen.

Wer zu den Gründen geht, geht zugrunde

Die Schweiz bleibt ein Vor- und Inbild von Bodenhaftung und gesundem Menschenverstand. Die Schweizer sprechen ungern von Prinzipien, lieber von Lösungen. Die schweizerische Sorgfalt ist etwas ganz anderes als die deutsche Gründlichkeit, zu der Nietzsche der interessante Satz einfiel: «Man geht zugrunde, wenn man immer nur zu den Gründen geht.» Die Schweizer sind praktischer, normaler, traditioneller veranlagt als die metaphysisch besessenen Deutschen und weltoffener als die in faszinierenden Girlanden um sich selber kreisenden Franzosen. Das herbe Leben in den Bergen hat die Schweizer, eine kontinentale Variante der seefahrenden Briten, mit einem robusten Wirklichkeitssinn ausgestattet, der sich im Lauf der Jahrhunderte in klug gebauten staatlichen Institutionen verfestigte.

Es ist ein Rätsel, wenn nicht eine Verrücktheit, dass ausgerechnet führende Schweizer Politiker und Wirtschaftsfunktionäre mit ihren Verbänden an vorderster Front ihren

bewunderten Staat demontieren. Die Unabhängigkeit des Landes soll durch einen EU-«Rahmenvertrag» in europäischem Recht unter europäischen Richtern aufgelöst werden. Es wäre, sollte das Vorhaben des Aussenministers tatsächlich durchkommen, der Untergang der 724 Jahre alten Schweiz, die auf dem Anspruch der Selbstbestimmung gegen Fremdherrschaft gegründet wurde. Der Bundesrat weigert sich, Volksentscheide umzusetzen. Internationales Recht soll demokratisch gesetztem Landesrecht vorgehen. Der Staat stellt immer mehr Beamte und Lohnempfänger an. Die Finanzministerin bekommt fast einen Tobsuchtsanfall, wenn sie mit der Forderung konfrontiert wird, die Ausgaben auf dem Niveau des letzten Jahres einzufrieren.

Lustobjekt auswärtiger Interessen

Die Regierenden machen die Schweiz zum Lustobjekt auswärtiger Interessen. Ob und wie die vom Volk gewünschte Zuwanderungsbegrenzung angewandt wird, überlässt die Bundespräsidentin erklärermassen den Wünschen der EU. Das Wirken des Bundesrats scheint darauf abgezielt, in Brüssel möglichst wenig Anstoss zu erregen. Die «Verlässlichkeit» der Schweiz gegenüber dem Ausland

müsse verstärkt werden, fordert allen Ernstes ein führender Schweizer Diplomat, der diesen Herbst als Nationalratskandidat der SP antritt. Dass die Schweizer Regierung zunächst und vor allem die demokratisch ermittelten Aufträge des Souveräns verlässlich ausführen müsste, ist diesem Weltbild eine gänzlich fremde Vorstellung. Das «Unbehagen am Kleinstaat», der ungestillte Durst nach Grösse und Bedeutung, bringt diese komplexbehafteten Euro-Schweizer gegen die Schweiz auf, von der sie ihren Lohn beziehen.

Die Schweiz, formulierte der Germanist Karl Schmid, ist ein «schroffes Nein» zum europäisch-zentralistischen Verwaltungsstaat. Sie hat sich ihren Platz auf der politischen Landkarte hart und unter Opfern erkämpfen müssen. Die militärischen Erfolge im 14. und 15. Jahrhundert von Morgarten bis Sempach und Murten/Nancy legten die Grundlage. Beeindruckend bleibt, wie die Schweizer im 19. Jahrhundert den liberalen Bundesstaat gegen die lauenden Monarchien Österreich, Preussen und Frankreich ertrotzten. Zum Schutz seines Fürstentums Neuenburg wollte Preussenkönig Friedrich Wilhelm IV. im Januar 1857 gar eine Armee von 100 000 Mann auf eine Strafexpedition in die Eidgenossenschaft schicken. Der Bundesrat zeigte grimmig die Zähne. Das Volk stand einträchtig zusammen, nur wenige Jahre nach den Entzweigungen des Sonderbunds. Wenn der König den Krieg haben wolle, könne er ihn haben. Friedrich Wilhelms Soldaten blieben in den Kasernen.

Die Verzagten von Bern

Was unterscheidet die Gründer des Bundesstaats von der heute amtierenden Riege? Die Liberalradikalen von damals standen zur Schweiz, ohne Wenn und Aber. Sie glaubten an den Staat, den sie gegen feindselige Grossmächte aufgebaut hatten. Die Erhaltung der Unabhängigkeit, die Sicherung der politischen Handlungsfreiheit des Landes, war ihr oberstes Ziel. Noch wach war die Erinnerung an den schmählichen Zusammenbruch der morschen Eidgenossenschaft unter französischem Druck lediglich fünfzig Jahre zuvor. Dass sich die Schweiz so rasch von diesem Schwächeanfall erholen konnte, beeindruckte während des «Neuenburgerhandels» ganz Europa. Der Glaube an sich selbst und der Glaube an die Legitimität und Vernünftigkeit der eigenen Demokratie machten den Unterschied.

Man soll jetzt nicht mit dem Einwand kommen, heute sei alles anders. Heute ist es für die Schweizer mit Sicherheit einfacher als für die an mehreren Fronten von nervösen Armeen bedrohten Eidgenossen des 19. Jahrhunderts. Die Schweiz hat sich längst etabliert. Die Europäer sind nach zwei Weltkriegen vorderhand von ihrer Kriegslust und von ihren militärischen, wenn auch nicht von ihren politischen





Wie eine tyrannische Geliebte: Bundespräsidentin Sommaruga und EU-Chefkommissar Juncker in Brüssel, Februar 2015.

Hegemonialabsichten geheilt. Noch immer rufen Regungen schweizerischen Unabhängigkeitswillens jenseits der Grenzen Respekt und Bewunderung hervor. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative erzeugte sehnsüchtige Zustimmung in den gelenkten Demokratien der EU. Der Verzweiflungsakt der Nationalbank, den Franken endlich wieder vom Euro zu lösen, wurde in Deutschland als mutiger Befreiungsschlag geradezu jubelt. Sobald die Schweiz den Mut aufbringt, nach ihren wohlüberlegten Interessen zu handeln, erntet sie Anerkennung.

Wann merken es die Verzagten von Bern, sofern sie es überhaupt merken wollen? Die Schweiz hält mit ihrer urfreisinnigen, direkt-demokratischen Staatsform einen unschätzbaren Trumpf in der Hand. Die hochstilisierten bilateralen Verstimmungen mit der EU sind doch kein nennenswertes Problem, verglichen mit den Gefahren und Bedrohungen, die die Schweiz im Lauf ihrer Geschichte immer wieder zu bestehen hatte. Das panische Gejammer wegen einer geringfügigen Vertragsänderung zur sogenannten Personenfreizügigkeit ist nicht Ausdruck einer objektiv vorhandenen Krise, sondern sie steht für das gebrochene Selbstbewusstsein unserer politischen Führung, die nicht mehr wirklich zur

Schweiz steht. Der heimlich in Brüssel verliebte Bundesrat ist vermutlich die letzte Regierung in Europa, die sich von der EU noch einschüchtern und zusammenfallen lässt, eben wie von einer tyrannischen Geliebten.

Fleissiger und irgendwie entspannter

Es gibt keine Autorität ohne ein Ethos der Überzeugung. Die weltweit beneidete Schweiz könnte, ja müsste ihr Selbstvertrauen aus sich selber schöpfen. Sie gibt das eindruckliche Beispiel einer intakten Demokratie, die durch Fleiss, Anstrengung, Glück und weltweite unternehmerische Risikobereitschaft beträchtlichen Wohlstand schaffen konnte. Es ist ein Wunder, aber auch das Werk willensstarker, kluger Führung, dass sie mitten auf einem gewaltreichen, immer wieder zerstampften Kontinent 724 Jahre überstand, ohne dass der Faden je gerissen wäre. Wer die Grenzen in die Schweiz überschreitet, realisiert sofort, dass es hier anders, aufgeräumter, sauberer, freundlicher, fleissiger und doch irgendwie entspannter zugeht. Es gibt nach wie vor keinen Grund dafür, dass die Schweiz vor dem Ausland in die Knie geht oder sich für ihre Eigenheiten entschuldigt. In einem unübersichtlich von oben gesteuerten Funktionärs- und Technokraten-Europa nährt die Schweiz mit ihrer

bodennahen und einigermaßen realen Politik die berechtigte Hoffnung, dass am Ende eben doch der Staatsbürger als «Bürger im vollen Sinne» (Jacob Burckhardt) nach wie vor das Sagen haben kann.

Im nächsten Herbst werden Parteien und Politiker Erfolg haben, die aufrichtig und im Wortsinn unverschämt zur Schweiz stehen. Das hat mit Nationalismus nichts zu tun, wohl aber mit der sich allseits ausbreitenden Überzeugung, dass der Nationalstaat auch in der heutigen, angeblich zusammenwachsenden Welt den einzig funktionierenden Rahmen für Rechtsstaat und Demokratie, für Freiheit und Eigenverantwortung abgibt, weil nur im Nationalstaat die Macht der Regierungen wirksam begrenzt und kontrolliert werden kann. Die modische Anbetung verkopfter internationaler Grossraumstrukturen ist längst der vernünftigen, nennen wir sie ruhig: konservativen Einsicht gewichen, dass das Gewachsene und praktisch Bewährte dem Konstruierten und Künstlichen überlegen ist. Die Schweiz feiert ihren Geburtstag im Bewusstsein, dass sie nach wie vor auf der Höhe der Zeit ist, vielleicht noch nie so notwendig wie heute – als eine Verwirklichung von Demokratie, Freiheit und Fortschritt, die in der Welt ziemlich einsam, aber zukunftsweisend ist.



Risiken vermindern: Manuel Sager. Seite 20



«*Very dangerous*»: Migranten in Ungarn. Seite 16



«*Doppelt attraktiv*»: Andreas Ladner. Seite 50



Frische Brise: Mattea Meyer. Seite 40

Kommentare & Analysen

- 4 **Editorial**
- 11 **Kommentar** Durch die Wechselkursbrille
- 11 **Im Auge** John M. Grunsfeld, Weltraumforscher
- 12 **Migration** Die Faust aus dem Sack
- 13 **Terrorismus** Türkische und kurdische Hitzköpfe
- 13 **Liberalismus** In Hayeks Ecke
- 14 **Personenkontrolle** Esseiva, Markwalder, Furrer Hugi, Wasserfallen, Thalhammer, Beutler, Balzaretti, De Niro, Willis
- 14 **Nachruf** Bobbi Kristina Brown (1993–2015)
- 16 «**Wir sind viele. Ihr nicht**»
Reportage aus dem serbisch-ungarischen Grenzgebiet
- 19 **Eritreer** Schweizer Sozialgeld in Afrika
- 20 «**Mit einer gewissen Bescheidenheit**»
Manuel Sager über die richtige Entwicklungspolitik
- 23 **Gotthard** Rückkehr des Alpen-Ajatollah
- 24 **Die Deutschen** Gewalt to go
- 24 **Wirtschaft** Alchemie und Rechenricks
- 25 **Ausland** Erdogans gordischer Knoten
- 26 **Mörgeli** Gedanken zum Schweizer Nein
- 26 **Bodenmann** SVP + VBS = 244 000 Franken pro Duro
- 27 **Medien** Alles, nur nicht proletarisch
- 27 **Gesellschaft** Frittierte Töne
- 28 **Darf man das? / Leserbrief**

Spezialausgabe: Zur Lage der Nation

- 31 **Inhalt**
- 32 «**Überwindung des Kapitalismus**»
Grosse Weltwoche-Umfrage: Was bedeutet linke Politik heute?
- 34 **Wahlen** Wie die Linke doch noch gewinnen kann
- 36 **Alte Ideale und neue Realitäten**
Rudolf Strahm über aktuelle Probleme linker Politik
- 40 **Architekten der Traumschweiz**
Sieben herausragende linke Persönlichkeiten
- 48 **Wenn Bürgerliche Gift trinken**
Christoph Blocher über Politiker und Wirtschaftsverbände
- 50 **Die SP: Extrem und erfolgreich**
Wo die Sozialdemokraten am wirkungsvollsten politisieren
- 54 **Statistik** Geld ausgeben mit links
- 56 «**Das zweite Wunder von Bern**»
Gespräch mit Helmut Hubacher, Doyen der Sozialdemokratie
- 60 **Die schlimmsten Scheinbürgerlichen**
Christoph Mörgeli über linke Ableger bei den Bürgerlichen
- 62 **Links sein macht Spass**
Wie die Linke die Wirklichkeit ausblendet
- 64 **Die Schweiz von unten**
Josef Lang zur Geschichte der Eidgenossenschaft
- 66 «**Meine relative Unsterblichkeit**»
Grosses Interview mit der Berner Rocklegende Polo Hofer

A wide-angle photograph of a massive concrete dam in a mountainous region. The dam is a long, curved structure made of grey concrete, with a metal railing along its top edge. It stretches across a valley, with a large reservoir of blue water on the right side. The surrounding landscape is rugged, with steep, rocky mountainsides covered in patches of green grass and small trees. The sky is bright blue with scattered white clouds.

Voller Energie bauen wir an der Energiezukunft.

Das Axpo Pumpspeicherwerk in den Glarner Alpen liefert Strom nach Bedarf: Es ist mit einer gigantischen Batterie vergleichbar und bringt Stromangebot und -nachfrage ins Gleichgewicht. Damit Sie sich auch in Zukunft jederzeit auf Ihre Stromversorgung verlassen können. Erfahren Sie mehr auf www.axpo.com



«Wir haben die Latte sehr hoch gelegt»: Mundart-Rocker Polo Hofer. Seite 66

72 Das Verbots-Gen in der linken DNA

Warum ist die Linke so intolerant geworden?

74 Wahlkompass Welche Politiker haben überzeugt, welche nicht?

76 Die Sozialdemokratisierung der EU

Die Europapolitiker sind in der Überlistung der Bürger geschickter geworden

79 Studium Wermuths akademischer Kraftakt

80 Stil Chronik der linken Ästhetik

84 Lieber angreifbar als unsichtbar

Blick hinter die Fassade der Grünen Aline Trede

86 Sex mit Jungsozialisten

Gespräch mit der Juso-Spitze über Sex, korrekte Anmache und Familie

88 Wo ist die Reformlinke?

In Deutschland spaltete sich die Linke an den Reformen

90 Ben existiert!

Besuch bei Ben Vautier, der 1992 den Slogan «La Suisse n'existe pas» erfand

94 Nur die Reichen und Mächtigen

Essay des Glarner SP-Politikers Marco Kistler

96 Gut, besser, links

Wie linke Bildungskonzepte aus Menschen Bessermenschen machen sollen

98 Glitzernde Oase der Sozialisten

Keine Schweizer Stadt wählt so links wie Lausanne

102 «Che confusiun!»

Jugenderinnerungen der Oberengadiner Autorin Romana Ganzoni

106 MvH trifft Rolf Knie, Zirkusunternehmer

Autoren in dieser Ausgabe

Rudolf Strahm



Der frühere SP-Nationalrat und Preisüberwacher ist so etwas wie das ökonomische Gewissen der Schweizer Sozialdemokratie. In dieser

Ausgabe analysiert der renommierte Wirtschaftsexperte das linke Dilemma zwischen Eigenverantwortung und Sozialstaatsidee. Seite 36

Romana Ganzoni



Die Bündner Schriftstellerin war 2014 für den Ingeborg-Bachmann-Preis nominiert. In ihrem Text für die *Weltwoche*-

Spezialausgabe erinnert sie sich an ihre Jugend im Oberengadin – und an ihre angeborene Unfähigkeit, rechts von links zu unterscheiden. Seite 102

Das Weltwoche- «Taschenheft».

Mit den Weltwoche-Apps für das iPhone oder das Android-Smartphone haben Sie auch unterwegs die Weltwoche immer dabei.



DIE WELTWOCH



Mit dem Combi-Steam kocht man gerne.

V-ZUG erleichtert Ihnen das Kochen mit einfachen und individuellen Lösungen. Der neue Combi-Steam MSLQ ist das weltweit erste Gerät, das konventionelle Beheizungsarten, Dampf und Mikrowelle in sich vereint. So macht schnelles und gesundes Kochen Freude: vzug.com



Schweizer Perfektion für zuhause



TRAUE KEINER
BODENHEIZUNG
ÜBER 25.
SANIEREN STATT
ERSETZEN.

Ist Ihre Bodenheizung älter als 25 Jahre? Dann besteht die Gefahr, dass Ihre Rohre schon spröde und verschlammte sind. Warten Sie nicht, bis ein teurer Ersatz nötig ist. Unser HAT-System macht Ihre Bodenheizung wieder wie neu. Günstig und ohne Baustelle.

Vereinbaren Sie jetzt eine Zustandsanalyse mit unseren Fachleuten:
www.naef-group.com/bodenheizung oder **kostenlos unter 0800 48 00 48.**


HAT-SYSTEM

Durch die Wechselkursbrille

Von Beat Gygi — Die Medien können die Stimmung in Firmen und Haushalten beeinflussen. Aber wer beeinflusst die Medien?



Der Pessimismus hat etwas nachgelassen.

Der starke Franken beherrscht heute die meisten Gespräche, wenn Firmenchefs über ihre Arbeit reden oder wenn Ökonomen ihre Ansichten und Prognosen zu den wirtschaftlichen Aussichten der Schweiz darlegen. Es liegt nahe, dass auch Journalisten wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Themen vorwiegend durch die Wechselkursbrille sehen und möglichst viel mit der Franken-Euro-Relation zu erklären versuchen. Das ist heikler, als man zunächst denkt.

Werden Aussenhandelszahlen veröffentlicht, steht rasch die harte Heimwährung zur Erklärung eines abgeschwächten Exports im Vordergrund. Viele Firmen haben jüngst ihre Halbjahreszahlen veröffentlicht, und im Fall von Umsatz- oder Gewinneinbussen haben die Manager vor allem vom Wechselkursstress gesprochen. Auch der Abbau von Arbeitsplätzen ist leicht mit dem Franken-Euro-Kurs in Zusammenhang zu bringen. Die Medien haben diese Botschaften auf breiter Front ins Publikum gebracht und damit die Währungsfrage ins Zentrum gerückt.

Dieser Tage waren die Arbeitsmarktzahlen an der Reihe. «Trügerische Ruhe am Schweizer Arbeitsmarkt», «Im Herbst wird's für die Angestellten ungemütlich», «Jedes zweite Unternehmen streicht Stellen» oder «Zahl der ausgeschriebenen Jobs ist um die Hälfte einge-

brochen» lauteten die Schlagzeilen in grossen Zeitungen. Auch in diesen Artikeln überstrahlten die Hinweise auf die Wechselkursprobleme die anderen Aspekte. «Überstrahlen» ist zwar der falsche Begriff, denn die Medienberichte haben die Welt nicht hell, sondern düster dargestellt, besser ist wohl: «überfärben».

Studien nach Bedarf

«Färben» bedeutet vor allem, dass die Journalisten dem Publikum zu verstehen geben, die Lage am Schweizer Arbeitsmarkt sei eigentlich bedrohlicher, als es heute scheint. Der Stellenabbau erfolge eben nicht sofort, aber das dicke Ende komme sicher im zweiten Halbjahr. Tatsächlich sind die Arbeitslosenzahlen seit der Wechselkursfreigabe im Januar nicht stark gestiegen, obwohl viele Beobachter damals einen Einbruch der Exportgeschäfte und den Abbau Zehntausender von Stellen vorausgesagt hatten. Um die unverminderte Bedrohlichkeit der Lage zu unterstreichen, haben die Journalisten jüngst Studien der Konjunkturforschungsstelle der ETH, der Nationalbank und des Beratungsunternehmens Deloitte herangezogen, die auf Umfragen in Firmen beruhen und zeigen, wie Manager die Geschäftslage und Erwartungen sehen. Es wird betont, dass viele Firmen erst am Verlagern von Arbeitsplätzen ins Ausland seien,

» Fortsetzung auf Seite 12

Sind wir nicht allein?



John M. Grunsfeld, Weltraumforscher.

Sie, die Aliens, wissen, wo sie uns finden», sagte der frühere Astronaut John Mace Grunsfeld vor vier Jahren. «Wenn es dort draussen Leben gibt, intellektuelles Leben, dann wissen sie, dass es uns gibt. Ein geeignetes Teleskop könnte uns entdecken.» Jetzt hat Grunsfeld, 56, ein führender Kopf der US-Weltraumbehörde Nasa, von ihrer eigenen Entdeckung berichtet: von «unserem nächsten Zwilling», von einem Planeten, der ähnliche Voraussetzungen für menschliches Leben aufzuweisen scheint und auf gleicher Distanz um eine Sonne kreist wie unsere Erde. Das Jahr dort dauert 385 Tage. Nur ist der Trabant Kepler-452b fünfmal grösser, er ist 1,5 Milliarden Jahre älter – und unvorstellbare 1400 Lichtjahre von uns entfernt.

Dagegen mutet die Präsenzzeit des hochdekorierten Astrophysikers John Mace Grunsfeld im All wimperschlagmässig kurz an: Auf acht Flügen umkreiste er insgesamt 58 Tage, 15 Stunden und 3 Minuten lang Mutter Erde. Während 58 Stunden schwebte er frei im Welt- raum. Er spezialisierte sich auf die Anwendungsmöglichkeiten von tragbaren Computern. Aus Spass rief er die beliebte Autoreparatur-Radioshow «Car Talk» an und beklagte sich über schlechte Frequenzen. Er liess es ein bisschen rauschen und kratzen. Bis dem Publikum aufging, dass da einer nicht aus einem fahrenden Lieferwagen, sondern aus dem Spaceshuttle «Atlantis» redete.

Nach seiner Ausmusterung als aktiver Weltraum-Cowboy übernahm Grunsfeld Manageraufgaben bei der Nasa. Er wandte sich, als erklärter Bewunderer des Mount-Everest-Erstbesteigers Sir Edmund Hillary, dem Klettern zu. Als er im Juni 2000 den windumtosten 6168 Meter hohen Mount McKinley in Alaska, den höchsten Berg Nordamerikas, zu Versuchszwecken mit geschluckten Thermometern im Körper erklimmen wollte, packte ihn die Höhenkrankheit, und er musste umkehren. Vier Jahre später liess er sich von der Nasa beurlauben und schaffte den Gipfel. Auch auf Kepler-452b soll es, sagt Grunsfeld, schöne Bergmassive geben.

Peter Hartmann

dass die Manager per saldo noch eine Verschlechterung der Geschäfte erwarteten und zudem im starken Franken ein Risiko fürs eigene Unternehmen sähen. Bei näherem Hinsehen zeigen die zitierten Erhebungen aber auch, dass die schlimmste Phase vielleicht vorüber ist; laut den Daten hat der Pessimismus der Chefs jüngst etwas nachgelassen.

Verzerrtes Bild von der Wirtschaft

Wo liegt nun das Problem? Das Problem liegt darin, dass es für Wirtschaft und Gesellschaft nicht egal ist, wenn Medienberichte wegen systematischer Färbung ein verzerrtes Bild von der Wirtschaft erzeugen und durch die Fokussierung auf die Währungsfrage von andern Themen ablenken. Der Vorwurf ist nicht abwegig. In einer Studie der Universität Düsseldorf haben Konstantin Kholodilin, Christian Kolmer, Tobias Thomas und Dirk Ulbricht gezeigt, dass Konsumenten, Unternehmen, Ökonomen und Medien bei der Wahrnehmung der Wirtschaftslage und Einschätzung der Zukunft ganz unterschiedlich ticken. Mit dem Medieninstitut Media Tenor haben die Autoren 86 000 Datensätze aus der Wirtschaftsberichterstattung in Fernsehen und Zeitungen in Deutschland bezüglich Inhalt und Tonfall ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass Ökonomen im Beurteilen der wirtschaftlichen Verhältnisse relativ treffsicher sind und dass Medienleute am stärksten zu Verzerrungen neigen – der negative Tonfall ist quasi ihr Markenzeichen.

Brisant ist das vor allem, weil die Medien offenbar am ehesten Gehör finden und die Stimmung von Managern und Konsumenten beeinflussen können. Die Autoren haben die ganze Kommunikation zwischen Firmen, Ökonomen und Medien mathematisch unter die Lupe genommen und gesehen, dass sich das Meiste gegenseitig beeinflusst: die Geschäftslage in Firmen wirkt auf die Erwartungen der Konsumenten, diese auf die Zukunftsplanung der Firmenchefs, diese auf Prognosen der Ökonomen und so weiter. Aber eine Gruppe steht ausserhalb: die Medien. Laut Auswertung sind sie immer die Ersten, die bestimmte Botschaften aussenden, die andern reagieren dann. So gesehen, können Zeitungen und Fernsehen tatsächlich eine schlechte Stimmung herbeireden, die auf Investitionen und Arbeitsplätze drückt.

Wahrscheinlich geht das Problem aber tiefer. Wer beeinflusst die Medien? Wenn man die gegenwärtige Stimmung und Konzentration aufs Wechselkurs Thema in der organisierten Wirtschaft, also in Verbänden und Gewerkschaften, betrachtet, bietet sich ein ähnliches Bild wie im Hauptlager der Medien. Dass die Medien auch diese grossen Gebilde beeinflussen können, ist unwahrscheinlich. Vielmehr ist zu vermuten, dass Politik und Verbände den Kurs bestimmen.

Migration

Die Faust aus dem Sack

Von Alex Baur — Die Frage ist nicht, wie viele Zuwanderer die Schweiz logistisch bewältigen kann – sondern, ob sie damit wirklich Sinnvolles und Gutes tut.

Die Schweiz habe schon höhere Zahlen von Asylgesuchen bewältigt, war in diesen Tagen zu lesen, etwa während des Balkankrieges. «Mit dieser Krise werden wir fertig», mahnte der *Tages-Anzeiger* in einem Leitkommentar bezüglich der steigenden Asylzahlen, man solle «wieder einmal der Einzelschicksale hinter der Zahlenhuberei gewahr werden».

Und sie haben recht, die Mahner. Die Einwanderung ist nicht primär ein logistisches, sondern ein menschliches Problem. Der Schweiz geht es gut, wir könnten noch viel mehr Zuwanderern Kost und Logis bieten, ohne deshalb zu verarmen. Die Frage ist vielmehr, ob das sinnvoll und gut wäre – primär für das Land, aber auch für die Zuwanderer.

Als SVP-Präsident Toni Brunner neulich Gemeinden und Anwohner aufrief, politischen Widerstand gegen neue Asylzentren zu leisten, brach ein Sturm der Entrüstung über ihn herein. Brunner «verabschiedet sich vom Rechtsstaat», giftelte ein Asyl-Aktivist in der *NZZ*, er mache sich «vollends unglauwbüdig», ein anderer im *Sonntagsblick*, «Griff in die unterste Schublade», ätzte die *Südosstschweiz*. Selbst in der *Weltwoche* bekam Toni Brunner sein Fett ab («nicht ungefährlich»).

Doch Brunner hat recht. Tatsächlich wäre es das Ende des Rechtsstaates, wenn Betroffene – im Rahmen der Legalität selbstverständlich –

keinen Widerstand mehr leisten dürften. Die Faust im Sack ist undemokratisch, wer nicht einverstanden ist, soll vortreten. Genau das wird zusehends verunmöglicht. Gegen jede Mobilfunkantenne darf man in diesem Land rekurren. Doch gegen provisorische Asylzentren des Bundes gibt es keine Einsprache, wie sich etwa Anwohner aus Losone TI vom Bundesverwaltungsgericht belehren lassen mussten. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) möchte das Mit- und Einspracherecht von Anwohnern, Gemeinden und Kantonen beim Bau von Asylzentren des Bundes sogar generell abschaffen.

Multikulti wird schnell zu Multihass

Für den Bund ist es bequem, wenn er ohne Rücksicht auf die Bevölkerung planen und verfügen kann. Für den Bundesrat mag es erbaulich sein, auf dem internationalen Parkett ein karitatives Image zu präsentieren; für die Beamten ist es einfacher, Aufenthaltsgesuche durchzuwinken statt auszuschaffen. Doch die Konsequenzen tragen die Gemeinden und Anwohner, die immer weniger zu sagen haben.

Man darf sich keine Illusionen machen: Völkerverständigung ist nicht nur eine Frage des guten Willens; es gibt kulturelle Schranken, die umso mächtiger sind, je weiter die Kulturen voneinander entfernt liegen. Zwischen den Hugenotten aus dem benachbarten Frankreich, den jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland oder den Gastarbeitern aus Italien von einst und den Zuwanderern aus Afghanistan, Eritrea oder Nigeria von heute liegen Welten. «United Colors of Benetton» ist ein nettes Werbesujet – aber nicht mehr. Im realen Leben wird Multikulti schnell zu Multihass. Darüber kann keine Propaganda hinwegtäuschen.

Eine Bevölkerungspolitik, die sich gegen die Bevölkerung richtet, führt immer in den Abgrund, wie uns die Geschichte zur Genüge lehrt. Wenn Gemeinden gegen Asylheime opponieren, dann sind das Alarmsignale, die man besser ernst nimmt. Wer glaubt, die SVP hätte den Unmut erfunden und geschürt, gibt sich einer Illusion hin. Die Missstände im Asylbereich, all die Heucheleien, Schönredereien und Lügen, sind eine offenkundige Realität.

Die Schweizer waren immer ein weltoffenes, gegenüber dem Fremden mit einem gesunden Misstrauen ausgestattetes, aber an sich tolerantes Völklein. Wenn diese gute Tradition heute wackelt, dann ist es nicht die Schuld jener, die auf die Probleme hinweisen – sondern jener, die sie ignorieren und vertuschen.



Alarmsignale: Protest in Bettwil AG.

Türkische und kurdische Hitzköpfe

Von Kurt Pelda — Ein neuer Krieg zwischen Türken und Kurden gefährdet den Kampf gegen die Terroristen des Islamischen Staats (IS). Die Allianz zwischen den USA und Kurdenmilizen hält.

Wieder einmal gehen wichtige Fakten in der Kakophonie von Medienkommentaren unter, obwohl deren Autoren die syrische Kampfzone bestenfalls aus dem Fernsehen kennen. Während deutsche Zeitungen nach den türkischen Luftangriffen auf die kurdische Arbeiterpartei PKK im Nordirak vom «Verrat des Westens an den Kurden» schwadronieren, rücken die Volksverteidigungseinheiten (YPG), die syrische Filiale der PKK, mit Hilfe amerikanischer Luftangriffe weiter gegen das Hauptquartier des sogenannten Islamischen Staats (IS) in der syrischen Stadt Raqqa vor. In zwei Kesselschlachten drohen dem IS derzeit vernichtende Niederlagen.

Nachthimmel wie bei «Star Wars»

Ein IS-Dschihadist hat der *Weltwoche* erzählt, dass die Amerikaner bei ihren Angriffen alles einsetzen, strategische Bomber vom Typ B-1 und Drohnen. In der Nacht sehe der Himmel aus wie bei «Star Wars». Die Kurden sind Washingtons Bodentruppen, und die US-Luftwaffe agiert als deren fliegende Artillerie. Dieser Kombination hatte der IS bisher nichts entgegensetzen.

Neu sind nicht die türkischen Luftangriffe auf die PKK, die ohne Unterstützung durch Bodentruppen ohnehin nicht viel bewirken, sondern das Umschwenken Ankaras in Sachen IS. Nach dem verheerenden Terroranschlag in der türkisch-kurdischen Grenzstadt Suruç geht die offizielle Türkei nun zaghaft gegen den IS im eigenen Land und in Syrien vor. Dieser überfällige Schritt erklärt sich auch damit, dass die Amerikaner inzwischen Dokumente in Syrien erbeutet haben, welche die Zusammenarbeit zwischen türkischen Offiziellen und dem IS belegen.

Schutzzone an der Grenze

Als Kompromiss zwischen Ankara und Washington soll ein an der syrisch-türkischen Grenze gelegener Gebietsstreifen, der derzeit noch unter Kontrolle des IS steht, mit türkischer Luftunterstützung von syrischen Anti-Assad-Rebellen erobert werden.

Falls der Plan aufgeht, würde der IS von syrischen Rebellen von Westen her und von den kurdischen YPG von Osten her in die Zange genommen. Die Trennlinie der beiden Einflussphären wäre der Euphrat. Ankara schwebt in dem Gebiet eine Schutzzone vor, in die ein Teil der in der Türkei lebenden syrischen Flüchtlinge zurückgeschickt werden soll.



US-Hilfe: kurdischer Kämpfer bei Hasaka.

Was ist mit dem allseits heraufbeschworenen neuen Krieg in der Türkei? Die PKK hat diesen Konflikt mit ihrem unbedachten Mord an zwei türkischen Polizisten, die sie der Kollaboration mit dem IS bezichtigt, selbst provoziert. Einen Zweifrontenkrieg in der Türkei und in Syrien kann sie nicht verkraften. Umgekehrt haben die letzten Jahrzehnte bewiesen, dass die Türkei die PKK zu vernichten nicht in der Lage ist.

Siegt die Vernunft?

Das harte Vorgehen gegen die kurdische und linke Opposition in der Türkei, gepaart mit den Luftangriffen auf die PKK im Nordirak, ist vor allem innenpolitisch motiviert. Präsident Erdogan geht damit auf Stimmenfang in der Hoffnung, die kurdisch dominierte Demokratische Partei der Völker (HDP) zurückzudrängen, falls es bald zu Neuwahlen kommt.

Entscheidend ist jetzt, dass die Nato-Partner der Türkei, und darunter vor allem die USA, die Hitzköpfe auf beiden Seiten zur Vernunft bringen. Die PKK und Ankara müssen über kurz oder lang wieder zurück an den Verhandlungstisch. Unruhen, ziviler Ungehorsam und Attentate, ja eine Neuaufgabe des Bürgerkriegs in der Türkei sind das Allerletzte, was der Westen im Kampf gegen den IS jetzt noch braucht.

Mehr zum Thema: Seite 25

Hayeks Kompass

Die Einsichten des liberalen Philosophen werden zusehends unbequem. Sind sie überholt?

Die Zeitungen überbieten sich diesen Sommer mit Erzählungen über einen liberalen Richtungsstreit. Entbrannt ist er in der deutschen Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft. Deren Namensgeber, der 1991 verstorbene Ökonom und Philosoph Friedrich August von Hayek (geb. 1899), gehörte zu den einflussreichsten Denkern des 20. Jahrhunderts. Doch obwohl er Wirtschaftsnobelpreisträger war, finden seine Ideen heute kaum noch Eingang in die öffentliche Debatte. Sein Name ist nur noch einem kleinen Kreis geläufig.

Werkstoff planerischer Fantasien

Zu Unrecht! Von Hayek stammen brillante Einsichten über die ständige Bedrohung der Freiheit durch «Sozialisten in allen Parteien». Sie alle, so Hayek, verbinde der Glaube an die Überlegenheit zentraler Planung. In einer «Anmassung von Wissen» würden Technokraten und Politiker ihre Vorstellungen vom guten Leben jedem Einzelnen aufzuzwingen versuchen. Daran leide die Eigeninitiative und der freiwillige wirtschaftliche Austausch zwischen den Bürgern. Zunehmende staatliche Lenkung und Planung ebne den «Weg in die Knechtschaft» (so der Titel von Hayeks bekanntestem Werk).

Der zentralen Planung setzt Hayek die Idee einer «spontanen Ordnung» entgegen, die sich aus unzähligen einzelnen Entscheidungen ergebe. Die Summe all dieser Einzelentscheidungen sei dem grossen Planer überlegen, und sei er noch so intelligent. Insofern begegnete Hayek auch dem modernen Sozialstaat mit Skepsis. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit war für ihn das Einfallstor für allerlei gutgemeinte Ideen, die am Schluss aber doch in die Knechtschaft führen. Der Mensch als formbare Masse in den berufenen Händen der Sozialingenieure.

Viele argumentieren nun, dass es nicht so schlimm gekommen sei, wie in Hayeks «kleinem, wütendem Buch» (*New York Times*) befürchtet. Die Liberalen sollten daher mit dem Staat ihren Frieden machen. Dass die Methoden des Staates zur Beeinflussung und Kontrolle subtiler geworden sind, bedeutet aber beileibe nicht, dass sie darum auch harmlos sind. In der als liberal geltenden Schweiz eignet sich der Staat fast die Hälfte der volkswirtschaftlichen Leistung an. Schleichend und fast unbemerkt. Hayek ist aktueller denn je.

Florian Schwab

Personenkontrolle

Esseiva, Markwalder, Furrer Hugi, Wasserfallen, Thalhammer, Beutler, Balzaretti, De Niro, Willis

Unbeeindruckt von der Gefährlichkeit allzu enger Bindungen an die Berner Public-Relations-Szene zeigt sich **Claudine Esseiva** (FDP), Ständeratskandidatin und Parteifreundin der kürzlich ins Gerede geratenen Nationalrätin **Christa Markwalder** (Stichwort Kasachstan). Auf ihrer Website präsentiert sich Esseiva als idealtypisches Kunstprodukt der organisierten politischen Interessenvertretung. Ihre erklärten Unterstützer stammen fast ausschliesslich aus dem beruflichen Dunstkreis von Esseiva, die als



Erklärungsnot: FDP-Politikerin Esseiva.

PR-Beraterin für die flamboyante Berner Agentur Furrer Hugi arbeitet. Da wäre – erstens – mit **Nicole Loeb Furrer** die Ehefrau von Esseivas Chef **Lorenz Furrer**, zweitens mit Nationalrat **Christian Wasserfallen** (auch er FDP) der Freund von Berufskollegin **Alexandra Thalhammer** (PR-Agentur Burson-Marsteller, bekannt aus Markwalders Kasachstan-Affäre). Ratlos lässt einen schliesslich das Testimonial von – drittens – Esseivas Furrer-Hugi-Bürokollegin **Nicole Beutler** zurück: «Claudine Esseiva steht für eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, gleichzeitig setzt sie sich für einen umfassenden Sozialstaat und ausgebauten Umweltschutz ein.» (fsc)

Auf Facebook verbreitete **Claudine Esseiva** kürzlich ein Videointerview mit der *Neuen Zürcher Zeitung*. Darin trat sie für eine Frauenquote in Führungspositionen beim Staat ein. So weit, so bekannt, hatte sich Esseiva doch bereits wiederholt als Befürworterin der Quote positioniert. Aufhorchen liess somit weniger die Aussage im Interview als vielmehr Esseivas Facebook-Begleitkommentar: «Wir sagen Nein zu einer Zielvorgabe in der Führungsetage der Privatwirtschaft.» Distanziert sich Esseiva im Hinblick auf die Wahlen von ihrer früheren Forderung nach der Quote für Verwaltungsräte börsenkotierter Unternehmen («Wenn freiwillige Massnahmen nichts fruchten»)? Eine ent-



Enge Bindungen: FDP-Nationalrat Wasserfallen.

sprechende Facebook-Anfrage bringt Esseiva in Erklärungsnot. Innert weniger Minuten löscht sie ihren Kommentar. Man fragt höflich nach, wie dies zu verstehen sei: Ist Esseiva doch weiterhin für Quoten im privaten Sektor? Daraufhin löscht Esseiva auch die beiden Fragen der *Weltwoche* kommentarlos. Erst auf eine weitere schriftliche Anfrage hin bekennt sich Esseiva schliesslich in einem aufgeregten Telefonat (Quoten seien liberal, aber «eine Diskussion mit Ihnen bringt sowieso nichts!») zu ihrer nach wie vor gültigen Drohung gegen die Privatwirtschaft. Es bleibt dabei: Wer nicht «freiwillig» seine Unternehmenspolitik Claudine Esseivas Willen anpasst, den soll der staatliche Zwang gefügig machen. (sam)

Die Gegendarstellung kam mit grosser Verspätung und nicht auf dem üblichen Kanal: **Roberto Balzaretti**, der smarte Schweizer Botschafter bei der EU in Brüssel, könnte «den Doppelgänger für **Robert De Niro** in seinen



Eher Bruce Willis: Botschafter Balzaretti.

besten Jahren geben», schrieb die *Weltwoche* vor acht Monaten in einem Porträt. Er lächle seither höflich, wann immer er auf den Vergleich angesprochen werde, stellte jetzt die *Aargauer Zeitung* fest. Doch der Diplomat sehe sich selber eher als Doppelgänger von **Bruce Willis**, bekannt «für seine unglaubliche Überlebensgabe, mit der er sich fluchend durch Explosionen, Schiessereien und wilde Verfolgungsjagden kämpft, um schliesslich als blutüberströmter Held in die Arme seiner Liebsten zu hinken». Da stellt sich nur die Frage: Soll man es begrüssen oder bedauern, dass Roberto Balzaretti gemäss *Aargauer Zeitung* nicht für den Job des Superunterhändlers mit der EU in Frage kommt? (sär)

Nachruf



Grelle Fragmente: Bobbi Kristina Brown.

Bobbi Kristina Brown (1993–2015) — Es war ein Leben, bestehend aus grellen Fragmenten, das sie führte. Tochter zweier Superstars, ging Bobbi Kristina Brown einer Existenz nach, die die meisten Nachrufe als «kurz und bewegt» apostrophierten. Ihre Eltern waren Whitney Houston und Bobby Brown, die sich liebten und dann fetzten, bis der Hitzegrad unaushaltbar geworden war. Beide waren in den Orbit des Showbusiness geschossen worden, dessen Thermik die Menschen zu Monstern machen kann. Es sind klimatische Bedingungen, die so lebensfeindlich sein können, dass man sich und die nächste Umgebung vergisst.

Whitney Houston – in der Badewanne krepirt, wenige Jahre später ihre Tochter ebenso. Leblos-schlaffe Kadaver in Behältern, die weggeräumt werden, allenfalls röchelt man ihnen noch ein kurzes, atemloses Requiem hinterher. Das war's dann.

Nochmal in Kurzform: Bobbi Kristina hatte Herzprobleme, sie erlebte die Scheidungsraserei ihrer Eltern, nahm schliesslich Kokain, wollte auf jeden Fall aber unbedingt die Karriere der Mutter übertreffen: 164.000 Follower hatte sie bereits auf Twitter, auf jeder Party war sie ein stets gerngesehener Gast, sie kannte die wichtigen Leute.

«An den Erfolg ihrer Mutter konnte Bobbi Kristina jedoch nie anknüpfen», vermerkte am Ende trocken die *Süddeutsche Zeitung*. Ende Januar wurde Bobbi Kristina Brown in einer Badewanne gefunden und fiel in ein Koma, das sechs Monate anhielt. Am 26. Juli starb sie 22-jährig in einem Hospiz in Duluth, Georgia.

Thomas Würdehoff



Miterleben

Einzigartige Momente beim Festival del film Locarno.

ubs.com/festivaldelfilmlocarno

«Wir sind viele. Ihr nicht»

Von Wolfgang Koydl — Banden junger Araber ziehen durch das Land, die Bevölkerung im Süden von Ungarn lebt in Angst. Auch der vier Meter hohe Stacheldrahtzaun, den Budapest bauen lässt, wird die Invasion nicht stoppen können. Reportage aus dem serbisch-ungarischen Grenzgebiet.

Zeeshaneli sieht aus wie ein Mann ohne Sorgen. Lässig lehnt er am Tresen der Holzbude, die wie von einem Weihnachtsmarkt auf den Bahnhofsplatz der südungarischen Stadt Szegedin verpflanzt worden zu sein scheint. Ein cooler Typ ist er, mit seinen Converse-Sneakers, den schneeweißen Jeans und dem Puma-Gürtel, an dem die Pilotensonnenbrille steckt. Am Hals baumeln zwei silberne Chanel-C an einer Kette, in der Linken hält der junge Mann einen Pappbecher mit Tee, mit der Rechten drückt er auf seinem Samsung herum. Die Gesichtszüge sind weich, nur die Narbe über der linken Augenbraue verleiht ihm etwas Draufgängerisches.

Wie ein gehetzter Flüchtling wirkt der kräftige 24-Jährige nicht, genauso wenig wie sein Kumpel Muzaffer, der beim Dolmetschen hilft, wenn Zeeshanelis Englisch an seine Grenzen stösst. Die beiden stammen aus Pakistan, eigentlich kein Land, in dem Bürgerkrieg oder eine autoritäre Diktatur herrschen. «Aber wir kommen aus der Grenzregion zu Afghanistan», beeilt sich Muzaffer zu versichern. «Sie wissen schon: Taliban, Bomben, *very dangerous*.» Aber offenbar nicht zu gefährlich für den Rest ihrer Familien: Vom Kleinkind bis zu den Grosseltern sind alle zu Hause geblieben.

«Kleine Gruppen kommen besser durch»

Vor drei Tagen haben die beiden von Serbien aus die grüne Grenze überquert. In Ungarn liefen sie der Polizei in die Arme, die sie erkenntlich behandelt und in einem Erstaufnahmelager unterbrachte. «Ganz schlecht» sei es dort gewesen, das Essen und überhaupt, klagt Zeeshaneli und holt Beweisfotos auf sein Handy. Sie zeigen eine Menschenschlange bei der Essensausgabe. Einen Monat hatten er und sein Freund für den Fussmarsch von Griechenland über Mazedonien nach Serbien gebraucht. Sie reisten in einer Gruppe von etwa fünfzig jungen Männern. «Afghanen, Syrer, Pakistaner», sagt Muzaffer. Später seien ein paar Kosovaren dazugestossen. Erst kurz vor der ungarischen Grenze, dem Tor zur gelobten EU, habe man sich getrennt. «Kleine Gruppen kommen besser durch», verrät Zeeshaneli.

In einer halben Stunde geht ihr Zug nach Budapest, dort sollen sie umsteigen und in ein Flüchtlingslager nahe der Stadt Raab weiterfahren. Die Billette hat die ungarische Migrationsbehörde spendiert, unter der Bedingung, dass sie sich im Lager melden. Ob sie je dort ankommen werden, ist mehr als ungewiss. «Die meis-

ten gehen beim Umsteigen in Budapest verloren», weiss Szalai Bolacs, der zusammen mit anderen ungarischen Freiwilligen den Hilfsstand vor dem Bahnhof betreut. Niemand schert sich um das Diagramm am Hilfsstand, das in Bildern den Weg von Szeged ins Lager erklärt. «Mir ist es gleich, wohin sie wollen», meint Bolacs, «ich setze sie nur in den richtigen Zug.»

Muzaffer und Zeeshaneli freilich wissen genau, wohin sie wollen: «Germania», strahlen sie. «We want good life.» Das wollen die meisten der überwiegend jungen Männer, die seit Monaten ungehindert über die Grenze zwischen Serbien und Ungarn strömen – auf der Durchreise in den Norden, weiter nach Österreich, Deutschland, Schweden oder in die Schweiz. Knapp 100 000 Menschen wurden seit Anfang 2015 in Ungarn registriert. Das sind jetzt schon mehr als doppelt so viele wie im ganzen letzten Jahr. Vor fünf Jahren waren

«Mir ist es gleich, wohin sie wollen», meint Bolacs, «ich setze sie nur in den richtigen Zug.»

es gerade mal 3100 Flüchtlinge. Doch in der EU nahm niemand Kenntnis von der Katastrophe, die sich auf dem Balkan zusammenbraute. Die Augen der Öffentlichkeit waren unverrückbar auf die Bootsflüchtlinge im Mittelmeer gerichtet. Die produzierten die dramatischeren, die besseren Bilder fürs Fernsehen.

Aufmerksam wurde man im fernen Brüssel erst, als die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán ankündigte, die 175 Kilometer lange Grenze zum südlichen Nachbarn mit einem Zaun zu sichern. Europas Empörung war ebenso einhellig wie heuchlerisch: Ausgerechnet Ungarn, das als erstes Land vor 25 Jahren den Eisernen Vorhang zwischen Ost und West durchschnitt, errichte nun eine neue menschenverachtende Trennlinie, hiess es. Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission, entrüstete sich: «Bösartig und ganz einfach falsch.»

Dabei hält sich Budapest buchstabengetreu an die europäischen Regeln für die Aussengrenzen der Union. In der Richtlinie 2002/90/EG des Rates heisst es ausdrücklich, dass trotz der Europäisierung des Grenzschutzes «die alltägliche operative Kontrolle weiterhin den Mitgliedsstaaten» obliege. Es gebe «kaum Anzeichen dafür, dass sich diese Situation in nächster

Zeit ändern wird». Wie wahr: Die Richtlinie wurde vor dreizehn Jahren erlassen. Seitdem hat sich die Lage deutlich verschlimmert, und von einem europäischen Grenzschutz ist weit und breit nichts zu sehen.

«Es war doch klar, dass die Europäer so reagieren würden, wir haben nun mal die falsche Regierung», sagt Nógrádi György schmunzelnd. «Keiner regt sich auf, wenn Spanien Zäune rings um seine marokkanischen Enklaven Ceuta und Melilla baut und dass Griechenland und Bulgarien seit Jahrzehnten ihre Grenzen zur Türkei mit Stacheldraht abschirmen. Sehr interessant fand ich auch die Zäune rings um das letzte G-7-Treffen von Elmau in Bayern.»

Letztere Bemerkung war natürlich ironisch, aber mitunter sieht Nógrádi nur noch die Flucht in den Sarkasmus. Der emeritierte Professor der Budapester Corvinus-Universität berät die Regierung in Wirtschafts- und Sicherheitsfragen. Obwohl er als Erster schon vor Jahren den Bau einer Grenzbefestigung gefordert hatte, steht er politisch der rechtspopulistisch ausgerichteten Regierung Orbáns nicht nahe. Trotzdem verteidigt er sie gegen, wie er findet, ungerechtfertigte Kritik aus dem Norden der EU – so wie übrigens nach wie vor auch die erdrückende Mehrheit der ungarischen Wählerinnen und Wähler. «Es ist doch heute so in der EU», erläutert Nógrádi ruhig: «Wenn sich ein Volk erdreistet, eine Regierung zu wählen, die nicht zum bürgerlich-liberal-sozialdemokratischen Mainstream gehört, dann wird es zum Paria. Egal, ob links abgewichen wird wie bei Syriza in Griechenland oder rechts wie bei uns.»

Schmutzige Geschäfte mit den Migranten

Und nun also der vermeintliche neue eiserne Vorhang, der sich vom angeblichen kommunistischen Vorbild schon nur dadurch unterscheidet, dass er Eindringlinge draussen halten und nicht die eigene Bevölkerung einsperren soll. Doch solche Details gehen in all der aufgeplusterten öffentlichen Aufgeregtheit gerne verloren. Vier Meter hoch soll die neue Grenzbefestigung werden, mit Nato-Stacheldraht auf ihrer Krone. Die Regierung hat Pioniertruppen zum Bau abkommandiert, und sie drückt aufs Tempo: Statt Ende November soll der Zaun nun schon Ende August fertiggestellt sein.

Die Eile wird verständlich, wenn man einen Teilabschnitt dieser Front im Migrationskrieg abfährt: Rund zwanzig Kilometer sind es zwischen dem Weiler Kelebia und dem Dörfchen



«Viele werden es sich jetzt anders überlegen»: ungarische Soldaten beim Errichten eines provisorischen Grenzzauns.



Heuchlerische Empörung im fernen Brüssel: ungarischer Ministerpräsident Viktor Orbán.

Asotthalom. Schnurgerade durchschneidet die mit Schlaglöchern übersäte einspurige Strasse dichte Akazienwälder mit noch dichterem Unterholz. Nur 500 Meter sind es bis zur Grenze. Die Serben kontrollieren sie nicht, sie wollen die unliebsamen Migranten ja so schnell wie möglich loswerden, sie durchreichen nach Norden. Verständlich, dass der ungarische Zaun in Belgrad nackte Panik ausgelöst hat. Insgeheim plant man dort selber eine ähnliche Befestigung an der Grenze zu Mazedonien.

Rund zwanzig Minuten braucht man mit dem Auto für die kurze Strecke nach Asotthalom, und in dieser kurzen Zeitspanne an einem Samstagnachmittag sind dem Reporter vier Gruppen von je rund einem Dutzend Migranten begegnet, fast ausschliesslich junge Männer. Drei dieser Gruppen waren bereits der Polizei ins Netz gegangen, die vierte verbarg sich zunächst im Gebüsch und wollte das Auto dann zwecks Mitfahrgelegenheit stoppen.

Die Versuchung, mit den Migranten Geld zu verdienen, ist auf beiden Seiten der Grenze gross, und sie kennt keine weltanschauliche Limite: Erst letzte Woche wurde ein ehemaliges führendes Mitglied der fremdenfeindlichen ungarischen Jobbik-Partei mit fünf Syrern in seinem Wagen ertappt. Seine Behauptung, er habe gleichsam als Undercover-Agent die Hintermänner des Menschenschmuggels aufspüren wollen, verfiel bei der Polizei nicht.

«Er wollte James Bond spielen, aber war dann doch nur Mister Bean», höhnt László Toroczkai, als man ihn auf den Fall anspricht. Seit etwas über einem Jahr ist er Bürgermeister des 4000-Einwohner-Ortes Asotthalom, und wegen des internationalen Medieninteresses am Grenzzaun hat er es zu einer gewissen Berühmtheit gebracht. Wir treffen ihn auf einem Bürgerfest, das ein Bauer draussen vor dem Dorf ausrichtet. Es gibt ein paar Reden, der beste Jäger des Bezirks wird gewürdigt, dann wird gegessen und getrunken.

Mit Flipflops und ohne Gepäck

«Schauen Sie sich um», sagt Toroczkai und schlägt mit dem Arm einen Bogen über die versammelte Gemeinde. «Man sagt, wir seien herzlos. Welch ein Unsinn! Wir sind anständige Menschen, die keinem etwas zuleide tun. Aber wenn nichts geschieht, dann kann es so weit kommen, dass wir die Geduld verlieren.» Arm sei die Gegend hier, erklärt Toroczkai. Mais, Weizen, Sonnenblumen sind die wichtigsten Anbauprodukte. «Die Migranten zertrampeln die Felder und reissen die Kolben von den Stängeln. Das kommt nicht gut an.»

Der Zaun kommt für den Bürgermeister keinen Augenblick zu früh. «Die Leute haben einfach Angst. Viele leben auf abgelegenen Höfen, der nächste Nachbar ist weit weg. Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie wüssten, dass da drau-

ssen Banden von jungen Arabern und Schwarzen durch das Land streifen?» Er gibt zu, dass der neue Zaun nicht besonders abschreckend wirkt. Vier Meter sind für einen sportlichen jungen Mann nicht wirklich unüberwindbar, und weil die Böden hier in Südungarn sehr sandig sind, kann man sich relativ mühelos unter der Abgrenzung durchgraben. «Aber viele werden es sich jetzt anders überlegen», ist Toroczkai überzeugt.

Die Hürde sicher nicht überwunden hätte jene junge, offensichtlich arabische Familie, die der Reporter abseits der Strasse im Wald sieht. Müde und erschöpft stolpert sie über Wurzeln und durch Dornengestrüpp. Dem Vater sitzt ein etwa dreijähriger Junge auf den Schultern, die Mutter führt ein etwas älteres Mädchen an der Hand. Sie tragen Flipflops und haben kein einziges Gepäckstück – keine Tasche, keinen Rucksack, nicht einmal eine Plastiktüte.

Sind Zeeshaneli und seine Kumpane das abstossende Gesicht der Migration, so ist diese Familie ihr herzerreissendes Bild. Ihre Chance auf Hilfe wird nicht von vermeintlichen Fremdenfeinden gemindert, sondern von den ach so lässigen jungen Kerlen aus Senegal, Somalia oder Syrien, die Geduld, Nächstenliebe und Grossmut der Europäer strapazieren. Von Zäunen lassen sich diese Männer nicht aufhalten, wie Zeeshanelis Freund Muzaffer achselzuckend zugibt: «We are many. You are not.» ◊

Stopp dem Asylchaos

► Öffentliche Veranstaltung:

Samstag,

15. August 2015,

10.00 Uhr,

im Hotel Marriott Zürich

Neumühlequai 42,

vom Hauptbahnhof mit Tram 14/11

(Richtung Seebach/Auzelg)

bis Haltestelle Stampfenbachstrasse

(Türöffnung 9.00 Uhr)



Christoph Mörgeli:

- Das Wesen der Schweizer Asyltradition



Christoph Blocher:

- Eine wirkungsvolle Asylpolitik - Erfahrungen aus dem Bundesrat



Roger Köppel:

- Wie weiter? Die Schweiz und die illegale Migration

*Jedermann
ist herzlich eingeladen!*

Und in den Ständerat: **Hans-Ueli Vogt**

Liste 1



Schweizer Sozialgeld in Afrika

Von Florian Schwab — Für die eritreische Regierung ist der Massenexodus ihrer Bevölkerung ein wahres Geschäftsmodell. Komplize in dem finsternen Spiel: ein Schweizer Staatsbetrieb.

Ein Freitag im Hochsommer am Zürcher Hauptbahnhof: Vor kurzem ist an prominenter Stelle eine Batterie von knapp zehn SBB-Schaltern für Finanzgeschäfte in Betrieb gegangen. Sie tragen das Logo des Weltmarktführers für internationale Schnellüberweisungen, Western Union. Hinter den Fensterscheiben verrichten SBB-Beamte das Geschäft: Im Auftrag der zu fast jeder Tageszeit Schlange stehenden Kunden schicken sie Geld in Sekundenschnelle um den Globus. Die SBB betreiben mit eigenen Mitarbeitern die meisten Western-Union-Filialen in der Schweiz. Ein Augenschein unter der Kundschaft zeigt: Meist sind es Immigranten, die ihren Familien Geld schicken. Kosovaren, Ukrainer und auffallend viele Schwarze.

Über die Herkunft der hier verschickten Gelder möchte man am liebsten nichts wissen. In den Statistiken der Meldestelle für Geldwäscherei belegen die sogenannten *money transmitting*-Unternehmen immer wieder einen Spitzenplatz bei den Verdachtsmeldungen. Offensichtlich scheint, dass auch so manche der grosszügigen Zuwendungen des Schweizer Sozialstaats hier ihren Endpunkt in Schweizer Franken finden, bevor sie – gegen die Angabe der Überweisungsnummer und die Vorweisung eines Personalausweises – in Pristina, Nairobi oder Mexiko-Stadt in heimischer Währung ausbezahlt werden. Oder in Asmara, der Hauptstadt von Eritrea am Horn von Afrika.

Wer in Eritrea einen Western-Union-Geldtransfer aus dem Ausland abholen möchte, wird in aller Regel bei einer Filiale von Himbol vorstellig, einer Finanzagentur der eritreischen Regierung. Die *money transmitting*-Firmen haben nur dank guter Beziehungen zum Regime in Asmara Zugang zum eritreischen Markt. Sämtliche Devisen-Geldflüsse werden überwacht. So mag die merkwürdige Situation entstehen, dass ein Exil-Eritreer, der vor der Regierung geflohen ist, mit seinen Zahlungen genau jene Regierung alimentiert.

Steuer an den Heimatstaat

Die eritreische Gesetzgebung verlangt von Emigranten, also Angehörigen der Diaspora, die Abführung von zwei Prozent ihrer jährlichen Einkünfte als Steuer an den Heimatstaat. Zudem kann die im Prinzip illegale Auswanderung durch die einmalige Zahlung von zirka

3300 US-Dollar pro Person legalisiert werden, also durch die Entrichtung von einer Art Wegzugssteuer. Dank der lückenlosen Kontrolle der internationalen Geldflüsse bleibt kaum ein Emigrant vor den Augen der Regierung verborgen, wenn er Geld an seine Lieben daheim schickt.

Der britische Politologe David Styan hat im Jahr 2007 die Funktionsweise beschrieben. Es



Eine Art *Perpetuum mobile*: Western-Union-Werbung in Nigeria.

handle sich sowohl in absoluten Zahlen als auch in Bezug auf die «durch die Regierung ausgeübte Kontrolle» um ein weltweit einzigartiges Schema. Da die eritreische Wirtschaft kaum Exportgüter herstelle und das Land keine internationalen Gelder erhalte, seien die Rücküberweisungen aus der Diaspora («Re-

Mit ihren Zahlungen alimentieren die Exil-Eritreer die Regierung, vor der sie geflohen sind.

müssen») die einzige nennenswerte Quelle für Auslandswährungen (Devisen). Somit könne man aus der Importstatistik relativ direkt auf die Höhe der Remissen schliessen, da importierte Güter mit den Devisen bezahlt werden, die aus den Remissen stammen. Für das Jahr 2006 schätzte Styan deren Betrag auf 350 bis 400 Millionen US-Dollar, was damals rund einem Drittel der jährlichen Wirtschaftsleistung Eritreas entsprach. Neue Zahlen der Afrikanischen Entwicklungsbank zeigen: Die Rücküberweisungen dürften heute ungefähr 600 Millionen betragen.

Halten wir fest: Ein grosser Teil der eritreischen Flüchtlinge lebt in der Schweiz von der

Sozialhilfe. Die Anzahl der Eritreer hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Von allen eritreischen Auswanderern wird erwartet, dass sie sich substanziell an den Ausgaben ihrer darbenenden Volkswirtschaft beteiligen. Das potenzielle Problem: Schweizer Sozialgelder werden zur Stabilisierung eines politischen Systems eingesetzt, vor dem die Menschen vorgeblich in Massen nach Europa flüchten und das – wie eine Art *Perpetuum mobile* – immer neue Emigranten hervorbringt.

«Mauer des Schweigens»

Um wie viel Geld geht es? Wir erkundigen uns bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die für die Ausfertigung der Schweizer Zahlungsbilanz zuständig ist. Darin sind auch die Remissen separat ausgewiesen (total rund sechs Milliarden im Jahr 2012): Das ist doppelt so viel wie zehn Jahre zuvor. Wie sieht die Gliederung nach Ländern aus? Wie viel fliesst nach Eritrea? Die SNB winkt ab: Ihre Zahlen beruhen auf «Schätzungen aufgrund von Inputs des Staatssekretariats für Migration sowie des Bundesamtes für Statistik».

Das Bundesamt für Statistik teilt auf Anfrage mit, es verfüge «leider über keine Zahlen dazu». Dieselbe Antwort geben das Aussendepartement und das Staatssekretariat für Migration. Man bestätigt lediglich, Kenntnisse von der zweiprozentigen Steuer zu haben, der das Auslandseinkommen der Eritreer unterliege. «Die Bundeskriminalpolizei stiess bei der Klärung des Sachverhalts auf eine Mauer des Schweigens.»

Selbst bei der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma), die seit Jahren den Finanzsektor zur Vorsicht bei grenzüberschreitenden Geschäften mahnt, stösst man ins Leere: Die Finma hat anscheinend keine Ahnung, in welche Länder die Gelder von der Schweiz aus über die *money transmitting*-Firmen fliessen.

Wir gelangen also an die SBB, deren Angestellte tagein, tagaus Remissen nach Afrika und Eritrea überweisen. Western Union, so die karge Antwort, kommuniziere über seine Geschäftszahlen selber. Anruf bei Western Union in Englewood, Colorado. Eine Mediensprecherin bescheidet uns, dass keine Länderstatistiken veröffentlicht würden. Wir melden uns nochmals beim Staatsbetrieb SBB und fragen nach, ob sich das Unternehmen bewusst sei, dass es das lukrative Migrationskarussell der eritreischen Regierung in Schwung halte? Erneut lautet der Bescheid, «bei solch schweren Vorwürfen» solle man «an Western Union gelangen».

Das Motto von SBB und Schweizer Behörden lautet ganz offensichtlich: «Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss.»

«Mit einer gewissen Bescheidenheit»

Von Roger Köppel, Markus Schär und Fabian Unternährer (Bild) — Seit neun Monaten leitet Botschafter Manuel Sager die Schweizer Entwicklungshelfer. Seine Direktion, die ins Aussendepartement eingegliedert wird, kämpft um den Konsens, was die richtige Entwicklungspolitik ist.

«Dieser Beitrag macht uns sehr betroffen», schrieben Staatssekretär Yves Rossier und Botschafter Manuel Sager in einem Brief an alle Mitarbeitenden des Aussendepartements, nachdem die *Weltwoche* aufgezeigt hatte, welche Krämpfe und Kämpfe es beim Eingliedern der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) ins Departement des Äussern gibt (*Weltwoche* Nr. 27/15). Aber der Direktor begnügte sich nicht mit der Kritik an den Kritikern, er lud sie auch zum Dialog ein.

Herr Sager, Sie traten im letzten November als Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit an. Bereuen Sie Ihren Entscheid schon?

Nein, keineswegs. Ich hatte in diesen neun Monaten viele schöne, ermutigende Erlebnisse, mit Mitarbeitenden, auf Dienstreisen, bei unserer Tätigkeit.

Die Deza gilt allerdings als ein Fürstentum für sich mit einer eigenen Kultur. Sie sollen für die Eingliederung ins Aussendepartement sorgen. Wie sind Sie in dieser Rolle aufgenommen worden?

Gut, finde ich, aber das müssten Sie meine Mitarbeitenden fragen. Die Deza ist jedoch kein Fürstentum. Es gibt eine Schweizer Aussenpolitik, mit verschiedenen Aktivitäten; die Entwicklungszusammenarbeit ist eine davon. Unsere Aufgabe ist es unter anderem, dafür zu sorgen, dass die Entwicklungsziele mit anderen Politikfeldern kohärent sind und umgekehrt.

Wo sehen Sie die Spannungsfelder?

Die kann es auf verschiedenen Gebieten geben, beim Finanzplatz, bei den Handelsbeziehungen, in Umweltfragen, bei der Migration.

Was ist dran am Vorwurf, aus Afrika fliesse mehr Geld auf die Schweizer Konten von Despoten, als die Schweiz an Entwicklungshilfe für Afrika zahlt?

Diese Kritik hört man zwar noch ab und zu, aber immer seltener. Ich denke, heute kann es sich keine Bank mehr leisten, Gelder von Despoten anzunehmen. Sie finden auch weltweit kein Land, das mehr Gelder an die Herkunftsländer zurückgibt als die Schweiz. Hier können wir uns im internationalen Vergleich sehen lassen.

Sie nahmen vor zwei Wochen an Ihrer ersten grossen Konferenz teil: In Addis Abeba berieten die 193 Uno-Mitglieder

darüber, wie sie die nachhaltige Entwicklung finanzieren wollen. Aufgrund der Berichterstattung wurde uns nicht klar, ob dabei wirklich etwas herauskam.

Doch, die Konferenz verabschiedete mit den Stimmen aller teilnehmenden Staaten ein Abschlussdokument; das war nach den Auseinandersetzungen im Vorfeld nicht selbstverständlich. Dass die Staatengemeinschaft hier zu einer Einigung kam, war für mich ein Durchbruch.

Offenbar war aber niemand mit dem Ergebnis wirklich zufrieden.

Das kann man so nicht sagen. Natürlich gibt es keine völkerrechtlich verbindliche Konvention, es ging also auch nicht darum, wie viel die Schweiz zahlen muss. Aber immerhin liegt jetzt ein Dokument vor, das im Konsens festschreibt: Es ist die Verantwortung der Entwicklungsländer, sich selber zu entwickeln. Und es ist die Verantwortung der entwickelten Länder, sie dabei zu unterstützen.

Wenn wir afrikanische mit asiatischen Staaten vergleichen, die ihr Wachstum selber vorantreiben, fragen wir uns allerdings, ob diese Hilfe überhaupt etwas bringt. Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?

In Afrika ist nicht alles gleich, hier muss man unterscheiden. Es gibt in einigen Staaten Fortschritte, beispielsweise in Ghana oder in Mosambique, in vielen Fällen natürlich dank den Rohstoffen. Diese Entwicklung kann nachhaltig sein, sie ist es aber oft nicht. Die Staaten leiden gerade unter dem Problem, dass der Reichtum nicht gerecht, also gleichmässig verteilt wird. Deshalb bemühen wir uns um das sogenannte inklusive Wachstum – ein Wachstum, von dem alle, vor allem auch die Armen, profitieren.

Weshalb setzt sich das asiatische Entwicklungsmodell in Afrika nicht durch?

Viele Länder leiden unter strukturellen Nachteilen: Sie liegen in Zonen wie dem Sahel, wo es praktisch kein Wasser gibt, als Binnenländer ohne Meeresanstoss, die kein Glied in einer Wertschöpfungskette sind und keinen Anschluss an die Handelsströme haben. Nicht alle Länder haben die gleichen Chancen, sich zu entwickeln, wie Südkorea oder Singapur.

Aber nehmen wir als Beispiel Tansania, ein Land mit Meeresanstoss, das sich für den Bergbau und die Landwirtschaft eignet. Die NZZ schrieb kürzlich über den «Darling der

Geber», das Land komme trotz einem halben Jahrhundert Entwicklungshilfe kaum vom Fleck. Wie erklären Sie das?

Es gibt in diesem Land strukturelle Hindernisse, zum Beispiel in der Organisation der Wirtschaft oder bei der Gouvernanz. Da besteht Handlungsbedarf, das ist richtig.

Man kann doch nicht fünfzig Jahre lang sagen, es bestehe Handlungsbedarf.

Natürlich, stellen wir klar: In der Entwicklung von Staaten ist die Entwicklungszusammenarbeit zwar ein wichtiger, aber nicht der entscheidende Faktor. Es gibt immer wieder Rückschläge, aufgrund von politischen Konstellationen, aber auch aufgrund von Bürgerkriegen oder von Naturkatastrophen.

Für die nachhaltige Entwicklung sollen auch gemäss der Konferenz von Addis Abeba weniger die Hilfsgelder sorgen, sondern mehr die Privatinvestitionen und die Rimessen, also die Gelder, die Migranten in die Heimat schicken. Sie machen heute schon das Vierfache der globalen Entwicklungshilfe aus.

Das ist richtig, gilt in dieser Höhe aber nicht für die ärmsten Länder. Wir müssen realistisch bleiben hinsichtlich dem, was sich mit der Entwicklungszusammenarbeit erreichen lässt. Aber sie ist wichtig und nach wie vor nötig.

Wo?

Wir von der Deza bauen wenig Infrastruktur, wie etwa Strassen oder Kraftwerke, wir arbeiten heute vor allem am Verbessern von Systemen. Wir stellen also keine Spitäler hin, sondern unterstützen Projekte zur Verbesserung der medizinischen Grundversorgung. Und wir bauen keine Schulhäuser – ausser nach humanitären Krisen –, sondern fördern die Beschäftigung mit nationalen oder regionalen Berufsbildungskonzepten. Es hat sich gezeigt, dass es wenig nachhaltig wirkt, einfach Infrastruktur hinzustellen, wenn sie nach ein paar Jahren wieder verlottert.

Ist denn Ihr Ansatz nachhaltiger? Die Eidgenössische Finanzkontrolle stellte beispielsweise bei einer Evaluation in Südafrika fest, dass Schulen wieder schlossen, als kein Geld aus der Schweiz mehr kam.

Dieses Problem der nachhaltigen Wirkung müssen wir ernst nehmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir bei jedem Projekt von Anfang an auch eine Exit-Strategie festlegen, uns also fragen: Was geschieht, wenn



«Wir müssen realistisch bleiben»: Deza-Chef Sager.

wir uns nach zwei oder drei Finanzierungsperioden zurückziehen, das heisst nach acht bis zwölf Jahren? Dann müssen die Partner vor Ort ganz übernehmen. In den meisten Fällen gelingt das, manchmal nicht. Wir nehmen Kritik wie jene der Finanzkontrolle ernst; wir haben ihre Empfehlungen entweder bereits umgesetzt oder sind daran.

Die schärfsten Kritiker wie etwa die Ökonomin Dambisa Moyo aus Sambia stellen allerdings die Entwicklungshilfe grundsätzlich in Frage, weil sie noch nie funktioniert habe und nie funktionieren wer-

de. Sieschreibt sogar: «Die Entwicklungshilfe ist nicht mehr Teil der möglichen Lösung, sondern Teil des Problems – genau genommen, ist die Entwicklungshilfe das Problem.»

Wenn ich Dambisa Moyo richtig verstehe, wendet sie sich vor allem gegen Transferzahlungen an Regierungen. Diese führen einerseits zu Abhängigkeiten von den Geldgebern und entlassen andererseits die Regierungen aus der Verantwortung für ihre eigenen Leute. Wir zahlen nur in eng begrenzten Fällen Geld an Regierungen – und stets zweckgebunden und mit entsprechender Kontrolle.

Aber wir helfen bei Schulen oder Spitälern; mit dem gesparten Geld können die Regierungen Raketen kaufen.

Dieses Risiko besteht. Mit unserer Arbeit ist aber auch der politische Dialog mit den Regierungen und die Zusammenarbeit mit anderen Geberländern verbunden. Damit lassen sich Risiken vermindern.

Frustriert es Sie nicht, wenn Sie die Migrantenströme sehen, die nach Europa kommen, weil offenbar unsere Hilfe nichts bringt? Müssten wir nicht die Kraft aufbringen, Afrika sich selber zu überlassen?

Da widerspreche ich Ihnen vehement: Ohne Hilfe wäre es in diesen Ländern noch schlimmer. Natürlich bewegen wir uns bei einer solchen Debatte im kontrafaktischen Be-

«Es ist wichtig, dass wir bei jedem Projekt von Anfang an auch eine Exit-Strategie festlegen.»

reich. Ich kann meine These nicht wissenschaftlich beweisen, Sie Ihre auch nicht. Aber ich bin überzeugt, dass meine richtig ist, weil viele unserer Resultate deutlich für sie sprechen.

Was halten Sie denn von der These des britischen Entwicklungsökonom Paul Collier, es sei unsere moralische Pflicht, die Migration nach Europa zu verhindern, weil Afrika durch diesen Brain-Drain gerade die Leute verliere, die es für den Aufbau brauche? Das müsste doch auch Ihr Anliegen sein.

Das ist es auch. Wir bemühen uns in der Entwicklungszusammenarbeit gerade darum, den jungen Menschen eine Perspektive in ihren Ländern zu geben. Dazu gehört nicht nur die Berufsbildung, das ist uns bewusst. Wir müssen dafür das Wirtschaftswachstum fördern, den Rechtsstaat stärken, gegen Korruption und Willkür kämpfen. Solche Missstände frustrieren die Menschen und können sie in die Migration treiben.

Aber wir können doch nicht von einem Erfolg der Entwicklungshilfe sprechen, wenn wir die Fakten sehen.

Die messbaren Resultate unserer Projekte sind ebenfalls Fakten. Die Erfolge sind da. Trotzdem, wir müssen natürlich mit einer gewissen Bescheidenheit leben.

Wie können Sie sich da für Ihre Arbeit motivieren? Gibt es für Sie erfreuliche Beispiele für die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit?

Gewisse Dinge können Sie messen, andere müssen Sie einfach gesehen haben. Ich habe Projekte in Südostasien oder in Bosnien besucht, wo wir mit Ausbildungsprogrammen helfen, Jugendarbeitslosigkeit von über fünfzig Prozent zu bekämpfen. Nicht über Nacht, aber mit Einsatz und Beharrlichkeit. >>>

Braucht es dafür immer mehr Geld?

Die Wirkung hängt nicht nur von den Finanzen ab. Es kostet weniger und nützt vielleicht mehr, wenn wir – wie jetzt in China – die Regierung bei der Umweltschutzgesetzgebung beraten oder anderswo die Landrechtsreform fördern, als wenn wir hundert Kilometer Autobahn bauen würden. Aber so einfach ist die Rechnung natürlich nicht immer.

Im Rating der Transparenz-Organisation «Publish What You Fund» schneidet die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit schlecht ab. Die NZZ am Sonntag schrieb deshalb von der «Dunkelkammer» Deza.

Das Rating existiert seit 2012. Seither haben wir Fortschritte gemacht. Aber wir behaupten nicht, wir seien schon zufrieden.

Was tun Sie konkret?

Wir werden den Rhythmus des Reportings erhöhen, wir müssen und wollen uns verbessern. Was die Transparenz angeht, müssen Sie aber auch beachten: Dank dem Öffentlichkeitsgesetz kann bei uns jeder Bürger und jede Bürgerin amtliche Dokumente einsehen; das gilt für die Deza ebenso wie für die ganze Bundesverwaltung. Einige andere Geberländer, die vielleicht im Ranking besser dastehen, bieten diese Möglichkeit nicht. Und Sie müssen unterscheiden zwischen dem Reporting – da haben wir Nachholbedarf – und der Evaluation der Arbeit vor Ort. Da gibt es Wirkungsberichte, auch Evaluationen, in denen wir gut abschneiden. Diese werden publiziert, wir haben überhaupt nichts zu verbergen.

Wegen unseres kritischen Artikels zur Integration der Deza ins Aussendeparte-



Wachstum für alle: Weberin in Burkina Faso.

ment schrieben Sie zusammen mit Staatssekretär Yves Rossier einen Brief an alle EDA-Mitarbeitenden weltweit. Darin beklagten Sie vor allem, dass der Artikel Ihrer Meinung nach auf Insiderinformationen beruhe. Finden Sie es nicht einer direkten Demokratie unwürdig, dass über die Aussenpolitik nicht offen diskutiert werden soll?

Natürlich geht die Aussenpolitik jeden Schweizer und jede Schweizerin etwas an. Wir stellen uns dieser Debatte. Wir waren aber betroffen von Ihrem Artikel, weil Sie Angriffe auf Mitarbeitende benutzten, um das System zu kritisieren. Persönliche Attacken sind die niedrigste Form der Systemkritik.

Es war doch keine persönliche Attacke, wenn wir feststellten, dass die Vizedirektorin der Deza ohne Erfahrung in der Diplomatie und der Wirtschaft jetzt Schweizer Botschafterin in der Finanzmetropole Abu Dhabi wird.

Die Vizedirektorin arbeitet seit langem im EDA und hat eine grosse Erfahrung. Wir stehen in einem Wandel. Es geht dabei um Fragen der Zusammenarbeit innerhalb des EDA und mit anderen Bundesstellen. Darüber muss öffentlich diskutiert werden. Mich störte aber, dass Sie die Debatte an einzelnen Personen aufhängten, die die Kritik absolut nicht verdient hatten.

Führte Sie Ihre Karriere eigentlich zwangsläufig in die Deza? Setzen Sie sich also seit je mit Entwicklungsfragen auseinander?

Der rote Faden im Leben lässt sich ja meist erst im Nachhinein erkennen. Aber solche Fragen interessierten mich tatsächlich schon immer. Ich konnte mich, ausser während

meiner drei Jahre als Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London, bisher nicht beruflich damit beschäftigen.

Dann ist Ihnen Ihre Aufgabe jetzt also ein Herzensanliegen?

Ich stand, als meine Zeit als Botschafter in Washington auslief, vor der Wahl, eine andere Botschaft in einem grösseren Land zu übernehmen. Aber ich habe mich für die Deza entschieden, einerseits weil es nochmals eine neue Herausforderung ist, andererseits weil ich hier aufgrund meiner beruflichen Erfahrung etwas beitragen kann.

In der Entwicklungshilfe gelten Sie als Gutmensch, haben also keine Kritiker mehr.

Dafür haben wir Sie.

Was soll man über Sie sagen, wenn Sie bei der Deza aufhören?

Ganz wichtig ist für mich der interne Zusammenhalt. Unsere Wirkung nach aussen ist anerkannt. Schauen Sie die Umfragen an: 83 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer finden unsere Arbeit gut oder sehr gut. Genauso wichtig ist aber, dass wir intern immer wieder einen Konsens finden, was Entwicklungspolitik ist und sein kann. Es geht darum, eine gemeinsam getragene Richtung für die nächsten zehn, fünfzehn Jahre festzulegen.

Und was wollen Sie in der Arbeit vor Ort erreichen?

Dass wir mit den Steuerfranken ein Optimum erreichen, also – wie wir sagen – den

«Wir haben Fortschritte gemacht. Aber wir behaupten nicht, wir seien schon zufrieden.»

grösstmöglichen Unterschied machen. Richtig und wichtig ist, was wirkt.

Was erzählen Sie Ihren Landsleuten zum 1. August?

In den USA, wo ich lange gearbeitet habe, darf in keiner Rede fehlen, dass die Amerikaner im besten Land der Welt leben. Ich bin überzeugt, nachdem ich die Welt bereist und an verschiedenen Orten gewohnt habe, dass wir im besten Land der Welt leben. Das bedeutet aber auch eine Verantwortung für uns, nicht nur zur Schönheit der Natur, sondern auch zu unseren Institutionen Sorge zu tragen. Über diese Verantwortung für unsere eigene Zukunft hinaus haben wir aber auch eine Verantwortung für die Zukunft unserer Mitmenschen auf der ganzen Welt.

Manuel Sager, geboren 1955 in Menziken AG, schloss sein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich mit dem Doktorat ab. Von 2010 bis 2014 war er Schweizer Botschafter in den USA. Im November 2014 übernahm er das Amt des Direktors der Deza im Aussendepartement.

**Neue
Anlagehorizonte.**

LGT. Ihr Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG, 044 250 81 81

www.lgt.ch



**Private
Banking**

Rückkehr des Alpen-Ajatollah

Von Hubert Mooser — Alpenschützer Andreas Weissen hat bereits zweimal gegen den Bau eines Gotthardtunnels lobbyiert. Mit Erfolg. Jetzt will er auch Doris Leuthards Tunnelprojekt vereiteln.



Erweckungsgeschichte: Umweltschützer und Sagenerzähler Weissen.

Seine ersten sieben Sommer verbrachte er auf der Alp im Simplongebiet. Dort habe ihm seine Mutter auf ausgedehnten Wanderungen die Augen geöffnet für die Schönheit der Bergwelt. Was der Ehrenpräsident der Alpen-Initiative, Andreas Weissen, 58, im letzten Rundschreiben des Vereins über sich preisgibt, hört sich fast an wie eine Erweckungsgeschichte. Was auch der Briger anpackt, es hat irgendwie mit Bergen und Alpen zu tun. Vor wenigen Wochen hat er einen Wanderführer, «Binntal–Veglia–Devero: Naturparkwandern ohne Grenzen zwischen Wallis und Piemont», publiziert. Darin sind 42 Routen beschrieben.

Weissen warnt seine Schäfchen

Man erfährt aber auch etwas über versunkene Walsiedlungen, Hexenprozesse und die Ziegenhaltung im Hochgebirge. Weissen war treibende Kraft bei der Restaurierung des altherwürdigen und inzwischen landesweit bekannten Hotels «Ofenhorn» in Binn. Er tingelte als Sagenerzähler durch schweizerische Kleintheater, lancierte in Brig das Multimediafestival «Berg Buch Brig», trat in ganz Europa an Veranstaltungen zum Schutz der Alpen auf. Und er baute von 2009 bis 2013 die Geschäftsstelle des Netzwerks Schweizer Pärke in Bern auf.

Ohne Weissen gäbe es aber vor allem die Alpen-Initiative und den Alpenschutzartikel in der Schweizer Verfassung nicht. Ohne ihn hätten die Alpenschützer 1994 wohl nicht die legendäre Abstimmung gewonnen, gegen den damaligen Verkehrsminister Adolf Ogi und das gesamte bürgerliche Lager. Jetzt zieht der Alpen-Ajatollah, wie ihn seine Gegner im Wallis zuweilen schimpften, gegen eine zweite Strassenröhre am Gotthard ins Gefecht. «Unter dem Vorwand der Sanierung des Strassentunnels sollen am Gotthard vier Spuren gebaut werden und damit die Schleusen für den europäischen Lastwagenverkehr geöffnet werden», warnt er in seinem Hirtenbrief an die über 50 000 Schäfchen der Alpen-Initiative.

Noch hat der Bundesrat den Termin nicht offiziell festgenagelt, aber Verkehrsministerin Doris Leuthard (CVP) hat vor einiger Zeit bei einem Besuch im Urnerland durchblicken lassen, dass die Stimmbürger wohl am 28. Februar 2016 nach 1994 (Alpen-Initiative) und 2004 (Avanti-Initiative) ein weiteres Mal über einen zweiten Strassentunnel am Gotthard abstimmen werden. Bei den bisherigen Abstimmungen zog Weissen vor und hinter den Kulissen erfolgreich die Fäden und fügte der Strassenlobby empfindliche Niederlagen zu. Bundesrat und Parlamentsmehrheit nehmen nun einen weiteren Anlauf für eine zweite Röhre.

Dies sei nötig, weil der alte Gotthard-Strassentunnel im kommenden Jahrzehnt saniert werden müsse und für den Verkehr dann monatelang gesperrt bleibe, verkündete Leuthard schon 2012 und versprach: Der Alpenschutzartikel in der Verfassung, der eine Kapazitätsausweitung auf dieser Transitachse verbiete, werde nicht aufgeweicht. Wenn beide Tunnel ab 2030 in Betrieb stünden, dürften diese nur einspurig befahren werden. Was die Versprechen von Bundesräten wert sind, weiss keiner besser als Andreas Weissen.

Schachzug des «Andermatter Clubs»

1980 hatte Bundesrat Hans Hürlimann den Strassentunnel am Gotthard eröffnet und dabei den Urnern sein Wort gegeben, dass die neue Röhre kein Transitkorridor für den Schwerverkehr werde. Es kam anders: Im Jahr der Tunnelöffnung verkehrten gegen achtzig Lastwagen pro Tag am Gotthard, ein Jahr später waren es fast 700. Und der sich öffnende EG-Binnenmarkt verhiess für die Zukunft nichts Gutes. Das wollten links-grüne Kreise in den Alpenkantonen nicht kampflos hinnehmen. 1987 traf sich Weissen mit gleichgesinnten Urnern und Bündnern, dem späteren SP-Generalsekretär Reto Gamma (UR), SP-Nationalrat Andrea Hämmerle (GR), langjährigen Geschäftsführer der Alpen-Initiative Alf Arnold (UR) und anderen, zu einer Aussprache in Andermatt.

Die Urner wollten den anschwellenden Lastwagenverkehr auf der Nord-Süd-Achse bremsen, die Bündner einen Ausbau der Strasse über den San Bernardino verhindern, und die Walliser wollten keine vierspurige A9 (damals noch N9) im Oberwallis. Zwei Jahre später lancierte der «Andermatter Club» die Alpen-Initiative, welche alle diese Anliegen miteinander verband. Die Initiative verbot einen weiteren Ausbau der Transitstrassenkapazität im Alpengebiet. Innerhalb von zwei Jahren nach der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels sollten nur noch 650 000 Camions pro Jahr, also weniger als die Hälfte der im Jahr 2000 gezählten Laster, die Schweizer Alpen auf der Strasse durchqueren. Die Stimmbürger nahmen 1994 die Initiative an, das Verlagerungsziel blieb aber bis heute unerreicht.

Weissens frühere Weggefährten sind inzwischen im Ruhestand oder haben andere Jobs. Trotz Milliardensubventionen für die Verlagerung sind die Lastwagenkolonnen am Gotthard länger geworden. Im Oberwallis baut man an einer vierspurigen Autobahn. Und inzwischen stehen auch die Chancen zum Bau eines zweiten Strassentunnels am Gotthard so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Nur einer predigt auch heute unermüdlich das Evangelium von der unbefleckten Alpenwelt: Andreas Weissen. ○

Gewalt to go

Von Henryk M. Broder — Die Existenz von «rechtsfreien Räumen» ist eine Tatsache.



Wir wissen, dass es in der Bundesrepublik «rechtsfreie Räume» gibt. Das können «national befreite Zonen» im Osten sein, wo Neonazis und Rechtsradikale durch Strassen patrouillieren, und im Westen Stadtteile mit besonders hohem Anteil an Zugewanderten, die bei ihren täglichen Verrichtungen von der Polizei nicht gestört werden möchten. Es kann aber auch ein Freibad in Berlin-Neukölln sein, das von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gerne als Austragungsort von Gruppenstreitigkeiten benutzt wird.

Das alles ist nicht neu, aber bis jetzt wurde amtlicherseits immer bestritten, dass es in Deutschland No-go-Gebiete geben würde. Allenfalls wurde Juden geraten, sich in «Problemvierteln» nicht zu erkennen zu geben und auf das Tragen einer Kippa zu verzichten.

Nun aber wurde ein vertrauliches Papier aus dem Duisburger Polizeipräsidium bekannt, in dem von der Entstehung «rechtsfreier Räume in Ballungszentren» die Rede ist. Die Polizei sei in bestimmten Gegenden kaum noch in der Lage, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, es gebe Bezirke, in denen Banden «ganze Strassenzüge» kontrollieren würden. Den Anwohnern und Geschäftsleuten bliebe nichts anderes übrig, als aus Angst zu schweigen. Als Ursachen solcher Zustände nennt der Bericht die hohe Arbeitslosigkeit, die Perspektivlosigkeit von Zuwanderern ohne Qualifikation für den deutschen Arbeitsmarkt und ethnische Spannungen unter den Migranten.

Man muss kein Prophet sein, um die Vorhersage zu wagen, dass diese «Spannungen» demnächst zunehmen werden. Mit den Flüchtlingen kommen auch Konflikte ins Land, die nicht nach den Vorgaben der Strassenverkehrsordnung geregelt werden. Man hört und liest immer öfter von Randalen in Flüchtlingsheimen, die scheinbar grundlos ausbrechen. Zuletzt sind in einer «Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber» in Trier die Bewohner aufeinander losgegangen, nachdem ein Mann von einem anderen Mann angegriffen und verletzt worden war. So was passiert eben, wenn junge Männer auf engstem Raum zusammenleben. Dabei ist so eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber kein «rechtsfreier Raum». Es herrscht nur das Recht des Stärkeren.

Alchemie und Rechenricks

Von Heinz Zimmermann — Die Versprechungen der zweiten Säule sind in der neuen Zinswelt illusorisch. Die Pensionskassen müssen aus der tödlichen Gefangenschaft der Staatsanleihen befreit werden.

Die Vorsorgeeinrichtungen stehen bei der heutigen Zinssituation vor einem unlösbaren Anlagenotstand. Jeder Franken, den wir in zehn oder zwanzig Jahren als sichere Rente beziehen wollen, muss heute praktisch zum Nominalwert vom Konsum abgezweigt werden. Bei einem Zinssatz von vier Prozent musste man vor nicht allzu langer Zeit nur etwa die Hälfte zurücklegen. Aber dies scheint für eine Weile passé zu sein, denn die internationale Schuldnergemeinschaft ist in der Nullzinsökonomie gefangen – mit einem markanten Zinsanstieg bei langfristigen Anlagen rechnet niemand. Müssten die Pensionskassen genau wie die Lebensversicherungen ihre Leistungsversprechen mit den tatsächlichen Zinssätzen bewerten, wäre die Hölle los, und manch börsenkotiertes Unternehmen müsste sich vielleicht sogar um den Börsenkurs sorgen.

Wie lassen sich Altersrenten sichern, wenn das Kapital brachliegt? Bei einem Umlageverfahren profitiert man zumindest von einem positiven Wachstum der volkswirtschaftlichen Lohnsumme. Aber eine Stärkung des Umlageverfahrens mit seinen erheblichen Umverteilungseffekten steht derzeit nicht auf der politischen Agenda. Bedeutet die Nullzinsökonomie damit das Ende der kapitalgedeckten Vorsorgesysteme?

Dies wäre ein dramatisches Verdikt, denn immerhin erkennt man in diesem System nicht zuletzt eine gesellschaftliche Tugend: Es wird ein Kapitalstock aufgebaut, das heisst, es werden Investitionen in und für die Zukunft getätigt.

Sicherheit steht im Vordergrund

Ist dem tatsächlich so? Kaum ein Begriff ist so verworren wie jener des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks. Dieser umfasst das Nettovermögen einer Wirtschaft, also den Wert sämtlicher produktiver Anlagen: Unternehmungen, Grundstücke und Liegenschaften, Rohstoffe. Nicht dazu gehören deshalb Schuldtitel – denn es handelt sich um Forderungen, denen identische Schulden gegenüberstehen. Netto kürzen sich Vermögen und Schulden weg. Da Staatshaushalte keine Bilanz mit Vermögen und Schulden führen, ist dies weniger offensichtlich, aber es sind Schulden gegenüber den zukünftigen Steuerpflichtigen.

Sind öffentlich finanzierte Infrastrukturprojekte denn keine Vermögenswerte? Selbstverständlich – aber mit Staatsanleihen ist man

nicht daran beteiligt; der Wert der Anleihen widerspiegelt die zukünftigen Steuereinnahmen, nicht den Erfolg des finanzierten Projekts.

Halten wir fest: Der ökonomische Grundgedanke der kapitalgedeckten Vorsorge besteht in der Finanzierung von Altersrenten über den Ertrag des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks. Dieser Ertrag ist wesensgemäss risikobehaftet. Demgegenüber wird bei der praktischen Umsetzung, namentlich in der zweiten Säule, dieser Ertrag als Zins interpretiert, der in Anlehnung an die aktuarielle Praxis der Lebensversicherung auf den Beitragszahlungen gutzuschreiben ist. Dabei steht die Sicherheit der Rentenversprechen im Vordergrund.

Was für einzelne Versicherungen funktioniert, gilt aber nicht für ein kapitalgedecktes Vorsorgesystem einer ganzen Volkswirtschaft. Der volkswirtschaftliche Kapitalstock ist keine risikolose Anlage – und wenn man ihn über öffentliche Anleihen dazu macht, resultiert ein

verkapptes Umlageverfahren: Die heutige Generation profitiert auf Kosten zukünftiger Steuerzahler.

Die Krux liegt also darin, dass im geltenden System die Renten mit Sicherheit zu erbringen sind. Dies liesse keine andere Möglichkeit zu, als den tatsächlichen Zins gutzuschreiben, der für risikolose Anlagen gilt – also mehr oder weniger

null. Man kann durch finanztechnische Alchemie, buchhalterische Tricks oder politische Verzinsungsvorschriften diesen Sachverhalt vernebeln, aber letztlich verspielt man damit das Vertrauen der Betroffenen. Es gibt nur eine transparente Lösung: Die zukünftigen Renten werden ausdrücklich an den Ertrag des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks gekoppelt, das heisst als Anteil an einem risikobehafteten Anlagevermögen ausbezahlt. Wenn die Zinsen bei null sind, muss man den Ertrag über Risikoprämien verdienen, und diese halten das System der kapitalgedeckten Vorsorge völlig intakt – nur nicht in der heute interpretierten und umgesetzten Weise.

Wenn der institutionelle Run auf vermeintlich sichere Anleihen, sprich: Staatsanleihen, gebrochen würde, hätte dies den nicht unbedeutenden – und durchaus widersprüchlich erscheinenden – Effekt, dass sich die Zinsen mit langer Laufzeit wieder auf ein ökonomisch gerechtfertigtes Niveau hinbewegen könnten. Doch ob dieser Weg aus der Zinsfalle politisch opportun ist, möchte man bezweifeln.



Erdogans gordischer Knoten

Von Hansrudolf Kamer — Der türkische Präsident macht eine Kehrtwende und greift den IS an. Er erkaufte sich amerikanisches Wohlwollen und kann wieder den kurdischen Erzfeind bekämpfen.



Wag the Dog – Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt» war der Titel eines Films aus dem Jahr 1997, in dem ein politischer Spindoktor und ein Hollywood-Produzent wenige Tage vor den Wahlen einen

Krieg in Albanien inszenieren. Der Waffengang soll von einem Sex-Skandal des amerikanischen Präsidenten ablenken. Übersetzt auf die Gegenwart: Der türkische Präsident Erdogan bombardiert Ziele im Gebiet des Islamischen Staates (IS) und kurdische Stellungen im Nordirak, um sein Projekt Alleinherrschaft in der Türkei voranzutreiben.

Der Krieg ist der Vater vieler Dinge. Nach dem Bombenanschlag des IS in Suruç an der Grenze zu Syrien erschossen PKK-Kämpfer türkische Polizisten, augenscheinlich, weil diese die Kurden nicht vor dem Attentat geschützt hatten. Verschwörungsliebhaber wollen wissen, dass auch der türkische Geheimdienst seine Finger im Spiel hatte.

Wie auch immer – die kurdische Arbeiterpartei PKK, die auch von Amerikanern und Europäern als Terrortruppe eingestuft wird, kündigte den Waffenstillstand auf. Erdogan selber distanzierte sich öffentlich vom Verhandlungsprozess über die Regelung der Kurdenfrage in der Türkei, den er einst selber angestossen hatte.

Bisher hatte Erdogan den Islamischen Staat weitgehend gewähren lassen. Den Amerikanern (immerhin Nato-Alliierte) hatte er verboten, im Kampf gegen den IS die grosse Luftwaffenbasis in Incirlik zu benützen. Der IS war in seinen Augen ein Mittel, um das Assad-Regime in Syrien zu stürzen. Nützlich war der IS auch, um den Einfluss der Kurden zu begrenzen, die im Nordirak ein weitgehend autonomes Gemeinwesen betreiben. Die Kurden hatten in letzter Zeit im Krieg gegen den IS Erfolg und drängen diesen langsam gegen Westen.

Erdogans Partei, die AKP, hat die Wahlen im Juni zwar nicht verloren, wohl aber die absolute Mehrheit verpasst. Ein Grund dafür war, dass die vorher nicht vertretene Kurdenpartei HDP (Demokratische Partei der Völker) die hohe Sperrgrenze von zehn Prozent der Stimmen überwand und ins Parlament einzog. Damit schien Erdogans Vorhaben eines autoritären

Präsidialsystems in der Türkei gescheitert zu sein. Allerdings hat er immer noch die Möglichkeit, mit der rechtsgerichteten MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) eine Regierung der Nationalen Front zu bilden, die ihn unterstützen würde.

Assistiert wird Erdogans Kampf gegen den IS von Präsident Obama, der den Islamischen Staat möglichst vor Ende seiner Präsidentschaft besiegen und den Boden für eine Beendigung des syrischen Bürgerkriegs ohne amerikanische Direktintervention bereiten möchte. Erdogans Kampf gegen die Kurden dagegen stört diese Strategie.

Frappierte Europäer

Die Kurden waren und sind für den amerikanischen Präsidenten die Bodentruppen, die vor allem im Irak gegen den Islamischen Staat kämpfen. Amerikanische «boots on the ground» will er nicht, weil er sie erst 2011 aus dem Zweistromland abgezogen hatte. Genützt hat's kaum: Inzwischen sind die Amerikaner im Irak wieder mit mehr als 3000 Mann im Einsatz.

Vor die Wahl gestellt, entscheidet sich Obama für die Türken und lässt die Kurden fallen. Er hatte sich mit Erdogan darauf geeinigt, eine Art Sicherheitszone auf syrischem Territorium an der Grenze zur Türkei einzurichten.

Im Gegenzug dürfen die Amerikaner nun Incirlik und einen andern Stützpunkt benützen, was die Aussichten im Luftkrieg gegen den IS stark verbessert. Bisher mussten amerikanische Kampffjets von Bahrain aus operieren.

Die Kämpfer des IS sollen aus einem Gebiet nördlich von Aleppo und westlich des Euphrat vertrieben werden. Die befreite Zone soll dann der Kontrolle «gemässigter» syrischer Oppositionskräfte unterstellt werden. Zwar sind sich Ankara und Washington nicht ganz einig, wer denn nun das Etikett «gemässigt» verdient. In türkischer Sicht gehören syrische Kurden, die mit der PKK liiert sind, nicht dazu.

Wenig erbaut von all dem sind die Europäer, die auf dem falschen Fuss erwischt werden. Zwar begrüssen sie das Vorgehen gegen den IS, doch kritisieren sie die Luftschläge gegen die PKK. Die Peschmerga, die kurdischen Kämpfer, die den IS im Irak bekriegen, werden vor allem von Deutschland mit Waffen unterstützt. Von türkischen Luftschlägen gegen die kurdischen Kämpfer ist man in Berlin nicht begeistert.

Während die Amerikaner nur den IS besiegen wollen, führt Erdogan die Türkei in einen komplexen Dreifrontenkrieg: gegen Assad in Syrien, gegen die Kurden und gegen den IS, alles Gegner, die sich auch wechselseitig bekämpfen. Und die mit den Amerikanern vereinbarte Sicherheitszone könnte unter die Kontrolle des PKK-Ablegers in Syrien geraten.

Im Innern «räumt» Erdogan auf. Bei mehreren Polizeiaktionen wurden IS-Anhänger, aber vor allem PKK-Aktivistinnen verhaftet. Die äusseren und inneren Fronten verfestigen sich zu einem gordischen Knoten. Möglich, dass er auch von einem sehr starken Mann nicht mehr durchschlagen werden kann.



Dreifrontenkrieg: türkischer Präsident Erdogan.

Gedanken zum Schweizer Nein

Von Christoph Mörgeli

Viel Zank und Unfriede wäre vermeidbar, wenn wir uns eingestehen würden, dass sich die Schweiz durch zwei Wurzeln nährt: Das vernunftgemässe Gerüst bildet die liberale Bundesverfassung von 1848, beeinflusst von der Französischen Revolution und vom amerikanischen Zweikammersystem. Doch 1848 war nur möglich, weil der Verfassungstext den Zeitgenossen als organisch gewachsen, als längst gehabt erschien. Die nunmehr garantierten Grundrechte empfand man als über Jahrhunderte erkämpft, als den in Buchstaben gesetzten altschweizerischen Geist – den Geist des Widerstandes.

Nicht zufällig berief sich der junge Bundesstaat gerne auf den Mythos Wilhelm Tell. Tell verkörpert nichts als Widerstand. Den «Abgesonderten», ja den «Absonderlichen» hat ihn der Staatsdenker Karl Schmid genannt. Tell war kein Wortführer wie Werner Stauffacher. Tell war der schweigsame Vollstrecker. Vom Rütlichwur hielt sich der Einsame fern. Und doch gehört der Tyrannenmörder untrennbar zum solidarischen Eid der Eidgenossen. Denn auch in der Nacht Anfang August 1291 ging es um Widerstand gegen alles, was die kleine Gemeinschaft von aussen bedrohte.

Am Beginn unseres Landes steht ein lautes Nein. Es ist die schroffe Absage an den habsburgisch-europäischen Verwaltungsstaat. Die Verneinung gilt der von oben geführten Organisation und Administration. Die obrigkeitlich geprägten Grossstaaten verkörpern die Macht. Sie erobern und rauben, so viel sie können – so hat es Carl Spitteler festgehalten. Wenn es anders nicht geht, holen sie sich ihr Recht mit Gewalt. Den Kleinstaat Schweiz hingegen besetzt nicht der Wille zur Macht. Sondern der Wille, der Macht zu widerstehen.

Das Misstrauen gegen jede Machtballung ist zutiefst schweizerisch. Mein Grossvater, ein Tösstaler Kleinbauer, hat bei jeder Bundesvorlage prinzipiell mit Nein gestimmt. Er war bestimmt kein schlechterer Schweizer als jene «fortschrittlichen» Mitbürger, die dem Staat immer noch mehr Aufgaben zuweisen. Wir Schweizer überlassen die Politik, also die Gestaltung unseres Staatswesens, nicht einer dazu bestimmten Schicht von Funktionären und Politikern. Die Anliegen unserer Gemeinschaft – und seien sie noch so kompliziert – entlassen wir nicht aus der Verantwortung aller. Freiheitlich gefällte Fehlentscheide an der Urne wiegen um der Freiheit willen nicht schwer.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

SVP + VBS = 244 000 Franken pro Duro

Von Peter Bodenmann — Jeder Duro kostet bei der Anschaffung 144 000 Franken. Die Reparatur jedes einzelnen wird jetzt viel teurer.



Bastelkonstruktion: Duro der Schweizer Armee.

Im Jahr 2003 bekam die SVP mit und dank Christoph Blocher und Samuel Schmid zwei Bundesratssitze. Der damalige Parteipräsident Ueli Maurer freute sich damals öffentlich über sein neues «Dream-Team».

Friede, Freude und Eierkuchen währten nur kurz. Für Christoph Blocher war bald einmal klar, dass drei Milliarden Bundesausgaben für das VBS mehr als genug wären. Verständlich, wenn man das Beschaffungswesen dieses Departementes etwas unter die Lupe nahm und nimmt.

Samuel Schmid ist in der Versenkung verschwunden. Christoph Blocher ist nicht mehr Bundesrat und beschäftigt sich neu mit der Reanimation von Morgarten und Marignano.

Neuer Chef des VBS ist Ueli Maurer, der jeden Bezug zur Realität verloren hat. Der einstige Dream-Team-Bewunderer besuchte 75 Jahre nach General Guisan mit seinen Offizieren das Rütli. Und verglich die Bedrohung von damals, die Welt des Zweiten Weltkrieges, mit der Situation von heute. Eine Ungeheuerlichkeit angesichts von sechzig Millionen Menschen, die auf den Schlachtfeldern und in Konzentrationslagern getötet wurden.

Zurück in die Gegenwart: Die Schweizer Armee besitzt 1900 Geländewagen des Typs Duro. Es handelt sich um eine Schweizer Bastelkonstruktion der Marke Mowag, die weltweit keine nennenswerten Abnehmer fand. Der Neu-

preis des Duros lag bei 144 000 Franken. Obwohl unsere Duros in den letzten zwanzig Jahren nur selten bewegt wurden, müssen sie generalüberholt werden. Für 510 Millionen Franken. Oder mehr als 244 000 Franken pro Duro.

Wer im grossen Stil Autos einkauft – wie etwa der Autovermieter Sixt – bekommt heute auf die deutschen Listenpreise Rabatte von 30 bis 35 Prozent. Er bezahlt somit den halben Schweizer Listenpreis.

Für 500 Millionen Franken bekäme man locker 20 000 nigelnagelneue Geländewagen vom Typ Toyota Hilux. Diese haben sich im Irak und in Syrien im Dienste der IS-Rebellen zum Leidwesen fast aller militärisch bestens bewährt. Weil man auf den Hilux-Pritschen selbst Kanonen installieren kann.

Die heillos überdimensionierte Schweizer Armee soll auch in Zukunft einen Bestand von 100 000 Mann aufweisen. Alle Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere hätten – wenn das VBS marktgerecht bei Walter Frey japanische Geländewagen einkaufen würde – gleichzeitig in einem der 20 000 geländegängigen Hilux-Toyotas einen Sitzplatz. Und könnten in vier Stunden von Genf nach Sargans und zurück rasen. Wir hätten zwar immer noch nicht die beste Armee der Welt, aber immerhin die beweglichste.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Alles, nur nicht proletarisch

Von Kurt W. Zimmermann — Es ist einfach, als Blatt Erfolg zu haben. Man muss nur sechsmal das Gegenteil der anderen machen.

Nach 27 Berufsjahren auf der Redaktion schrieb John Micklethwait im letzten Januar einen speziellen Artikel. Es war das erste Mal in 27 Jahren, dass er über einen Artikel seinen Namen setzte.

Es war Micklethwaits Abschiedstext als Chefredaktor des britischen *Economist*. Das Adieu des Chefredaktors, das *editor's farewell*, ist die einzige Ausnahme, bei der das Wochenmagazin eine Namensnennung des Autors zulässt. Sonst erscheinen beim *Economist* alle Artikel anonym. Er ist weltweit der einzige grosse Titel mit diesem Inkognitoprinzip.

Seit dieser Woche sind fünfzig Prozent des *Economist* auf dem Markt. Der Vorbesitzer, der Pearson-Verlag, will die Anteile abtossen und sich auf den Markt von Büchern und Bildung konzentrieren.

Mit dem *Economist*, 170 Jahre alt, steht die erfolgreichste politische Publikation der Welt zum Verkauf. Das ist eine nähere Betrachtung wert. Denn der *Economist* ist zum Grosse Erfolg geworden, weil er das völlige Gegenteil aller anderen Blätter tut. Sein konträres Erfolgsrezept lässt sich in sechs Punkten zusammenfassen:

1—Keine Egos: Nicht nur die Redaktoren, auch die Kolumnisten schreiben ohne Namensangabe und geben sich Pseudonyme wie Schumpeter oder Charlemagne. Nur das Blatt zählt. Die Nennung des Autors gilt als sachfremde Wichtigtuerei und darum als proletarisch.

2—Keine Längen: Der durchschnittliche Artikel im *Economist* umfasst etwa eine Magazinseite, dies auch zu komplexen Themen wie Euro-Krise und US-Aussenpolitik. Umfangreiche Weltdeutungen gelten als intellektuelle Undiszipliniertheit und darum als proletarisch.

3—Keine Schreibkunst: Stilistische Spielereien wie Nebensätze und Adjektive sind verpönt. Das Blatt nennt sich darum *newspaper*, eine dürre Zeitung, obwohl es eine Zeitschrift ist. Sprachliche Brillanz gilt als gedanklicher Präzisionsmangel und darum als proletarisch.

4—Keine Enthüllungen: Scoops und Primeurs sind unerwünscht. Die Redaktion will keinen Enthüllungsjournalismus, sondern Erklärungsjournalismus. Investigativer Journalismus mit seiner Suche nach Aufdeckungen aller Art gilt als billige Verkaufsmasche und darum als proletarisch.

5—Keine Gratiskultur: Schon 2009 begann der *Economist* mit einer scharfen Reduktion des unentgeltlichen Internetangebots. Heute



Es geht ja: Ex-*Economist*-Chef Micklethwait.

sind praktisch alle Inhalte zahlungspflichtig. Gratisangebote gelten als sozialistische Marktferne und darum als proletarisch.

6—Keine Grossredaktion: Die feste Redaktion des *Economist* besteht aus neunzig Journalisten. Das ist etwa ein Viertel der Anzahl, die ein vergleichbares Magazin wie der *Spiegel* beschäftigt. Grosse Teams gelten als ineffiziente Qualitätsbremsen und darum als proletarisch.

Mit diesen sechs Erfolgskriterien schuf der *Economist* eine gelungene Gegenkultur zu den geltenden Regeln auf europäischen Grossredaktionen. Dort sitzen viel zu viele selbstverliebte Schreibgockel, die seitenweise ihre vermeintlich brisanten Enthüllungen wortgewaltig ins Publikum posaunen.

Der *Economist* hat mit seiner spartanischen Zeitgeistverweigerung unglaublichen Erfolg. Die Auflage stieg mittlerweile auf 1,6 Millionen, fast das Vierfache wie noch vor zwanzig Jahren. 85 Prozent der Auflage werden inzwischen ausserhalb des Königreichs abgesetzt. Der Umsatz liegt bei knapp 500 Millionen Franken, der Gewinn bei 90 Millionen. Kein anderer Wochentitel in Europa und den USA hat eine vergleichbare Performance vorzuweisen. Überall sonst sind Auflagen und Cashflows im steten Niedergang.

Und was lernen wir? Es geht ja. Es geht nur anders als bisher.

Frittierte Töne

Von Beatrice Schlag — Wenn die Stimme Mode macht.

Margaret Thatcher, wir wissen das spätestens seit dem Film «The Iron Lady», hatte sich politisch bereits beträchtliches Gehör verschafft, als Berater ihr dringend Sprechunter-



richt empfohlen. Denn die Stimme der jungen Konservativen mit dem brillanten Intellekt war für die grosse politische Bühne untauglich. Sie neigte zum Quieken, ausserdem redete Thatcher bei öffentlichen Auftritten viel zu hastig. Beides verriet den standesbewussten Briten sofort ihre kleinbürgerliche Herkunft: zu aufgeregt, zu übereifrig. Beides trainierte sie sich mit professioneller Hilfe ab. Inzwischen suchen zahlreiche Politiker, Frauen und Männer, irgendwann Rat beim Sprech-Coach.

Aber nicht nur sie wissen, dass man mit der Stimme entscheidend Eindruck hinterlassen kann. Alle paar Jahre denken sich junge Menschen, vor allem Frauen, neue Sprechweisen und Stimmlagen aus, mit denen sie sich von den Älteren absetzen wollen. Vor ein paar Jahren wurde das «Uptalking» plötzlich als cool empfunden. Man machte eine Feststellung, hob aber gegen Schluss des Satzes die Stimme, als habe man eine Frage gestellt. Das war anfangs ziemlich befremdend. Inzwischen ist es so geläufig, dass man es kaum noch hört. «Ich finde das ziemlich gut» mit hochgezogenem «gut» klingt deutlich selbstbewusster, als wenn die Stimme unten bleibt.

Seit ein paar Monaten greift unter jungen Frauen in den USA und Grossbritannien eine Sprachmelodie um sich, die man «Vocal Fry» nennt. Die *New York Times* bezeichnete sie bereits als Epidemie. Hierzulande wird es milder abgehen. Wenn Sie «Keeping Up with the Kardashians» gelegentlich sehen, werden Sie sofort verstehen, was gemeint ist. Es ist diese kräftig nach unten sinkende Stimme bei Satzende, wenn Luft zwischen die Stimmbänder gerät und man nur noch ziemlich raspelnd reden kann. Es klingt ähnlich, wie wenn Speck scharf angebraten wird. Das hört sich bei Blues-Sängern grossartig sexy, bei den Kardashians, Katy Perry und deren Fans eher affektiert an. Falls Ihre Tochter bald in Sätzen zu reden beginnt, die in einem tiefen, luftengen, eher rauhen Ton enden, seien Sie unbesorgt. Nicht von Dauer. Jugend forscht.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man barfuss durch die Stadt gehen und Warenhäuser, Restaurants oder Museen besuchen? *Franz Veigl, Zürich*

Gelegentliche Barfüssler haben einen Vorteil: Sie umgehen menschliche und tierische Exkremente viel bewusster als Menschen, die zur Erde hin mit Gummi isoliert sind. Wer mal versehentlich in einen Kuhfladen getreten ist, kann dies gut nachvollziehen. Auf die Dauer fragt man sich aber, ob ein normaler Fussabstreifer das Zeug zwischen den Zehen noch herausbringt. Zudem sind Fusswäscherinnen wie Maria Magdalena rar geworden, und wenn jemand eine Fusswäsche anbietet, ist man sich nie sicher, ob es ein Vorspiel ist – oder der Beitritt zu einer Sekte. Also: Überall, wo man mit dreckigen Gummistiefeln willkommen ist, sind Barfüsse auch okay. *Beda M. Stadler*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«...das würde bedeuten, dass noch mehr als genügend Platz auf der Arche Schweiz vorhanden ist.» *Philippe Müller*

Das Boot ist alles andere als voll

Nr. 30 – «Arche Schweiz»; Titelgeschichte von Markus Schär und Rico Bandle

Ihr Titelblatt ist umwerfend, einmalig, es ist bedrohlich und aufbauend zugleich, furchterregend und festigend, und es gibt Denkanstösse in viele Richtungen! Chapeau! Dafür darf man danken.

A. Schanz, Overijse (Belgien)

Mit Freude und einem Augenzwinkern durchstöbere ich jeweils Ihre Zeitschrift. Den Artikel zur «Arche Schweiz» in der letzten Ausgabe las ich ebenfalls mit einem verschmitzten Lächeln auf den Lippen. Der grösste Wurf ist Ihnen aber mit dem Titelbild gelungen.

Wir sehen ein dickbauchiges Schiff an einem Landungssteg, auf welches Menschen in Scharen zuströmen. Die Arche, so suggeriert der Titel, schaukelt in stürmischer See. Es handelt sich aber wohl eher um ein Kriegsschiff, denn unterhalb der Reling starren rund siebzig Kanonen aus Bug und Heck. Wenn ich das Bild so betrachte, beginnen in meinem Kopf die rostigen Rädchen zu drehen.

Das Deck des Schiffes und das Dach des Archehauses sind randvoll mit Menschen, die dem Regen trotzen. Siebzig Kanonen bringen auch einiges Gewicht auf die Waage. Die überdimensionierte Schweizer Fahne berücksichtigen wir mal nicht, denn obwohl überdimensioniert, wiegen der Stoff und der Laternenpfahl wohl nicht so viel. Trotz gefülltem Deck, vollem Haus und waffenstarrtem Schiffsbauch weist das Schiff nur einen geringen Tiefgang auf – über den Daumen gepeilt: etwa sechs Prozent. Die Tatsache dieses Auftriebs erlaubt den Schluss, dass der Grossteil des Schiffes mit Luft gefüllt ist, also leer steht. Das würde bezüglich Ihrer Metapher bedeuten, dass noch mehr als genügend Platz auf der Arche Schweiz vorhanden ist für all diese Menschen, die gerade auf das Schiff zuströmen und in Zukunft noch zuströmen werden. Das Boot ist also alles andere als voll.

Ich gratuliere Ihnen zu diesem Bild, das der Schweiz zeigen soll, dass wir (pauschal als Staat) noch viel mehr Flüchtlinge aufnehmen können, als wir schon tun!

Philippe Müller, Wettingen

Wände mit schwarzer Farbe

Nr. 30 – «Der europäische Patient»; Wolfgang Koydl über die EU

Die EU ist der missratene Versuch, einen Raum heller zu gestalten, indem man seine Wände mit schwarzer Farbe überstreicht.

Robert Stadelmann, Luzern



«Etwa 6 Prozent Tiefgang»: «Arche Schweiz».

Schweizfeindliche Grossbanken?

Nr. 30 – «Banken im Abseits»; Editorial von Roger Köppel

Ich danke Ihnen sehr für Ihren Beitrag, den ich inhaltlich voll unterstütze. Dennoch erlaube ich mir noch einige ergänzende Bemerkungen: Zu Ihrer am Anfang gestellten Frage, «Sind unsere Banken schweizfeindlich?», braucht es dringend eine Präzisierung. Die Frage müsste lauten: «Sind unsere internationalen Grossbanken schweizfeindlich, die ja auch das Sagen haben in der Schweizerischen Bankiervereinigung?»

Es war in den achtziger Jahren, als zuerst die Schweizerische Kreditanstalt durch die Übernahme von White Weld & Co / First Boston und dann natürlich die zwei anderen Grosskonkurrenten, die Schweizerische Bankgesellschaft und der Schweizerische Bankverein, mit ähnlichen Schritten den Grosseinstieg ins internationale Investment-Banking vollzogen, was natürlich von der Presse fast einhellig als grosser Fortschritt gefeiert wurde. Anderer Meinung war schon damals mein Finanzdepartementschef einer anderen grossen Schweizer Bank. Er meinte kurz und bündig, dass dies den Anfang vom Ende des Schweizer Bankgeheimnisses darstellt, weil über kurz oder lang das US-Geschäft dieser Grossbanken so bedeutend werde, dass diese Banken von den US-Behörden dermassen stark unter Druck gesetzt werden können, dass sie – vor die Wahl gestellt – dem Investment-Banking eindeutig den Vorrang

einräumen werden und sich nicht mehr als Winkelriede vor das Bankgeheimnis stellen werden. Leider ist es so gekommen.

Nun, der Bankiervereinigung ist es praktisch vorgegeben, bedingt durch die übermässige Vertretung der Grossen in deren Gremien, dem Diktat ihrer «Säulen» zu folgen. Enttäuschend ist, dass anschliessende Versuche von primär inlandorientierten Banken, einer neuen Vereinigung ohne diese Grossbankendominanz zum Durchbruch zu verhelfen, vorerst als gescheitert zu betrachten sind. Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Finanzplatz Schweiz und die Glaubwürdigkeit unserer Institutionen primär durch die Grossbanken schwer beschädigt wurden, denn viele Kunden betrachten deren Verhalten als Vertragsbruch.

Bruno Merki, Perroy

Tiefere Preise, tiefere Löhne

Nr. 30 – «Adieu, Suppenknorri!»;
Wirtschaftskolumne von Silvio Borner

Nun, da auch der FDP-Ständerat Hans Altherr die Importpreise «wettbewerbsrechtlich in den Griff kriegen» möchte, wodurch er ein altes Anliegen linker Kreise wieder aufwärmt, scheinen die folgenden Überlegungen angebracht zu sein. Falls die ausländischen Lieferanten überhaupt dazu bewegt werden können, die Schweiz zu Tiefpreisen zu beliefern, werden die meisten Verkaufspreise in unserem Land dennoch viel höher sein als im umliegenden Ausland. Dies, weil die Lohnunterschiede beim Personal sehr gross und auch die Mietpreise für Läden und Lager teurer sind.

Obwohl die Preise wegen der Frankenstärke in der Schweiz auf vielen Gebieten stark sinken (man denke nur an Autos und manche Haushaltmaschinen und die Elektronik), sind Salärreduktionen für Mitte-links bekämpfungswert. Leider haben sich die meisten Parteien der Erpressung der Linken unterworfen und den allen Prinzipien des Freihandels widersprechenden flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zugestimmt.

Man kann nur hoffen, dass auch die Linke einsieht, dass hohe Saläre die Preise in die Höhe treiben.

Sebastian Schmid, Biel-Benken

Bitte schön!

Nr. 30 – «Danke, Mann!»;
von Dominique Feusi

Bitte schön, liebe Frau Feusi, gern geschehen!

Zeno Schneider, Egg am Etzel

Im letzten Moment

Nr. 29 – «Islamische Apokalypse»;
Sarah Pines über Michel Onfray

Sie haben zum Glück einen auch mir bisher unbekannt, aber höchst wichtigen prophe-

tischen Warner für Frankreichs Volk und für uns Schweizer wiederentdeckt. Michel Onfray zeigt, wo Frankreich steht: heute dort, um morgen in der Misere anzukommen, unter der Griechenland jetzt leidet. Er zeigt die Zustände, die auch für die Schweiz typisch sind und auch für uns ein griechisches Fiasko herbeirufen könnten. Die Autorin hat uns jetzt schon vielleicht noch nicht gedruckte Einsichten von Onfray zugänglich gemacht, und das zu einem Zeitpunkt – vor den Wahlen –, da wir vielleicht noch zum letzten Mal wirksam mithelfen können, das (Steuer-)Ruder vor der zerstörerischen Klippe herumzuwerfen.

Johannes Bärtschi, Gunten

Mehr fiel ihm nicht ein?

Nr. 29 – «Zweihundert Jahre
Kanton Wallis»; Kolumne von
Christoph Mörgeli

Der als Historiker zeichnende Christoph Mörgeli schreibt sich ins Abseits. Alles, was ihm zum Jubiläum einfiel, war mehr oder weniger der Konkurs der Walliser Kantonalbank im Jahr 1870, die Typhusepidemie vor 52 Jahren in Zermatt, ein Matterhorn südseits als Steinhäufen, César Ritz, Sepp Blatter und Art Furrer. Eine missratene Karikatur der Republik. Abgesehen von seiner Rangierung des Kantons in der Sparte Anarchie – eine Zürcher Unart –, alles Plattheiten. Indem er in seinem Schwank seinen Parteikollegen Oskar Freysinger übergibt, macht Mörgeli deutlich, dass zwischen ihnen ein Graben klafft. Peinlich und Pech zugleich, dass auf der gleichen Kolumnenseite Peter Bodenmanns Orakel glänzt, brillant wie meistens. SVP gegen SP, was für ein Kontrast!

Raoul Imseng, Rüslikon

Langsam graust es mir

Nr. 28 – «Behandlungsstand
unverändert»;
Alex Baur über Horst Mahler

Man traut sich ja kaum, sich öffentlich zu diesem Thema zu äussern. Ihr Redaktor hat nun einen stillen, ja bescheidenen und deshalb umso eindringlicheren Artikel geschrieben über einen sehr kranken Menschen, dessen Gedanken und Theorien mir gänzlich fremd sind – aber sollte nicht gerade Deutschland als Teil, wie man heute so schön sagt, des alten Europa mit seinen Werten, mit dem Recht der Meinungsfreiheit behutsamer und pfleglicher und weniger derb umgehen? Keine Stimme, die sich erhebt, nur Schweigen. Schwerstkrank, vielleicht sogar todkrank, und dennoch haftfähig – langsam graust es mir vor meinem bundesdeutschen Heimatlande.

Bodo R. Siggelkow, Hamburg (Deutschland)

Korrigenda

Besondere Pointe – falsches Bild: Die «Personenkontrolle» in der *Weltwoche* Nr. 30 vom 23. Juli 2015 (S. 12) befasste sich mit Revisor Daniel Senn, dem Insiderhandel vorgeworfen wird. Zum Artikel erschien ein Bild mit der Legende: «Besondere Pointe: Anwalt Senn». Die Aufnahme zeigt allerdings nicht den im Artikel erwähnten Daniel Senn, sondern irrtümlich den in St. Gallen als selbständiger Anwalt tätigen Daniel J. Senn. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

In unserer Personenkontrolle über den Solothurner Stadtpräsidenten Kurt Fluri (FDP), der seine Sitzungsgelder et cetera aus Gremien, denen er von Amtes wegen einsitzt, gegen seinen erklärten Widerstand nach dem demokratischen Beschluss von Gemeinderat und Gemeindeversammlung abgeben muss, haben wir fälschlicherweise geschrieben, Fluri habe die einschlägige Gemeinderatssitzung wutschnaubend verlassen. Richtig ist: Er verliess die Gemeindeversammlung wutschnaubend. An der entsprechenden Sitzung des Gemeinderates hatte er gar nicht teilgenommen.

Die Redaktion

Leserbriefe

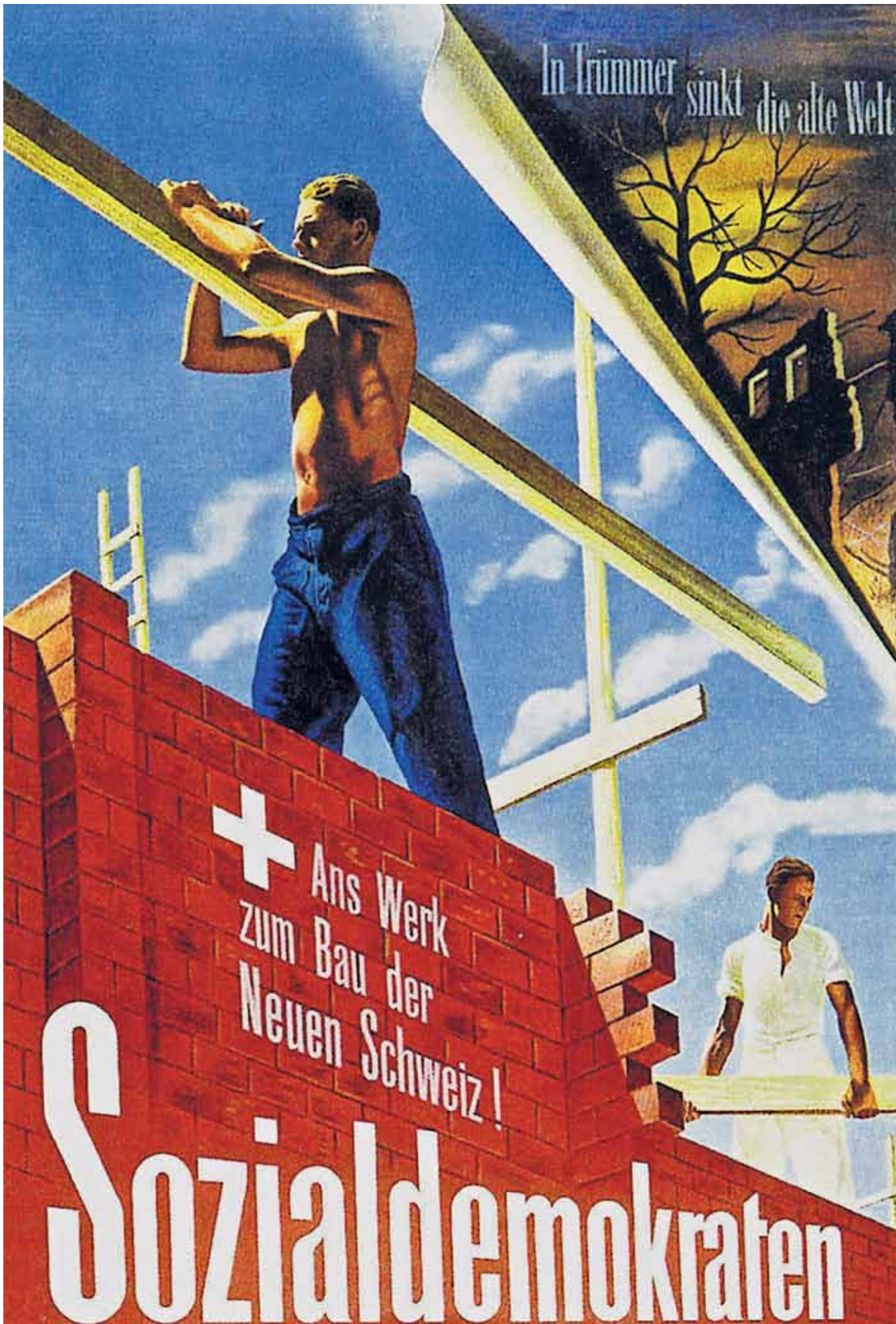
Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird.
Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



www.stellen-anzeiger.ch



STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal



Alles könnte auch ganz anders sein: SP-Wahlplakate von 1943 und 1951.



Die Schweiz von links

Wohin steuert der Sozialismus?
Was läuft gut, was schlecht?
Antworten und Analysen.

- 32 Grosse Umfrage
- 34 René Scheu: Mehr Wermuth
- 36 Rudolf Strahm über aktuelle Probleme linker Politik
- 40 Porträts: Von Anita Fetz bis Mattea Meyer
- 48 Christoph Blocher über das süsse Gift des Sozialismus
- 50 Politologe Andreas Ladner analysiert linke Wahlchancen
- 54 Fakten: Geld ausgeben mit links
- 56 Helmut Hubacher: «Das zweite Wunder von Bern»
- 60 Christoph Mörgeli über Scheinbürgerliche
- 62 Links sein macht mehr Spass
- 64 Die Schweiz von unten: Josef Lang, Historiker
- 66 Grosses Interview: Polo Hofer, Rocklegende
- 72 Matthias Matussek über linke Intoleranz
- 74 Weltwoche-Wahlempfehlungen
- 76 Die Sozialdemokratisierung der Europäischen Union
- 79 Was ist Cédric Wermuths Lizenziatsarbeit wert?
- 80 Chronik der linken Ästhetik
- 84 Porträt: Aline Trede, Grüne
- 86 Sex mit Jungsozialisten: Hanna Bay, Fabian Molina
- 88 Thilo Sarrazin: Wo ist die Reformlinke?
- 90 «La Suisse n'existe pas»: Zu Besuch bei Ben Vautier
- 94 Marco Kistler (SP) über die Reichen und Mächtigen
- 96 Traum vom Bessermenschen
- 98 Das linke Lausanne von SP-Vize Géraldine Savary
- 102 «Che confusiun!»: Romana Ganzoni, Autorin
- 106 Rolf Knie, Maler und Clown

«Überwindung des Kapitalismus»

Der traditionelle Búezer und die Stempeluhr sind Relikte des industriellen Zeitalters, das die Linke gross gemacht hat. Heute muss sie in andere Sphären vorstossen und neue Themen besetzen: Was bedeutet linke Politik heute? Die grosse *Weltwoche*-Umfrage bei Freund und Feind der Sozialisten.

«Die bürgerliche Mentalität der Linken wird sukzessive alle bürgerlichen Gesellschaften wieder aufbauen, die die Linke sukzessive zerstört.»

Nicolás Gómez Dávila (1913–1994)

Links sein heisst, aufzuzeigen, dass es zwischen dem Reichtum hier und der Armut dort einen Zusammenhang gibt historisch den des Kolonialismus, aktuell den der Ausbeutung durch Rohstoffmultis. Konkrete Forderungen, die sich daraus ergeben, sind: gegenüber Flucht-Menschen mindestens so offen sein wie gegenüber Flucht-Geldern, die Konzerne in die Verantwortung nehmen, der Welt unser ziviles Friedenshandwerk (zum Beispiel Berufsbildung, Gute Dienste) statt unseres militärischen Kriegshandwerks (Waffen, Soldaten) zur Verfügung stellen.

Josef Lang, Vizepräsident Grüne, GSoA-Vorstand

Wer links steht, folgt dem Grundsatz: «Mehr Staat, weniger Freiheit» und damit weniger Selbstbestimmung für die Bürger. Dieser sozialistische Grundsatz ist heute bei Politikern chic – nicht nur bei den linken Parteien, sondern weit bis ins bürgerliche Lager und weit bis in die Wirtschaftsverbände. Die Folgen sind im Alltag sichtbar: immer mehr Bürokratie, mehr Regulierungen, höhere Steuern, Abgaben und Gebühren, immer mehr Verbote und Gebote. Vor den Wahlen sind zwar alle sogenannten Bürgerlichen für das Gegenteil, denn Politiker wissen, die Bürger leiden unter der staatlichen Bevormundung. Im Konkreten aber – nach den Wahlen – stimmen auch bürgerliche Politiker meist für das Gegenteil – also für weniger Freiheit. Wann ändert sich das?

Christoph Blocher (SVP), alt Bundesrat

«Wir haben einen Traum» – wie könnte mein Herz nicht links schlagen? Wir waren schon immer die Partei der Freiheit: von Not, Ausbeutung, wirtschaftlichem Zwang und Willkür. Heute mehr denn je sind wir gefordert, für ein würdiges, sicheres Leben zu kämpfen, denn die Rechte führt die Schweiz rückwärts in Ungerechtigkeit, Diskriminierung und nationalen Wahn.

Corrado Pardini (SP), Nationalrat und Mitglied Geschäftsleitung Unia

Linke stehen für mehr sozialen Ausgleich und weniger autoritären Zwang. Linke sind staatskritisch, wenn es um Armee, Polizei oder die individuelle Lebensführung geht. Doch weil

der Staat heute vor allem Wohlfahrtsstaat und nicht mehr Ordnungsstaat ist, geht dies – links wie rechts – gerne vergessen.

Michael Hermann, Politologe

Der Kapitalismus ist zwar die kreativste, innovativste und dynamischste Produktionsweise, die es je gegeben hat. Er hat auf diesem Planeten, zum ersten Mal in unserer Geschichte, einen eindrücklichen Überfluss an Gütern, Dienstleistungen et cetera produziert. Sein Motto ist: unbändige, menschenverachtende, oft gewalttätige Konkurrenz zwischen allen Lebewesen; Maximierung des individuellen Profits um jeden erdenklichen Preis.

Die Folge davon ist eine kannibalische Weltordnung, in der ein Prozent der Weltbevölkerung so viel Vermögenswerte besitzt wie die restlichen 99 Prozent (Oxfam-Bericht vom Dezember 2014) und in der alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren verhungert (The State of Food Insecurity in the World, FAO, 2014).

Den Sozialismus hat es – ausser in der Pariser Kommune von 1871 – noch nie gegeben. Er ist der Horizont unserer Geschichte, die nächste, entscheidende Etappe in der Menschwerdung. Sein Organisationsprinzip: «Von jedem nach seinen Fähigkeiten, für jeden nach seinen Bedürfnissen». Wie seine zukünftigen gesellschaftlichen Institutionen (Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Sicherung der Menschenrechte und Selbstverwaltung des eigenen Lebens) konkret gestaltet werden, ist das «Mysterium der befreiten Freiheit im Menschen» (Theodor W. Adorno). Der Sozialismus ist die Welt von morgen, sofern der Planet bis dahin überlebt: eine Welt der Gerechtigkeit, der Vernunft und der kollektiven, Sinn und Glück schaffenden Praxis.

Jean Ziegler, Soziologe, Universität Genf

Als linke Politikerin stehe ich ein für eine weltoffene und solidarische Schweiz, in der die Früchte von Arbeit und Fortschritt allen zugutekommen. In unserer vielfältigen Gesellschaft sollen alle gleiche Chancen erhalten, ihr Können und ihr Potenzial frei zu entfalten.

Die Offenheit der Schweiz war schon immer ihr Erfolgsrezept; sich abzuschotten und nur stur zu bewahren, verbaut uns die Zukunft. Vielmehr brauchen wir eine lösungsorientierte Politik für eine starke und selbstbewusste Schweiz. Massgebliche Stärken unseres Landes wie die breite Verteilung des Wohlstands, die ein friedliches Zusammenleben ermög-

licht, und die Sicherheit im Alter sind Verdienste linker politischer Lösungsansätze.

Corine Mauch (SP), Stadtpräsidentin Zürich

Es ist unübersehbar. Immer mehr Kapital ballt sich in den Händen von wenigen Grosskonzernen und Privatpersonen zusammen. Diese werden systematisch privilegiert, wie früher die Fürsten. Sie bestimmen unsere Geschicke und bedrohen unsere Freiheit und Souveränität. Wir bewegen uns schleichend auf eine Unternehmensoligarchie zu. Fremde Richter sitzen nicht in Brüssel, sondern in den Schiedsgerichten, wo Konzerne wegen entgangener Gewinne aufgrund von Gesetzgebung in Hinterzimmergerichten klagen können. Die Linke hat die Pflicht, diese modernen Landvögte zu demaskieren und dem neu aufkeimenden Feudalismus entgegenzutreten. Auf dem Spiel stehen nicht weniger als unsere Demokratie und die urbürgerlichen Werte Freiheit, Gleichheit, Solidarität.

Jacqueline Badran (SP), Nationalrätin

Links sein heisst, das Leben nicht als Schicksal misszuverstehen. Links sein bedeutet, sich für Lebensgrundlagen zu engagieren, auf denen die Menschen ihre Freiheit mehren und diese zu nutzen verstehen, um mehr Gerechtigkeit einzurichten. So könnte die Welt allen zur Heimat werden. Heute heisst dies prioritär, uns vom Joch des Marktes und des Geldes zu befreien und die Entmachtung der Demokratie zu stoppen. Dazu bedarf es der Transnationalisierung der Demokratie. Wir müssen sie auf europäischer Ebene (föderalistischer Bundesstaat) ebenso verfassen wie – freilich anders – global (globaler Grundrechtsschutz). Das würde heissen, den Menschen die Macht über sich selber zurückzugeben. So würden sie die Freiheit schaffen, die sie brauchen, um die Gewalt in allen ihren Formen abzubauen. So könnten die Menschen einander wieder finden, statt mit der Zukunft auch sich selber zu verlieren.

Andreas Gross (SP), Nationalrat

Links sein heisst, eine Alternative zum herrschenden neoliberalen Einheitsbrei zu bieten. Es bedeutet, statt an die Allmacht der Märkte zu glauben, besser für Demokratie in allen Lebensbereichen zu kämpfen und durch diese Veränderung der Machtverhältnisse mehr Freiheit, Gleichheit und Solidarität für die Menschen zu verwirklichen.

Fabian Molina, Präsident Juso



Josef Lang.



Christoph Blocher.



Corrado Pardini.



Michael Hermann.



Jean Ziegler.



Corine Mauch.



Jacqueline Badran.



Andreas Gross.



Fabian Molina.



Jobst Wagner.

Links sein bedeutet Staatsgläubigkeit, Gesetzesflut, Schuldenwirtschaft, Umverteilung, Einschränkung der individuellen Freiheit und letztlich Entmündigung des Bürgers. Das Links-rechts-Schema hat freilich ausgedient, und die freiheitlich-liberalen Kräfte werden zunehmend von einer breiten etatistischen Welle bedrängt.

Jobst Wagner, Unternehmer

Zuerst ein Beispiel, das ich sehr gut kenne: FDP und SVP haben uns, um zu sparen und so die Steuern ihrer reichen Klientel senken zu können, einen Numerus clausus in der Medizin aufgezwungen. Resultat: Wir müssen jedes Jahr tausend Ärzte aus dem Ausland importieren, mit einem Verlust für die Ursprungsländer in der Grössenordnung von 500 Millionen Franken. Die Ausbildung eines Arztes kostet ja den Staat mindestens eine halbe Million.

Dies ist nur eines der vielen Beispiele der Verlogenheit der bürgerlichen Politik. Links sein heisst also zuerst, andere Länder nicht auszubeuten – auch weil dies Einwanderung und Flüchtlinge verursacht. Zweitens heisst es, alles zu tun, um zu vermeiden, dass Nationalbank und Wirtschaftselite unsere Löhne und Renten kürzen, denn sonst würden sie unser Land in ein grosses Monte Carlo umwandeln. Links sein heisst vor allem aber, zu wissen, dass der Kapitalismus überwunden werden muss, weil er zwangsweise zur ständigen Vergrösserung der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Arm und Reich, sowohl für Personen wie für Länder, führt, die Natur zerstört und die Demokratie immer mehr zur Makulatur degradiert. An-



Franco Cavalli.



Christoph Frei.



Thomas Aeschi.



Anita Fetz.

gela Merkel hat mal gesagt: «Demokratie ist, was der Markt zulässt», und der lässt immer weniger zu! Das haben Merkel und Schäuble uns mit ihrem Staatsstreich in Griechenland kürzlich bildlich vor Augen geführt. Also: Links sein heute ist nicht viel anders, als es gestern war oder morgen sein wird.

Franco Cavalli (SP), Arzt und alt Nationalrat

Spätestens seit Claude Frédéric Bastiat und seinen wunderbaren Texten bedeutet «links» sein, unter dem unendlich weiten Dach sozialer Gerechtigkeit von Peter zu nehmen, um Johannes zu geben. Tatsache ist, dass Eigen- und Fremdzuschreibungen in solchen Fällen – was heisst liberal, was demokratisch, was links und was rechts? – meilenweit auseinandergehen.

Christoph Frei, Staatswissenschaftler, Universität St. Gallen

Als Linker will ich allen Wirtschaftsmigranten Asyl in der Schweiz gewähren, möchte aber im eigenen Haushalt lieber keine Asylanten aufnehmen. Als Linker sehe ich die Schweiz als

baldiges EU-Mitglied, bin aber doch schockiert, wie die EU demokratisch gefällte Volksentscheide in Frankreich, den Niederlanden und zuletzt in Griechenland schlicht ignoriert und von oben herab durchsetzt. Als Linker will ich den «Kapitalismus überwinden», muss aber eingestehen, dass der Kommunismus kläglich gescheitert ist.

Thomas Aeschi (SVP), Nationalrat

Den Wandel menschlich zu gestalten und die Werte zu retten, die früher von den Bürgerlichen mitgetragen wurden: Chancengleichheit (vor Adel und Geldadel), Rechtsstaatlichkeit (ohne flächendeckende Überwachung), Offenheit (ohne die es keine Unabhängigkeit gibt) und Menschenrechte (einschliesslich humanitärer Hilfe). Und dafür zu sorgen, dass im Zeitalter von Kasino- und Konzernkapitalismus die soziale Marktwirtschaft wieder Raum erhält, reale Werte ökologisch herzustellen und die soziale Sicherheit der Menschen zu stützen.

Anita Fetz (SP), Ständerätin Basel-Stadt

>>>

Wahlen

Mehr Wermuth!

Wie die Linke doch noch gewinnen kann.

Von René Scheu

Es gibt einen tiefen Graben, neudeutsch: einen *gap*, zwischen der Problemsicht der Bürger und der Ansicht der herrschenden Politik. Und es gibt einen nicht minder tiefen *gap* zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung. Differenzen solcher Art gehören zweifellos zu einer demokratisch verfassten Gesellschaft. In der Telekratie existiert nun ein bewährtes Mittel, um den *gap* zu schliessen. Die Medien dichten, unterstützt durch Meinungsumfragen, Trends herbei, die durch ständige Wiederholung nach Art der selbsterfüllenden Prophezeiung zu realen Trends werden. Was ich damit sagen will: Ich sehe nirgendwo Anzeichen einer Verbürgerlichung der Schweiz. Was ich sehe: Die Deutungshoheit in Fragen der Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist fest in der Hand der Sozialdemokraten aller Parteien. Freiheit: Ich tue, was ich will, die anderen sollen bitte schön bezahlen. Gleichheit: ist gleich Umverteilung. Gerechtigkeit: ist gleich Gleichheit. Solidarität: ist gleich Zwangsbeglückung.

Was die Sozialdemokraten aller Parteien tun sollen, um weiter Erfolg zu haben? Ganz einfach: weiterhin das Märchen erzählen, dass wir wahlweise in einer freien Marktwirtschaft, in einer toleranten Gesellschaft, im Turbokapitalismus oder im Neofeudalismus leben. Viele beten's am Ende nach, auch wenn ihre Intuition etwas anderes sagt, und so haben die Vertreter des Sozialdemokratismus weiterhin die «kulturelle Hegemonie» (Gramsci) inne. Das Schöne daran: Selbst jene, die sich für Bürgerliche halten, arbeiten ihnen in die Hände. Gefährlich werden den Sozialdemokraten höchstens die Marxisten und andere Sozialisten in den eigenen Reihen – denn ihnen ist der semisozialistische Status quo zu wenig. Aber gerade darum braucht es solche Leute. Cédric Wermuth ist ein unerschrockener Sozialist, der weiss, woher er kommt. Und weiss, wohin er gehen will. Wir brauchen mehr solcher geradliniger Politiker. Mehr Wermuth, weniger Wischiwaschi!



René Scheu

Der Schweizer Publizist und Philosoph ist Chefredaktor und Herausgeber des Magazins *Schweizer Monat*.



Tim Guldimann.



Thomas Geiser.



Daniel Lampart.

Als Linker setze ich mich für soziale Gerechtigkeit und für die Rechte des Individuums in der Gemeinschaft ein. In den letzten 150 Jahren hat die Sozialdemokratie gegen die Interessen des Kapitals soziale Gerechtigkeit durchgesetzt und verteidigt und sie zu einer anerkannten Maxime unserer Gesellschaft im Innern gemacht.

Der Staat und seine Gesetze sind dadurch zum Korrektiv des freien Marktes geworden. Die Sozialdemokratie kann in Zukunft ihren Zielen aber nur gerecht werden, wenn es gelingt, auch in der globalen Wirtschaft die Macht von Markt und Kapital vor allem in drei Bereichen zu kontrollieren oder zumindest korrigierend einzudämmen: auf den internationalen Finanzmärkten, bezüglich der Arbeits- und Sozialbedingungen in der globalisierten Produktion und hinsichtlich der Kontrolle unseres Lebens durch global agierende Internetkonzerne (Google).

Tim Guldimann (SP), alt Botschafter

Ich erachte heute das Schema «Rechts - links» als sehr überholt. Wichtiger sind die Fragen, ob man weltoffen ist und ob man für eine freie, aber soziale Gesellschaft eintritt. «Frei» heisst dabei, dass jeder und jede so leben können soll, wie er oder sie will und das für sich selber verantworten kann. «Solidarisch» bedeutet aber gleichzeitig, dass schwächeren Personen geholfen werden soll und die Förderung des Gemeinwohls das Ziel sein soll.

Das alles lässt sich aber letztlich nur an praktischen Fragen konkretisieren. Mit dem Schema «Links - rechts» hat dies recht wenig zu tun. So ist es zum Beispiel eher etwas lächerlich, wenn im Abstimmungskampf zur Erbschaftsteuer-Initiative sogenannte bürgerliche Parteien sich prinzipiell gegen eine Erbschaftsteuer aussprechen, obgleich mindestens 24 Kantone eine solche kennen und diese meist bürgerlich dominiert sind. Da hätte man sich eigentlich Argumente einfallen lassen sollen und nicht in ein der Realität nicht entsprechendes Rechtslinks-Schema verfallen dürfen.

Thomas Geiser,

Rechtswissenschaftler, Universität St. Gallen

Ein Hauptziel linker Politik ist es, dass die Menschen unabhängig von Herkunft und Geburt ein gutes, selbstbestimmtes Leben füh-



Hans-Ulrich Bigler.



Antje Vollmer.

ren können. Daran hat sich gegenüber früher kaum etwas geändert.

Daniel Lampart, Chefökonom, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

Die Linke ist heute in ihrer eigenen Ideologie gefangen, die sie in selten gesehener Offenheit auch als «Überwindung des Kapitalismus» umschreibt. Unter diesem Slogan hat sie in den letzten Jahren mit der «1:12»-Initiative, der Mindestlohn-Initiative, der Einheitskasse, der Abschaffung der Pauschalbesteuerung und zuletzt der Erbschaftsteuer-Initiative eine ganze Reihe von Vorstössen lanciert, die emotional an Neid appellierten und in der Stossrichtung eine verantwortungslose Umverteilungspolitik zum Ziel hatten. Alle diese Vorlagen hat der Souverän mit einem wuchtigen Nein an der Urne beantwortet und damit überdeutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Volk das «Erfolgsmodell Schweiz» nicht leichtsinnig und ideologisch motiviert aufs Spiel setzen will.

Hans-Ulrich Bigler (FDP), Direktor Gewerbeverband

Im Zentrum einer «linken» Identität steht die Frage: Von welchem Blickpunkt aus und mit welchem Massstab misst sich der Zustand – im Idealfall das Glück – eines Gemeinwesens? Linke Politik muss heute wieder ganz neu unten anfangen, sie muss vor allem an einer europäischen Friedensordnung und einer neuen Entspannungspolitik arbeiten, sie muss sich ganz neu für innergesellschaftliche und internationale Gerechtigkeit engagieren.

Antje Vollmer, Grüne, Ex-Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Protokoll: Wolfgang Koydl und Florian Schwab

Eine schlechte Uhrzeit für
plötzliche Magenschmerzen.
Der beste Zeitpunkt, um
bei uns versichert zu sein.



Starke Leistung macht den Unterschied:
Das telemedizinische Zentrum von Medgate
berät CSS-Kunden rund um die Uhr.
Kostenlos und weltweit.

Gerne beraten wir Sie. **Ganz persönlich.**



Die Sozialdemokratie zwischen alten Idealen und neuen Realitäten

Über aktuelle Probleme linker Politik. *Von Rudolf Strahm*

Vor der Geschichte kann die schweizerische Sozialdemokratie gut bestehen. In diesem konservativen, bürgerlichen Land hat sie nie eine Mehrheit erringen können; und dennoch gelang es ihr, aus einer Minderheitsposition heraus den Sozialstaat schrittweise während eines Jahrhunderts aufzubauen.

In den 1930er Jahren widersetzte sie sich geschlossen dem Nationalsozialismus, während sich bürgerliche Parteien bei dessen Aufstieg zunächst gefährlich anfällig zeigten. Gegen den Stalinismus war sie seit den 1920er Jahren weitestgehend immun, obschon das Bürgertum sie propagandistisch stets in die Nähe des Kommunismus zu rücken versuchte.

Die geistige Enge des Zweiten Weltkriegs hatte sie früher überwunden; die Dritte-Welt-Problematik hat sie früher wahrgenommen sowie neue Paradigmen wie die Frauenfrage und die Ökoproblematik früher erfasst als die anderen. Sie war immer auch Verteidigerin der funktionierenden öffentlichen Infrastruktur, die die Schweiz so attraktiv macht. Die Kapitalflucht-hilfe und Geldwäscherei des Schweizer Finanzplatzes hat sie drei Jahrzehnte bevor die Schweiz auf internationalen Druck hin ihren Finanzplatz in Ordnung bringen musste, angeprangert. Und nicht zuletzt hat sie trotz aller historischen Flügelkämpfeden inneren Zusammenhalt einigermaßen bewahrt.

Sehr jung war ich sieben Jahre Zentralsekretär der Partei, später dreizehn Jahre eidgenössischer Parlamentarier, wohl über ein Vierteljahrhundert Mitglied des schweizerischen Parteivorstands der SP. Ihre Entwicklung von der Arbeiter- zur postmaterialistischen Mittelschichtspartei habe ich mitverfolgt und mitgeprägt.

Wenn ich wunschgemäß in dieser Zeitschrift für die bürgerliche Leserschaft die Gegenwartsprobleme der Sozialdemokratie beschreibe, dann soll dies der Erklärung von Entwicklungen und nicht der politischen Auseinandersetzung dienen. Ich präsentiere hier eine Analyse und keine Vorschläge. Keine Partei liebt besserwässerische Vorschläge von Veteranen, die keine Verantwortung mehr tragen.

Die Sozialdemokratie befindet sich – wohl in ganz Europa – in einem Dilemma zwischen alten Idealen und neuen Realitäten. Der Historiker Peter Hablützel spricht von einer «tragischen Situation». Die Welt hat sich verändert, die linken Ideale lassen sich nicht mehr einfach im traditionssozialistischen Verständnis auf die Wirtschaftswirklichkeit anwenden. Ich

zeige dies hier anhand von drei neuralgischen Themenfeldern: Erstens hat die Sozialdemokratie als historische Sachwalterin des Sozialstaats Mühe mit dem Vollzug der Sozialpolitik. Zweitens steckt sie in der kulturellen Falle eines elitären Bildungsverständnisses. Und drittens wird sie herausgefordert und arg umgetrieben von der Migrationsfrage im Zeichen der Globalisierung.

Warum scheue ich mich nicht, gerade diese drei besonders sensiblen Problemfelder zu beleuchten? Die drei Themen sind bei der Wählerschaft verhaltensleitend und imageprägend! Sie sind emotional aufgeladen, greifen in existenzielles Erleben ein und werden hochgradig polarisierend abgehandelt. Man könnte auch über Nachhaltigkeit und Wachstum, Verteilungsfragen, Globalisierung, die Finanzierung des Alters oder über Staatstrojaner reflektieren, aber solche fundamentalen Wertfragen bestimmen das Wählerverhalten viel weniger.

Falle 1: Im Dilemma zwischen Eigenverantwortung und Sozialstaatsidee

Aus einer stetigen Minderheitsposition heraus hat die schweizerische Sozialdemokratie innert Jahrzehnten mit geschickten Koalitionsstrategien die Leistungen aller Sozialwerke auf 27 Prozent des Bruttoinlandprodukts – unter Einschluss der zweiten Säule auf 31 Prozent – hochstemmen können. (Diese Sozialleistungsquote ist allerdings tiefer als im übrigen Westeuropa.) Die Umverteilung mittels der Sozialpolitik entschärfte die Klassenfrage. Und heute wirken diese Finanzmittel als eingebauter Konjunkturstabilisator, auf den niemand verzichten möchte. Zynisch vermerkt: Die Sozialdemokratie hat geholfen, den Kapitalismus zu «retten».

Das traditionelle Sozialstaatsverständnis ging aus von einem Wertesystem, das sich an der (männlichen) Arbeitsgesellschaft orientierte: Jeder soll arbeiten, und wer unverschuldet in Armut fällt, soll mit seiner Ehefrau und Familie Unterstützung durch die Sozialwerke erhalten.

Doch die Gesellschaft hat sich gewandelt. Die gesellschaftlichen Werte orientieren sich nicht mehr nur an der Erwerbsarbeit. Wir haben Gruppen in der Wohnbevölkerung, die qualifikationsmässig nicht mehr arbeitsfähig sind, und solche, die die Arbeit aktiv meiden, zudem solche, die von ihrer Herkunft her die sozialstaatlichen Einrichtungen ausnüt-

zen und ausreizen. Kurz, wir haben auch Drückebergerei und Sozialstaatsmissbrauch. Das linke Sozialstaatsverständnis hat die Frage der Eigenverantwortung zusehends ausgeblendet.

Wir haben eine Durchmischung der Wohnbevölkerung mit Personen, die ein ganz anderes Staatsverständnis pflegen. Rund 60 Prozent aller Sozialhilfeempfänger haben einen Migrationshintergrund. Von den anerkannten Flüchtlingen und den vorläufig aufgenommenen Asylbewerbern in der Schweiz – beiden Gruppen wäre die Arbeitsaufnahme erlaubt –



Verlorenes Vertrauen gegenüber dem Staat und der

beziehen derzeit 87 Prozent Sozialhilfe. Eine solche Situation ist politisch eine Zeitbombe.

In gewissen Ländern gehört es zur gesellschaftlichen Norm, dass ein Mann mit Familie im Alter von über fünfzig nicht mehr arbeitet, sondern die Rolle des Familienpaschas einnimmt. In andern Herkunftsländern betrachtet man den Staat als «Milchkuh», die es nur auszunützen gilt. Viele Migrationspersonen kennen den Staat bloss als eine Instanz, die die Bürger betrügt und die auch von den Bürgern betrogen wird, wo immer es möglich ist. Wie

Wie soll nun die Sozialpolitik bei uns mit derart abweichenden Wertesystemen umgehen?

soll nun die Sozialpolitik bei uns mit derart abweichenden Wertesystemen umgehen? Es gibt keine grössere Infragestellung der Sozialstaatsideale als manifest gewordene Missbräu-

che. Es mögen Einzelfälle sein, aber die Menschen lernen induktiv; die Meinung bildet sich aus Einzelfällen. Die Linke, die den Sozialstaat verteidigt, hat durch diesen Wandel die Themenführerschaft teilweise der Rechten abgegeben, an jene, die mit fallweisen Anprangerungen das Terrain besetzen.

Die Konzeption «Fördern und Fordern» ist vernachlässigt worden. Die Linke bekämpfte im Parlament eine obligatorische Integrationsvereinbarung für Migrationspersonen, mit der man zum Beispiel Nachholbildung und Integrationsanstrengungen individuell fordern würde. Sie bekämpfte einen obligatorischen, frühzeitigen Nachzug von Kindern mit sechs oder acht Jahren, um Migrantenkindern eine Frühsozialisation zu ermöglichen. Alles Vorschläge des Bundesrats! In der Romandie heisst dies «Assimilation», und die gilt als Schimpfwort.

Ausgerechnet der welsche Linke Pierre-Yves Maillard, der sich früher als SP-Jungpolitiker als Wadenbeisser gegen die «Blairisten» und

«Schröderisten» in der Sozialdemokratie hervorgetan hatte, reformierte jüngst als nunmehr gereifter Waadtländer Staatsrat das Verhältnis von Fördern und Fordern: Er senkte für Jugendliche die Sozialhilfezahlungen massiv – unter Verletzung der Skos-Richtlinien –, und gleichzeitig erhöhte er – ebenfalls unter Verletzung der interkantonalen Stipendienregeln – die Ausbildungsbeiträge für jene arbeitslosen Jugendlichen, die eine Berufslehre absolvieren. «Entweder du machst eine Ausbildung, oder du kriegst kein Geld mehr vom Staat!» Das Waadtländer Berufsintegrationsmodell «Forjad» ist zu einem Erfolgsmodell geworden. Es zeigt: Ohne klare Anforderungen zu stellen, ohne Pflichten zur Nachholbildung und Berufsintegration, geht nichts. Die traditionelle Sozialpolitik hat einen Nachholbedarf.

Falle 2: Kulturelle Entfremdung durch ein elitäres Bildungsverständnis

Die Sozialdemokratie war zusammen mit den Liberalen treibende Kraft für die Öffnung der Hochschulen. Gymnasium-Ausbildung und Hochschulstudium seien die soziale Aufstiegsleiter für Mittel- und Unterschichten, wurde proklamiert. Wir Kinder aus diesen Schichten konnten über die Mittel- und Hochschule die altbürgerliche und quasifeudale Bildungselite ein- oder überholen.

Doch auch die Bildungslandschaft hat sich verändert. Die Bildungsszene wurde zur Kampfzone. In polarisierten Kantonen, etwa in Zürich, können sich vornehmlich die Kinder der Reichen die nötigen Privatstunden leisten, um die Gymnasiumsprüfungen zu bestehen und – oft unter Qualen – das Gymi zu bewältigen. Bildungszugänge und politisch diktierte Frühsprachen-Curricula sind zum neuen sozialen Selektionskriterium geworden. Die Bildungslandschaft hat eine kulturelle Spaltung der Gesellschaft verstärkt. Die Polarisierung, etwa um Harnos, um den Lehrplan 21 oder um die Hochschulkredite, ist ein Ausdruck davon.

Die ländliche Wirtschaftselite, Gewerbler und KMU-Chefs, hatten ihre Karriere mit einer Berufslehre begonnen. Ebenso ein Grossteil der Facharbeiter und mittleren Kader. Demgegenüber sind die tonangebenden urbanen Mittelschichten akademisch geprägt. Schleichend haben sich zwei Bildungskulturen auseinandergewegt: Die ländlichen Schichten entwickelten sich zur nationalkonservativen Seite hin, die städtisch-urbanen in Richtung links-grünes Lager. Zahlreiche ländliche SP-Sektionen, in denen die Arbeiterschaft früher organisiert war, sind eingegangen oder auf die gebildeten Mittelschichten zurückgeschrumpft.

Auch die meist akademisch gebildeten Gewerkschaftskader finden nicht die Sprache der aufstiegswilligen Facharbeiter. Am ehesten



Sozialdemokratie.

10% WELTWOCHEN-RABATT

praktikus.ch

PRAKTIKUS BIETET IHNEN IMMER ETWAS BESONDERES



Cell-1 sorgt für schöne, makellose Haut. Hilft gegen Akne, Falten, Narben und Cellulite.
Cell-1 Pflegecreme 50 ml
Fr. 59.- Nr. P90-160-070
Ab 2 Stück Fr. 49.-

Schluss mit der Sucherei in Ihrer Tasche! SOI bringt Licht ins Dunkel.
SOI Handtaschenlicht
Fr. 34.90
Nr. P90-114-809

Ultraschall-Abwehrgerät gegen Mücken
Fr. 29.90
Nr. P90-114-898



Dank Induktionstechnik werden bis zu 4 Module gleichzeitig mit Strom versorgt – ohne störende Steckerverbindungen.

Wunderschön schlanke Design-Wasserkaraffe von Menu! 1,3 l.
Design-Wasserkaraffe
Nr. P90-112-871

nur Fr. 59.90 statt Fr. 74.90

Dieser geniale Uhrenbeweger ist unverzichtbar für Inhaber einer Automatik-Uhr.
Uhrenbeweger inkl. Netzteil
Fr. 159.- Nr. P90-114-915
Erweiterungsmodul
Fr. 139.- Nr. P90-114-916



Nostalgisches Design von gestern – modernste Technik von heute.
Nostalgie-Center
Fr. 299.- Nr. P90-114-858

Sanctuary4 – eine leistungsstarke Ladestation, die Kabel verschwinden lässt.
Ladestation Sanctuary4
Fr. 99.- Nr. P90-114-925



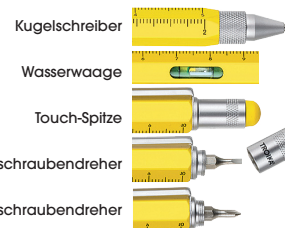
Nicht entsaften! Nicht mixen! Extrahieren! NutriBullet heisst die Lösung für gesunde, vitaminreiche Säfte!
Der MEGA-HIT aus der TV-Werbung!
NutriBullet Fr. 149.- Nr. P90-150-416



SMILEY

Über 40 verschiedene Design-Lavabostöpsel finden Sie in unserem Onlineshop.

Smiley Fr. 19.90 Nr. P90-120-100



Mit dem genialen Multitasking-Kugelschreiber Construction läuft alles nach Plan.

Construction Kugelschreiber
Fr. 29.90 Nr. P90-120-181



GEHEN SIE ONLINE UND PROFITIEREN VON 10% RABATT AUF ALLE ARTIKEL!

GEBEN SIE BITTE DEN CODE P90 AUF DEM BESTELLWEG IN DAS FELD «MEIN CODE» EIN ODER RUFEN SIE UNS AN 044 927 27 27. NUR EINMAL PRO KUNDE EINLÖSBAR. NICHT MIT ANDEREN RABATTEN KUMULIERBAR. GÜLTIG BIS 30.09.2015.

ÜBER 1000 PRODUKTE ONLINE: www.praktikus.ch



«Stärkerer Realitätsbezug»: Autor Strahm.

vermögen sie noch die Migrationsarbeiter aus der proletarischen Kultur Südeuropas zu mobilisieren, während die aufstiegsorientierten Schweizer Arbeiter zu den Angestelltenverbänden wechselten oder nicht mehr organisiert sind.

Diese Bildungskluft schafft unterschiedliche Sprachen und entfremdet die Kulturen. Die Linke hat nicht bemerkt oder mit Beklemmung zugeschaut, wie sich ein Teil ihrer Basis, die sie stets zu vertreten meinte, von ihr entfremdet hat.

Es ist nicht falsch, dass die Sozialdemokratie auch auf die höhere Bildung setzte. Aber sie hat – wenige verlorene Exponenten ausgenommen – die verständliche Sprache verloren und die Betroffenheit der nichtakademischen, vorwiegend ländlichen und vorstädtischen Schichten ignoriert. Was viele nicht verstanden und nicht verstehen: Diese Entfremdung ist nicht bloss politisch im Wählerverhalten manifest. Sie geht viel tiefer: Es ist eine sprachliche, kulturelle und vertrauensbezogene Entfremdung! Wenn ich darüber spreche, werde ich von der Bildungselite oft schlicht nicht verstanden.

Falle 3: Zwischen Migrationsakzeptanz und Migrationszweifel

Diese eben formulierte Problemlage lässt sich am deutlichsten bei der Migrationsproblematik dokumentieren, die die Linke (und ebenso liberal-bürgerliche Kreise) umtreibt. Die Linke war immer internationalistisch. Fremdenfeindlichkeit hat sie stets mit Abscheu bekämpft – besonders verstärkt nach James Schwarzenbachs erster Initiative (1970) und noch vehementer nach Christoph Blochers Aufstieg (nach 1992). Heute steckt die Linke irgendwie in der «Blocher-Falle»: «links» gilt oft einfach als das «Gegenteil von Blocher»; damit errang Blocher noch mehr Themenführerschaft.

Diese unheilvolle Polarisierung hat der Linken die Sicht auf die veränderten Migrationsverhältnisse verstellt: Man übersah, dass die Asylummigration auch eine Armutsmigration geworden war, die mit dem Asylbegriff der Menschenrechtserklärungen nicht mehr abgedeckt ist. Man übersah, dass die Asylszene zu einem organisierten Business geworden ist, angefangen bei den organisierten Schlepperbanden bis zur Rechtsanwälterszene, die die rechtsstaatlich an sich korrekten Verfahren bis

zum Äussersten ausreizt. Bei der Personenfreizügigkeit ist die Sozialdemokratie in die absurde Lage gedrängt worden, die freie Personalrekrutierung im Ausland durch die schweizerische Arbeitgeberschaft zu verteidigen. Absurd ist das deshalb, weil es ja nie Ziel der Linken war, die Zuwanderung allein durch die Arbeitgeberinteressen zu steuern.

Auch die linken Politiker und Gewerkschaftskader haben die beruflichen Verdrängungseffekte bei Inländern durch billigeres ausländisches Personal nicht wahrgenommen. In den hochorganisierten Branchen, beim Bau etwa, behalf man sich mit Lohnkontrollen, mit sogenannten «flankierenden Massnahmen». Die

Man übersah, dass die Asylszene zu einem organisierten Business geworden ist.

Verdrängung von über Fünfzigjährigen konstatierte man erst, nachdem manifest geworden war, dass die Masseneinwanderungsinitiative 2014 von den Fünfzig- bis Sechzigjährigen zum Ja gekehrt wurde. Man reagiert jetzt mit der Forderung nach einer «positiven Diskriminierung» mit einem Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende über fünfzig. Er könnte sich kontraproduktiv auswirken: Welcher Arbeitgeber würde das Risiko noch eingehen, über Fünfzigjährige fest anzustellen?

Man ignorierte das Problem der ungleichen Bildungsgänge von In- und Ausland, man unterschätzte die fehlende Titelläquivalenz, die jährlich Tausende als einen subjektiven Nachteil der Personenfreizügigkeit empfinden. Man ignorierte die harte Konkurrenzsituation zwischen ausländischen Fachkräften und Inländern in den Betrieben, Spitälern und Hochschulen oder die mangelnde Sozialpartnerschaft ausländischer Manager. Kurz, ein beträchtliches Potenzial an Arbeitnehmenden und potenziellen SP-Wählern verlor vermutlich deshalb auch das Vertrauen gegenüber dem Staat und der Sozialdemokratie.

Ich bin nicht der Meinung, dass sich die SP «verbürgerlichen» soll. Ich bin nicht der Meinung, dass ihr Platz in der (ohnehin umkämpften) politischen Mitte sein soll, wie es gut- und bösemeinende bürgerliche Schreiber ihr nahelegen. Sie bleibt in der Auseinandersetzung um die soziale Verteilung ein unverzichtbarer Pol. Aber sie sollte das Territorium von links her besetzen: mit einer Sprache, die die Leute verstehen, mit Forderungen, die an deren existenzielle Erfahrungen anknüpfen, mit einem stärkeren Realitätsbezug, etwa – wie hier beschrieben – in der Sozialpolitik, der Bildungspolitik und bei der kaum je lösbaren Migrationsproblematik.

Rudolf Strahm, Jahrgang 1943, ist Ökonom und SP-Politiker. Er war von 1991 bis 2004 Nationalrat und von 2004 bis 2008 Preisüberwacher.

Architekten der Traumschweiz

Wer sind die herausragenden Figuren, die links von der Mitte Akzente setzen? Die *Weltwoche* porträtiert sieben Persönlichkeiten, die im letzten Jahr aufgefallen sind.

Von Wolfgang Koydl,
Daniele Kaehr und Maya Wipf (Bilder)



Beliebter Buhmann: Soziologe und Provokateur Jean Ziegler.



Liebt Hackbraten mit Kartoffelstock: Ständerätin Anita Fetz (SP).



Der zielstrebige Asket: Nationalrat Balthasar Glättli (Grüne).



Genussmensch mit Machtinstinkt: Genfer SP-Politiker Sami Kanaan.



«Fakten, Fakten, Fakten»: Mediensprecher Oliver Classen (EvB).



Frische Brise: SP-Shootingstar Mattea Meyer.



Politische Überraschungseier: Sergio Savoia (I Verdi del Ticino).

Anita Fetz

SP-Ständerätin Kanton Basel-Stadt

Mit dem deutschen Motto «Frechheit siegt» kommt man in der auf Konsens gebürsteten Schweiz gemeinhin nicht sehr weit, eine Erfahrung, die auch gestandene Politiker immer wieder machen, die es eigentlich besser wissen müssten. Nur wenigen gelingt es, sich den Weg mit der verbalen Brechstange freizukämpfen. Einer ist der polternde Patriarch Christoph Blocher, eine andere eine kleine, adrette Dame aus Basel: Anita Fetz.

Ansehen tut man es ihr allerdings nicht. Sie wirkt wie eine nette Nachbarin, nicht aus dem *Daig*, aber wohlhabend, die sich mit Freundinnen zum Kaffee trifft, im Elternbeirat sitzt und nicht nur Hausfrau, sondern auch ein wenig selbständig ist mit einer kleinen Firma oder einer Boutique. Unauffällig und gutbürgerlich. Dazu passt sogar ihr Leibgericht, das sie einmal verriet: Hackbraten mit Kartoffelstock.

Doch wer Anita Fetz unterschätzt, hat schon verloren. In dem Persönchen stecken Dynamik, Selbstbewusstsein und vor allem ein quirliger, scharfer Verstand. Was sie sich vornimmt, das erreicht sie auch. Und wenn es doch einmal nicht klappt, verfolgt sie gleich ein anderes Projekt, bevor sich der Fehlschlag herumspricht – etwa als ihre Verstrickung in die Affäre um den Basler Finanzjongleur Dieter Behring ihr vor zehn Jahren die Kandidatur zur Bundesrätin kostete.

Auch dieses Mal wird der «ewigen Fetz» niemand den Sieg nehmen können.

Erst 23 Jahre war sie alt, als sie zum ersten Mal auf die politische Bühne stürmte – und zwar durchaus im Wortsinn. Zusammen mit einigen Mitstreiterinnen enterte sie am 1. Mai 1980 die Bühne, auf der sich die Gewerkschafter – ausnahmslos Männer – aufgereiht hatten wie das sowjetische Politbüro selig auf dem Lenin-Mausoleum in Moskau. Es kam zu einem Handgemenge zwischen den jungen Frauen und den alten Arbeitnehmervertretern. Die Frauen siegten, und Fetz gelobte, dass sich Frauen nie wieder von irgendeiner öffentlichen Bühne fernhalten lassen würden.

Anitas wilde Jahre

Persönlich ist ihr dies immer gelungen, anfangs allerdings nicht für die in ihren Augen damals mehr rosa als rot eingefärbte SP. Ihre politische Karriere begann sie als Jungrevolutionärin in den Progressiven Organisationen der Schweiz (Poch). Für deren Basler Ableger sass sie von 1984 bis 1989 im Grossen Rat von Basel-Stadt, für die Dachorganisation der Extremlinken zugleich von 1985 bis 1989 im Nationalrat. Das waren Anitas wilde Jahre, in denen sie als älteste von drei Töchtern einer bürgerlichen Basler Familie



Wer sie unterschätzt, hat schon verloren: Anita Fetz (SP).

(der Vater betrieb einen Laden für Elektrogeräte) das Establishment und das Kapital bekämpfte. Ihr politisches Schlüsselereignis lag da schon einige Jahre zurück: Bei der Besetzung des Kernkraftwerkes Kaiseraugst war sie an vorderster Front dabei.

Inzwischen ist sie ruhiger geworden, so ruhig, dass manche in der SP, der sie seit sechzehn Jahren angehört, hinter vorgehaltener Hand über die «Sesselkleberin» Fetz lästern. Im Oktober kandidiert sie zum vierten Mal für den Stände-

ratsitz von Basel-Stadt. Niemand wird der «ewigen Fetz» den Sieg nehmen können. Nachdem sie sich schon die letzten beiden Male erfolglos an der beliebten Politikerin aufgegeben hatten, entschlossen sich die Bürgerlichen diesmal gleich vorsorglich dazu, Forfait zu geben.

Jean Ziegler Soziologe, Politiker und Autor

Gerade ist er aus Kuba zurückgekommen, davor war er in Tunesien, und dazwischen lag

sein umjubelter Auftritt vor Tausenden, gross- teils jugendlichen Demonstranten auf einer Kundgebung im Herzen von München. Mit sichtbarem Genuss knöpfte sich der alte Herr die in Schloss Elmau zum pompösen G-7-Gip- fel versammelten Führerinnen und Führer der entwickelten Welt vor. Die mächtigsten Per- sonen der Welt wollten sie sein, höhnte der Redner. Von wegen. Nur Marionetten seien sie, die an den Strippen des internationalen Gross- kapitals hingen.

Die Schweizer Medien berichten kaum bis wenig über diese und andere Aktivitäten von Jean Ziegler – und dies, obwohl der 81-Jähri- ge neben Roger Federer der wohl bekanntes- te Schweizer im Ausland ist. Seine Bücher, die er fast im Jahrestakt schreibt, werden in der Schweiz schon länger nicht mehr promi- nent medial vermarktet. In Frankreich, Deutschland, aber auch in der angelsächsi- schen Welt erklimmen sie wie selbstver- ständlich die Bestsellerlisten; der Autor ist geschätzter Talkshow-Gast auf allen Sen- dern. Die Leser dort scheint es nicht zu stö- ren, dass seine Bücher über weite Strecken in schwerverständlichem Soziologendeutsch verfasst sind. Hauptsache, die Kernthesen sind provokant und knackig: «Wir lassen sie verhungern», «Das Imperium der Schande», «Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen», «Die Schweiz, das Gold und die Toten», «Die Schweiz wäscht weisser».

Mit dem letztgenannten Buch begründete Jean Ziegler seinen Ruf als Nestbeschmutzer, und seitdem ist das Tischtuch zwischen ihm und seiner Heimat ziemlich gründlich durchtrennt. Obwohl er persönlich beste und freundschaftliche Beziehungen quer durch



«Kubanisches Blut»: Jean Ziegler.



So rechts tönte selten ein Linker: Sergio Savoia (I Verdi del Ticino).

die gesamte politische Landschaft der Eid- genossenschaft unterhält, ist er im öffentli- chen Diskurs noch immer ein beliebter Buhmann, mit dem man den Nachwuchs erschreckt: «Seht her, so sähe eine sozialisti- sche Schweiz aus, wenn dieser sich mit seinen schrägen Ideen und seinen halbseidenen Des- potenfreunden in der Dritten Welt durch- setzen würde.»

Sinn für Humor

Die Animosität beruht durchaus auf Gegensei- tigkeit. Zur Schweiz fällt ihm, wie er jüngst der *Weltwoche* gestand, nichts mehr ein. «Ja, ja, das Paradies Schweiz», seufzte er – nur um sofort nachzuschieben: «die Räuberhöhle». Ziegler spitzt gerne zu, er hat eine unbändige Lust an der Provokation. Man könnte ihn für einen jener Menschen halten, die lieber einen Freund verlieren als eine Pointe – wäre da nicht eine tiefe Menschlichkeit, die sein Engagement durchzieht. Das klingt oft ver- dächtig religiös, ja christlich. Auf diese Mut- massung antwortet Ziegler mit einem unver- bindlichen Brummen.

Nicht so sehr das Alter und der Bekann- theitsgrad sind es, die ihn von anderen Linken unterscheiden, sondern sein Sinn für Humor. Während seines jüngsten Kuba-Besuches fing er sich ein Bakterium ein, das eine Bluttransfu- sion erforderte. Der Mann, der immer noch stolz davon erzählt, wie er in seiner Jugend Che Guevara durch seine Wahlheimat Genf kutscherte, reagierte spitzbübisch auf die ernste Erkrankung: «Jetzt fliesst kubanisches Blut in meinen Adern. Endlich.»

Sergio Savoia, Chef der Verdi del Ticino

Dass das Tessin anders ist als der Rest des Lan- des, ahnen wohl die meisten Schweizer. Wenn sie sich näher mit dem als Sonnenstube ver- niedlichten Kanton befassen würden, dann wüssten sie, weshalb sich ihre Landsleute süd- lich des Gotthards von ihnen unterscheiden. So aber schütteln sie in unregelmässigen Ab- ständen die Köpfe, wenn wieder einmal abson- derliche Nachrichten von der Alpensüdseite herüberdringen.

Ein Spezialist in der Produktion solcher politischer Überraschungseier ist Sergio Savoia, der Chef der Verdi, der Tessiner Grünen. Denn wenn der Rest der Partei um Regula Rytz, Basti- en Girod oder Balthasar Glättli deutlich links

«Populist ist, wer dem Volk zuhört und nicht der Elite, die auf ihrem warmen Hintern sitzt.»

von den Sozialdemokraten angesiedelt ist, hat der vollbärtige Fünfzigjährige aus Faido seine Partei in die Gegenrichtung gesteuert – und damit auf Erfolgskurs gebracht. Bei den letzten Wahlen zum Gran Consiglio legte seine Partei erneut auf 6,6 Prozent zu – nicht viel, aber immerhin entgegen dem Abwärtstrend der Grün- en im Rest des Landes.

Savoia kommt an bei den Wählern, und das liegt nicht nur daran, dass er siebzehn Jahre lang einer der populärsten Radiomoderatoren des Kantons war. Die Tessiner schätzen an ihm, dass er zuhört: «Wir sind stolz, Populis-

ten zu sein», schrieb er etwa kürzlich auf seinem Blog. «Populist ist, wer dem Volk zuhört und nicht der Wirtschaft, der Elite, die auf ihrem warmen Hintern sitzt.» Wenn er genug gehört hat, spricht er aus, was andere nur denken – auch auf die Gefahr hin, dass er eher wie Christoph Blocher oder Toni Brunner klingt als wie Jo Lang oder Daniel Vischer. «Wenn man in Brüssel etwas erreichen will, muss man Rückgrat zeigen und nicht auf den Knien anrutschen», meint er etwa zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union. So rechts tönte selten ein Linker.

Bis an den Rand eines Bruches innerhalb der grünen Bewegung führte Savoia seine Partei im Kampf um die Masseneinwanderungsinitiative. Denn die Tessiner Verdi unterstützten die Vorlage zum hellen Entsetzen der Parteifreunde. Insgesamt nahm kein anderer Kanton die Initiative mit einer grösseren Mehrheit an – mehr als sechzig Prozent der Tessiner wollten die Zuwanderung strenger kontrollieren. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, dass nur das donnernde Ja aus dem Süden der Vorlage landesweit über die Fünfzig-Prozent-Hürde half.

Der Unterschied zu den blassen Nord-Grünen scheint darin zu liegen, dass Savoia weiss, wo seine Landsleuten der Schuh drückt – und das ist in erster Linie bei den Grenzgängern aus der Lombardei und den Migrant*innen aus Afrika. «Die Grenzgänger sind nicht intelligenter oder geschickter als die Tessiner», schimpfte Savoia im Parlament von Bellinzona, «sondern einfach nur billiger.» Mit dieser Haltung schafften es die Tessiner Grünen, ein linkes Anliegen durchzusetzen, das im Rest der Schweiz chancenlos war: Im Juni nahm der Südkanton eine grüne Initiative für einen Mindestlohn an.

Balthasar Glättli Nationalrat, Grüne

Menschen können gemeinhin nichts für ihr Aussehen, und deshalb sagt das Äussere auch nicht viel über ihr Innenleben aus. Aber bei Balthasar Glättli lässt es sich nicht übersehen, dass er aussieht, wie man sich in manchen Kreisen den Idealtypus eines grünen Politikers vorstellt: gleichsam als fleischgewordene Spassbremse, die ihren Mitmenschen Schweinsschnitzel, schnelle Autos und andere schöne Dinge des Lebens verbieten will. Neben Glättlis asketischem Savonarola-Gesicht ähneln selbst Puritaner wie Calvin und Zwingli prallen Barock-Geniessern.

Der 43-jährige Zürcher Grüne verdankt seine schwächliche Physis einer schlimmen Erkrankung in seiner Kindheit. Im Alter von sechs Jahren wurde Leukämie bei ihm diagnostiziert, die er im Laufe der Jahre bezwang. Dies machte aus ihm einen Bücherwurm, eher einen Typ Stubenhocker. Für die Spitalaufenthalte schenkten ihm die Eltern eine Kinderbibel. Er las sie siebzehn Mal von der ersten bis



In der Schule trug er den Übernamen Jesus: Balthasar Glättli (Grüne).

zur letzten Seite durch. Heute ist er der klassische Intellektuelle, ein Kopfmensch, der bei politischen Entscheidungen dem Verstand den Vortritt vor dem Herzen lässt. Er ist unglaublich belesen: Es scheint nicht vieles zu geben, wozu er nicht eine dezidierte Meinung hat, die er mit den passenden Zitaten unterlegen kann. Das Schawinski-Team verstieg sich sogar dazu, ihn für den Talk mit dem Moderator als «den Philosophen unter den Politikern» anzukündigen.

Die wollig-romantische Naturliebe vieler Parteifreunde geht dem grünen Fraktionschef völlig ab. «Ich habe keinen Garten, kein Haustier, bin kein Natur- und Vogelfreund», räumt Glättli denn auch unumwunden ein. Er ist ein Stadtmensch, Zürcher durch und durch. Kröten und Lurche hat er nie gerettet, sein Hauptaugenmerk richtet er als Nationalrat auf Datenschutz, Netzpolitik und Persönlichkeitsrechte – Themen mithin, die man intellektuell und nicht emotional anpacken sollte. Ein mitfühlendes

Herz-Jesu-Konzept hat er freilich für das Asylproblem, sein zentrales politisches Anliegen.

Seine blasse Nüchternheit täuscht aber leicht darüber hinweg, dass er ein gehöriges Sendungs- und Selbstbewusstsein besitzt. In der Schule trug er den Übernamen Jesus – was freilich eher seinem Aussehen – lange Haare und Sandalen – geschuldet war als Predigten auf dem Schulhof. In die Grüne Partei indes trat er nicht einfach ein, er wurde händerringend darum gebeten. Die Grünen waren auf den regen Leserbriefschreiber aufmerksam geworden und brauchten dringend einen Nationalratskandidaten. Glättli stimmte einer Mitgliedschaft allerdings nur unter der Bedingung zu, dass er gleich in den Vorstand kom-

«Ich habe keinen Garten,
kein Haustier, bin kein
Natur- und Vogelfreund.»

me. Die Grünen schlugen ein – ob wegen ihrer akuten Personalnot oder wegen Glättlis Brillanz, wurde nie geklärt.

Ähnlich zielstrebig eroberte er seinen Platz auf der Liste: Sein innerparteilicher Gegenkandidat Markus Kunz wusste nicht, wie ihm geschah, als er 2011 aus den Sommerferien zurückkam. Glättli hatte auf den Urlaub verzichtet und stattdessen eifrig für seine Nominierung gewiebelt. Da konnte es nicht überraschen, dass er nach lediglich zwei Jahren im Parlament an vielen altgedienten Parteifreunden vorbei die Nachfolge von Antonio Hodgers als Fraktionschef übernahm. Es ist eher unwahrscheinlich, dass sich der zielstrebigste Asket schon am Zenit seiner politischen Laufbahn angekommen fühlt.

Sami Kanaan, SP-Politiker, Genf

Ein gutes Glas Wein, ein gutes Essen, ein gutes Buch oder ein guter Film, dazu ein Segeltörn auf dem Genfersee oder Skilaufen in den französischen Alpen – Sami Kanaan ist ein Genussmensch, den schönen Dingen im Leben nicht abgeneigt. Früher einmal hätte die calvinistische Genfer Bürgerschaft die Stirne gerunzelt, wenn so einer ihr Maire im Rathaus gewesen wäre. Aber seitdem die Katholiken die Mehrheit im «protestantischen Rom» übernommen haben und vierzig Prozent aller Genfer keinen Schweizer Pass besitzen, ist Multikulti alltägliche Realität an der Rhone, auch in der Politik.

Multikulturell ist auch der fünfzigjährige SP-Mann Kanaan. In seiner Person und frühen Vita verkörpert er ein Kaleidoskop verschiedener Kulturen, Sprachen und Religionen: Geboren wurde er in Beirut als Sohn eines sunnitischen libanesischen Vaters und einer katholischen Basler Mutter. Wegen des Bürgerkriegs in seinem Heimatland musste er einige Schuljahre in Griechenland absolvieren, bevor er schliesslich

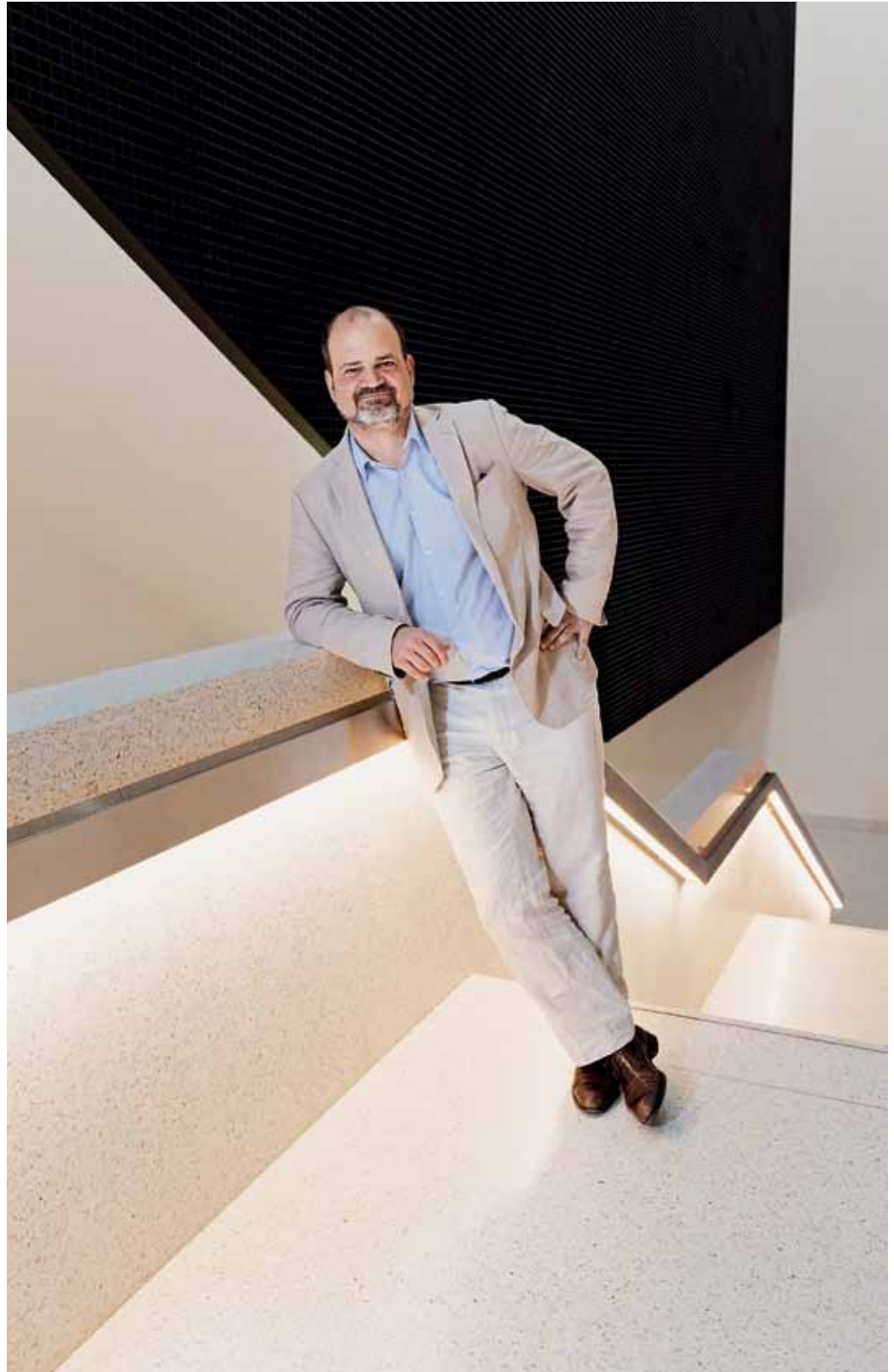
zu den Grosseltern nach Bern kam, um in Biel die Matur zu machen.

An der Wand entlang

Mit dieser Vielfältigkeit passt er zu Genf, wo er seit vier Jahren das Departement für Kultur und Sport der Stadt leitet. Im vergangenen Jahr rotierte er zum ersten Mal auf den Bürgermeistersessel. Viel zu kurz seien die zwölf Monate, die die Verfassung jedem Amtsinhaber zugesteht, befand er. Da könne man kei-

ne Akzente setzen. Einen gewissen Machtinstinkt kann man Kanaan also nicht absprechen, auch wenn ihm sogar wohlwollende Genfer Genossen bescheinigen, ein «vorsichtiger Sozialdemokrat» zu sein, «der wie alle an der Wand entlangschleicht».

Zu den Sozialdemokraten stiess Kanaan nach eigenen Worten, weil er ein «Idealist» war und «die Welt verändern wollte». Die Sozialisation erfolgte wie so oft an der Uni. Kanaan studierte Physik an der ETH und poli-



Kaleidoskop verschiedener Kulturen, Sprachen und Religionen: Sami Kanaan (SP).

tisierte im Studentenverband. Das Studieren gefiel ihm so gut, dass er nach dem Diplom 1989 Fach und Universität wechselte: In Genf belegte er die nächsten sechs Jahre politische Wissenschaften. Mit 31 Jahren trat er schliesslich ins Arbeitsleben ein – als Projektleiter für den Europäischen Universitätsverbund.

Im Mittelpunkt stand für den massigen Vollbarträger freilich immer die Politikkarriere. Auf der SP-Schiene ergatterte er den Direktorenposten im Sozial- und Jugenddepartement von Genf, parallel dazu liefen Parlamentsmandate, zuerst im Gemeinderat, dann im Grossrat. Dann die vorläufige Krönung: der Einzug in die Genfer Exekutive.

Zu politischen Sachfragen hält er sich eher bedeckt. Die jüngste Besetzung des Kulturhauses «Maison des arts du Grütli» durch Asylbewerber sei ja jetzt gelöst worden, beschwichtigt er. Die Demonstranten seien in einen Gemeindesaal verlegt worden. «Dort stören sie keinen», meint er, jedenfalls bis Ende August, wenn die Feriensaison vorbei ist. Das eigentliche Problem, die Unterbringung von Asylananten in unterirdischen Bunkern, bleibt weiter ungelöst, ebenso wie der weitere Zustrom an Migranten, an dem Kanaan grundsätzlich nichts auszusetzen hat.

Mit diesem persönlichen und politischen Hintergrund könnte Genf für einen ehrgeizigen Politiker bald einmal zu klein werden, oder? Denkt er zuweilen an eine nationale Karriere in Bern? Die Antwort kommt sehr schnell und fällt eindeutig aus: «Warum nicht.»

Oliver Classen Sprecher der «Erklärung von Bern»

Nein, als Weltverbesserer sieht er sich nicht, vermutlich klänge ihm das ein wenig zu blauäugig, schliesslich bezeichnet er sich selbst als ausgeprägten Pragmatiker mit mehr Effizienz als Emotion. «Wir müssen die Welt erst einmal verstehen», betont Oliver Classen stattdessen. Erst daraus könne sich vielleicht eine Verbesserung ergeben, aber dafür brauche es «Fakten, Fakten, Fakten».

Die sammelt jene Organisation, deren Gesicht der 48-jährige gelernte Journalist seit knapp einem Jahrzehnt ist. Als Zürcher Medienrepräsentant der «Erklärung von Bern» (EvB) ist Classen prominente Anlaufstelle und Auskunftgeber der NGO. Gegründet vor mehr als vierzig Jahren von einer Gruppe von Reformtheologen mit Erfahrungen in der Dritten Welt, setzt sie sich «für gerechtere Beziehungen zwischen der Schweiz und den von der Globali-

sierung benachteiligten Staaten» ein. Konkret will sie, «dass die Schweizer Wirtschaft nicht auf Kosten anderer Länder profitiert».

Mit diesen Zielen hat sich die EvB nicht nur Freunde gemacht. Schliesslich zieht sie damit nichts anderes in Zweifel als das seit Generationen erfolgreiche Schweizer Geschäftsmodell, das nach Ansicht von Classen freilich auf reinem Opportunismus basiert: «nach *business opportunities* jagen, ohne sich um ethische Prinzipien zu scheren». Noch pointierter formuliert: «Wer zahlt den Preis für das Geschäftsmodell Schweiz?»

Seit einigen Jahren ist die internationale Rohstoffbranche mit Konzernzentralen in der Schweiz im Visier der «Erklärung». Seit die EvB eine umfangreiche Studie dazu veröffentlicht hat, schaffte es das früher ignorierte Thema binnen Jahresfrist auf die Agenda des Bundesrates. Classen überrascht das nicht. «Wir wussten vieles von Anfang an besser», meint er grinsend. So habe die EvB schon früh einen automatischen Informationsaustausch im Bankenwesen verlangt – damals noch zum grossen Gaudium der Finanzindustrie. Heute lacht niemand mehr.

Als Sohn deutscher Einwanderer, der in Grenchen zur Welt kam, wirkt Classen auf den ersten Blick wie ein Direktimport aus dem



«Wir wussten vieles von Anfang an besser»: EvB-Sprecher Oliver Classen.

Norden. Das sei kein Nachteil, findet er: «Direktheit und Sprachgewandtheit geben mir ein grösseres Repertoire.» Er bestreitet nicht, dass die «EvB» deutlich links von der Mitte steht. «Wir können und wollen uns gewisse Positionen leisten, die in der Politik kaum mehr vertreten werden. Grossunternehmen will er denn auch mit mehr staatlichen Zwangsmassnahmen zu Leibe rücken: «Wir setzen auf Regulierung», unterstreicht er. «Die Lernfähigkeit der Konzerne ist bislang leider zu klein.» Aber auch jene der Schweizer Politik und Öffentlichkeit: «Veränderungen in der Schweiz werden immer erst auf massiven Druck von aussen möglich.»

Mattea Meyer SP-Kantonsrätin, Zürich

Hier ist die Frau, die Cédric Wermuth alt aussehen lassen kann. Nicht wegen der politischen Ansichten, da ähneln sich die beiden im Grossen und im Ganzen. Aber Person und Persönlichkeit könnten unterschiedlicher nicht sein. Der SP-Nationalrat mag zwar nur zwei Jahre älter sein als sie, aber im Vergleich wirkt der sozialistische Dauer-Stenz recht altbacken: sauer-töpfisch, präpotent und dünnelhaft. Mattea Meyer hingegen ist wie eine frische Brise: frisch, froh und schier berstend vor guter Laune.

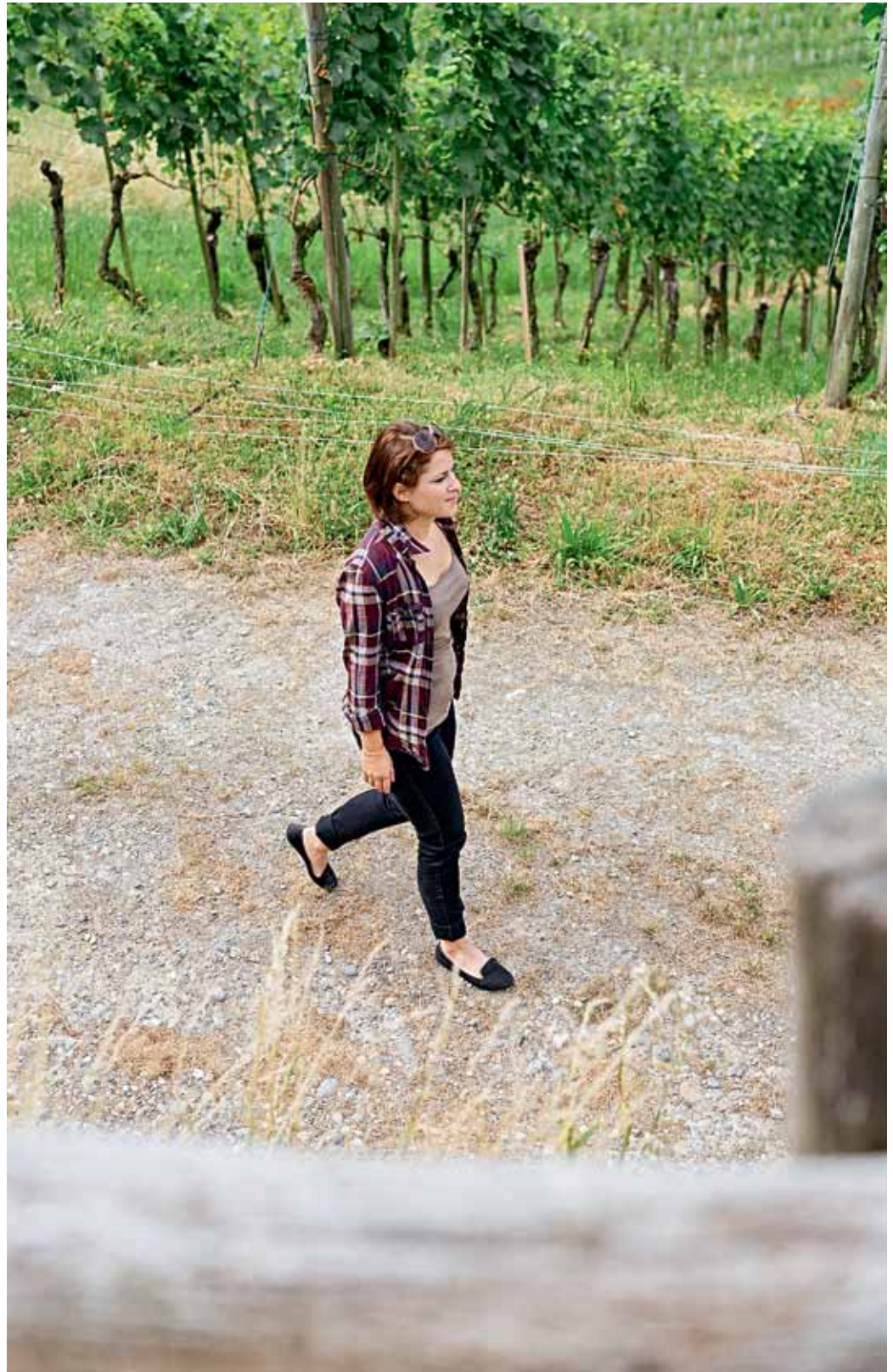
Erst 27 Jahre ist sie alt und schon der Shootingstar der Zürcher SP, eine grosse Hoffnung bei den Nationalratswahlen im kommenden Oktober. Bei der Kandidatenkür katapultierten die Delegierten die Kantonsrätin auf den vierten Listenplatz, gleich hinter solch altgedienten Parteigranden wie Daniel Jositsch, Jacqueline Badran und Thomas Hardegger

«Nur wenn wir dabei sind, können wir dafür sorgen, dass die EU demokratischer und sozialer wird.»

und noch vor der prominenten Nationalrätin Chantal Galladé. Nicht nur die Parteiprominenz war überrascht von der erfolgreichen Mitbewerberin. Meyer selbst war bass erstaunt über so viel Zuspruch. Als das Ergebnis verkündet wurde, verschlug es ihr erst einmal die Sprache.

Für eine demokratischere EU

Das scheint nicht oft zu passieren, denn die junge Frau redet gern, schnell und meistens lachend. Vor allem aber spricht sie mit jener Offenheit, welcher der Zynismus der täglichen Realpolitik noch nichts anhaben konnte. Jedenfalls scheint ihre Tätigkeit im Winterthurer Gemeinderat, in den Meyer erstmals 2010 nachrückte, ihrem jugendlichen Idealismus nicht geschadet zu haben. Das Feuer, das ihre Lektüre in Kindheit und Jugend in ihr entzündet hatte, lodert noch immer kräftig. Eines ihrer Lieblingsbücher war die «Rote Zora».



Bass erstaunt über so viel Zuspruch: Mattea Meyer (SP).

Solidarisch, grosszügig, hoffnungsvoll, demokratisch – das sind die Begriffe, mit denen Mattea Meyer ihre Traumschweiz beschreibt: «Ein Land für alle statt für wenige». Dasselbe gelte übrigens auch für die Europäische Union, der die Schweiz früher oder später beitreten müsse: «Wir sind von allem, was die EU tut, betroffen», meint Meyer, «aber wir können nicht mitreden. Nur wenn wir dabei sind, können wir dafür sorgen, dass die EU demokratischer und sozialer wird.»

Gerechtigkeit ist der Schlüssel zu ihrem politischen Credo: Ihr geht es um eine gerechte Verteilung des Wohlstands, eine gerechte Behandlung von Frauen, Gerechtigkeit für Asylbewerber und Sozialbezüger und nicht zuletzt auch Steuergerechtigkeit. Um Letzteres will sich Mattea Meyer als Erstes kümmern, falls sie im Herbst ins Parlament gewählt wird: «Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung einschränken und schliesslich abschaffen».



Zwei im gleichen Boot: SP-Ständerat Paul Rechsteiner (l.), Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer, 2014.

Wenn Bürgerliche Gift trinken

Die Schweiz gilt als bürgerliches Land. Schön wär's. Tatsache ist: Der Sozialismus breitet sich aus. Scheinbürgerliche Politiker und Wirtschaftsverbände machen es möglich. Zum Schaden der Schweiz.

Von Christoph Blocher

Die Schweiz gilt gemeinhin als bürgerlicher Staat. Aber wo ich auch hinkomme, schimpft man über den Zentralismus, über die wachsende Bürokratie, über die sich mächtig ausbreitende Regulierung, über mehr Formulare, dauernd mehr Verbote und Vorschriften und – vor allem – über verlorene Freiheiten.

Warum herrschen solche sozialistischen Missstände? Und warum denn in einem sogenannten bürgerlichen Staat?

Marsch nach links

Ist unsere Bürgerschaft noch bürgerlich? Tatsächlich wurden in der Schweiz alle krassen Forderungen linker Parteien vom Volk abgelehnt: Lehrwerkstätteninitiative, betriebliche Mitbestimmung, mindestens sechs Wochen staatlich verordnete Ferien, staatliche Mindestlöhne, 1:12-Initiative, Steuerharmonisierung, nationale Erbschaftssteuer und Energie- statt Mehrwertsteuer. Warum aber rutscht die Schweiz trotzdem immer mehr nach links und untergräbt die bürgerlichen Grundwerte? Weil Verwaltung,

Parlament und Regierung links stehen! Das süsse Gift des Sozialismus schmeckt nicht nur der Verwaltung, sondern auch den Politikern weitherum bis tief in die bürgerlichen Reihen. Ein Blick in den Alltag genügt.

Abgaben und Gebühren – statt Steuern

Dieser Tage hörte ich am Radio: «CO₂-Abgabe wird erhöht». Ein «bürgerliches» Parlament hat seinerzeit eine Bestimmung erlassen, laut der der Bundesrat selbständig höhere CO₂-Abgaben beschliessen kann, wenn ein Bericht – natürlich auch von der Verwaltung eingeholt – die Voraussetzung für den Erhebungsbeschluss nachweist. Das steht im krassen Gegensatz zum liberalen Bundesstaat, der seinerzeit die Steuersätze in der Bundesverfassung verankert hat, damit Steuern nur mit Zustimmung von Volk und Ständen erhöht werden können. Jetzt weicht man aus auf Abgaben, deren Höhe durch den Bundesrat beschlossen wird. Die Bürger haben nichts mehr zu sagen.

Das Ganze hat System! Man erklärt Steuern zu Abgaben oder Gebühren. So geschehen beim Radio- und Fernsehgesetz, das neu auch Bürger, die weder Fernsehen noch Radio besitzen, zum Zahlen verpflichtet. Neu geht mit diesem Gesetz die Kompetenz, solche «Gebühren» zu erhöhen, an den Bundesrat. In Zukunft bestimmt also die Exekutive allein über neue Lasten der Bürger, obwohl das Bundesgericht entschieden hat, diese Gebühren seien eine

Die Forschungsförderung hat keine grundlegenden neuen Erfolge vorzuweisen.

Steuer. Auch der Wirtschaftsverband Economiesuisse, der die Interessen der Unternehmen vertreten sollte, beschliesst die Ja-Parole zugunsten dieses antibürgerlichen Zentralismus. Die Sozialisten und Grünen allein hätten diesen sozialistischen Akt nicht beschliessen können. Weiter im Tramp – anbei alles Bei-

spiele der letzten paar Wochen. Gross war der Applaus zum Beschluss der Parlamente in Bundesbern und Zürich, laut dem «Innovationsparks» vom Staat mit Steuergeldern subventioniert werden sollen: Treibende Kraft waren nicht linke Parteien, sondern sogenannte Wirtschaftspolitiker der FDP! Die angeblich «bürgerliche» NZZ kanzelte Kritiker als einfältig und rückständig ab.

«Innovation» tönt immer gut. Und als Unternehmer weiss ich, dass Innovation entscheidend ist. Nur entsteht sie im Betrieb, in der eigenen Forschung und Entwicklung. Sie beginnt sicher nicht mit einem «Park», und schon gar nicht mit Steuergeldern. Wo der Staat Geld gibt, da sind auch staatliche Kontrolle, Bürokratie und Regulierung. Höhere Staatsausgaben und Steuererhöhungen sind unvermeidlich.

Zudem: Wer eigenständig forscht und entwickelt, wird benachteiligt, wenn der Staat das Forschen und Erfinden durch Subventionen an sich reisst. Die Innovationsfähigkeit eines Landes wird behindert statt gefördert. Der Unternehmer, der noch kein staatliches Geld bekommen hat, wird dazu verführt, auch die Staatskrücken zu ergreifen oder selbst nichts mehr zu tun.

Es ist und war stets so: Wenn der Staat etwas fördert, das an sich gut ist, aber das nicht dem Staate obliegt, so schadet er der Sache, es nützt

Es wird mit diesem Modell nicht der Schutz der Arbeitnehmer erreicht, sondern das Gegenteil.

ihr nichts. Einmal ist es Innovation, dann Forschung, dann Produktion, dann Beschäftigung, dann Wirtschaftsförderung.

Zur Forschungsförderung legte der frühere liberale Rechtsstaat fest: Lehre und Grundlagenforschung sind Sache der Hochschulen, betriebliche Forschung ist Sache der privaten Unternehmen. Das war wirkungsvoll! Neu wird durch die exzessive Forschungsförderung mit riesigen finanziellen Mitteln aus dem EU-Forschungsprogramm ein gigantischer, unüberblickbarer internationaler Forschungs-Honigtopf gespiesen, an dem sich die Schweizer Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen laben. Aber die Forschungsförderung hat keine grundlegenden neuen Erfolge vorzuweisen. Sie finanziert Tätigkeiten, die man als Forschung bezeichnet.

Den Überblick bis ins Einzelne hat niemand mehr. Erfolge sind weder mess- noch sichtbar. Ein amerikanischer Ökonomieprofessor hat mir kürzlich erklärt: Es sei interessant, in der Zeit vor den umfangreichen europäischen Rahmen- und Forschungsprogrammen und der Schweizer Beteiligung daran habe die Schweiz die grösste Nobelpreisträger-Dichte aufgewiesen. Seither seien keine Schweizer mehr mit



Sozialistischer Weg: Bundesrat Schneider-Ammann spricht über den Gesamtarbeitsvertrag, 2011.

dem Nobelpreis ausgezeichnet worden, obwohl das Land viel mehr Staatsgelder für Forschung und Entwicklung ausgegeben habe. Die Schweiz hat den ordnungspolitischen Pfad verlassen und geht heute den Weg der Interventionisten, der Sozialisten. Angeblich bürgerliche, tatsächlich aber linke Wirtschaftsverbände marschieren auf diesem Irrweg mit.

Freier Arbeitsmarkt ade

Und wie steht es mit dem Arbeitsmarkt? Der freie Arbeitsmarkt war eine grosse Stärke der Schweiz. Staatliche Mindestlöhne, Kündigungsschutz, Lohnkontrollen, all diese angeblich sozial genannten – aber letztlich sozialistischen – Modelle, die der Beschäftigung und Wohlfahrt massiv schaden, waren der Schweiz fremd. Verbindlich erklärte Kollektivarbeitsverträge waren selten.

Das ist mit ein Grund, dass es den Schweizer Arbeitnehmern besser geht als in anderen Ländern. Die wirtschaftliche Misere in Italien, Frankreich, Portugal – ich kenne mich als Industrieller in diesen Ländern arbeitsrechtlich etwas aus – ist ganz wesentlich auf diese regulierten Arbeitsmärkte zurückzuführen. Doch mit den neu eingeführten flankierenden Arbeitsvertragsregelungen geht die Schweiz auch auf diesem sozialistischen Weg weiter. Das ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verheerend. Der bürgerliche Bundesrat – ironischerweise mit einem ehemaligen Unternehmer als Ausführendem – erklärt immer mehr Gesamtarbeitsverträge für verbindlich. In diesen Verträgen wird jeweils festgehalten, dass die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband einen namhaften Beitrag pro Mitarbeiter in ihre Kassen erhalten.

Auch eine kleine Korruption ist eine Korruption. Es wird mit dem sozialistischen Modell nicht der Schutz der Arbeitnehmer er-

reicht, sondern das Gegenteil. Dass der Sozialismus – wie die Praxis der letzten hundert Jahre beweist – keinen Erfolg hat, steht fest. Aber der Sozialismus ist bequem. Er nimmt die Verantwortung vom einzelnen Bürger weg (wenn auch nur scheinbar), schafft angeblich beträchtliche Erleichterung im täglichen Leben und verteilt viel Geld der Steuerzahler auf zahlreiche andere Bürger, die davon abhängig werden. Es ist bedauerlich, dass die *Classe politique* zunehmend diesen Weg geht. Die Folgen sind bereits sichtbar. Dass die Steuereinnahmen rückläufig sind, hat damit zu tun. Es bleibt den Bürgern, den Unternehmen, den Steuerzahlern immer weniger.

Sophismus im Bürgertum

Die Linke muss zu diesem Irrweg wenig beitragen. *Economiesuisse* nimmt ihr vieles ab, und auch auf scheinbürgerliche Politiker kann sie sich verlassen.

«Aber es geht uns doch immer noch besser als dem Ausland», wird gesagt. Verdächtig ist dieses «noch». Und wollen wir uns wirklich mit den schlechten Beispielen des Auslands messen?

Wie habe ich doch in der Kinderstube vom Vater gelernt, wenn ich mein schlechtes Verhalten mit dem noch schlechteren der Nachbarkinder rechtfertigte? «Ein Tor, der an des Nachbarn Kinderstreichen sich Trost sucht für das eigene schwache Tun.»



Christoph Blocher, 74, ist Unternehmer und SVP-Politiker. Er war Nationalrat (1979–2003; 2011–2014) und Bundesrat (2004–2007). Seit März 2008 ist er Vizepräsident der SVP Schweiz.



Komfortable Ausgangslage: Wiederwahl des Tessiner SP-Staatsrats Manuele Bertoli, 2015.

Die SP: Extrem und erfolgreich

Weshalb die Sozialdemokraten in der Schweiz ihre Positionen durchsetzen und wo sie am wirkungsvollsten politisieren.

Von Andreas Ladner

Wo stehen die Schweizer Parteien im europäischen Vergleich? Wir bekamen Antworten auf diese Frage, als wir 2009 anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament – im Rahmen des vom Nationalfonds unterstützten Forschungsprojekts National Center of Competence in Research (NCCR) Democracy – in einem internationalen Konsortium an einer Wahlhilfe-Website mitarbeiten konnten. Es ging darum, für sämtliche Länder der EU eine Website (www.euprofiler.eu) zu entwickeln, auf der die Wählenden 28 Fragen zu politi-

schen Einstellungen beantworten konnten, um herauszufinden, welche Partei ihnen politisch am nächsten steht. Die grösste Herausforderung dabei war es, die Antworten der mehr als 250 an den Wahlen teilnehmenden Parteien auf diese Fragen zu codieren. Dies tat ein Team von Forschern des European University Institute in Florenz, und wir wandten dieselbe Methode auf die Schweizer Parteien an.

Natürlich war in der Schweiz als Nicht-EU-Mitglied das Interesse an den Wahlen und an dieser Website praktisch gleich null, aber die Da-

ten zeigten Erstaunliches. Wir fassten es in einer kleinen Publikation zusammen.* Die Schweiz hat unter den untersuchten Ländern das am stärksten polarisierte Parteiensystem, und die SP Schweiz gehört zu den am stärksten links positionierten sozialdemokratischen Parteien. Die SPD steht beispielsweise – wie die Spider-Grafik der Figur 1 zeigt – deutlich weniger links, und zwar sowohl beim Ausbau des Sozialstaats wie auch bezüglich Umweltschutz und liberaler gesellschaftlicher Werte. Diese Haltung wird verkörpert durch Gerhard Schröder, der als «Genos-



se der Bosse» mit Anzug und Krawatte kaum zu den Schweizer SP-Präsidenten der letzten Jahre passt. In Deutschland finden sich die extremeren Positionen der SP Schweiz bei den Grünen und teils bei der Linkspartei, in der Schweiz unterscheiden sich die Interessen der Grünen dagegen kaum von denen der SP.

Bodenmanns Prägung

Diese Unterschiede kannten wir eigentlich von Anekdoten her, doch man ist in den Sozialwissenschaften immer wieder froh, wenn sich Erwartungen auch durch Daten erhärten lassen. Zudem schliesst sich hier die Frage an: Wie passen diese Erkenntnisse zu unserem politischen System und unserer politischen Kultur, wo es ohne Kompromiss und Konsens keine politischen Lösungen gibt und wo konservative und liberal-bürgerliche Werte vorherrschen?

Die Suche nach Antworten führt uns zuerst zu unseren politischen Institutionen. Das Regierungssystem ermöglicht eine klare Positionierung der Parteien. Die Macht ist auf verschiedene Parteien verteilt. Eine Partei muss nicht die Regierung stellen, um die Politik beeinflussen zu können. Es geht auch nicht darum, eine Mehrheit der Wählenden hinter sich zu bringen, auf nationaler Ebene sind 20 bis 25 Prozent bereits ein ausgezeichnetes Ergebnis. Dies erlaubt es den Parteien, sich klarer zu positionieren. Sie müssen sich nicht am Durchschnittswähler ausrichten, der sich in der Mitte des politischen Spektrums befindet.

Konkordanz und direkte Demokratie erfordern zudem das Bilden von politischen Mehrheiten und steigern die Bedeutung von Aushandlungsprozessen. Zeigt man sich in Verhandlungen von Beginn weg kompromissbereit und macht Vorschläge, die nahe bei der Position der Gegenseite liegen, lässt sich kaum etwas herausholen. Da steigt man besser mit Maximalforderungen in den Verhandlungs-

prozess ein und setzt alles daran, dass die Kompromisslösung auf die gewünschte Seite zu liegen kommt.

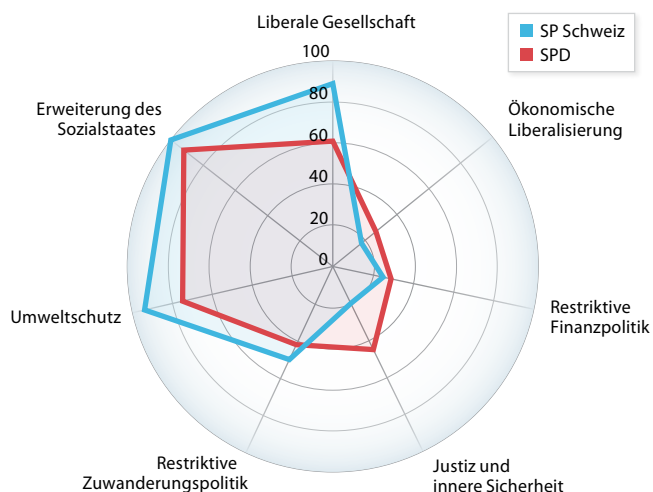
So versteht sich die strategische Linkspolierung der SP, und so arbeitet übrigens auch die SVP, wenn sie Steuerreduktionen und Budgetkürzungen fordert oder ihre Position gegenüber der EU festschreibt. Da die beiden wählerstärksten Parteien in der Schweiz politisch weit voneinander entfernt sind, erklärt sich auch die starke Polarisierung des Parteiensystems von selbst.

In der Nachkriegszeit galt das Schweizer Parteiensystem als nicht besonders polarisiert.

Extreme Parteien und polarisierende Positionen waren allerdings nicht immer ein Charakteristikum der Schweizer Politik. In der Nachkriegszeit bis in die 1980er Jahre galt das Schweizer Parteiensystem als nicht besonders polarisiert und die SP als deutlich gemässiger; davon zeugten nicht zuletzt die damals stärkeren Parteien links der SP. Damit ist zugleich gesagt, dass die politischen Institutionen nicht allein verantwortlich für die Positionierung der Parteien und die Polarisierung des Parteiensystems sind, es bleibt Raum für Akteure und Strategien.

In der Schweiz hat der Gang durch die Institutionen von Exponenten der extremen Linken und die Integration der neuen sozialen Bewegungen mit ihren Anliegen zu einer Blutauffrischung und einem Linkstrend innerhalb der SP geführt. Strategisch gefestigt wurde die Position durch Peter Bodenmann, für den es links der SP nur noch die Wüste gab und der grossen Wert auf eine strategisch geschickte Positionierung mit Blick auf die politischen Aushandlungsprozesse legte. Ganz ähnlich

Das politische Profil von SP Schweiz und SPD (EU-Profiler, 2009)

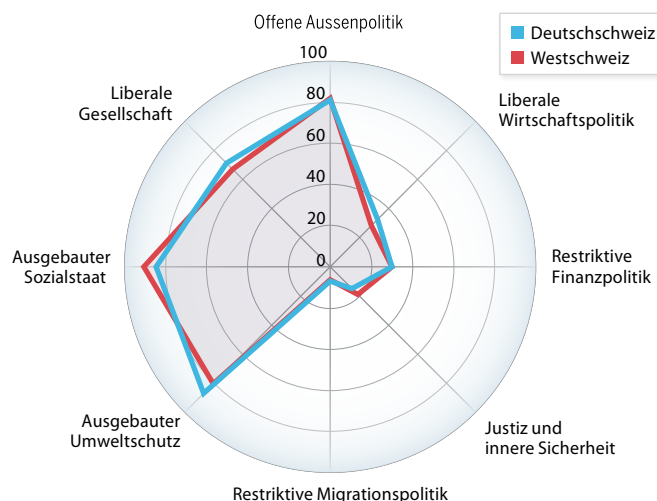


QUELLE: LADNER ET AL., 2009

Die deutschen Sozialdemokraten stehen weniger links.

Das politische Profil der SP-Kandidaten

Deutsch- und Westschweiz (Nationalratswahlen 2011)



QUELLE: SMARTVOTE NR-WAHLN 2011

Grosse Homogenität von Deutsch- und Westschweizer SP-Politikern.

präsentierte sich die Situation auf der Rechten. Dort sorgte Christoph Blocher für eine entsprechende Aufstellung der SVP.

Kein Röstigraben in der SP

Einen weiteren Beleg dafür, dass die Polarisierung von der Gesamtheit der Akteure und ihren Strategien beeinflusst wird und nicht einfach durch die politischen Institutionen determiniert ist, bietet der Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Landesteilen. In Volksabstimmungen schneiden linke Vorlagen in der Westschweiz in der Regel besser ab, dies vermeintlich deshalb, weil die SP in der Westschweiz eine stramme Linkspolitik mit gewerkschaftlichem Touch betreibt, während die SP in der Deutschschweiz eher gemässigt und an neuen, liberalen Lebenswerten orientiert ist.

Ein Vergleich der Positionen der Kandidierenden der SP auf Smartvote anlässlich der Nationalratswahlen von 2011 in der Deutschschweiz und in der Westschweiz bestätigt diese Unterschiede aber höchstens in Nuancen (vgl. Figur 2). Insgesamt herrscht eine ausgesprochen grosse Homogenität – man ist versucht, zu vermuten, dass die Parteileitung die Antworten der Kandidierenden vorgab. Dass die Westschweiz in Abstimmungen und der Wahrnehmung politisch nach links neigt, hat eine andere Ursache: Es sind FDP, CVP und SVP, die im Spiegelbild ihrer Kandidierenden in der Westschweiz stärker nach links tendieren (vgl. Figur 3). Innerhalb der SP gibt es keinen Röstigraben, es sind die Stimmberechtigten in der Westschweiz, die die Welt etwas anders sehen.

Das Ausmass der Polarisierung und die Positionierung der Parteien sind also nicht in Stein gemeisselt. Es gibt Phasen, in denen das Parteiensystem auseinanderdriftet, und Phasen, in denen es sich in der Mitte zusammenzieht. Parteien positionieren sich extremer oder gemässiger, letztlich entscheiden die Wähler-

den, welche Positionen überzeugen. Die Gefahr einer allzu extremen Positionierung ist allerdings, dass man von den breiteren Massen mit der Zeit als zu radikal und nicht mehr lösungsorientiert wahrgenommen wird.

Ewig kann man Probleme nicht als gravierend darstellen, wenn sie in Wirklichkeit relativ klein sind, und man kann mit den Forderungen nicht immer über das Mögliche und Wünschbare hinausschiessen. Zudem steuert der moderne Wähler heute die Politik strategisch. Man gibt im Wissen um die Verhandlungsmechanik in Bern Gegensteuer, wenn einem der Kurs nicht gefällt, und unterstützt Positionen, die zu wenig Gehör finden.

Wird die Zuwanderung als Problem wahrgenommen, dann profitiert die SVP, befürchtet man einen Abbau der Sozialleistungen, nützt das der SP. Dabei verschreibt man sich nicht mit vollem Herzen einer Partei. Das macht es für die Parteien schwieriger, weil sie über eine kleinere Stammwählerschaft verfügen und grösseren Schwankungen unterliegen.

Wie lange kann die SP an ihren linken Positionen festhalten und Forderungen aufstellen?

Die entscheidenden Fragen für die SP lauten: Wie lange kann sie an ihren linken Positionen festhalten und Forderungen aufstellen, die eher an das gute Gewissen ihrer Anhänger appellieren und weniger deren konkreten Lebensformen und direkten Interessen entsprechen? Beispielhaft hierfür sind etwa die Auseinandersetzungen um die Höhe der Untergrenze bei einer allfälligen Reichtumssteuer oder die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Oder: Wie lange kann sie ohne Schaden Initiativen lancieren oder unterstützen, die kaum eine Zustimmung erreichen, die ihrem Wählerstimmenan-

teil entspricht? Lediglich das Gegenwicht zu einer nach rechts tendierenden Politik zu markieren, kann auf die Dauer nicht ausreichen.

Die Krux der Politik ist, dass es leichter fällt, Engagement und Positionen mit Mängeln, Problemen und Gefahren zu begründen. So etwa im Stil von: «Ohne uns wird es immer schlimmer», «Das Erreichte darf auf keinen Fall preisgegeben werden», oder: «Wehret den Anfängen!». Dabei müsste eigentlich der Leistungsausweis einer Partei beim Gestalten der Politik in den Vordergrund gestellt werden. Insgesamt ist es der Linken in der Schweiz nämlich erstaunlich gut gelungen, aus einer Minderheitsposition die Politik in ihrem Sinn zu beeinflussen.

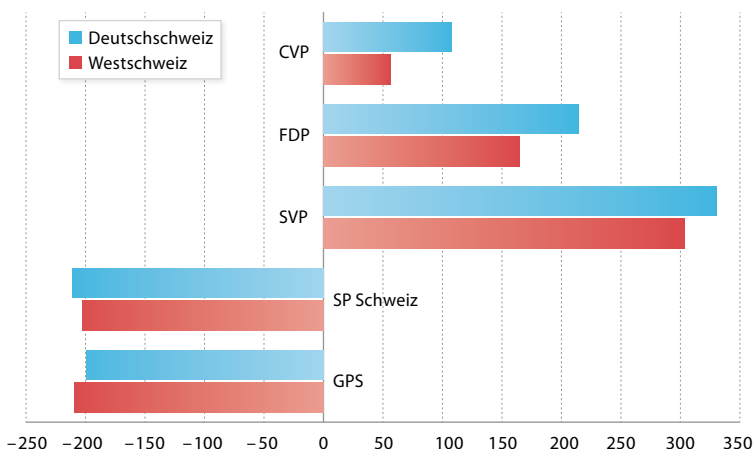
Vernunft des Faktischen

So sind etwa die klassischen Risiken wie Alter, Invalidität und Arbeitslosigkeit ausgesprochen gut abgesichert, Defizite gibt es nur bei den neuen Risiken (Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben, ausserfamiliären Formen des Zusammenlebens, inadäquate Ausbildung), deren Absicherung aber insgesamt umstrittener ist. Das Gesundheitssystem ist zwar teuer, der Zugang zu hochwertigen Leistungen steht jedoch allen offen, und es bestehen kaum Engpässe und Wartezeiten. Auch das Bildungssystem ist erfolgreich und verhältnismässig egalitär. Und schliesslich haben wir einen leistungsfähigen Staatssektor, für den Nachhaltigkeit und Sozial- und Umweltverträglichkeit keine Fremdwörter sind.

Von Interesse ist natürlich, wie es der Linken gelungen ist, politische Programme durchzusetzen, die den Lösungen vergleichbarer Länder, in denen sozialdemokratische Regierungen über Jahrzehnte die Politik dominierten, praktisch ebenbürtig sind. Vielleicht ist es die Vernunft des Faktischen, gepaart mit dem relativen Wohlstand des Landes, die zu solchen Lösungen geführt hat – für die auch die

Positionierung der Kandidaten der fünf grössten Parteien

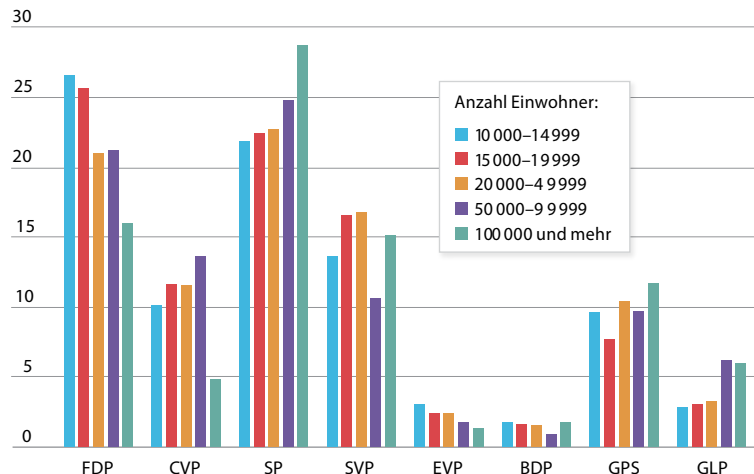
In der Deutsch- und Westschweiz auf der Links-rechts-Achse (Nationalratswahlen 2011)



QUELLE: SMARTVOTE NR-WAHLEN 2011

Anzahl Sitze der Parteien in den Schweizer Städten

Sitze nach Gemeindegrösse



QUELLE: STATISTIK DER SCHWEIZER STÄDTE, 2014

In der Romandie sind Bürgerliche weniger rechts als in der Deutschschweiz.

In Gemeinden ab 20 000 Einwohnern dominiert die SP deutlich.



Im europäischen Vergleich stark links: Erbschaftssteuer-Initiative mit SP-Beteiligung, 2013.

Politik nicht alleine verantwortlich ist –, sicher aber braucht es in der Schweiz ein geschicktes Zusammenarbeiten mit den anderen Parteien und kompetente Politikerinnen und Politiker. Es fällt auf, dass für zahlreiche SP-Politikerinnen und -Politiker die politische Arbeit nicht eine Phase in ihrer Karriere, sondern ihr Lebensinhalt ist – Politik als Beruf und aus Berufung. Und in vielen Fragen sind die Differenzen in der konkreten Ausgestaltung geringer, als sie in den Grundsatzdebatten erscheinen.

Rote Städte

Der grösste Erfolg der SP – oder vielleicht müsste man hier fairerweise ganz allgemein von den linken Parteien sprechen – findet sich in ihrer Arbeit in den grossen Gemeinden und Städten. Während die ländlichen Gebiete und die vielen kleinen Gemeinden in der Schweiz von den bürgerlichen Parteien insgesamt und teilweise von SVP und CVP alleine geradezu monopolisiert werden, dominiert die Linke die Zentren.

In den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern ist die SP die stärkste Partei in den Parlamenten (vgl. Figur 4). Zählt man dazu noch die Vertreter der Grünen und der linksalternativen Gruppierungen, dann fehlen nur noch ein paar Stimmen aus der Mitte für eine Mehrheit. Und absolut dominant ist das links-grüne Lager in den grössten Städten. In Zürich, Genf, Lausanne, Bern und Basel sind die bürgerlichen Kräfte teilweise schon seit Jahrzehnten in der Minderheit. Zum Erstaunen der Kritiker präsentieren sich diese Städte in internationalen Rankings aber immer wieder auf Spitzenplätzen, die Bewohner haben nicht das Gefühl, dass sie in Steuerhöllen leben, und sie fliehen auch nicht in Massen ins steuergünstigere Umland. Die Wählenden sind offenbar mit den öffentlichen Leistungen zu-

frieden und geniessen Kulturangebot und Lebensqualität, und die Wirtschaft scheint sich mit der Politik arrangiert zu haben. Auch punkto Sicherheit und Integration können sich die Leistungsausweise der Städte durchaus sehen lassen, nicht selten fällt das Polizeidepartement in die Hände eines SP-Mitglieds oder eines Vertreters einer noch weiter links stehenden Partei.

Interessanterweise werden diese Leistungen kaum gewürdigt. Dass dies die politischen Gegner nicht tun, erstaunt nicht, aber auch in den eigenen Reihen werden die Erfolge der linken Exekutivpolitikerinnen und -politiker geradezu verschmäht. Allzu schnell stehen sie unter dem Generalverdacht, die Reinheit der Lehre verraten zu haben, während sie bei FDP und CVP wichtige Aushängeschilder sind. Dabei ist hinreichend bekannt, dass den Positionsbezügen in der parlamentarischen und der öffentlichen Arena und der Exekutivtätigkeit unterschiedliche Logiken zugrunde liegen. Damit die unterschiedlichen Ansprüche in einer Grossstadt unter einen Hut gebracht werden können, braucht es eine gehörige Portion Pragmatismus, und man muss sich auch mit Kreisen arrangieren können, die nicht zur Stammwählerschaft gehören.

So wie die Zentren heute vielfach als Motoren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bezeichnet werden, so verfügen sie auch in der Politik über einen beachtlichen Einfluss. Obschon ihnen im Vergleich mit den Kantonen keine angemessene formale Einflussnahme im föderalistischen Staatsaufbau zusteht, gelingt es ihnen, in den sie direkt betreffenden und für sie wichtigen Bereichen – wie etwa Agglomerationsverkehr, Drogenpolitik, Ausländerintegration und Umweltmassnahmen – wichtige Impulse zu

setzen und die Entscheidung in Bern in ihrem Sinn zu gestalten. Damit verstärkt sich auch der Einfluss der Linken auf die Bundespolitik.

Welche Parteien sind in Zukunft gefragt?

Exekutivmitglieder sind für Parteien ein ausgesprochen wichtiges Asset. Sie bringen nicht nur Sichtbarkeit und Kontinuität, Wissen und Geld, sondern vor allem auch Einfluss, und darum geht es in der Politik. Für die Linke ist die Ausgangslage komfortabel. Sollte die prononciert linke Politik der SP in der Öffentlichkeit einmal an Strahlkraft verlieren, so kann sie das Schwergewicht immer noch auf ihr pragmatischeres, aber sehr erfolgreiches zweites Standbein in der Regierungsarbeit verlagern. Dass dieses vor allem in den Zentren steht, macht die Lage doppelt attraktiv. Geht man davon aus, dass sich die Politik in Wellen fortbewegt und dass das Pendel hin und her schwingt, so wäre eigentlich zu erwarten, dass nach einem Vierteljahrhundert plakativer Politik in Zukunft wieder Parteien gefragt sein werden, denen man aufgrund ihrer konstruktiven Lösungen Exekutivverantwortung anvertrauen will. Das würde bedeuten, dass sich die Polparteien wieder gemässiger geben und dass die Polarisierung des Schweizer Parteiensystems zurückgeht.



Andreas Ladner

Der 57-jährige Politologe ist seit Frühjahr 2006 Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP, dem Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung der Universität Lausanne.

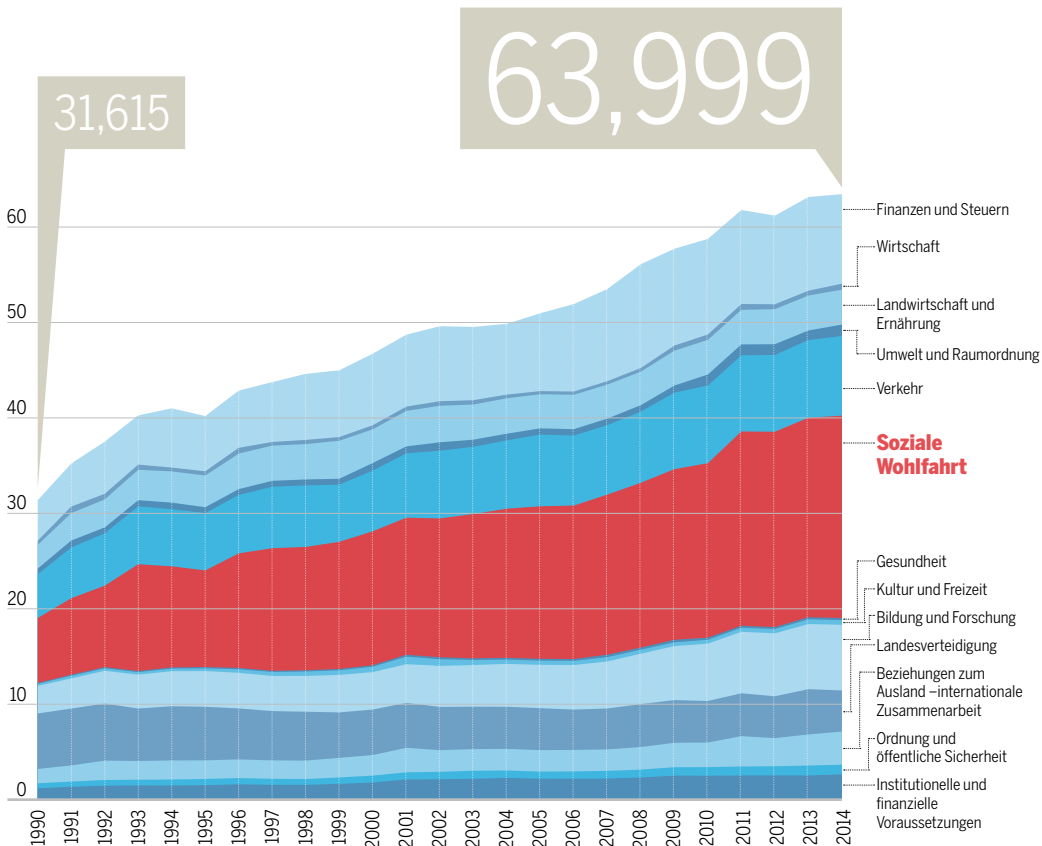
* Andreas Ladner, Gabriela Felder, Stefani Gerber und Jan Fivaz: «Die politische Positionierung der europäischen Parteien im Vergleich. Eine Analyse der politischen Positionen der europäischen Parteien anlässlich der Wahlen des Europäischen Parlaments 2009 mit besonderer Berücksichtigung der Schweizer Parteien». Chavannes-près-Renens: Cahier de l'IDHEAP, Nr. 252, 2010. ISBN: 978-2-940390-28-1.

Geld ausgeben mit links

Welche SP-Präsidenten waren besonders erfolgreich? Wird der Staat tatsächlich «kaputtgespart»? Wo wählt die Schweiz mehr Linke? Als was arbeiten SP-Parlamentarier? Zahlen, Daten und Fakten zur linken Schweiz. *Von Peter Keller*

Ausgabenentwicklung nach Aufgabengebieten des Bundes

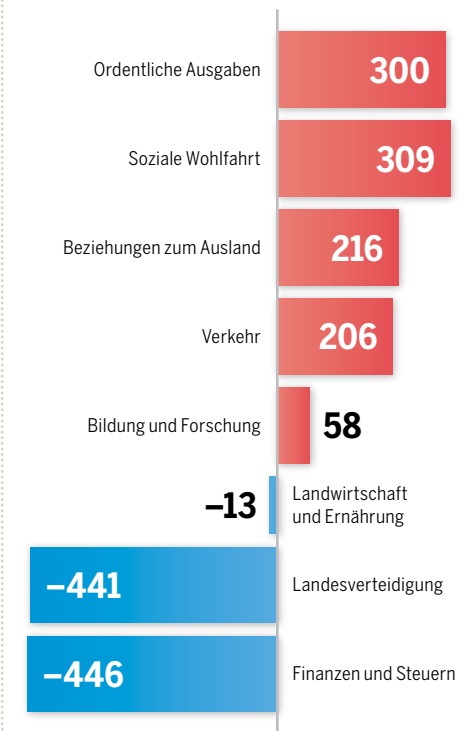
In Milliarden Franken



Die längerfristige Ausgabenentwicklung zeigt, dass die Bereiche Bundesverwaltung, Entwicklungszusammenarbeit und soziale Wohlfahrt überdurchschnittlich zugelegt haben. Der linke Umverteilungsstaat ist ein Milliardenunternehmen.

Mehr-/Minderausgaben des Bundes (2014)

In Millionen Franken



Insgesamt stiegen die Ausgaben 2014 um 300 Millionen Franken, wobei die traditionell linken Domänen (soziale Wohlfahrt, öffentlicher Verkehr, Entwicklungszusammenarbeit) teilweise massiv zulegten, während bei der Landesverteidigung die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr stark sanken (-441 Millionen). Bei Landwirtschaft und Bildung blieben sie in etwa gleich.

Staatsausgaben nach Aufgabengebieten (2014)

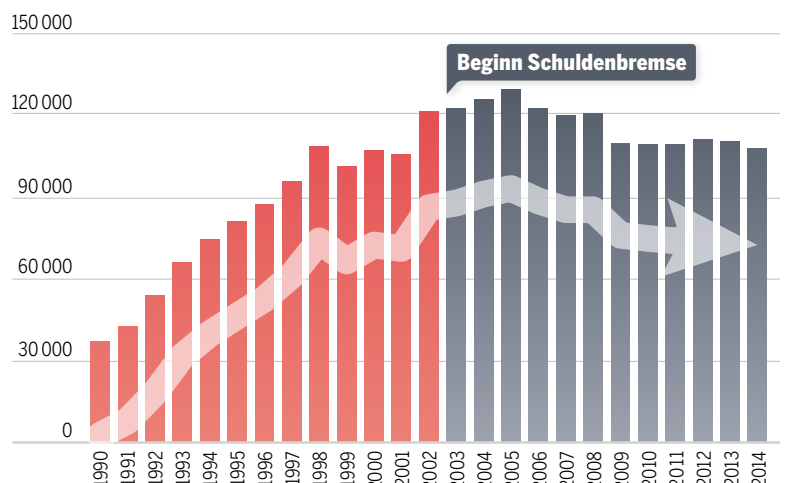
In Millionen Franken



Entgegen der öffentlichen Rhetorik von links («kaputtsparen») fliesst sehr viel Geld in den Sozialstaat: Jeder dritte Franken gehört in den Aufgabenbereich soziale Wohlfahrt.

Bessere Bundesfinanzen dank Schuldenbremse

In Millionen Franken

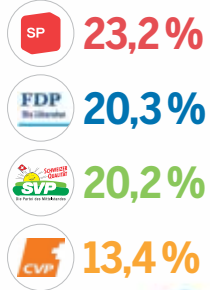


Seit 2003 sind die Bundesfinanzen der Schuldenbremse unterworfen. Diese wurde an der Urne gegen den Widerstand der Linken mit 85 Prozent der Stimmen angenommen.

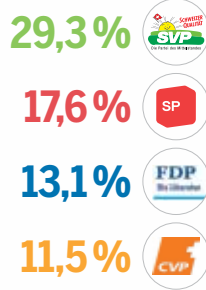
Die Romandie wählt mehr Linke

Wähleranteile der vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SP und SVP in Prozent, nach Sprachregionen

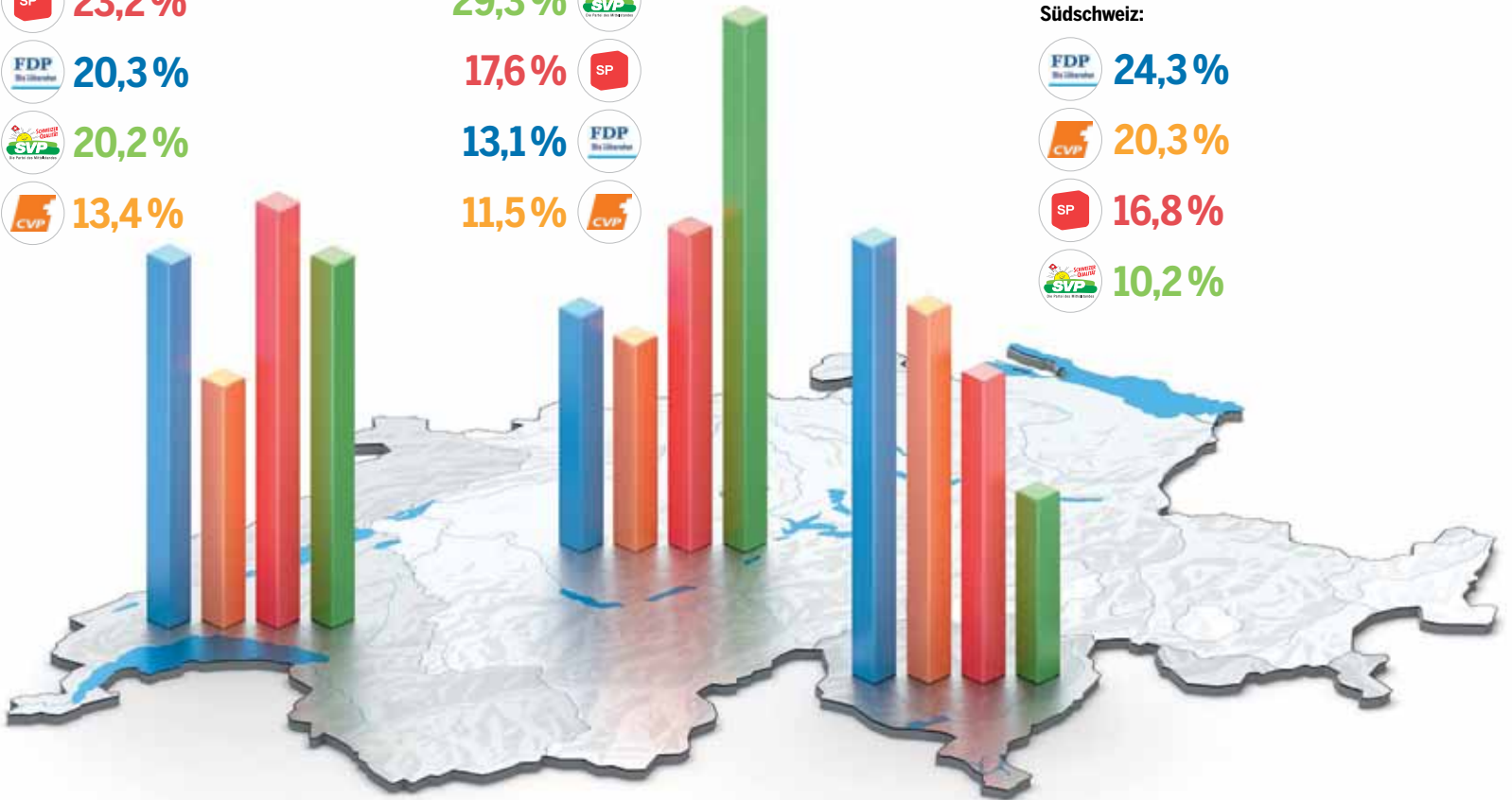
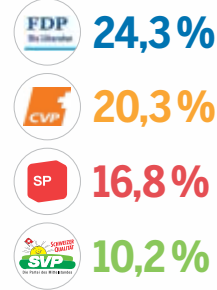
Westschweiz:



Deutschschweiz:



Südschweiz:



Als was arbeiten SP-Parlamentarier?

Aktuelle Fraktionsstärke: 57 Mitglieder (46 Nationalräte / 11 Ständeräte).

Letzte Ausbildung der SP-Parlamentarier

Keine klaren Angaben:
Roberto Zanetti, Ständerat SO
Corrado Pardini, Nationalrat BE

Ausbildung zum Lehrer/
Pädagogen/
Sozialarbeiter

13

17
Jusstudium

11

Geisteswissen-
schaftliches
Studium

4

Technisches/naturwissen-
schaftliches Studium

- 1 Verkehrsschule
- 1 Marktanalyse
- 1 Wirtschaftswissenschaft

7

Berufs-
ausbildung

2 Medizinstudium

Heutige Berufe der SP-Parlamentarier

Verbands-
funktionäre/
Gewerkschafter

8

25
Berufspolitiker

5 Juristen

4 In Firmen aus dem
Speckgürtel des Staates
Beschäftigte

3 Lehrer

2 Ärzte

2 Unternehmer

• **1** Unternehmensberaterin

Staatsangestellte
(Schule, Kesb,
Universität u. a.)

7



Andy Tschümperlin
Fraktionschef
Früher: Lehrer
Heute: Berufspolitiker



Christian Levrat
Parteipräsident
Früher: Gewerkschafter
Heute: Berufspolitiker



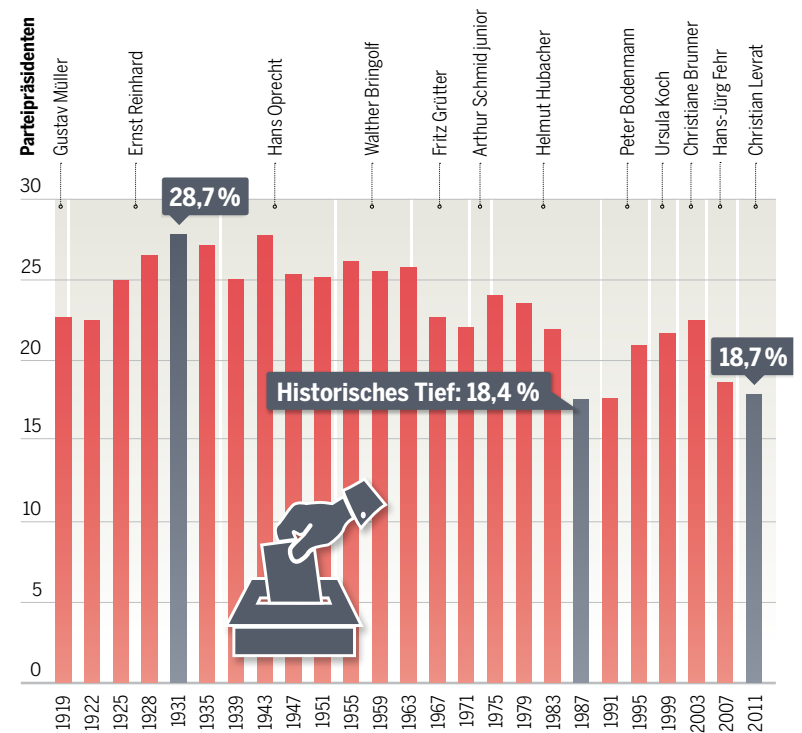
Simonetta Sommaruga
Mitglied des Bundesrates
Früher: Pianistin
Heute: Justizministerin



Alain Berset
Mitglied des Bundesrates
Früher: Ökonom und Politologe
Heute: Innenminister

Wähleranteile der SP 1919–2011

Stärke der SP in den Nationalratswahlen von 1919 bis 2011 in Prozent



1919 wurde auf Bundesebene der Proporz eingeführt. Die SP-Ergebnisse der letzten Wahlen (18,7 %) befinden sich in der Nähe des historischen Tiefs von 1987 (18,4 %). 1931 stimmte fast jeder dritte Schweizer für die Sozialdemokraten (28,7 %).

«Das zweite Wunder von Bern»

Ein Gespräch mit Helmut Hubacher, dem Doyen der Schweizer Sozialdemokratie, über das Vermächtnis der SP, Migration, Schlüsselfiguren der Linken und seinen langjährigen Kontrahenten Christoph Blocher. Von Urs Gehriger und Kostas Maros (Bild)

Im jurassischen Courtemaîche, einem 700-Seelen-Dorf fünf Kilometer ausserhalb von Pruntrut, im äussersten Zipfel links oben auf der Schweizer Landkarte, ist er seit vielen Jahren zu Hause. «Hubacher» steht schlicht unter der Klingel. Der Doyen der Schweizer Sozialdemokratie öffnet die Tür, ein luftiges Foulard um den Hals, mit einem Lächeln im Gesicht und bittet in die Stube. Gret, seine Frau, mit hellen, wachen Augen, sitzt am Küchentisch und isst das Frühstück. Scheinbar mit anderem beschäftigt, hört sie aufmerksam zu, wie ihr Mann erzählt. Fällt ihm einmal ein Name eines alten Politikers nicht sofort ein, ruft sie in die Runde und geht danach mit einem Bündel Zeitungen in den ersten Stock.

Hubachers haben kein Internet, sie lesen die Tageszeitungen frisch ab Presse, aufmerksam und sorgfältig. Der Gast, dem auf ein paar Stunden Einlass gewährt wird, erfährt eine herzergreifende Idylle: zwei Menschen, die zusammen fast sieben Jahrzehnte durch dick und dünn gegangen sind und sich intuitiv verstehen und ergänzen, ein Team, wie es die Natur nicht schöner hätte ausdenken können.

Der Weg zu Hubachers in der Eisenbahn hat an vielen verwaisten Bahnhöfen vorbeigeführt. Es war eine Art Reise in Helmut Hubachers früheste Vergangenheit. Nach der Schule hatte er bei den SBB eine Lehre als Stationsbeamter absolviert. Es war der Anfang einer bewegten Karriere, in der er seine Partei, die SP, und die nationale Politik befruchtete wie wenige in der jüngeren Schweizer Geschichte. Bei Anhängern beliebt, bei Gegnern gefürchtet, scheint er über die Jahrzehnte enorm an Ansehen gewonnen zu haben. «Manchmal sage ich zu Gret: «Noch ein paar Jahre, und dann habe ich bald alles richtig gemacht.»»

Herr Hubacher, Sie sind gelernter SBB-Stationsbeamter. Willi Ritschard war Heizungsmonteur. Heute ist die SP nicht mehr die Partei der Búezer.

Sicher nicht.

Bürokraten, Akademiker und Lehrer dominieren Ihre Partei. Was ist passiert?

Als Arbeiterpartei wären wir schon lange politisch verhungert. Den Búezer gibt es ja nicht mehr. Und wenn es ihn gibt, ist er in der Regel ein Ausländer. Im Basler Hirzbrunnenquartier gab es einen Strassen-

wischer namens Dättwiler, «Dätsch» haben wir ihn genannt. Er ist Grossrat geworden. In den 1950er/60er Jahren war der Strassenwischer ein Staatsangestellter. Das war eine Art privilegierter Job. «Dätsch» hat alle Leute gekannt. Das ist heute vorbei. Heute sind es Ausländer, die solche Jobs machen. Ruedi Strahm sagte mir einmal: «Du hast den Wandel der Partei eigentlich gut moderiert.»

Wie ist dieser Wandel vonstattengegangen?

1975 wurde ich Parteipräsident, es war eine Zeit der Nachwehen der 68er Revolution. Ich habe noch Parteitage erlebt, an denen es als Mutprobe galt, wenn eine Frau ans Rednerpult ging. Unter meiner Präsidentschaft sind Frauen und Vertreter vieler Mittelstandsberufe in die Partei gekommen. Die Arbeiterpartei hat sich zu einer Volkspartei

«Als Arbeiterpartei wären wir schon lange politische verhungert.»

gewandelt. Die Partei stellte sich in der Gesellschaft breiter auf, es gab eine neue Form von Auseinandersetzung. Vorher war alles relativ hierarchisch strukturiert.

Der Schaffhauser Walther Bringolf, SP-Parteipräsident von 1952 bis 1962, hatte diese Struktur geprägt. Wie hat er «regiert»?

Der legendäre Walther Bringolf, Walther mit «th» – darauf legte er Wert –, hatte die Partei fest im Griff. Wer sich am Parteitag zu Wort melden wollte, gab einen Zettel ab. Bringolf entschied, wer ans Rednerpult durfte und wer nicht. Die Zettel von den Genossen, die ihm nicht passten, wanderten sofort in den Papierkorb. Als er mich 1980 in Genf präsidiere sah, hat er mich zu sich zitiert und gesagt: «Was machst du da? Das Präsidium wechselt alle zwei Stunden.» Ich sagte: «Ja, wir haben zwei Vizepräsidenten, die müssen auch ein bisschen ins Schaufenster gestellt werden.» Er antwortete verächtlich: «Das isch Team-Wörk, das isch nüt! Du musst den Parteitag von A bis Z im Griff haben.» Ich gab ihm zur Antwort: «Walther, du warst wahrscheinlich der Beste von uns allen in diesem Jahrhundert, aber weisst du, das mit den Meldezetteln, die du in den Papierkorb geworfen hast, das geht heute nicht mehr.» Diese Anekdote dokumentiert den Wandel der Partei.

Nach der Schwarzenbach-Initiative 1970 hat der klassische Arbeiter langsam begon-

nen, sich von der SP zu verabschieden. Teilen Sie die Feststellung?

Ja, das ist das richtige Stichwort. James Schwarzenbach war eher ein Aristokrat. Mit seiner Initiative, mit welcher er die Schweiz vor «Überfremdung» schützen wollte [der Anteil ausländischer Bevölkerung in jedem einzelnen Kanton hätte die Zehn-Prozent-Hürde nicht überschreiten dürfen, Anm.d.Red.], erzielte er einen Achtungserfolg. Sechszwanzig Prozent stimmten ihr zu. Nach geschlagener Schlacht machte ich mit Schwarzenbach in der Schultheissenstube im «Schweizerhof» in Bern ab zur Manöverkritik. «Falls Sie meinen, ich hätte das Geld von der Grossindustrie oder von Reichen bekommen, dann irren Sie», sagte mir Schwarzenbach. «Ich habe tausenderweise Fünf-, Zehn- und Zwanzigfrankenspenden erhalten.» Er zeigte mir seine Buchhaltung. Es stimmte. Ein Lokführer spendete 10 000 Franken, ein SP-Grossrat aus St. Gallen.

Das waren Spenden von kleinen Leuten, die eigentlich Ihre Klientel hätten sein sollen. Was hat das bei Ihnen ausgelöst?

Wir von der SP konnten ja nicht zustimmen. Es waren alle gegen Schwarzenbach. Auch die damalige SVP. Unsere Aufgabe lautet noch heute: «Wenn die Wirtschaft schon Ausländer holt, dann ist es mit den Gewerkschaften zusammen unsere verdammte Pflicht, zu schauen, dass sie anständig behandelt werden.» Damals haben wir einen Teil der Arbeiterschaft verloren. Und vier Jahre darauf wieder, als Valentin Oehen von der Nationalen Aktion die zweite «Überfremdungsinitiative» lancierte. Das hält bis heute an. In dieser Frage zahlen wir für unsere Haltung politisch einen hohen Preis. Es gibt ja diese Vox-Analysen, gemäss denen die SVP im kleinen Lohnsegment der Arbeitnehmer recht viele Wähler und Wählerinnen holt. Blocher rekrutiert die, indem er Feindbilder aufbaut. Blocher braucht Feinde.

Auf Blocher, Ihren grossen Kontrahenten Ihrer Aktivzeit, möchte ich später eingehen. Bleiben wir noch kurz beim Thema Überfremdung.

Ich rede immer in Geschichten, Politik sind Geschichten für mich. Eine prägende Anekdote geht so: Als Olof Palme, Schwedens linker Ministerpräsident, 1986 ermordet worden war, fuhr ich an die Trauerfeier. Am Morgen im Hotel sah mich der schwedische Parteisekretär für Internationales an und sagte: «Gell, es ist schon teuer hier. Weisst du, wir haben eine andere Philosophie als ihr. Bei



«Die SP hat noch nie einen Ausländer geholt»: Politiker Hubacher in seinem Garten in Courtemaîche.

euch ist das Zimmermädchen die billigste Arbeitskraft und haust in der schlechtesten Mansarde. Bei uns muss sich das Zimmermädchen nicht schämen. Es wird bezahlt wie eine Industriearbeiterin. Wir wollen gar nicht so viele Ausländer wie ihr, die unsere Lohnstruktur kaputt machen.»

Hatte der schwedische Sekretär nicht recht: Gefährden wir nicht die Sozialwerke, wenn wir zu viele Ausländer aufnehmen?

Das ist eine gute Frage. Die SP hat noch nie einen Ausländer geholt, die Wirtschaft holt sie. Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative letztes Jahr sucht ja die Wirtschaft nach einer Lösung, damit die Arbeitskräfte aus dem Ausland trotzdem kommen können. Die AHV lebt von den Ausländern, wir haben selbst zu wenig Nachwuchs. Die Ausländer tragen dazu bei, dass die Schweiz so erfolgreich ist.

Die meisten Ausländer werden heute doch nicht von der Wirtschaft geholt, sie kommen von selbst.

Reden wir von Flüchtlingen oder Arbeitskräften?

Von Migranten. Die meisten von ihnen sind keine Flüchtlinge, sie sind nicht an Leib und Leben bedroht. Welches ist hier die richtige Politik?

Die, die jetzt aus Afrika kommen, das sind Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge. Möglicherweise haben wir in zehn Jahren Umweltflüchtlinge, die wegen des Klimawandels zu uns kommen. Wir suchen die nicht.

Wie soll man mit ihnen umgehen? Ist der Schweizer Sozialstaat, den die SP wesentlich mitgeprägt hat, gemacht für die ganze Welt?

Ein Stück weit ist man doch hilflos. Vor Tagen hat mich Carli Miville, unser alter Basler Ständerat, angerufen. Er ist 93, wir sind Jugendfreunde und telefonieren regelmässig. Er sagte: «Du, das ist eine Invasion aus Afrika. Was sagen wir in zwei Jahren, wenn wir wieder telefonieren, und das geht Tag für Tag so weiter?»

Macht Ihre Bundesrätin, Frau Sommaruga, einen guten Job?

Wer immer das Migrationsdossier hat, hat den undankbarsten Job. Es fehlt nur noch von der SVP der Vorwurf, Frau Sommaruga sei schuld daran, dass die alle kommen. Da wehre ich mich vehement dagegen. Die SP ist schon lange nicht mehr so naiv, dass sie sagt: «Herzlich willkommen, hoffentlich kommen noch mehr morgen.» Wenn wir zwei das Dossier hätten – Sie wären der Bundesrat und ich der Migrationschef –, wir hätten gottverdammte Mühe mit dem Job. Das Elend in dieser Welt haben wir Sozialdemokraten nicht verursacht. Beat Meiner, der zurückgetreten ist bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe und sagt, wir seien mitschuldig daran, dass die in Eritrea

in so miesen Verhältnissen lebten, liegt falsch. Diesen Vorwurf lehne ich ab. Wir sind nicht schuld an den Missständen in Eritrea. Wir sind nicht schuld daran, dass der dumme *Siech* von George W. Bush den Irakkrieg angefangen hat und dass der Gaddafi nicht mehr an der Macht ist. Gaddafi war ja nicht eine Zierde der Menschheit, aber jetzt ist es ja noch *verreckter* in Libyen. Toni Brunner sagt, alle sollten sich in ihren Gemeinden dagegen wehren, dass Asylanten aufgenommen werden. Da macht es sich die SVP zu einfach.

Fürchten Sie nicht, dass wir ohne strikte Grenzkontrollen überrannt werden? Und so unsere humanitäre Tradition, die Sozialwerke – für die die SP einsteht – und den sozialen Frieden gefährden?

Wir haben nichts gegen Flüchtlinge, gegen Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind. Können wir uns gegen alle einmauern? Das können wir nicht. Die Armee aufbieten, Grenzen dichtmachen – das ist für ein Land, das Sitzland ist des Roten Kreuzes und der Genfer Konventionen, ein bisschen schwieriger als für Ungarn, das einen 170 Kilometer langen Stacheldraht aufzieht. Im Moment sind wir überfordert, da ist nicht die SP daran schuld. Das Problem muss man europäisch lösen.

Aber Europa löst ja nichts. Es feilscht um Quoten und hält derweil die Tore offen, wodurch eine Sogwirkung entsteht und noch viel mehr Migranten in Richtung Europa aufbrechen. Müsste da die Schweiz nicht sagen: «Wenn Brüssel keine Lösung findet, ziehen wir wieder unsere Grenzen hoch?»

Wenn das jahrelang so weitergeht, werden wir anders miteinander reden müssen. Wo ich Probleme habe: Es darf sicher keine Missbräuche geben. Als ich gelesen habe, dass sogenannte Asylanten, die vorläufig aufgenommen sind, zum Teil in ihre Heimat zurückreisen, um an einer Geburtstagsfeier dabei zu sein, war ich entsetzt. Das geht nicht. Da fühlt sich das Schweizervolk zu Recht hintergangen. Die Schweiz kann nicht anders handeln als die Staaten rundherum. Wir sind ein Stück weit von Europa abhängig. Das Problem ist unlösbar. Eine Lösung wäre, wenn wir kein Elend in dieser Welt hätten. Aber die Welt ist nicht so.

Wo liegt Helmut Hubachers Schmerzgrenze bei der Migration?

Man muss mit dem Volk einen Dialog führen, und man muss herausfinden, wo es die Grenzen sieht. Den Warnschuss hatten wir mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Ich merke das bei den eigenen Leuten, da fragt man mich auch: «Geht das jetzt immer so weiter?»

Die SP hatte bedeutende Figuren mit Ecken und Kanten, die unsere Politik prägten: Bringolf, Ritschard, Hubacher, Bodenmann. Hat die SP die Strahlkraft verloren, dass sie keine solchen Charaktere mehr hervorbringt?

Nehmen Sie Rudolf Minger, den legendären Bundesrat der BGB, der heutigen SVP. Es ging fünfzig Jahre, bis die Partei mit Ogi wieder einen hemdsärmeligen Bundesrat hatte. Ein Bringolf war intellektueller als Ritschard. Ritschard war eher ein Philosoph mit Bodenhaftung. Das sind Ausnahmeerscheinungen, die gibt es nicht alle Tage.

Der Schriftsteller Peter Bichsel, der Freund und Redenschreiber Ritschards, sagte im Interview mit der Weltwoche, der populäre Volksmann sei auch ein melancholischer Schweiger gewesen. Was war der Ritschard für ein Typ?

Als er gestorben war, sagte mir ein Buezer: «Der Willi hätte im Überkleid in den Bundesrat gehen können.» Damit wollte er sagen, er habe sich nicht verändert als Bundesrat, er sei der Arbeitertyp geblieben. Ritschard hat immer ein bisschen kokettiert. Einmal sagte er: «Ich habe ein saumässig schlechtes Gedächtnis. Ich wüsste nicht, was ich gelogen habe.» Das war seine Art – ob auf dem Bau oder im Bundeshaus. Er hatte ein feines Gespür für die Stim-

«Möglicherweise haben wir in zehn Jahren Umweltflüchtlinge wegen des Klimawandels.»

mung im Volk. Die Solothurner Regierung hat einmal ein Spanien-*Reisli* gemacht, finanziert von der Atomlobby. Willi Ritschard ging auch mit als ehemaliger Kollege. Am Parteitag in Biberist gab's deswegen einen Riesenskandal. Unsere beiden Regierungsräte Bachmann und Wyss – «Gödeli» nannte man ihn, er war ein richtiger «Gödeli» – hatten den *Gring* auf dem Tisch, es fehlte nur noch der Stahlhelm, und liessen das Gewitter über sich donnern.

Willi sagte zu mir: «Schau jetzt die zwei *Hoseschüssler* an, da muss doch jemand hinstehen.» Dann ist er aufgestanden und hat gesagt: «Genossinnen und Genossen, ich würde nie, nie mehr auf eine solche Reise gehen», und hat sich entschuldigt. Das Volk verdankte es ihm mit Standing Ovations. Ritschard hat selbst aus einem Fehler noch einen Triumph gemacht. Er hatte dieses Flair fürs Volk, das kannst du nicht lernen.

Herr Hubacher, was ist eigentlich heute die Rolle der SP?

Es ist immer dieselbe Geschichte. Wir sind die linke Minderheitspartei. Der Freisinn hat 1848 die politische Demokratie eingeführt. Und die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die wirtschaftliche Demokratie politisch zu ergänzen. Das steht schon im ersten Parteiprogramm. Seit die Sowjetunion kollabiert ist, gibt es nur die kapitalistische Wirtschaft. Wir müssen aufpassen, dass sie nicht, wie Helmut Schmidt sagt, zum Raubtierkapitalismus wird, sondern zur sozialen Marktwirtschaft. Es ist unser historischer Auftrag, sie sozial verträglicher zu machen.

Zu den grossen Errungenschaften der SP gehören die 48-Stunden-Woche, die AHV, das Frauenstimmrecht. Wozu braucht es heute noch eine SP?

Die Sicherung der AHV spielt eine grosse Rolle. Zu unserer historischen Aufgabe gehört, die erste Säule zu festigen und zu halten. Seit dem Jahr 2000 ist die 11. AHV-Revision in der Pipeline. Mit dem harten Franken sind auch die zweite Säule und die Spargelder von den kleinen Leuten gefährdet. Und wir müssen sicherstellen, dass die Bildung nicht zu kurz kommt. Die ETH Lausanne, die Fantastisches leistet unter ihrem Chef Patrick Aebischer, die hat unser alter Bundesrat Tschudi gegründet. Der Schriftsteller Thomas Hürlimann sagt: «Die Schweiz ist dabei, ihr Gedächtnis zu verlieren.» Wir schliessen zu viele Lehrstühle in der Geschichtswissenschaft. Das ist eine falsche Entwicklung.

Blocher schreibt in einem Essay in diesem Blatt: «Die Schweiz gilt als bürgerliches Land. Schön wär's. Tatsache ist: Der Sozialismus breitet sich aus. Scheinbürgerliche Politiker und Wirtschaftsverbände machen es möglich. Zum Schaden der Schweiz.» Das muss Musik sein in den Ohren eines Linken.

Ich nehme Blochers Worte mit Staunen und mit Schmunzeln zur Kenntnis. Ich sage dem «Das zweite Wunder von Bern». Das erste war der Sieg der Deutschen an der Fussball-WM in Bern 1954. Jetzt haben wir also eine bürgerliche Mehrheit, die linke Politik macht.

Liegt Blocher falsch?

Ich kann beim besten Willen keinen Sozialismus feststellen bei Philipp Müller und seinem Verein. Oder beim CVP-Darbellay. Der hat zwar viele Facetten wie ein Pfau, aber Sozialismus sehe ich keinen dabei. Und bei Bäumle von den Grünliberalen, der zwischendurch an Grössenwahn leidet, auch nicht. Wenn so eine kleine Partei die ganze Schweizer Steuerstruktur auf den Kopf stellen will, dann hat sie vergessen, dass dies etwas ist, was man seit Jahrzehnten kaum verändern kann.

Können Sie sich noch an den Tag erinnern, als Blocher 1979 ins Parlament gewählt wurde?

Mein Kollege und Gewerkschafter im Rat, Walter Renschler, sagte: «Endlich haben wir wieder einen Gegner.»

Haben Sie damals geahnt, dass der Neue die Politik auf Jahrzehnte hinaus prägen würde?

Nein. Lange war es ja Otto Fischer vom Gewerbeverband, der bei den Bürgerlichen im Rampenlicht stand. Der wurde dann etwas langweilig, weil er immer nein gesagt hat und immer in der gleichen Tonlage redete. Er redete im Rat frei, weil er seine Auftritte zu Hause vor dem Spiegel auswen-

dig gelernt hatte. Das merkte man ihm an. Er war wie ein Bühnendarsteller. Blocher ist, wie er ist. Nein, wir hatten die Bedeutung, die er noch heute hat, nicht geahnt.

Sie haben sich jahrelang mit Blocher in der politischen Arena duelliert und hielten ihm die Stange. Heute scheint die Linke wie hypnotisiert angesichts des Phänomens Blocher. Ist eigentlich die Stärke Blochers die Schwäche seiner Gegner?

Wie ich in meinem Blocher-Buch («Hubachers Blocher», Zytglogge, 2014) geschrieben habe, ist eine seiner grossen Stärken das Reden. Ich war kein hilfloser Redner, aber gegen Blocher zu bestehen, ist unglaublich schwer.

Worin besteht die Schwierigkeit?

Wenn man ihn einmal argumentativ überlistet hat, dann wechselt er sofort das Thema. Dann geht er gleich zum Gegenangriff über. Er hält sich nie länger bei etwas auf, wenn er weiss: «Da ist nichts zu holen.» Er ist wie ein Hase, der Haken schlägt, und er *secklet* dir davon. Er lässt sich nicht packen.

«Ich kann beim besten Willen keinen Sozialismus feststellen bei Philipp Müller und seinem Verein.»

Gibt es ein Rezept, mit dem ihm beizukommen ist?

Das ist schwierig. Blocher hat eine relativ einfache Strategie. Seit dreissig Jahren hat er immer dieselbe Botschaft. Die EU wolle einen Kolonialvertrag. Der Bundesrat sei unfähig. Fremde Richter würden im Land bestimmen. Diese Botschaften bringt er in verschiedenen Variationen immer wieder. Das ist Blocher. Und er braucht immer einen Feind. Während des Kalten Kriegs war es für die Bürgerlichen hilfreich, dass Moskau mit dem Kommunismus die Linke diskreditiert hat. Wir waren der Blitzableiter und der Prügelknabe für die Bürgerlichen. Jetzt hat Blocher die EU als Feindbild.

Und die Linke hat Blocher als Feindbild. Ihr Rezept scheint einzig darin zu liegen, auf sein politisches Ableben zu hoffen.

Irgendeinmal hört Blocher ja auf. Ich erinnere mich an ein Interview mit Peter Bodenmann und Adrian Amstutz, dem Berner SVP-Fraktionschef: «Wenn ihr den Blocher nicht mehr habt, findet ihr keinen mehr, der es psychisch aushält, ständig der Böse zu sein.» Und was antwortete Amstutz? «Dann sind wir halt eine Achtzehn-Prozent-Partei.» Die SP habe ja auch nicht mehr.

Sie waren eng befreundet mit Willy Brandt. Man hat Sie sogar mit ihm verglichen. Wie war Ihr Verhältnis?

Der Vergleich mit Brandt ist ein bisschen weit hergeholt. Brandt hatte eine grosse Zuneigung für die Schweiz. Er sagte: «Ihr Schweizer könnt über eure Flüchtlingspolitik im Zweiten Welt-

krieg streiten. Ich kenne einen Haufen Bekannte und Genossen, die in der Schweiz überlebt haben, und ich bin euch dankbar dafür.» Die alte deutsche linke Parteizeitung *Vorwärts* war in Zürich gedruckt und illegal verteilt worden. Auch dafür war er der Schweiz dankbar. Brandt wusste, die Schweizer Parteien sind arme Mäuse, und er hat uns oft nach Deutschland eingeladen. Brandt, Palme aus Schweden, der Österreicher Kreisky und Mitterrand waren Figuren, die der internationalen Linken Profil verliehen haben. Heute ist Papandreou Chef der Sozialistischen Internationalen. Das weiss kein Schwein. Der ist kein Aushängeschild. Seine Sozialisten, zusammen mit den Konservativen, haben Griechenland korrupt gemacht und schlecht regiert.

Die Weltwoche wirft der Gewerkschaft Unia und ihrem Zürcher Chef Roman Burger vor, mit Rabaukenmethoden Unternehmer einzuschüchtern und ausländische Arbeiter zu terrorisieren. Sie waren lange Gewerkschaftssekretär des VPOD. Was sagen Sie zu der Unia-Politik?

Ja, die haben jetzt halt nicht in der Hausordnung festgeschrieben, man solle möglichst lieb sein mit den Unternehmern. Die Arbeitswelt ist auch kälter, brutaler geworden. Im Sorgenbarometer der Credit Suisse letzten Dezember, als der Frankenkurs noch an den Euro gebunden war, stand zuoberst die Angst, arbeitslos zu werden. Ich sagte zu Gret, meiner Frau: «Du, das ist schon komisch, da sagt man, wir hätten in der Schweiz praktisch Vollbeschäftigung, und Sorge Nummer eins ist die Arbeitslosigkeit.» Viele spüren offenbar, dass die Sicherheit, wie wir sie einst hatten, nicht mehr gegeben ist. Die Unia musste dadurch auch radikaler werden.

Finden Sie Unia-Methoden, welche offenbar an Schutzgelderpressung grenzen, in Ordnung?

Grosso modo finde ich die Unia sehr erfrischend. Endlich haben wir wieder eine Gewerkschaft mit Biss. Wir hatten einen einzigen Generalstreik in unserer Geschichte, und der liegt fast hundert Jahre zurück. In den Nachbarländern findet der jedes Jahr ein paarmal statt. Fritz Leutwiler, ehemals Chef der Nationalbank, sagte einmal: «Wir haben die besten Gewerkschaften der Welt.» Ich fragte: «Ist das jetzt ein Kompliment oder ein Schuh in den Arsch, sind die Gewerkschaften zu lieb?» Er hatte es gut gemeint. Heute ist der Gegner auch härter geworden. Die Unia braucht's, und sie hat ausserdem endlich eine Gewerkschaftszeitung, *Work*, die man lesen kann. Und der Burger in Zürich macht das gut. Die Arbeitgeber haben, glaube ich, Respekt vor ihm, das ist nötig.

Helmut Hubacher, 89, trat 1947 der SP bei, wurde 1953 Gewerkschaftssekretär des VPOD und 1963 Chefredaktor der *Basler AZ*. Von 1963 bis 1997 sass er für den Kanton Basel im Nationalrat. Von 1975 bis 1990 leitete er die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP).

Die schlimmsten Scheinbürgerlichen

Die Bundesaussgaben haben sich seit 1990 verdoppelt. Schuld daran trägt weder die SP noch die Grüne Partei, sondern die bürgerliche Mehrheit. Denn dort tummeln sich linke Ableger.

Von Christoph Mörgeli

Während die Ausgaben für die Armee als staatliche Kernaufgabe ständig sinken, verschlingt die soziale Wohlfahrt mittlerweile ein volles Drittel des Bundesbudgets. Die Kosten der Verwaltung mit Durchschnittslöhnen von 121 000 Franken sind innert sieben Jahren um eine Milliarde angestiegen. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen für ihre obligatorischen Abgaben ein halbes Jahr für den Staat arbeiten.

Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman hatte recht: Die Schweiz ist «im Grunde ein sozialistisches Land». Dabei haben die Linken – die SP und die Grünen – keine Mehrheit. Sie beherrschten den Bundesrat und das Parlament zahlenmässig auch nicht in den neunziger Jahren, dem «verlorenen» oder «sozialdemokratischen» Jahrzehnt, als die Ausgaben für die Sozialwerke und die Bundesschulden explodierten. Diese Entwicklung nach links machte eine bürgerliche Mehrheit möglich, weil allzu viele Scheinbürgerliche der Mitteparteien bei allzu vielen Vorlagen mit den Linken stimmten. Hier eine unvollständige, aber nicht zufällige Liste von scheinbürgerlichen Volksvertretern in Bundesbern.

Lucrezia Meier-Schatz (CVP) — Zu den zuverlässigsten linken Stimmenlieferantinnen gehört Lucrezia Meier-Schatz. Die *Neue Zürcher Zeitung* vollbrachte unlängst das Kunststück eines frauensolidarisch-unkritischen Jubelartikels, der die wichtigste Rolle der Gefeierte diskret verschwie: jene als Hauptakteurin im grössten Staatskomplott der neueren Schweizer Geschichte.

Zusammen mit einer verwehrlosten Bundesanwaltschaft wollte Meier-Schatz Bundesrat Christoph Blocher aus dem Amt putschen. Tatsächlich hat jene freudig erregte Medienkonferenz die weitere Karriere der sonst eher verbissenen Christdemokratin ein für alle Mal verdorben. Sie war als St. Galler Regierungs- oder Ständeratskandidatin fortan ebenso unmöglich geworden wie ihr weiterer Verbleib in der Geschäftsprüfungskommission.

Als Leiterin von «Pro Familia» sieht sie ihren Auftrag in der Verstaatlichung der Familie. Gemeinsam mit der SP erkämpfte Meier-Schatz nationale Mindestbeiträge für Kinder-

und Ausbildungszulagen. Zusammen mit Jacqueline Fehr (SP) reichte sie einen Vorstoss für Ergänzungsleistungen für Familien ein, den das Parlament nur dank vier echt bürgerlichen CVP-Nationalräten versenkte. Jetzt steht die Familienlobbyistin vor dem Rücktritt, hinterlässt aber unseren Kindern willentlich eine Armee ohne Gripen und fast 400 Millionen Franken Kosten für die Anschubfinanzierung von Krippenplätzen.

Fathi Derder (FDP) — Der Schnell- und Lautsprecher Fathi Derder ist ein Garant für den Westschweizer Etatistenfreisinn. Beim rot-grünen Gegenvorschlag zur Volksinitiative einer «Grünen Wirtschaft» kam es im Nationalrat zum Patt von 90 zu 90 Stimmen, wonach der SP-Ratspräsident lächelnd die Weichen nach links stellte. Schuld an diesem Horrorszenerarium für die bürgerliche Schweiz war Fathi Derder, der sich der Stimme enthielt. Der Radiomoderator geriet als Kommissionssprecher für staatliche Innovationsparks vor Begeisterung fast aus dem Häuschen. Er lobte die Staatsinterventionen in den USA und wollte Subvention nicht als Subvention bezeichnet haben. Schliesslich beschuldigte Derder die SVP-Fraktion, welche mit Abstand am meisten Selbständigerwerbende zählt, sie habe sich bisher noch nie um die Innovationspolitik in diesem Land gekümmert. Als ihn SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz fragte, ob er persönlich in seinem Leben schon jemals eine Innovation realisiert habe, die einen Verdienst für Mitarbeitende zur Folge hatte, wurde der redselige Fathi Derder plötzlich sehr wortkarg: «Ich antworte nicht auf persönliche Fragen.»

Kathy Riklin (CVP) — Insbesondere Gewerbetreibende seien vor dieser Stadtzürcherin gewarnt. Gegenüber dem *Tages-Anzeiger* hat Kathy Riklin den Übertritt einer CVP-Kantonsrätin zur SVP wie folgt kommentiert: «Sie hat noch nicht begriffen, dass sie mit ihrer gewerbefreundlichen Politik quer in der Landschaft liegt.» Der Kantonalpräsident ihrer Partei rang die Hände und sprach: «Frau Riklin hat schon immer das gemacht, was sie will.» Die frühere Mittelschullehrerin und heutige Berufspolitikerin, die dank dem rot-grünen Filz günstig in einer geräumigen städtischen Wohnung direkt



Fast 400 Millionen für Krippenplätze: Meier-Schatz.



Staatlicher Aktivismus: Moret.

an der Limmat wohnt, kann offenbar ganz gut ohne lästiges Gewerbe leben.

Die Übernahme von EU-Recht und EU-Gerichtshof nennt sie schönfärberisch «Überwachungs- und Gerichtsmechanismen». Riklin unterstützt die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) seit ihrem Studium. Als Mitglied der derzeit 51-köpfigen Parlamentarischen Gruppe Schweiz – EU weibelt sie zwar für eine EWR-ähnliche Lösung. Doch Mitglieder dieser Gruppe sind explizit Schweizer Parlamentarier, «die sich für die Mitgliedschaft der Schweiz in der EU einsetzen». Für Kathy Riklin kann die Bildungs- und Aussenpolitik nicht genug kosten. Einladungen zum Filmfestival in Locarno verdankte sie mit dem Vorstoss «Verzögerung bei der Bearbeitung von Filmgesuchen durch das Bundesamt für Kultur». Als die Erde im fernen Fukushima bebte, war Riklin augenblicklich für den Atomausstieg. Wenn die Erde wegen der Geothermie unmittelbar unter uns bebte, findet sie das als Präsidentin der Vereinigung für Geothermie nicht weiter schlimm.

Barbara Schmid-Federer (CVP) — Ihrem Ledignamen entsprach über längere Zeit das politische Gewicht der Direkteinsteigerin aus Männedorf. Verzweifelt suchte die CVP-Frau im Berner Haifischbecken ihr Spezialgebiet. Sie fand es – dank professioneller PR-Unterstützung – in der Internetpädagogie. Mittlerweile hat sich Barbara Schmid-Federer zur (chancenlosen) Ständeratskandidatin gemau-



Aus dem Häuschen: Derder.



«Quer in der Landschaft»: Riklin.



Stramm links: Schmid-Federer.



«Alle Türen offen»: Darbellay.



Populistischer Spagat: Ritter.

sert (Konkurrentin Kathy Riklin durfte vorletztes Mal) und gilt unter Linken als verlässliche Stütze. Zwar gibt sie sich als Gattin eines Apothekers gewerbefreundlich, schaffte es aber beim KMU-Rating des Gewerbeverbands nur auf Platz 130. Der kantonale Gewerbepräsident will denn auch keine Kandidatin unterstützen, die am «linken Rand» der CVP politisiert. Bei Energiewende, Erhöhung des Vignettenpreises und Raumplanungsgesetz stimmte Schmid-Federer stramm links. Sie war auch gegen den Rückzug des EU-Beitritts-gesuchs in Brüssel. Gemeinsam mit den Scheinbürgerlichen Rosmarie Quadranti (BDP) und Kathrin Bertschy (GLP) hat Barbara Schmid-Federer je einen identischen Vorstoss für eine Kosten-Nutzen-Analyse der verschiedenen Elternzeit-Modelle eingereicht. Jetzt wartet sie auf eine Anfrage der Findungskommission, sie möge sich doch bitte als CVP-Präsidentin bereithalten («Ich würde es mir überlegen»). Laut Sonntagspresse freut sie sich darauf. Auch vergebliche Freude ist eine schöne Freude.

Isabelle Moret (FDP) — Seit Isabelle Moret 2006 den Sitz von Yves Christen übernommen hat, ist der Waadtländer Linksfreisinn weiterhin in besten Händen. Ihre vielen Vorstösse betreffen die bessere Rundumbetreuung von minderjährigen Asylbewerbern oder Gesundheitspolitisches, wobei regelmässig staatlicher Aktivismus ausgelöst werden soll. Wollte die FDP einst mit ihrer Bürokratiestopp-Initiative

genau wie mit dem diesjährigen bürgerlichen Schulterchluss die Unternehmen entlasten, fordert Isabelle Moret mit Erfolg bei Bundesrat und Parlament, dass «Anbieter mittels einer Bescheinigung eines sachverständigen Dritten den Nachweis für die Einhaltung der Bestimmungen über die Lohngleichheit erbringen».

Im Klartext: Die 30 000 Unternehmen, die der Bund beschäftigt, müssen sich künftig irgendein Attest von irgendwelchen Funktionären beschaffen und beweisen, dass sie keine Frauen diskriminieren – selbstverständlich alles zu Lasten der betroffenen Firmen. Nicht mehr lange wird also die Scheinbürgerliche Isabelle Moret bedauern müssen: «Gegenwärtig besteht keine gesetzliche Grundlage dafür, die Kosten der Kontrolle auf die Unternehmen zu überwälzen.»

Christophe Darbellay (CVP) — Ursprünglich war Christophe Darbellay bei den Unterwalliser Christlichsozialen beheimatet, bevor er vom linken Flügel in die erfolgversprechendere CVP wechselte. Obwohl der CVP-Präsident nach den einschlägigen Rankings in der Mitte der Partei steht, zockt der Präsident des Casinoverbandes energiepolitisch mir der rot-grünen Karte. Er unterzeichnete den bürgerlichen Schulterchluss zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und versprach feierlich, die Staatsausgaben auf dem Niveau von 2014 zu plafonieren. Genau diese Forderung lehnte Darbellay dann im Parlament zusammen mit der CVP ab; er und die Mitglieder seiner Partei forderten seither be-

zahlte Vaterschaftsurlaube, befürworteten globale Umweltkredite, Innovationsparks, die wettbewerbsschädigende «Grüne Wirtschaft» und winkten die Kulturbotschaft durch, die Mehrausgaben von jährlich 3,4 Prozent bedeutet. Jetzt strebt der wegen Amtszeitbeschränkung zum Rücktritt gezwungene CVP-Präsident in die Walliser Regierung und hält sich in Bern «alle Türen offen». Mögen sie ihm in der Bundesverwaltung offenstehen; im Parlament sind Darbellays Bundesratsambitionen seit seiner Rolle als Strippenzieher der Blocher-Abwahl aus Charaktergründen erledigt.

Markus Ritter (CVP) — Von den Bauern lernen heisst siegen lernen. Das Präsidium des Bauernverbands besetzt gegenwärtig die CVP (Markus Ritter), das Vizepräsidium teilen sich SVP (Hans Frei) und BDP (Hansjörg Hassler), und die Direktion ist in den Händen der FDP (Jacques Bourgeois).

Der Rheintaler Biobauer Markus Ritter politisierte schon stramm links an der bäuerlichen Basis vorbei bei seinem Ja zum EWR, ebenso später bei seinem Nein zur Masseneinwanderungsinitiative; die Mehrheit der Landwirte lässt der dramatische Kulturlandverlust nämlich nicht kalt.

Vom obersten Bauernvertreter sollte man eigentlich erwarten, dass er auch Verständnis für den übrigen Werkplatz, die Dienstleistungs- und die Finanzbranche hat. Denn es sind weder die Grünen noch die Roten, welche die Milliarden an Direktzahlungen leisten. Doch Markus Ritter ist ein Meister des populistischen Spagats: Die CVP stimmte demselben Gewässerschutzgesetz zu, gegen das Ritter jetzt vor den Bauern vom Leder zieht. Er stimmte in Bern für die «Agrarpolitik 2014–2017», die auf Ökologisierung statt auf Produktion setzt und mehr Lebensmittelimporte bedeutet. Jetzt schimpft er an Bauernversammlungen unter allgemeinem Applaus genau gegen diese von ihm unterstützte Agrarpolitik der kommenden vier Jahre, getreu dem Vers: «Ich bin nicht krumm, ich bin nicht grad, ich bin ein Christlichdemokrat.»

Christoph Mörgeli ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Links sein macht Spass

Die Linke kann die Wirklichkeit so gut ausblenden, dass das Politisieren viel lustiger ist, als wenn man immer alle Risiken und Nebenwirkungen bedenken muss.

Von Beat Gygi

Links sein bedeutet Spass – zu diesem Schluss kommt man zwangsläufig, wenn man in der Schweiz all die politischen Vorstösse, Argumente und Auftritte der linken Seite aus jüngerer Zeit anschaut. In frischer Erinnerung sind die Initiativen für sechs Wochen Ferien für alle, sodann die Initiative für einen uniformen Mindestlohn von 4000 Franken pro Monat, die Initiative für die Beschränkung der Lohnunterschiede in Firmen auf das Verhältnis von maximal 1 zu 12 oder vor kurzem die Initiative für eine landesweit uniforme Erbschaftssteuer mit über dreijähriger Rückwirkung für Nachlässe von über zwei Millionen Franken.

Alle diese Initiativen sind vom Schweizer Volk zwar abgelehnt worden, aber erledigt sind sie damit nicht. Der Geist, der sie lanciert hat, lebt weiter, und in Sichtweite sind Vorstösse etwa für ein bedingungsloses Grundeinkommen, für einen Vaterschaftsurlaub, für die staatlich organisierte Aneignung der Hälfte der Unternehmensgewinne durch die Arbeitnehmerseite nach dem Motto «Fifty-fifty-Teilung» oder für das Verbot von Investitionen in Lebensmittel.

«Strategie der Systemveränderung»

Wie kommt man darauf, dass das Spass ist? Zuerst ganz einfach: Das kann nicht ernst gemeint sein, das muss ein Spiel sein von Leuten, für welche die Bedingungen der Realität nicht wichtig sind. Wer solche Forderungen erhebt und diese in die demokratischen Entscheidungsprozesse leitet, nimmt die wirtschaftlichen Zusammenhänge offenbar nicht wirklich ernst. Die Umsetzung solcher Vorstösse verträgt sich schlecht mit den Verhältnissen in Unternehmen, die Kosten und Erträge in Einklang zu bringen und ihre Investitionen zu amortisieren versuchen, damit die Firma überlebt.

Was im Parteiprogramm der SP Schweiz von 2010 steht, passt gut ins Bild: «Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gilt das Primat von Demokratie und Politik. Dieses Primat geht im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung der wirtschaftlichen Wertschöpfung, der blossen Nutzenebene vor. Es erfordert die Überwindung des Kapitalismus, der unsere Gesellschaft auf eine blosser Marktgesellschaft und die sozialen Beziehungen auf den blossen Tausch von Vorteilen reduziert.»

Die vielzitierte Überwindung des Kapitalismus bedeutet für tonangebende Sozialde-

mokraten wahrscheinlich auch, dass die Gesetze der Ökonomie ausgeschaltet werden können. Im Programm hat die Partielite denn auch deutlich hervorgehoben, dass sie die Wirtschaftsdemokratie voranbringen will – was aus ihrer Sicht bedeutet, dass «nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft, sondern

die Wirtschaft im Dienst des Menschen stehen soll». In dieser allgemeinen Form tönt das noch harmlos, viele andere Bürger quer durch alle Parteien und Gesinnungen sind wohl ganz ähnlich der Meinung, die Wirtschaft solle zu möglichst guten Lebensverhältnissen beitragen.



Die grosse Mehrheit würde ja profitieren: Juso-Aktion für die «1:12»-Initiative in Basel, 2013.

Fast schon den Eindruck von Gewalttätigkeit macht dann aber die Beschreibung der konkreten Massnahmen für die angepeilte Demokratisierung der Wirtschaft; im Programm steht: «Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine sozialdemokratische Strategie der Systemveränderung. Sie ergibt sich mit der Entwicklung der Sozialversicherungen an Stelle privater Versicherungen, durch die Stärkung des Service public statt zerstörerischer Konkurrenz und durch die Ausweitung der Rechte der Beschäftigten zu Lasten des Diktats von Aktionären.»

Wenn es so weit ist, dass Politiker die bisherigen Eigentumsrechte in der Wirtschaft willkürlich umdeuten können und Zusammen-



hänge zwischen Kosten und Erträgen nicht mehr gross beachten, drängt sich auch aus anderer Sicht der Schluss auf, dass links sein Spass machen muss: Für das Politisieren eröffnen sich damit viele neue Möglichkeiten zur Verwirklichung persönlicher Ziele auf Kosten anderer. Unangenehme Sachzwänge fallen weg, und ohne diese Beschränkungen kann man viel leichter mit fremdem Geld Politik nach eigenem Gutdünken betreiben – also den einen Leuten Geld oder Vorteile wegnehmen und an andere umverteilen und vielleicht auch sich selber berücksichtigen.

Umverteilen mit Piketty

Und ohne dass man eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs riskiert, kann man in fremde Häuser eindringen. Die Jungsozialisten zeigen sich besonders forsch. Wirtschaftsdemokratie nach dieser Art heisst etwa, dass die Sozialdemokraten die privaten Unternehmen nicht als privates Terrain, sondern mehr und mehr als öffentlichen Grund betrachten, den die Leute frei betreten können und auf dem sie den Eigentümern nach Lust und Laune in deren Geschäfte dreinreden und ihnen einen Teil ihres Eigentums wegnehmen dürfen. Schön wäre es auch, wenn sie noch einen beträchtlichen Teil des Gewinns mitnehmen könnten – sofern es dann noch so etwas wie

So kann man viel leichter mit fremdem Geld Politik nach eigenem Gutdünken betreiben.

einen Gewinn gäbe. Auf diese Weise käme man dem Ziel, das «Diktat der Aktionäre» zu beseitigen, auf lustvolle Weise näher.

Ansätze dazu gibt es schon in der heutigen Politik. Einige Passagen in der Aktienrechtsreform etwa zu Frauenquote oder Nachhaltigkeit weisen in diese Richtung; und die SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer drängt auf mehr: Sie fordert eine Geschlechterquote von 40 Prozent in den Verwaltungsräten und von 33 Prozent in den Geschäftsleitungen, und zwar gesetzlich vorgeschrieben und notfalls mit Sanktionen durchgesetzt. Des Weiteren will man eine Bonussteuer ab einer Million Jahreseinkommen sehen. Und zur Demokratisierung der Unternehmen fordert die SP eine Vertretung der Arbeitnehmerseite mit Mitbestimmungsrechten im Verwaltungsrat – mit der Begründung, dass strategische Unternehmensentscheide derart weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen hätten, dass nicht allein die Kapitaleseite entscheiden dürfe. Sollte dies umgesetzt werden, dürften etliche gutbezahlte Posten zu besetzen sein.

Wahrscheinlich gibt es dann Probleme mit dem Führen und Überwachen der Unternehmen. Die Aktionäre machen als Eigentümer

und Geldgeber von Firmen ja genau die Gruppe aus, die am ehesten ein Interesse daran hat, dass mit dem Geld sorgfältig gearbeitet wird und dass die Firma gedeiht. Aber da das Ausblenden von wirtschaftlichen Zusammenhängen zur Haltung «die Wirklichkeit nicht ernst nehmen» gehört, dürfte das der Linken zunächst keine grossen Sorgen bereiten. In Deutschland, das seit je die Mitbestimmung kennt, hat sich eingebürgert, dass «Arbeitnehmerbank» und «Kapitalbank» in den Aufsichtsräten nicht gross miteinander diskutieren, sondern je unter sich die Probleme behandeln. Und sollte es auch mit dem Service public und dem Genossenschaftswesen nicht so recht klappen, bleibt immer noch das ungeschminkte Umverteilen von Geld.

Dazu gibt es mannigfaltige Möglichkeiten. Die Jungsozialisten streichen heraus, dass die Schweiz zu den Ländern mit der ungerechtesten Vermögensverteilung zähle: Ein Prozent der Leute besitze gleich viel wie die restlichen 99 Prozent der Bevölkerung zusammen. Debatten über ungleiche Verteilungen des Vermögens sind immer eine reizvolle Sache für Leute, die gerne Geld umverteilen oder gar in fremde Portemonnaies greifen. Der französische Ökonom Thomas Piketty hat mit einem Buch voller Statistiken zur Vermögensverteilung und mit dem wissenschaftlich verbrämten Aufruf, sich das Geld da zu holen, wo es liegt, sofort Weltruhm erlangt.

Das sollte man natürlich nicht auf illegale Weise tun, aber es gibt ja scheinbar rechtmässige Wege, um sich fremdes Eigentum anzueignen. Da Ungleichheit in der Vermögensverteilung bedeutet, dass wenige Prozent der Bevölkerung reich sind und der grosse Rest mittelwohlhabend bis arm ist, bietet sich die Demokratie als wirksamer Hebel an. Bei Mehrheitsabstimmungen genügt eine Quote von fünfzig Prozent, um Entscheide zu fällen. Da sollte es ein Leichtes sein, via Volksabstimmung den Reichsten einen Teil ihres Vermögens wegzunehmen, die grosse Mehrheit würde ja profitieren.

Der Weg ist das Ziel

In der Schweiz wurde die Initiative für eine nationale Erbschaftssteuer genau nach diesem Muster gestaltet. Die Initianten betonten, welch gewaltigen Hebel man gegen die Reichen in der Hand habe: «Die Initiative will die 2 Prozent der grössten Vermögen besteuern. Die anderen 98 Prozent der Steuerpflichtigen werden entlastet.» Nach der Abstimmung sah es so aus: 71 Prozent des Volkes und alle Kantone hatten nein gesagt. Einigen Linken ist an diesem Tag, an dem ihr Projekt an der Wirklichkeit und der Vernunft der normalen Leute gescheitert ist, der Spass vergangen. Aber für viele war das einfach ein einzelner Schritt, der misslang, das heisst nicht, dass der ganze Weg keinen Spass macht. ○

Die Schweiz von unten

Die Geschichte der Eidgenossenschaft ist wesentlich eine Geschichte der Untertanen, die zu den aufsässigsten in ganz Europa gehörten. Ihr Widerstandswillen führte zur Gründung des Bundesstaats und zur Einführung der direkten Demokratie. *Von Josef Lang*

Alle sieben Mitglieder des ersten Bundesrates von 1848 waren Söhne ehemaliger Untertanen. Ein Zufall war das nicht. Erstens hatte bis 1798 die grosse Mehrheit der Bewohner der alten Eidgenossenschaft in Untertanengebieten gelebt. Und zweitens stellten neue Kantone wie die Waadt (Druey), der Aargau (Frey-Herosé), das Tessin (Franscini), St. Gallen (Naeff), Städte wie Winterthur (Furrer) und Olten (Munzinger) oder das Berner Seeland (Ochsenbein) die Hochburgen jenes Freisinns, dem wir die Schaffung des Bundesstaates von 1848 verdanken. Die Geschichte der Schweiz ist wesentlich eine Geschichte der Untertanen.

Zwang zum gemeinsamen Handeln

Am Anfang der Eidgenossenschaft standen die Gemeinen Herrschaften, allen voran die 1415 eroberten Freien Ämter und die Grafschaft Baden. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts kamen weitere Untertanengebiete wie der Thurgau, die Leventina, das Sarganserland, das Rheintal und 1512 die restlichen Tessiner Täler dazu. Die Verwaltung und Ausbeutung der Untertanengebiete durch mehrere eidgenössische Orte zwang diese zu gemeinsamem Handeln. So entwickelte sich aus gelegentlichen Zusammenkünften die Tagsatzung, das Hauptorgan der anfänglich acht und später dreizehn Orte.

Die Gemeinen Herrschaften spielten eine umso grössere Rolle, als sie die einzigen Territorien waren, in denen die Eidgenossen gemeinsam Recht setzen und sprechen konnten. Die richterliche Funktion der Tagsatzung als Appellationsinstanz für Entscheide, die in den Landvogteien gefällt worden waren, füllte einen Grossteil der Traktandenliste. Das eigentliche Rückgrat der Tagsatzung aber bildeten die Jahresrechnungskonferenzen. Dazu kam, dass die gemeinsamen Untertanen das einzige Geschäft waren, das keine Einstimmigkeit erforderte, was die Tagsatzung aufwertete.

Die konfessionelle Spaltung, die zusätzlich zur Schaffung einer katholischen und einer protestantischen Tagsatzung führte, machte die Gemeinen Herrschaften für das Zusammenbleiben der Eidgenossenschaft noch unentbehrlicher. So waren zwischen 1632 und 1712 von den 4422 Treffen, die es unter eidgenössischen Orten gab, nur 420 gemeinsame Tagsatzungen. Bei 3064 Konferenzen trafen sich Alt- oder Neugläubige untereinander. Die restlichen Zusammenkünfte waren bilateraler oder multilateraler Natur.

Die Schlüsselrolle der Gemeinen Herrschaften für die Tagsatzung und damit die Eidgenossenschaft symbolisiert der Tagungsort Baden, eine Untertanenstadt. Nach der Zweiten Schlacht von Villmergen 1712 setzten die katholischen Verlierer, die aus der Gemeinen Herrschaft über die Grafschaft Baden und das untere Freiamt ausgeschlossen worden waren, das thurgauische Frauenfeld als neuen Tagsatzungsort durch.

Spielten die gemeinsamen Untertanen bloss als Objekte eine entscheidende Rolle bei der Entstehung, Integration und Konsolidierung der Eidgenossenschaft, waren insbesondere die Berner und Zürcher Untertanen am Kampf gegen das militärische Abenteuererum und die Solddienste im 16. Jahrhundert direkt beteiligt. So brach im Sommer 1513 während der Italienkriege am Kirchweihfest in Köniz ein Aufstand aus, der auch das Oberland erfasste. Unter anderem wurden in Bern die Häuser von «Kronenfressern» – Bezüglern ausländischer Pensionen –, geplündert. Die Stadt musste den Untertanen versprechen, dass sie künftig keine Bündnisse mit fremden Mächten mehr eingehen werde, ohne sich zuvor mit ihren Boten beraten zu haben. Ähnliche Revolten gab es damals in den Territorien Solothurns und Luzerns.

Durchbruch der «Demokrätler»

Nach der opferreichen Schlacht von Marignano 1515 marschierten 3000 ländliche Untertanen Zürichs in die Stadt ein. Sie waren überzeugt, dass die Niederlage durch französische Bestechungsgelder und die grassierende Korruption verursacht worden war. Weil sich die Aufständischen während der tagelangen Verhandlungen an den mit Lebkuchen gefüllten Auslagen der städtischen Krämer bedienten, ging der Konflikt als «Lebkuchenkrieg» in die Geschichte ein. Auch hier mussten die Herren ihren Untertanen das Recht zugestehen, an Entscheidungen über Krieg und Frieden mitzuwirken.

Als Zürich 1521 als einziger eidgenössischer Ort beschloss, keine Soldallianz mit Frankreich zu schliessen, und sich für fast hundert Jahre aus dem Reislaufgeschäft zurückzog, spielte die sold- und kriegsfeindliche Stimmung bei den Untertanen eine wichtige Rolle. Der Zürcher Reformation, die ab 1523 so richtig in Schwung kam, verlieh sie zusätzliche Dynamik.

Wenn der Zwinglianismus einen demokratischeren und sozialeren Ruf hat als der Calvinis-

mus und erst recht als der Lutheranismus, so hat das stark mit dem Protagonismus der Zürcher Untertanen, unter ihnen viele Leibeigene, zu tun. Der Historiker Peter Kamber widmete ihnen seine Dissertation mit dem Titel «Reformation als bäuerliche Revolution».

Der grösste und nachhaltigste Aufstand, den es in der Geschichte der alten Eidgenossenschaft gegeben hat, war der Bauernkrieg von 1653. Entlebuch und Emmental bildeten zusammen ein Epizentrum. Die Bauern der beiden konfessionell gespaltenen Regionen führten mit der Unterstützung weiterer Untertanen Versammlungen durch, belagerten die Hauptstädte, bildeten einen Bauernbund und verabschiedeten einen Bundesbrief. Neben wirtschaftlichen Forderungen ging es darum, die absolutistischen Tendenzen in den städtischen Patriziaten zurückzudrängen.

Auch wenn der Aufstand nach sechs Monaten blutig niedergeschlagen wurde, gelang es durch ihn, dem Absolutismus auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft den Riegel zu schieben. So wagten es die Herrschaften nicht mehr, Steuern und Abgaben zur Finanzierung eines stehenden Heeres einzuführen. Dessen Fehlen erleichterte es dem Liberalismus im 19. Jahrhundert, sich gegen die Konservativen durchzusetzen.

Der Bauernaufstand hatte den zusätzlichen Effekt, dass die konfessionell tief gespaltenen Herren sich zur Bildung eines gemeinsamen Tagsatzungsheeres vereinigten. Drei Jahre später zogen sie gegeneinander in den Ersten Villmergerkrieg. Die Grundlage für die gemeinsame Aufstandsbekämpfung bildete das Stanser Verkommnis von 1481, bei dem Bruder Klaus mitgewirkt haben soll. Dessen nach-

Der nachhaltigste Aufstand in der Geschichte der Eidgenossenschaft war der Bauernkrieg von 1653.

haltigste Bestimmungen waren das Verbot für die Untertanen, sich ohne Wissen und Erlaubnis der Obrigkeit zu versammeln, und das Gebot für die Herren, einander gegen ungehorsame Untertanen beizustehen.

Die Untertanen in der Eidgenossenschaft gehörten zu den aufsässigsten in Europa. So zählt man für das 18. Jahrhundert zwölf Untertanenrevolten. Sie verdichteten sich in den 1790er Jahren unter dem Einfluss der Französischen Revolution zur Helvetischen Revolution. 1803 entstanden aus ehemaligen



Ungehorsam: Bauernaufstand in der Schweiz.

Untertanengebieten die Kantone Aargau, Thurgau, St. Gallen, Waadt, Tessin. Sie überlebten 1814 die Bestrebungen der Berner, Freiburger und Solothurner Patrizier sowie der Innerschweizer Landsgemeinden, sie wieder abzuschaffen und die alten Untertanenverhältnisse wiederherzustellen.

In der liberalen Regeneration der 1830er Jahre und in deren freisinniger Radikalisierung der 1840er Jahre wurden die neuen Kantone zu den treibenden Kräften bei der Gründung des Bundesstaates. Aber auch die direkte Demokratie entstand aus dem Widerstand ehemaliger Untertanen. Als St. Gallen 1831 als erster Kanton das Referendumsrecht einführte, schöpften die «Demokrätler» aus einer doppelten Erfahrung der Untertanenzeit. Als sie sich zwischen 1793 und 1798 von der Klosterherrschaft befreiten, verfochten sie das revolutionäre Ziel von Liberté und Egalité mit der traditionellen Methode der Landsgemeinde.

Der Kanton, der als erster 1845 das Initiativrecht einführte, war die Waadt. Hier spielten Verfassungsentwürfe aus der Französischen

Revolution und frühsozialistische Ideen eine starke Rolle. Der grosse Durchbruch der Volksrechte in den 1860er Jahren im Kanton Zürich war auch ein Aufstand der ehemaligen Untertanengebiete gegen das in der Stadt verankerte «System Escher».

Juden und Frauen mussten warten

Die Bundesverfassung von 1848, das Werk von Politikern aus ehemaligen Untertanengebieten, schrieb die Gleichberechtigung der Schweizer Männer fest. Dies galt auch für Zugezogene aus anderen Kantonen. Aber es blieben noch zwei Gruppen ohne Bürgerrechte: die Juden und die Frauen. Die Gleichberechtigung der Nichtchristen gelang erst mit der Totalrevision der Bundesverfassung 1874. Die Frauen mussten ein weiteres Jahrhundert warten, bis ihnen 1971 das Stimm- und Wahlrecht gewährt wurde. Wie schon bei der Befreiung der alteidgenössischen Untertanen hatte bei der Juden- und Frauenemanzipation ausländischer Druck eine erhebliche Rolle gespielt.

Ab Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich eine neue Grossgruppe von Menschen ohne Bür-

gerrechte gebildet: die aus dem Ausland Zugezogenen. Für die freisinnigen Pioniere war es unvorstellbar, dass es in einer Demokratie eine erhebliche Anzahl Männer gab, die nicht der Nation angehörten. Dabei gebrauchten sie den altgriechischen Begriff für Niedergelassene, die weder Sklaven noch Bürger waren: Metöken (französisch *métèques*). Heute machen sie über einen Fünftel der Bevölkerung aus. Solange es in der Schweiz «Metöken» gibt, die seit Jahrzehnten hier leben, haben wir die Untertanenverhältnisse nicht gänzlich überwunden.



Josef Lang, 61, ist Historiker und war 2003 bis 2011 Nationalrat für den Kanton Zug. Er ist Vorstandsmitglied der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und Vizepräsident der Grünen Schweiz.

«Meine relative Unsterblichkeit»

Der Berner Oberländer Sänger und Songwriter Polo Hofer, 70, erfand den Mundartrock und ist ein lebendes Monument der Schweizer Populärkultur. Hier blickt er auf ein Leben jenseits der Konventionen und auf eine Schweiz, die sich leider nicht zum Guten verändere. *Von Roger Köppel und Raffael Waldner (Bild)*

Das Treffen mit dem Jugend-Idol findet zwischen Särgen und Urnen in einem Geschäft in der Nähe des Thunersees statt. Polo Hofers Frau Alice erklärt die kunstvollen Gehäuse, während ihr Mann einwirft, er werde, wenn es so weit ist, sich nicht begraben, sondern seine Asche mit einer Rakete ins All schiessen lassen. Auf diesem Akkord beginnen wir das zweistündige Gespräch.

Urs «Polo» Hofer trat Mitte der siebziger Jahre ins Leben des Berichterstatters. Damals machte der Berner Oberländer als Sänger und Erfinder des Mundartrocks mit der faszinierenden Progressiv-Band Rumpelstilz Furore. In den Jahrzehnten danach sang er sich zur Ikone der modernen Volksmusik empor.

Am 16. März dieses Jahres wurde Hofer siebzig Jahre alt. Er ist ein singender Zeitzeuge aus den Anfängen der Hippiebewegung, ein politisch mäandrierender Menschenfänger und Charmeur, der als Entertainer, wie er glaubhaft erzählt, nie unter der angeblichen Enge der Heimat und der Beschränktheit ihres Absatzmarkts gelitten habe. Hofer ist belesen und grossräumig interessiert. Schwere gesundheitliche Probleme aus jüngerer Zeit hat er gut überstanden.

Sie sind in Interlaken aufgewachsen, in den fünfziger und sechziger Jahren. Was für eine Art Menschenschlag lebt da?

Interessant. In Interlaken herrscht eine Berglermentalität, aber Interlaken lebt auch vom Tourismus. Die Leute wissen, dass sie nicht bei sich selber stehenbleiben können, sondern dass sie all die Ausländer brauchen. Natürlich war man immer froh, wenn die vielen Fremden dann wieder nach Hause gingen.

Wie hat Sie das persönlich geprägt?

Es gab alle Hautfarben und Menschentypen, vor allem die Amerikaner und die Briten waren wichtig als Gäste. Mit zehn Jahren wurde ich wegen der Mutter ein grosser Fan von Louis Armstrong. Im Kursaal gab es grosse Konzerte. Ich sah noch Harry Belafonte live. Da dachte ich, alle dunkelhäutigen Menschen seien Musiker. Ich fragte den Vater: «Warum kommen die denn alle hierher?» Er sagte mir, das sei wegen dieses Berges, der Jungfrau, der sei eben weltberühmt. Die Oberländer wissen das seit langem zu vermarkten! Mein Vater

sagte mir, es sei ein Privileg, hier zu leben. Stimmt.

Die Eltern führten ein Kleidergeschäft.

Damenbekleidung.

Wurden Sie streng erzogen im gewerblerischen Sinn?

Nein, gar nicht. In der Hochsaison war unser Geschäft bis abends um zehn geöffnet. Die Eltern arbeiteten, sie hatten wenig Zeit für uns. Ich wuchs daher in einem sehr liberalen Milieu auf.

Vier Brüder?

Ja. Ich bin der Älteste.

Es heisst, Sie seien als Bub sehr introvertiert gewesen.

Ja, scheu, am Anfang, bis zum Stimmbruch. Es besserte, als wir Unterhaltungsabende veranstalteten, um die Pfadikasse aufzubessern. Ich trat dann jeweils als Louis-Armstrong-Imitator auf.

Sie spielten von klein auf Musik?

Überhaupt nicht. Niemand ist speziell musikalisch in unserer Familie. Vater konnte an Weihnachten vielleicht «Stille Nacht» spielen, wenn es wirklich hoch kam. Meine Mutter war immerhin sehr engagiert in einem gemischten Chor. Sie schleppte mich an die Konzerte mit: Peter Kraus, Rex Gildo, Conny Froboess. Klar, dass ich dort Autogramme holte. Sie nahm mich aber auch zu Opern und Operetten mit.

Wann kam der Wunsch, selber auf einer Bühne zu stehen?

Einer der wichtigsten Tage meines Lebens war, als ich mit sechzehn Jahren am Samstagmorgen endgültig aus der Schule kam. Ich ging nachmittags ins Pfadiheim, und dort übte eine Band. Ihr fehlten aber Schlagzeuger und Schlagzeug. Ich sagte, dass es auf dem Estrich des Pfadiheims ein Schlagzeug gebe. Ich stellte ihnen das Schlagzeug hin und begann gleich zu spielen, worauf sie mir sagten, dass ich bleiben könne.

Hatten Sie schon mal Schlagzeug gespielt?

Nein, das war das erste Mal. Ich hatte allerdings ein gutes Rhythmusgefühl. Beim Mittagessen zu Hause trommelten wir mit Messer und Gabel manchmal auf den Tellern herum. Ich erinnere mich, dass mein Vater sagte: «Wenn ihr das schon macht, bleibt wenigstens im Takt.» So also begann meine Musikerlaufbahn.

Ein Zufall.

Ja, aber am gleichen Tag, als ich das erste Mal als Musiker auftrat, hatte ich auch zum ersten Mal Sex.

Wobei Sie sofort merkten, worum es bei der Musik am Ende wirklich ging.

Klar, das zählte natürlich. Imponiergehabe treibt viele in die Musik, das war sicher auch bei mir so.

Wo haben sich Ihre Eltern kennengelernt?

Meine Mutter war Aargauerin, Bauerntochter, Beinwil am See. Während der Schulzeit war ich dort am Helfen beim Onkel, Runkeln putzen, Kirschen ablesen, das ist die Agrarseite meiner Familie. Mein Vater war Bieler. In Neuenburg machte er die Handelsschule. Während des Zweiten Weltkriegs war er im Réduit, im Zeughaus führte er die Buchhaltung. Das hat ihm so gefallen, dass er gleich in den Bergen blieb und in Interlaken ein Geschäft aufmachte.

Sie wurden während des Militäurlaubs im Jahr 1944 gezeugt?

Meine Mutter erzählte mir einmal, ich sei *open-air* gezeugt worden. Während einer Wanderung. Meine Eltern waren aber schon vor dem Krieg liiert.

Was wissen Sie über Ihre Vorfahren?

Der Vater meines Vaters war ein interessanter Mann, Sekundarlehrer in Biel und Sekretär des Schweizer Sozialistenführers Robert Grimm. Er machte bei der Zimmerwalder Konferenz mit. Im September 1915 trafen sich in Zimmerwald die führenden Sozialisten, unter anderen Trotzki und Lenin. Robert Grimm war der Initiant des Treffens, an dem sich die internationale Arbeiterbewegung in einen demokratisch-sozialen und einen revolutionär-kommunistischen Flügel spaltete.

Kannten Sie den Grossvater noch persönlich?

Ja, er hatte eine enorme Bibliothek, für die er mich begeisterte.

Politisch?

Ja, mit einem humanistischen Ansatz, beispielsweise gründete er einen Helferkreis für die Waisenkinder des Ersten Weltkriegs. Mich beeindruckten insbesondere seine Kunstbücher: van Gogh, Gauguin, Michelangelo. Ich konnte schon früh gut zeichnen. Das gehörte zu meinem introvertierten Naturell. Ich konnte stundenlang still vor mich hin zeichnen.

Was für Menschen waren Ihre Eltern?

Mein Vater war sehr bürgerlich, anders als der Grossvater, BGB, Vorläufer der SVP. Er war ein Vereinsmeier. Er war im Verlauf seines Lebens sicher in siebzehn Vereinen Präsident, 1.-August-Komitee, Skiklub, ein Macher. Er konnte es gut mit vielen. Die



«Ich habe Hofnarrenfreiheit»: Rock-Monument Hofer, 70.

Mutter führte das Geschäft. Jeden Frühling und Herbst gingen sie die neuen Kollektionen kaufen, in München, Paris, Mailand. Weil sie sahen, dass ich gut zeichnen konnte, brachten sie mir, als ich etwa fünfzehn Jahre alt war, die Skizzen der Modeschöpfer, zum Beispiel von Yves Saint Laurent. Das wäre doch etwas für mich, ich könne das. Da hätte ich nach Paris gehen müssen zur Ausbildung. Das wollte ich nicht. So landete ich in Meiringen: noch mehr Berglermentalität. Ich wurde dort der letzte ausgebildete Handlithograf.

Die Mutter?

Als ich meiner Mutter sagte, wenn ich erwachsen sei, würde ich Musiker, sagte sie: «Beides zusammen geht nicht.»

Wann wussten Sie, dass Sie das Zeug zum Entertainer haben?

Spätestens mit achtzehn Jahren. Da war ich bereits ein Lokalmatador, ein *local hero*. Es gab sehr viele Briten hier oben, auch englische Internate. Ganze Schulen kamen. Man bündelte mit den Mädchen an, und die brachten uns die neusten Singles aus Grossbritannien mit, zum Beispiel die ersten von den Beatles. Sie gaben uns regelrecht Aufträge: «Das müsst ihr spielen, das müsst ihr singen.»

Sie sind überall aufgetreten, sogar in Striplokalen.

Ja, es gab eine Italienerband damals, Profis. Die spielten in einem Striplokal und konnten einfach alles. Eines Tages erkrankte ihr Schlagzeuger an «Elefantitis», wie man damals im Volksmund sagte. Das bedeutete, dass seine Hoden sehr stark angeschwollen waren. Der arme Kerl konnte nicht mehr sitzen. Das war meine Chance. Sie fragten mich, ob ich einspringen könne. Ich sagte nichts zu Hause. Wir haben sieben Strip-teases pro Abend begleitet. Eines Abends sehe ich meinen Vater tanzen vor der Bühne mit einer jener Tänzerinnen. Er aber sah mich nicht. Als er zurückging an die Bar, sagte ihm ein Kollege, ob er mal auf die Bühne geschaut habe. Dann sah er mich und stürzte wutentbrannt in meine Garderobe. Ich wisse genau, dass ich nichts zu suchen habe hier. Man musste tatsächlich 21 sein, ich war erst 18. Ich erwiderte, ich müsse fertigspielen bis morgens um eins. Da liess er die Polizei holen und mich von der Bühne weg verhaften. Dann habe ich zehn Jahre kein Wort mehr mit ihm gesprochen.

Was war das Erste, was er Ihnen nach dem langen Schweigen gesagt hat?

Das war an meiner Hochzeit. Er hat sich nie entschuldigt. Er kam auch nur einmal an eines meiner Konzerte und sagte: «Es gefällt mir nicht, was ihr macht, aber du machst es gut.»

Einer Ihrer frühen musikalischen Götter war Bob Dylan.



Gutbürgerlich: Polo (r.) mit Familie, 50er Jahre.

Der war sehr beeindruckend. Wir spielten im «Palace» in Mürren. Da gab es Südafrikaner, steinreich – Diamantenminen –, die hatten dort oben Chalets. Einer der Diamantenkönigssöhne nahm mich ins Chalet mit und spielte mir «The Freewheelin' Bob Dylan» von 1963 vor. Ich konnte schon ziemlich gut Englisch, doch das, was ich da hörte, faszinierte mich extrem.

Was ist die Genialität von Dylan?

Er ist der Dichterstern. Seine Quellen sind überreich. Er kennt die amerikanische Musik bis in ihre Anfänge. Er beherrschte den Blues, er entdeckte die alten Protest- und Folksänger der amerikanischen Depressionszeit, um ihnen aber einen ganz neuen, modernen Dreh zu geben, erst recht, als er seine Musik elektrifizierte. Er ist ein Genie und, was es eben ausmacht, auch sehr fleissig. Ich machte 34 Alben, er 72. Er schrieb 3000 Songs, ich in der gleichen Zeit 400, das ist kein Verhältnis. Und seine Texte *verhebe* wirklich, was die poetische Ausstrahlung angeht, aber auch die Militanz.

Sie gerieten dann – wie Dylan – in die 1968er Bewegung hinein. Was war das für eine Erfahrung?

Nach dem Festival von Woodstock interessierte mich der gesellschaftliche, auch der politische Aufbruch. Ich zog nach Bern und entschied mich, voll auf die Musik zu setzen. Ich bewegte mich in Künstlerkreisen. Harald Szeemann war der legendäre Kurator mit Warhol, Beuys, Rauschenberg und anderen. Ständig gab es Feste. Wir spielten immer.

Zu Beginn der siebziger Jahre gründeten Sie eine Partei in Bern, die «Härdlütli», die auf Wahlplakaten nackt posierten. Wessen Idee war das?



«Bleibt wenigstens im Takt»: Polo (2. v. l.) mit

Ich war der Chefideologe. Das war aber kein Jux. Wir forderten mehr Bäume in Bern, einen Einheitstarif im öffentlichen Verkehr, mehr Velowege und ein Eros-Center für Senioren. Die meisten Forderungen sind mittlerweile erfüllt. Wir waren Vorreiter! Wir eroberten auf Anhieb einen Stadtratssitz. Wir wollten beweisen, dass auch die Jungen etwas bewegen können in der Demokratie. Es war die Zeit, als im Marzilbad die Damen begannen, oben ohne zu baden.

Wie fanden Sie die Schweiz damals?

Kleinkariert. Wir wollten etwas anderes als unsere Eltern. Wir waren Hippies. Ich fing an, mich für die asiatischen Philosophien zu interessieren. Kollegen gingen nach Kabul, um zu kiffen. Ich experimentierte mit LSD.

Was brachte das?

Ich habe auf einem Trip realisiert, dass alles mit allem vernetzt ist.

Was verstehen Sie darunter?

Alles ist nur aus seinen Zusammenhängen heraus zu verstehen. Auch die Erfinder des modernen Computers nahmen Drogen. Es ging ebenfalls um Vernetzung. Wir hatten einen Chefphilosophen, Sergius Golowin. Er war für den Landesring im Berner Grossrat und Bibliothekar. Sein Wissen war enorm. Auch er experimentierte mit LSD. Er sagte uns, das sei kein Spass, man müsse es in einem ganz bestimmten Rahmen ausprobieren. Nicht in der Disco, sondern im Wald oder in den Bergen. Nur dort spüre man die Kräfte der Natur.

Sie haben später in der Schweiz auch den früheren Harvard-Dozenten, Psychologen und in den USA wegen Drogendelikten gesuchten Leary kennengelernt.



«The Jetmen», 1963.

Ja, er suchte eine Band. Ich spielte damals schon mit Rumpelstilz – Frühphase – psychedelische, instrumentelle Musik, uns beeindruckte damals Free Jazz, das Durchbrechen aller Regeln. Ich besuchte Leary in seinem Schweizer Chalet, wo er sich auf der Flucht vor den amerikanischen Behörden in Sicherheit brachte. Er war damals für Präsident Nixon der Staatsfeind Nummer eins. Der CIA suchte ihn. Die Schweiz hat ihn nicht ausgeliefert, trotz des Begehrens der USA, und man führte mich also zu ihm. Er dunkelte alles ab, legte meine Kassette ein und tanzte, mit einer glühenden Zigarette in der Hand fantastische kubistische Muster in den Raum malend wie Picasso. Nachdem er das Band abgehört hatte, sagte er, das sei nichts für ihn, zu poetisch. Er suche eher etwas wie Coca-Cola. So trennten sich unsere Wege.

Mit Rumpelstilz erfanden Sie den Mundartrock. Wie kam es dazu?

Wie ich schon sagte, war ich Familienvater. Ich konnte nicht mehr in der ganzen Weltgeschichte herumreisen. Ich musste etwas finden, was in der Region funktionierte. Es gab ja nur das Trio Eugster damals und die Minstrels mit «Grüezi wohl, Frau Stirnimaa!». Ich dachte, Mundart könnte erfolgreich sein. Glücklicherweise fand ich die richtigen Musiker. Ich war immerhin schon 31 Jahre alt.

Können Sie sich noch an den Moment erinnern, als Ihnen die Idee mit dem Mundartrock kam?

Ich sass 35 Tage lang im Knast wegen «Sachentziehung». In der Einsamkeit der Gefängniszelle überlegte ich mir meine



Imponiergehabe: Polo am Pfadiball.

Zukunft. Dann entstand die Idee, auf Schweizerdeutsch zu singen.

Sie hatten auf Anhieb grossen Erfolg.

Ja. Unsere erste Single erschien 1973, und 1975 die erste LP; die zweite Rumpelstilz-LP «Füüf Narre im Charre» hatte bereits zwei Hits. Meine Frau zweifelte, ob meine Musik ein solides Einkommen bringen könnte. Eines Tages kam ich nach Hause und wedelte mit einem Scheck in der Höhe von 80 000 Franken. Das war eine Riesensumme Mitte der siebziger Jahre. Von diesem Moment an war sie überzeugt.

«Füüf Narre im Charre» ist noch heute ein Klassiker der Schweizer Musikgeschichte, unter anderem mit der genialen Ballade

«Die Kollegen erfassten die Professionalität nicht, es blieb für sie der Hippie-Spass.»

«D’Rosmarie und i». Wie kam dieses Meisterwerk zustande?

Wir haben die Latte sehr hoch gelegt. Durch diese Platte kamen Züri West und Patent Ochsner darauf, es ebenfalls zu versuchen. Zur Platte: Im Juni 1976 mieteten wir eine Skihütte, vier Franken pro Nacht pro Mann. In drei Wochen entwickelten wir die Scheibe. Wir hausten total abgelegen, völlig isoliert. Das brauchte es. Wir jamnten nächtelang und kamen der Sache immer näher. Hanery Amman, der Pianist, hatte brillante Ideen, er war stark von Elton John beeinflusst. Das war die Chemie damals: Der eine kam von Elton John, der andere, Kurt Güdel, wollte der grösste Jazz-Drummer aller Zeiten werden, für den Gitarristen Schifer Schafer war San-

tana der Gott, und ich war der Texter und Frontmann. Kaum war die Scheibe draussen, war «Kiosk» der grosse Hit.

Wie haben Sie den Pianisten Hanery Amman kennengelernt, gemäss Krokus-Gründer Chris von Rohr eine Art «Chopin des Berner Oberlands»?

Den schob ich, als er drei Monate alt war, bereits im Kinderwagen durch die Gegend. Wir sind im gleichen Haus aufgewachsen. Vor diesem Haus ist heute der Amman-Hofer-Platz.

Bald aber lief es nicht mehr rund bei Rumpelstilz. Warum zerfiel die brillante Achse Amman-Hofer?

Die Kollegen erfassten die Professionalität nicht, es blieb für sie der Hippie-Spass. Wir haben uns auseinanderentwickelt. Ich wollte auch nicht mehr den Vater spielen, sie waren nie pünktlich, kamen sogar zu spät an Konzerte. Ich fand es unprofessionell. Zudem wollte ich mehr gitarrenlastigen Rock, so wechselte ich fliegend zu Span. Die hatten gerade eine Krise und waren froh, dass ein Neuer kam.

Mit einer anderen Schweizer Band, die Ende der siebziger Jahre und zu Beginn der achtziger Jahre riesigen Erfolg hatte, waren Sie eng befreundet: Krokus.

Ich malte ja den Umschlag zu ihrer ersten Platte, die auf unserem «Schnoutz»-Label erschien, und da stellte ich bereits die Skyline von Manhattan dar. Ich hatte so eine Ahnung. Die wollen nach Amerika, das merkte ich. Sie hatten auch realisiert, dass das nur geht mit einem Sänger, dessen Muttersprache Englisch ist. Nur so kann man auf dem Weltmarkt Erfolg haben. Ich verstehe nicht, warum Schweizer Bands mit Schweizer Akzent englisch singen. Die werden nie eine Chance haben, man hört das Schweizerische immer. Schlimm.

Waren Sie neidisch auf die Solothurner Kollegen?

Gar nicht. Ich war selber in den USA, als sie dort in grossen Stadien tourten. Damals zerschmetterten sie noch mit Äxten Gitarren auf der Bühne. Ich war in Oregon in einem Kaff, hatte übernachtet, es gab nur einen Laden, eine Tankstelle, Gesamtbevölkerung: sechzig Personen; Plummer hiess der Ort. Ich ging in den Laden, ein Achtzehnjähriger stand dort. Ich fragte ihn, ob sie Rotwein hätten. Er sagte, es gebe im Kühlschrank zwei Sorten. Eine Flasche hatte ein Schweizerkreuz drauf. Dann sage ich zu ihm, ich käme von dort. Worauf er fragte, ob ich Krokus kenne. Ich erwiderte, ja, das seien meine Freunde. Er war begeistert. Krokus, sagte er, seien seine grossen Vorbilder. Als ich rausging, rief er mir nach: «Don’t fall from the Alps.» Da wusste ich, jetzt sind sie wirklich bekannt.

Sie gerieten in die Zürcher 80er Unruhen hinein, wie war das?

>>>

Ja, wir spielten auf der Zürcher Allmend an einem Pfingstfest. Ich arbeitete damals öfters mit Roger Schawinski zusammen.

Was erstaunlicherweise heftige Kritik auslöste.

Heute unglaublich. Ich wurde sozusagen als «Kapitalistenschwein» angeprangert, weil ich mit Schawinskis «Kommerzradio» zusammenspannte. Ich spielte die offizielle Senderhymne ein, die auf Order von Schawinski, der eben aus der Karibik gekommen war, ein Reggae sein musste. Wir spielten also auf der Allmend, doch bereits beim ersten Song kamen Eier geflogen. Es waren 5000 Zuschauer. Mich traf es zum Glück nicht. Die Pianistin aber hatte Eiweissfäden an den Fingern, der Gitarrist hatte eine eigelbe Gitarre, es lief herunter wie auf einem Bild von Dalí. Ab dem zweiten Song kamen dann die Bierflaschen. Darauf machten wir uns davon. Eine Woche später waren die Opernhauskrawalle. Die haben bei mir geübt!

Was war der Unterschied zwischen den 68ern und den 80ern?

1980 war eine Wiederholung von 1968, einfach militanter und zürcherischer, strenger. 1968 gab es eine kontinentale Bewegung, ein Aufbruch, gleichzeitig fanden Unruhen in Deutschland und Frankreich statt.

1968 wirkt im Rückblick etwas milder, im Hippie-Nebel. 1980 stand im Zeichen des Punk, auch die Musik war härter.

Man darf nicht vergessen, Heroin war inzwischen eine Plage geworden. Insgesamt würde ich sagen, dass die 80er Bewegung im Unterschied zur 68er Bewegung weniger von klar formulierten Anliegen getragen war, es war diffuser, eine allgemeine Verweigerung, *no future*. Die einzige Forderung war der Ruf nach mehr Freiräumen für die Jugend. Wir 68er wollten mehr gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Die 80er wollten mehr für sich.

Sie waren immer der Dissident, bekennender Kiffer, Nonkonformist – wie kann man heute nonkonformistisch sein?

Vielleicht muss man heute bei der *Weltwoche* arbeiten! (*Lacht*) Tatsächlich, die heutigen Jungen wollen nichts mehr verändern. Sie sind mit ihren Smartphones beschäftigt. Man sagt sogar, der Drogen- und Alkoholkonsum sei bei den Jungen wegen der Smartphones zurückgegangen. Es ist die totale Selbstbespiegelung, es ist alles sehr introvertiert, aufs Ego ausgerichtet. Man kann alles Wissen herholen, man muss es nicht mehr erkämpfen. Freiräume sind nicht mehr interessant, man hält sie in der Hand.

Sie haben als Musiker die Schweiz entdeckt, als die Schweiz gerade in linken, sogenannten progressiven Kreisen zum Auslaufmodell wurde. Inzwischen posie-



«Durchbrechen aller Regeln»: Polo (r.) mit der ersten Goldenen Schallplatte für Rumpelstilz.

ren Sie in Sennenkutte oder Schweizer Tracht. Alles ein Jux?

Mein Motto lautete immer: «Global denken, lokal handeln».

Haben Sie unter der Schweiz jemals gelitten?

Das habe ich nicht. Ich habe schon früh realisiert, dass es ein Privileg sein kann, Schweizer zu sein. Ich war aber nie heimattümelnd, habe nie den Patrioten herausgehängt. Aber den Schweiz-Hass hatte ich nicht, vielleicht auch deshalb nicht, weil ich hier oben so idyllisch aufgewachsen bin.

Sie waren nie der singende Politaktivist.

Nein, weil ich mir immer sagte, was ich predige, interessiert doch in Lugano oder in Lausanne niemanden. Man nimmt es ohnehin nicht ernst, wenn ein Musiker sich politisch aufspielt.

Wie sehen Sie sich – als reinen Unterhalter?

Als Chronist der laufenden Ereignisse. Die 68er Unruhen, der heisse Polit-Sommer 1980, der Mauerfall 1989, Operation «Desert Storm» 1991, Hochwasser 1999, Verdingkinder 2011 et cetera, alles Themen, die ich bis heute beschreibend verarbeitete. Ich habe immer auch politische Gedanken eingewoben.

Sind Sie Optimist oder Pessimist?

Wechselwähler.

Melancholiker?

Nein, ich habe ein sonniges Gemüt. Vor allem habe ich keine Probleme, mich mit der Vergänglichkeit abzugeben. Die Vergänglichkeit hat mich immer angeregt. Man muss sich seiner Sterblichkeit bewusst sein.

Das heisst?

Es kann jeden Moment aufhören. Eigentum lehne ich ab, man verliert Freiheit durch Eigentum, in einem künstlerischen Beruf ist Freiheit entscheidend.

Haben Sie Ihrem Geld Sorge getragen?

Das meiste Geld habe ich für Musiker und Musik ausgegeben. Natürlich habe ich Geld gespart, ich muss keine Angst haben, die Urheberrechte bringen konstant Einkommen; ich staune, von wem ich alles gecovered werde. Ich habe aber auch nie Geld angelegt, ich bin nicht der Buchhaltertyp.

Wenn Sie leibliche Kinder hätten, was würden Sie ihnen auf den Lebensweg mitgeben?

1986, während der Anti-Aids-Kampagne – der Spruch «Bim Siitesprung im Minimum än Gummi drum» ist von mir – hatte ich viele Auftritte in Schulen. Da wurde ich gefragt, was ich der Jugend empfehlen würde. Zwei Dinge sind wichtig: «Findet heraus, was ihr gern macht. Findet heraus, was ihr gut macht. Und bringt es zusammen.»

Was ist das Geheimnis der Kreativität?

Man muss sich den Fähigkeiten der Mitarbeiter anpassen, man muss deren Stärken herauskitzeln, die Wahrnehmung der Gegenwart muss man bei sich schärfen, die neuen technischen Möglichkeiten nutzen, Klangbilder verändern. Ich bin, anders als Krokus, nie auf einer ganz geraden Linie geblieben. Ich bin der erste Mundart-Sänger, der erste Rapper, der erste Reggae-Sänger, der erste Independent-Label-Gründer.

Sind Sie zufrieden mit Ihrer Lebensleistung?

Ja, ich hatte nie das Problem, dass ich in der Schweiz mit ihrem begrenzten Absatzmarkt lebte. Und ich bin sehr dankbar, dass ich noch lebe. In den letzten beiden Jahren bin ich dem Teufel zweimal vom Karren gefallen.

Was haben Sie als philosophischer Freund der Vergänglichkeit aus diesen Nahtoderfahrungen gelernt?



«Es bleibt etwas, ohne dass man das gesucht hätte»: Swiss Music Award für Polos Lebenswerk, 2011.

Ich war tatsächlich im Koma und froh um meine philosophische Vorbildung. Was ich lernte? Man wird brutal mit der Wirklichkeit konfrontiert. Es ist halt so. Deshalb: Schmiede Pläne. Das ist gut fürs Immunsystem.

Frauen sind für Rockstars ein spezielles Thema. Die Verlockungen müssen gigantisch sein.

Es hat mich viel Geld gekostet. (Lacht) Offenbar machen alle Männer immer wieder den gleichen Fehler. Bei den Jungen ist die Motivation die gleiche wie bei mir. Es geht am Ende um die Frauen. Es ist erstaunlich, welche Bewegung daraus entstanden ist. Allein im Kanton Bern gibt es 3000 Bands. Achtzig Prozent singen Mundart. Schweizweit gibt es 17 000 Bands, aufgeteilt in acht Sparten. Im Emmental und in Solothurn herrscht der Hardrock. In Biel hingegen gibt es vor allem Reggae-Bands. Im Seeland und in den Tälern spielen sie Country. In Zürich

«Ich bin, anders als Krokus, nie auf einer ganz geraden Linie geblieben.»

dominiert Rap und in Basel der Britpop, Perfektion suchend, geschniegelt, ohne Improvisation. Sehr viele junge Menschen beschäftigen sich mit der Musik.

Bereuen Sie etwas?

Ja, ich hätte Klavierspielen lernen sollen. Ich muss meine Urheberrechte immer teilen mit einem Komponisten.

Wir steuern auf den 1. August zu, was ist Ihr Bild der Schweiz?

Ich zitiere aus einer ungehaltenen 1.-August-Rede von mir: «Wir Schweizer sind halt ein bisschen anders. Obwohl die Sommer kurz sind, schwitzen wir uns ein bisschen mehr ab als andere. Wir arbeiten im Team und sind doch lieber für uns. Wir sind das Land der Perfektion und doch nicht perfekt. Lasst und die Feste feiern, bevor wir fallen! Es geht nicht um die Europäisierung der Schweiz, es geht um die Verschweizerung Europas.»

Hat sich die Schweiz zum Guten entwickelt?

Nein, ich sehe schwarz. Vor allem die Besiedelung ist eine Katastrophe: übertriebene Kulturlandverluste dem Profit zuliebe. Ich erlebe das in den Touristenorten. Dass die nicht sehen, dass sie genau das kaputt machen, was die Touristen anzieht. Immer noch mehr, alle wollen immer mehr. Jetzt wollen sie eine Million Leute auf das Jungfraujoch bringen. Es gibt eine Rücksichtslosigkeit gegenüber der Umwelt, und der Permafrost könnte sich in Permafrost verwandeln. Ich finde es gut, dass die Zweitwohnungsinitiative durchkam.

Stehen Sie links oder rechts?

Ich habe Hofnarrenfreiheit!

Was irritiert Sie noch an der Schweiz?

Ich schaue mir viele Tierfilme an, im Ernst. Beim Schauen dieser Filme habe ich eine Urkraft des Lebens entdeckt – das Schwarmverhalten! Nehmen Sie Fischeschwärme, Vogelschwärme, Gnu- und Antilopenherden, es ist immer das Gleiche. Sobald eine Gefahr kommt, ballen sie sich zum Schwarm, alle rennen in die Mitte, die am Rand sind in Gefahr, weil nur die am Rand gefressen werden. Genau so verhalten sich die Menschen und vor allem die Politiker. Sie drängen in die Mitte, wo ihnen nichts passieren kann. Ich vermute, das ist allen Lebewesen eingebaut.

Sehen Sie die Schweiz kritischer als vor vierzig Jahren?

Sicher. Viele Schweizer verlieren aus materiellen Gründen die Folgeschäden aus dem Blick. Ich denke nicht nur an die Landschaft, der Konsum hat generell das Kommando übernommen. In den Familien hat jeder ein Auto, alle fahren allein herum. Es wird konsumiert, ohne zu überlegen. Es braucht 15 000 Liter Wasser, um ein Kilogramm Rindfleisch herzustellen. Irgendwann kommen wir an die Grenzen.

Wenn wir zum Schluss noch einmal den grossen Bogen machen: Was ist die entscheidende Botschaft Ihres musikalischen Werks?

Ich bin noch nicht fertig!

Bis heute?

Es lohnt sich, die persönliche Freiheit zu suchen und zu bewahren und weiterzuentwickeln. Man soll sich nicht mit Buchhaltung und dem Materiellen aufhalten. Strebe keine Unsterblichkeit an! In fünfzig Jahren wird man mich nicht mehr kennen, vielleicht kennt man mich noch etwas besser als die heutigen Bundesräte. Es bleibt etwas, ohne dass man das gesucht hätte.

Die Gelassenheit der Vergänglichkeit gegenüber fördert unbewusst die eigene Unsterblichkeit?

Meine relative Unsterblichkeit sind die Urheberrechte an meinen Songs, die noch siebzig Jahre über meinen Tod hinaus Einnahmen generieren werden. Das ist etwas Bleibendes. Hätte ich Enkel, könnten sie sagen, dass sie dank dem Grossvater Polo Hofer wieder einen Check über tausend Franken bekommen.

Haben Sie es nie bereut, keine leiblichen Kinder zu haben?

Nein, dazu bin ich wirklich nicht geeignet. Ich war zu viel unterwegs, zu freidenkerisch, zu egoistisch. Ich wollte keinen Anhang, der mir künstlerische Freiheit nimmt, mit dem ich mich auch abgeben muss.

Sie sind jetzt siebzig. Was ist das Wichtigste im Leben?

Ich habe noch viel vor in der Malerei und beim Schreiben. Ich habe viele Angebote als Gastsänger, und ich möchte keine eigene Band mehr anführen.

Warum?

Sie sind enorm anstrengend, diese Tourneen. Man ist jedes Wochenende unterwegs. Ich bin hundert Nächte im Hotel pro Jahr, das ist mir verleidet – obwohl die Konzerte immer ausverkauft sind. Ich werde mich immer für Musik interessieren, aber weniger praktizieren.

Wie stellt man sich als Siebzigjähriger die Begegnung mit dem Allmächtigen vor?

Es ist reine Zeitverschwendung, überhaupt darüber nachzudenken. Alles, was zu diesem Thema gesagt wird, sind reine Behauptungen. Wenn's dann so weit ist, werde ich es schon wissen. ○

Das Verbots-Gen in der linken DNA

Einst war das linke Denken das freiere, das respektlosere, das von Macht und Sitte unbeeindruckte. Heute erlebe ich die Linke vor allem in ihren kulturellen Drängeleien als die rigide, die kontrollierende, die verbotsverliebte Seite. Wie konnte es nur dazu kommen? *Von Matthias Matussek*



Hang der Linken zu Fraktionskämpfen: die «Volksfront von Judäa» in Monty Pythons «Leben des Brian».

Möglicherweise täusche ich mich, aber ich glaube, dass das linke Denken einst das freiere, das respektlosere, das von Macht und Sitte unbeeindruckte war – es entwarf eine Art kreativer Alternative zur Welt der bürgerlichen Zwänge.

Lange her. Heute erlebe ich die Linke vor allem in ihren kulturellen Drängeleien als die rigide, die kontrollierende, die verbotsverliebte Seite. Wie konnte es nur dazu kommen, dass ein dümmlicher, x-beliebiger Politologiestudent im achten Semester und Grünen-Mitglied eine Schule zwingen kann, eine politische Diskussion abzusagen, weil dort der Vertreter einer Partei auftreten sollte, die ihm nicht genehm ist?

Vielleicht aber täusche ich mich auch. Vielleicht ist das Verbots-Gen in der linken DNA fest verankert. Vielleicht habe ich mich von 1968 bis etwa 1972 durch diesen endlosen

«Summer of Love» meiner Pubertät in die Irre führen lassen, der mir alle Wege offenzuhalten schien: Alles war möglich, besonders in unseren Liebesbeziehungen.

Wochenenden im Bett

Allerdings – ich musste schon damals mit linken Widerständen rechnen, und das, obwohl ich selber links war und Schulungskurse über Lenins «Was tun?» abhielt. Ich war in eine sechzehnjährige Hippieprinzessin verliebt, und zu unseren festen und unverrückbaren Riten gehörte es, dass wir die Wochenenden im Bett verbrachten, so ab Freitag Schulende bis Montag früh.

Nun ergab es sich, dass man mich zu einem Wochenende nach Göttingen abkommandieren wollte, als Delegierter unserer marxistisch-leninistischen Schülerfraktion, um an irgendwelchen revolutionsrelevanten Abstimmungen

teilzunehmen. Natürlich war das für mich ausgeschlossen aus den bereits genannten Gründen. Worauf man mich ausschloss. Ich rief noch zu meiner Verteidigung: «Genossen, nur ein befriedigter Genosse ist ein guter Genosse», und ich berief mich dabei auf Wilhelm Reich; aber das verschlimmerte die Sache nur, denn Wilhelm Reich war als kleinbürgerlicher Abweichler schon früh aus der Dritten Internationalen ausgeschlossen worden. Er war dem Untergang geweiht, der parteilosen Hölle.

Vielleicht ist die Linke schon immer terroristisch und machtversessen und verbotsgeil gewesen. Vielleicht kompensiert sie.

Die Konservativen orientieren sich an den Zehn Geboten. Die Linke hat keine Zehn Gebote, dafür Hunderte, ach, Tausende Vorschriften und Regelungen, besonders Sprachregelungen. Und sie ist misstrauisch. Selbst

bei besonders tadelsfreien Genossen vermutet sie Verstaltungen und verdächtigt sie erst recht.

Sie liebt es, sich selbst in Splittergruppen zu zerlegen. Vielleicht ist das so, seit die Bolschewiken die Menschewiken 1903 zum Teufel gejagt hatten; die Mehrheitler die Minderheitler, obwohl sie eigentlich innerhalb der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine radikale Minderheit stellten, die da zum Sturz des Zaren und der Errichtung einer Diktatur des Proletariats aufrief.

Düstere linke Folklore, die in den Frost der Diktatur mündete. Schon damals eine Diktatur der Sprachregelungen, wie sie George Orwell in seinem seherischen Roman «1984» beschrieben hat. Der dystopischen Welt des «Grossen Bruders» übrigens und ihrer Bürokratie diente als Vorbild die Verwaltung der BBC mit ihren endlosen Korridoren und Formularen und Eingabefristen, die Orwell als Radioautor kennengelernt hatte.

Terror der Volkserziehung

Der Schrecken der erdachten Welt bezog seine Stichworte aus der realen, und er beginnt mit der Beherrschung der Massenmedien und ihrem Potenzial zum Terror der Volkserziehung. Das ist die Utopie der Menschenbildner: ein ganzes Volk mental in den Leitplanken einzuhegen, die man selber vorher gezogen hat.

Der Hang der Linken zu Fraktionskämpfen und Splittergruppen ist mittlerweile eine feste Grösse im Repertoire von Komikern. In Monty Pythons «Leben des Brian» ist das wunderbar zusammengefasst. Da sehen wir die Truppe auf dem Zuschauerrang einer Arena sitzen, und Brian fragt sie, ob sie die «jüdische Volksfront» sei. Die reagiert empört. Sie sei die «Volksfront von Judäa». Jüdische Volksfront, pfui, pah!

Kaum ein Linker, der in den frühen siebziger Jahren den Witz nicht gelebt hätte, in den Indianerspielen der marxistisch-leninistischen Grüppchen, der KPD/ML oder der KPD/AO oder der Vierten Internationalen oder der diversen revisionistischen oder staatskapitalistischen Parteien und Formationen – und alle hatten das Buch in der Hand, die reine Lehre mit dem entsprechenden Lenin- oder Marx- oder Mao-Zitat.

Die Linke wachte über ihre Reinheitsgebote wie die deutschen Brauereigenossenschaften über ihr Bier. Und sie war schnell mit Verboten zur Stelle.

Doch zur herrschenden Kultur der politischen Reinheit, besser bekannt als «Korrektheit», kam es erst im Laufe der achtziger und frühen neunziger Jahre, als das Verhältnis zwischen den Geschlechtern als Problem erkannt wurde. Bei uns waren es Frauengruppen, die den Dozenten der repressiven Männerbastion «Universität» ihre BH entgegenschleuderten, was ich ganz aufregend fand.

Doch entscheidende Impulse lieferten die Campus-Aktivistinnen der amerikanischen Unis in den frühen neunziger Jahren, die elaborierte Verbotstabellen aufstellten und Regeln und Codes entwickelten, gegen die nicht verstossen werden durfte. Es war eine Bewegung zur Erziehung des Mannes, den sich die kritischen Frauen damals als rohen, ungeschliffenen Neandertaler vorstellten, der mit der Keule in der Hand ständig auf mögliche weibliche Opfer schielte.

Die politische Intoleranz hatte zunächst mit der Politik zwischen den Geschlechtern zu tun. Ich war Korrespondent in New York und bekam diese ersten Anfänge mit einiger Fassungslosigkeit mit. Da es beim Tatbestand der «sexuellen Belästigung» (*sexual harassment*) genügt, wenn eine Situation auch nur als kränkend empfunden wird, wurde der Paragraf zur Einladung an die Paranoikerinnen der Welt.

Da fühlte sich eine Studentin sexuell belästigt, weil ihr Professor das Bild seiner Frau im Bikini auf dem Schreibtisch hatte. Auf einem anderen Campus forderte eine Professorin ihren Kollegen auf, Manets «Olympia» von der Wand zu nehmen, weil das Gemälde die Frau als Objekt darstelle. Professor Silva von der University of New Hampshire erklärte eine Schreibtechnik mit Sex: «Du und der Gegenstand wer-

Die Linke hat keine Zehn Gebote, dafür Hunderte, ach, Tausende Vorschriften und Regelungen.

den eins.» Einige Studentinnen fühlten sich durch diese Metapher «erniedrigt». Sie meldeten Silva, der noch drei Jahre zuvor als Pädagoge ausgezeichnet worden war, beim universitären «Büro für Prävention von sexueller Belästigung und Vergewaltigung». Wenn auch orthografisch nicht ganz auf der Höhe, so doch in der Sache kompromisslos, schrieben sie, dass sich der «Professor» noch «fiele» andere derartige «Dinger» erlaubt habe.

«Mein anderes Auto ist ein Besenstiel»

Das «Vergewaltigungsbüro» half nicht nur beim Erstellen der Anklageschrift, sondern auch bei der Auswahl eines «unabhängigen» Richterremiums. Silva wurde gefeuert, zu einer Geldbusse verdonnert und zu einer Sexualtherapie, deren Kosten er selber zu tragen hatte. «Ein Leben ist vernichtet», sagte Professor Hutchinson auf dem Campus der Universität von Virginia. Er hatte seine Studentin geheiratet, dreissig Jahre war das her, sie waren immer noch zusammen. Unter den neuen Auflagen hätte er das Schicksal seines Kollegen Silva geteilt.

Auf dem gleichen Campus traf ich auf Professorin Ann Lane vom Department for Women's Studies. Auf dem Honda vor ihrem

Büro ein Aufkleber: «Mein anderes Auto ist ein Besenstiel». «Was ist eigentlich gegen romantische Beziehungen zwischen Professoren und Studenten oder Studentinnen einzuwenden?», fragte ich sie. «Das ist mir zu viel Wischiwaschi», antwortete sie spöttisch. «Es geht ums Vögeln», und sie spricht das Wort aus, als sei sie in Hundescheisse getreten.

Männer im Hungerstreik

Kurz darauf bin ich auf dem Campus von Antioch, einem der fortschrittlichsten Colleges des Landes, auf den Fall des bedauernswerten Randy Riess gestossen. Antioch wurde deshalb berühmt, weil es als erstes College die *policy of consent* entwickelt hatte, die wasserdichte und absolut unmissverständliche Art der Begegnung zwischen Junge und Mädchen, zwischen Mann und Frau.

Jeder Schritt eines Flirts muss verbalisiert werden. Laut und deutlich. Etwa: «Darf ich meine Hand auf deine Schulter legen?» – «Ja, du darfst.» Die jeweilige Erlaubnis muss laut und präzise geäussert werden. Eine Erlaubnis unter Alkoholeinfluss ist wertlos. Sollte es dennoch zu Intimitäten kommen, ist der Tatbestand der Vergewaltigung erfüllt.

Randy Riess nun hockte in seiner Bude und wirkte dort wie ein Verbannter in Sibirien. Er hatte während eines Tanzes in der Mensa ein Mädchen im Überschwang geküsst. Die Folge? Er musste in der Campuszeitung öffentlich Selbstkritik üben. Eine Sexualtherapie hatte er bereits absolviert. Er konnte von Glück sagen, dass er, so kurz vor seinen Abschlussprüfungen, nicht vom College geflogen war. Sein Literaturprofessor Robert Fogarty fühlte sich «an die Schauprozesse von Moskau» erinnert.

Ein paar Jahre später konnte ich erleben, wie selbstverständlich der Diskurs der Frau als Opfer durchgeschlagen hatte auf die Institutionen und sich in reale Macht verwandelt hatte – nämlich in der Scheidungsindustrie. Ich hatte in Berlin Männer im Hungerstreik beobachtet. Sie streikten, weil sie nach der Scheidung von rachsüchtigen Ex-Gattinnen am Umgang mit ihren Kindern gehindert wurden. Sie durften ihre Ex-Frauen alimentieren, aber ihre Kinder sehen durften sie nicht mehr.

Ich schrieb darüber eine Titelgeschichte im *Spiegel* und mein Buch «Die vaterlose Gesellschaft». Die Zeitschrift *Emma* verlieh mir dafür den «Pascha des Monats». Leider war er nicht mit einem Geldpreis verbunden.

Mittlerweile ist ein ganzer Wald von politisch korrekten Verbotsschildern gewachsen. Da kommen nur noch die Opportunisten ungeschoren davon. Oder diejenigen, die sich am besten verstellen.

Matthias Matussek, 61, ist deutscher Journalist, Publizist und mehrfacher Bestsellerautor. Er arbeitet bei der Tageszeitung *Die Welt*.

Zur Abwahl empfohlen

Diese Parlamentarier der SP und der Grünen haben in den letzten drei Jahren in Bern nicht überzeugt, also die Wiederwahl im Oktober nicht verdient. *Von Markus Schär*

Margret Kiener Nellen, SP, Bern — Zugeben, es gibt Originelleres, als einem Politiker Doppelmoral vorzuwerfen. Doch es drängt sich auf, wenn sich eine Politikerin nur in dieser Disziplin vom Durchschnitt abhebt. Die Anwältin Margret Kiener Nellen, die sich gerne als Sozialistin sieht, warf sich als Vorstandsmitglied des Deutschschweizer Mieterverbands in Pose – und zockte gleichzeitig ihre Mieter mit unrechtmässigen Forderungen ab. Und sie schimpfte als Klassenkämpferin vor der Abstimmung über die Pauschalbesteuerung gegen die «Steuroptimierer» und forderte den Rücktritt von Bundesrat Johann Schneider-Ammann wegen der legalen Steuerpraxis seines ehemaligen Unternehmens – dann deckte die *Weltwoche* auf, dass das Ehepaar Kiener Nellen dank Steueroptimierung bei zwölf Millionen Vermögen null Franken Einkommen versteuerte. Da bleibt den Berner Sozialdemokraten nur eine originelle Tat: den Frühlingsputz, den sie bei der Nomination im März versäumten, im Oktober nachzuholen.

Maya Graf, GP, Baselland — Ein gewinnendes Wesen bringt einen auch in der Politik weiter; Maya Graf fiel dank ihm die Karriereleiter hoch. Die Biobäuerin aus Sissach rutschte 2001 in den Nationalrat nach, gleich in die Wissenschaftskommission, die um das Gentech-Gesetz stritt. Das bescherte ihr eine Glanzrolle im gefeierten Dokumentarfilm «Mais im Bundeshaus» und 2012 als erster Grünen die Wahl zur Präsidentin des Nationalrats – ein historisches Ereignis für die Schweiz, für ihre Partei und vor allem für sie selbst, was sie gebührend zu würdigen wusste. Doch seit dem Präsidentschaftsjahr ist die Luft draussen. Das *Amtliche Bulletin* verzeichnet in diesem Jahr noch sechs Voten, teils nur Nachfragen in der Fragestunde; daneben forderte die höchste Schweizerin a. D. in Vorstössen Massnahmen zu Hundehandel oder Bienenzucht. Zeit für Maya Graf, mit einem sonnigen Lächeln abzutreten.

Martin Naef, SP, Zürich — Nur noch siebzehn Prozent der Schweizer stimmen dem EU-Beitritt zu, selbstverständlich verdienen aber auch sie eine Vertretung im Parlament. Doch eine solche? Für Christa Markwalder (FDP), deren EU-Begeisterung sich nicht mehr mit ihrer Partei und vor allem nicht mit ihrem Karrieresprung ins Nationalratspräsidium vertrug, rutschte der diskrete Zürcher Neo-Nationalrat Martin Naef (SP) an die Spitze der

Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) nach, zusammen mit der flippigen Berner Jungnationalrätin Aline Trede (GP). Und damit hatte es sich: Nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative erstarrte die Bewegung endgültig. Die Suche nach einer Lösung mit der EU gehe seinen Verein nichts an, meinte der Vorsitzende. Es brauche die Nebs nicht mehr, sagt der Politologe Dieter Freiburghaus – schon gar nicht also ihren unsichtbaren Präsidenten im Parlament.

Louis Schelbert, GP, Luzern — Der am weitesten links stehende Luzerner Parlamentarier hat einen langen Weg hinter sich. Der Germanist schlug sich jahrzehntelang als freier Journalist und Funktionär von Gewerkschaften oder Genossenschaften durch. Er sass mit 27 für die Poch im Stadtparlament, machte nach dem Ende der marxistisch-leninistischen Kaderpartei wie viele Genossen beim modischen Grünen Bündnis weiter und rutschte 2006 für Cécile Bühlmann in den Nationalrat nach. Mangels Konkurrenz in der Fraktion sitzt er dort in der gewichtigen Wirtschaftskommission, er trug aber bei Geschäften wie dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz oder der Standortförderung ausser Schlagworten – «Spekulation einschränken!», «Cleantech unterstützen!» – wenig bei. Zwei Wochen nach den Wahlen feiert Louis Schelbert den 63. Geburtstag, über seine Zukunft will er aber erst nachdenken, wenn er das Pensionsalter erreicht. Die Wähler sollten ihm den Entscheid abnehmen.

Yvonne Feri, SP, Aargau — Soll man und vor allem frau die Feministin aus Wettingen nicht mehr wählen, nur weil sie in den letzten Wochen noch einen Shitstorm ausgelöst hat? Als Kämpferin für die Gleichberechtigung – Postulat «Erhöhung des Frauenanteils auf Wahllisten», Motion «Gleichberechtigung bei der Filmförderung» – rügte sie ihre politisch ebenfalls aktive Tochter, die sich auf Facebook in Hot Pants zeigte. Immerhin sprach dank dem Skandalchen einmal jemand von Yvonne Feri; der *Blick* deckte sogar auf, dass sie einem Stripklubunternehmer Zutritt zum Bundeshaus bietet. In die Medien schaffte sie es sonst kaum, auch nicht mit vier Fragen, einem Postulat und einer Interpellation zu einer Kindsentführung im Aargau in diesem Jahr. Nein, die heissen Hörschen im Sommerloch sind kein Grund, Yvonne Feri nicht mehr zu wählen. Aber gibt es einen, sie wiederzuwählen?



«Steuroptimierer»: Margret Kiener Nellen.



Massnahmen zur Bienenzucht: Maya Graf.



Diskret nachgerutscht: Martin Naef.



Langer Weg: Louis Schelbert.



Heisse Hörschen: Yvonne Feri.

Zur Wahl empfohlen

Wer im rot-grünen Lager in den letzten Jahren positiv aufgefallen ist und sich deshalb für die Wahl in den Nationalrat aufdrängt.

Ylfete Fanaj, SP, Luzern — An Staatsbeamten und Sozialarbeitern herrscht im Parlament gewiss kein Mangel. Ylfete Fanaj würde den Nationalrat aber nicht nur optisch aufwerten, die 32-Jährige weiss auch aus eigener Erfahrung, wovon sie bei den Problemen der Ausländerintegration redet. Aus dem kosovarischen Prizren folgte sie mit neun Jahren ihrem Vater nach Sursee; auch als gute Schülerin fand sie aber nur mit Mühe eine Lehrstelle als Kauffrau. Sie schloss die Berufsmatur und das Sozialarbeitsstudium daran an; jetzt sorgt sie in Nidwalden für die Integration. 2011 schaffte sie als erste Politikerin mit kosovarischen Wurzeln die Wahl in eine Legislative, den Luzerner Kantonsrat. Und nach der glänzenden Wiederwahl im März dieses Jahres stieg sie zur Fraktionspräsidentin auf. Auch beruflich entwickelt sich Ylfete Fanaj mit einem Jusstudium weiter: Als Anwältin müsste sie ja dann nicht unbedingt für den Staat arbeiten.

Min Li Marti, SP, Zürich — Die Zürcher stört nur, dass sie immer noch hören, wo Min Li Marti – als Tochter einer geflüchteten Chinesin – aufgewachsen ist: in Olten. Sonst schwärmen die Genossen unisono von der klugen, netten, witzigen Frau. Und die Gegner schliessen sich an. Die 41-jährige Soziologin, die Partnerin des grünen Nationalrats Balthasar Glättli, bastelt zwar seit dem Studium an ihrer Politkarriere; sie führt seit 2009 die Fraktion im Zürcher Gemeinderat und schaffte 2013 nur wegen einer fehlenden Stimme die Nomination zur Stadtratskandidatin nicht. Aber sie zeigte sich – als Filmproduzentin, Kampagnenleiterin, Social-Media-Talent – daneben immer offen für die Auseinandersetzung über die Parteigrenzen hinweg. Jetzt vor allem als Neo-Verlegerin der Wochenzeitung *P.S.* «Derzeit sind alle linken Blätter, das *P.S.* inklusive, weitgehend irrelevant», gestand Min Li Marti im *VPOD-Magazin*. «Und das sollten wir ändern.» Ihre Stimme brächte auch in Bern etwas; wenn's sein muss, mit Oltner Akzent.

Jon Pult, SP, Graubünden — Er entscheide nach den Wahlen, sagt SP-Präsident Christian Levrat, ob er seine Partei auch in die Wahlen 2019 führe. Und wovon hängt dieser Entscheid ab? «Nicht vom Wahlausgang, sondern von den Plänen einiger Personen und der Positionierung der Partei.» Das Feld von Kandidaten, die sich für die Nachfolge aufdrängen, ist allerdings überschaubar. Es kommt vor allem auf das Abschneiden eines Mannes an, ob Christian Levrat weitermacht: dasjenige von Jon Pult. Der dreissigjährige His-

toriker und Kantonalpolitiker beeindruckte die NZZ mit einer «verbalen Urgewalt, die hierzulande selten ist» – dabei sprach er, im Unterengadin und in Mailand aufgewachsen, bis sechs nur Rätoromanisch und Italienisch. Und seinen Unterhaltungswert bewies er schon bei «Giacobbo/Müller». Die Nachfolge im SP-Präsidium könnte selbst dann klappen, wenn Jon Pult hinter der amtierenden Nationalrätin Silva Semadeni zurückbliebe – sie ist seine Gotte.

Flavia Wasserfallen, SP, Bern — «2015 liegen die ganz grossen Fragen und Debatten auf dem politischen Teller – und, ja, einige sind unappetitlich», schimpft sie parteikonform auf ihrer Wahlkampf-Website gegen die «reaktionäre und menschenverachtende Schweiz». Im richtigen Leben gibt sich Flavia Wasserfallen vorteilhaft weniger laut. Die 36-jährige Politologin und Mutter von zwei Kindern führt seit 2012 – in Teilzeit zusammen mit Leyla Gül – das Generalsekretariat der SP Schweiz, zuständig für Strategie und Kommunikation. Der Parteiapparat läuft rund – das Experiment scheint sich also zu bewähren. Da sie schon mit 23 Grossrätin und mit 31 Stadtpartei-Präsidentin gewesen ist, kann Wasserfallen nach einem Spitzenresultat vor vier Jahren auf die Wahl hoffen. Und gegen unappetitliche Debatten auf den politischen Tellern hilft ihr eigenes Geschäft: der Vertrieb von Biogemüse über die Website *bioabi.ch*.

Elena Marti, GP, Zürich — Die zerstrittenen Zürcher Grünen wollten es so. Ihre drei Nationalratssitze wackeln, Bastien Girod und Balthasar Glättli brauchen aber das Mandat, weil sie für die Politik leben; zudem drängt die vor vier Jahren abgewählte Katharina Prelicz-Huber, wenig zwingend, wieder nach Bern. Der alte Kämpfer Daniel Vischer zog sich deshalb dem Parteifrieden zuliebe zurück – aber die Parteifeinde setzten die Jüngste an die Spitze ihrer Liste. Die zwanzigjährige Elena Marti nahm mit einer Neunzig-Sekunden-Rede alle für sich ein. Denn die Präsidentin der Jungen Grünen weiss schon lange, was in der Politik wirkt: Als Tochter eines Musikers aus Barcelona in Marthalen aufgewachsen, hat sie, seit sie vierzehn war, gegen die geplante Atommülldeponie gekämpft und übt trotz ihrer Lehre als Polydesignerin (Dekorationsgestalterin) einen vorbildlichen Lebensstil gegen Konsumzwang und Energieverschwendung. Auch die Realpolitik kennt sie bereits: Bei den Stadtzürcher Wahlen im letzten Jahr rutschte sie als Spitzenkandidatin ab. (sär)



Jetzt noch Jus: Ylfete Fanaj.



Neo-Verlegerin: Min Li Marti.



«Verbale Urgewalt»: Jon Pult.



Vorteilhaft weniger laut: Flavia Wasserfallen.



Neunzig Sekunden: Elena Marti.

Die Sozialdemokratisierung der EU

Die Europapolitiker machen die EU durch die politische Integration zu sozialdemokratischem Gebiet. Sie sind in der Überlistung der Bürger zunehmend geschickter geworden.

Von Beat Gygi und Catell Ronca (Illustration)

Die sozialdemokratischen Parteien in Europa mögen Wähleranteile verlieren, aber die Sozialdemokratie befindet sich in kräftiger Ausdehnung. Entscheidend ist ja nicht die Frage der Parteizugehörigkeit, sondern die Frage: «Kollektiv oder individuell?» Will ich meinen Lohn selber aushandeln, oder soll es die Gewerkschaft kollektiv für alle tun? Ist ein Ehepaar selber verantwortlich dafür, dass es nach der Pensionierung im Alter genug Geld hat, oder soll der Staat das Sparen befehlen, und wie hoch sollte das Zwangssparen sein? Kann man einem Anleger die freie Wahl seiner Investitionen zutrauen, oder muss man ihn schützen vor bestimmten Wertpapieren und Bankberatern? Ist eine Organspende eine private Angelegenheit, oder soll alles über den Staat laufen? Soll der Staat den Firmen Frauenquoten, Mindestlöhne und Bonus-Obergrenzen befehlen, oder ist das Privatsache? Ist es besser, wenn das Bundesamt für Gesundheit den Salzgehalt des Brotes festlegt, oder sollen Bäcker selber entscheiden?

«Für alle»

Manchmal sind Probleme komplex, Gruppenentscheide bequem und Verantwortung unangenehm, und so setzen sich sehr oft die kollektiven Lösungen durch, die eben ein politisches Aushandeln, Abstimmen und Anordnen nötig machen. Wahlfreiheit und Wettbewerb sind dann ausgeschaltet. Man kann «sozialdemokratisch» von den Wortbestandteilen her sogar als Methode oder Rezept verstehen: das Soziale, also die Gesellschaft, heranziehen, um Entscheide zu treffen, die für alle gelten. «Für alle» kann je nachdem gar heissen: für 507 Millionen Menschen – so viele Einwohner hatte die EU 2014.

Tatsächlich läuft in der EU das grösste gegenwärtig beobachtbare sozialdemokratische Projekt ab. Die politische Integration Europas bringt eine rasante Zunahme von Entscheidungen, die politisch gefällt werden. Schon nur die neuen Regulierungen zur Finanzbranche dürften über 50 000 Seiten neue Gesetze und Vorschriften hervorbringen. Das Menschenbild der EU-Politiker ist das des ahnungslosen Bankkunden, der vom listigen Kundenberater ausgenommen wird, so dass man für die Kommunikation zwischen den beiden jedes Detail festlegen muss. Die EU bringt auch immer mehr Menschen ungewollt miteinander in Verbindung, die sonst nie etwas miteinander zu tun hätten.

So kann es heute gut sein, dass die Aussichten eines arbeitslosen Mechanikers in Athen, bald wieder eine Stelle zu finden und zu einem anständigen Einkommen zu kommen, das Diskussionsthema beim Abendessen einer deutschen Familie in Nürnberg sind. Das Mitgefühl für die Griechen hält sich zwar in Grenzen, aber man denkt für sie doch alle möglichen Varianten

auf dem Arbeitsmarkt durch und kommt dann zur Frage, ob die Deutschen neben den normalen Steuern vielleicht bald einmal einen Griechenland-Solidaritätszuschlag zahlen werden müssen, um das notleidende Land in der Währungsunion zu halten – etwa in der Art, wie man bisher den Solidaritätszuschlag für Ostdeutschland jährlich bezahlt hat.



Solidarität in grösseren Gruppen, in Ländern oder länderübergreifenden Regionen muss konstruiert werden.

Solidarität ist ein Top-Schlagwort in Europa. «Solidarität – das Fundament Europas» lautete der Titel der Rede des damaligen EU-Kommissions-Präsidenten Romano Prodi beim Europäischen Forum über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im Mai 2001. Viele andere reden ähnlich; für Politiker, Berufseuropäer und Verwaltungsleute zählt der Begriff Solidarität zu den wichtigsten Instrumenten, wenn sie ihr Tun zu rechtfertigen versuchen.

Berufseuropäer ohne Grenzen

Echte Solidarität unter Menschen gibt es zwar nur im kleineren, überschaubaren Kreis, da alles auf Vertrauen beruht. Dafür braucht es keine öffentliche Verwaltung. Solidarität in

grösseren Gruppen, in Ländern oder länderübergreifenden Regionen muss dagegen konstruiert oder erzwungen werden, durch staatliche oder andere Gewalt. Klar, das ist nur noch eine Scheinsolidarität, aber als Kampfbegriff ist «Solidarität» in der Politik oft wirksam. Im Beispiel der Nürnberg-Athen-Verbindung befiehlt die EU im Rahmen der Euro-Rettungspolitik eine Solidarität zwischen zwei Familien in Form von Finanzhilfen – dies über die Entfernung von 2220 Kilometern hinweg, ohne dass sich diese Leute irgendwie kennen.

Solche Sozialdemokratie auf höchster Stufe kostet einiges. Im Fall von Griechenland summieren sich die umverteilten Mittel auf vielleicht 600 bis 1000 Milliarden Euro. Und dies neben all den andern laufenden Umverteilun-

gen in der EU zwischen den 28 Ländern mit gut 500 Millionen Menschen, die alle irgendwann irgendwie zu Kolleginnen und Kollegen werden, wenn sie über öffentliche Gelder für Strassen, Schulen, Flughäfen, Forschungslabors oder Studienreisen miteinander verbunden werden. Das ist das Terrain der Kollektivlösungen, das die Europapolitiker durch jahrzehntelange Integrationsarbeit geschaffen haben und laufend vergrössern.

Was genau bedeutet der Grundgedanke der europäischen Integration?

Rasch kommt natürlich der Einwand, die jüngsten Auswüchse im Zusammenhang mit Griechenland seien nicht typisch für die tatsächliche Natur der EU. Der Grundgedanke der europäischen Integration sei die immer engere Zusammenarbeit der Länder in Europa, das Überwinden des Nationalismus, die Garantie des Friedens in Europa. Diese Aussage ist raffiniert, weil sie ziemlich leer ist und sich Berufseuropäer so alle Möglichkeiten offenhalten.

Überlistung der Bürger

Es gibt nämlich zwei ganz unterschiedliche Wege der Integration: erstens eine wirtschaftliche, die über eine gegenseitige Öffnung der Länder läuft, meist nach dem Muster der gegenseitigen Anerkennung, etwa nach dem Motto: «Was in deinem Land zugelassen ist, ist auch in meinem Land zugelassen.» Der Wettbewerb zwischen den Lösungen wird nicht eingeschränkt, die Vielfalt bleibt erhalten. Zweitens gibt es die politische Integration, die über Harmonisierung oder Vereinheitlichung der Spielregeln und die Zentralisierung der Entscheidungen läuft. Ganz grob lässt sich sagen: Die wirtschaftliche Integration lässt Bürgern und Firmen die individuelle Wahlfreiheit, die politische Integration dagegen bedeutet: Jetzt wird's «kollektiv».

Im Rückblick sieht es so aus, als ob die europäische Integration lange Zeit vor allem wirtschaftlicher Natur war und damit relativ viel Freiheit bot, bis sie nach Mitte der neunziger Jahre immer mehr ins Politische und Kollektivistische abdriftete. Ist Europa also nach gut dreissig Jahren rücksichtsvoller Kooperation der Länder plötzlich in den Griff von Zentralisierungsfanatikern geraten?

Das ist offenbar nicht ganz richtig. Schon von Anfang an hätten Politiker sich mit Gedanken an Harmonisierung und Zentralisierung getragen, dies aber nicht offen gezeigt, meint der an der Universität Mannheim tätige Ökonomeprofessor Roland Vaubel. In seiner ökonomischen Analyse der Gemeinschaftsgeschichte weist er darauf hin, dass die Verfechter des Zentralismus schon sehr früh «Überlistungsversu-



che» unternommen hätten (Roland Vaubel: «Europa-Chauvinismus – Der Hochmut der Institutionen», 2001; im Internet verfügbar). 1957 hätten die Verantwortlichen bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) den Eindruck zu erwecken versucht, die neue Organisation solle nur der wirtschaftlichen Integration dienen. Für die französische Regierung und den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer sei aber damals schon klar gewesen, dass die Wirtschaftsgemeinschaft der Versuch sei, die aussen- und sicherheitspolitischen Ziele über den Umweg der wirtschaftlichen Integration zu erreichen.

Der Philosoph und Ökonom Wilhelm Röpke formulierte es 1965 so: «... und es wird immer klarer, dass die ökonomistische Theorie des Römer Vertrags, die die Einigung Europas sozusagen über den «hinteren Eingang für Lieferanten» ins Haus liefern möchte, die vernünftige Reihenfolge umkehrt.»

Die Schweiz spürte jede Bewegung

Den europäischen Institutionen, so Vaubel, hafte daher seit ihrer Geburt der Makel an, dass man den Bürgern nie reinen Wein eingeschenkt habe. Die Bürger sollten überlistet werden, und das heute beklagte Demokratiedefizit der EU hänge damit zusammen. Aus der damaligen Zeit stamme auch der weitverbreitete Irrtum, Europa habe nur die Wahl zwischen einer «politischen Union» und einer allenfalls «gehobenen» Freihandelszone gehabt. Vaubel schreibt, die EWG sei zwar auf die wirtschaftliche Integration beschränkt, aber nie eine Freihandelszone gewesen. In einer Freihandelszone behielten die Mitgliedstaaten ihre unterschiedlichen Aussenzölle gegenüber Drittstaaten bei, die EWG sei aber eine Zollunion mit einem gemeinsamen Aussenzoll gewesen – und darüber hinaus auf das Vertragsziel «gemeinsamer Markt» ausgerichtet gewesen. Die Integration dieses gemeinsamen Marktes sollte zudem nicht nur dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen gelten, sondern auch dem internationalen Kapitalverkehr und der Niederlassungsfreiheit. Hinzu kamen dann gemeinsame Regeln für Entwicklungshilfe oder Sozialpolitik.

Aus dieser Sicht war also praktisch von Anfang an schon programmiert, dass auf oberster europäischer Ebene sozialdemokratische Naturen dereinst auf ihre Rechnung kommen würden. Aber lange Zeit kam dies nicht so deutlich an die Oberfläche. Anfang der neunziger Jahre war der mit grossem Effort geschaffene europäische Binnenmarkt einigermaßen eingerichtet. Als Antrieber tat sich Jacques Delors hervor, der von 1985 bis 1995 Präsident der EG-Kommission war und nach Amtsantritt ein Paket zur Verwirklichung des Binnenmarktes vorstellte, aus dem dann das Weissbuch der Kommission wurde. Das Programm sah viele Liberalisierungen vor, die Märkte für Telekommunikation, Energie, Eisenbahn, Luft- und Landverkehr, Versicherun-

gen und Arbeit wurden über die Landesgrenzen hinweg geöffnet, nationale Schutzmassnahmen abgebaut oder weggefeht. Die Schweiz spürte jede Bewegung, sie wurde quasi «mit befreit», was man im Alltag etwa an günstigeren Autohaftpflichtprämien merkte.

Der Binnenmarkt scheint bei oberflächlicher Betrachtung ein reines Wirtschaftsprojekt zu sein, der Eindruck täuscht aber. Die von Vaubel im Zusammenhang mit 1957 erwähnte Überlistung der Bürger setzte sich im Binnenmarkt in kräftigerer Form fort. Delors war Sozialist und neigte letztlich dem Lenken und Planen zu. Anfang der achtziger Jahre war er in der Equipe von Präsident François Mitterrand, die sich erfolglos mit allerlei Verstaatlichungen versucht hatte. Beim Entwerfen des Binnenmarktes sah er die Rechtsangleichung der Mitgliedstaaten als wichtiges Ziel.

Es ging dabei auch um die Verteidigung der Stellung Frankreichs; dessen Geist der Steuerung und Planung sollte auch im grossen Europa-Gebilde gebührende Wirkung tun. Die Vereinheitlichung von Vorschriften für

Der Kontrast musste beseitigt werden – am besten durch Verschmelzen der Währungen.

Produkte und Produktionsprozesse, für Anerkennungen und Bewilligungen, für den Umweltschutz oder zur Arbeit machte den Binnenmarkt innen zu einer Art flachem Spielfeld, aber am Rand wurden dadurch Zäune errichtet. Wo früher Aussenzölle waren, sind nun die Vorschriften des Binnenmarktes: Wer sie nicht erfüllt, kommt nicht aufs Spielfeld. Der Übername dafür heisst «Festung Europa». Heute hoffen beispielsweise die Schweizer Banken, sie würden Zugang dazu erhalten, wenn die Schweiz die komplexe Finanzmarktgesetzgebung der EU mehr oder weniger kopierte.

«Bremse deinen Nachbarn wie dich selbst»

Die einheitliche Binnenmarktregulierung dient aber auch dem Kampf im Innern. Die Franzosen wollten seinerzeit verhindern, dass die starken deutschen Exporteure im Binnenmarkt allzu erfolgreich sein und zu viel Marktmacht erlangen können. Frankreichs Bemühungen, dem vorzubeugen, beschreibt Vaubel so: «Mit der europäischen Sozialpolitik verfolgte die französische Regierung in erster Linie den Zweck, das dichte Netz der eigenen Arbeitsmarktregulierungen auf die anderen Mitgliedstaaten auszuweiten. Die anderen sollten keinen Wettbewerbsvorsprung haben.» Dieses Motto «Bremse deinen Nachbarn wie dich selbst» zieht sich bis heute durch die Regulierung in Europa.

Das schützt Politiker vor Wettbewerb; sie (und ihre Wähler) müssen nicht dauernd andere Regierungen sehen, die irgendetwas besser machen und erfolgreicher sind. Wettbewerb ist für

Politiker wie für Firmen unangenehm, also sucht man ihn zu verhindern und Leistungsunterschiede zu überdecken. In der Wirtschaft wachen Kartellämter und Wettbewerbspolitik darüber, dass der Konkurrenzgedanke nicht erstickt wird. In der Politik verlässt man sich darauf, dass die Regierungen durch periodische Wahlen genügend stark kontrolliert werden. Aber die Politiker, die den Wettbewerb nicht mögen, bilden eine starke Koalition.

Der Franc verlor, die D-Mark gewann

Besonders fatal war dies im Zusammenhang mit der Währungsunion. In den achtziger Jahren herrschte in Europa das Europäische Währungssystem, in dem die verschiedenen Währungen innerhalb bestimmter Bandbreiten frei schwanken konnten, beim Überschreiten der Bandbreite aber einen Aufwertungs- oder Abwertungsschritt erfuhren und so quasi in ein neues Kästchen kamen. Da Frankreich eine relativ unsolide Geld- und Wirtschaftspolitik mit Subventionen, Staatswirtschaft und Bürokratie betrieb, geriet der Franc wiederholt in einen Abwertungsschritt. Die D-Mark, hinter der eine unbeirrbar Deutsche Bundesbank und eine tüchtige deutsche Wirtschaft standen, gewann stufenweise an Wert.

Das kratzte am Image Frankreichs, das störte Präsident und Regierung in Paris sehr. Dieser Kontrast musste beseitigt werden – am besten durch Verschmelzen der Währungen, dann bliebe Frankreichs Schwäche verborgen, und vor allem wäre die Vorherrschaft der Deutschen Bundesbank beseitigt. Die Franzosen bedrängten die Deutschen mit der Idee der Währungsunion immer wieder, bis der deutsche Aussenminister im Genscher-Memorandum von 1988 dies endlich als Möglichkeit skizzierte. Bundeskanzler Helmut Kohl sah die Chance, die Deutschen unlösbar mit der EU zu verquicken und so zur historischen Figur zu werden; er trieb die Beseitigung des Währungswettbewerbs und der D-Mark voran, und die Elite lief mit.

Das gab den Europapolitikern nach erfolgter Errichtung des Binnenmarktes einen neuen «Kick». Mit dem Maastricht-Vertrag und dem Übergang zur Währungsunion betrat man endgültig das Terrain der kollektivistischen Welt. Und die Euro-Politiker erreichten eine Höchstleistung im Überlisten der Bürger. Viele wussten ja, dass eine Währungsunion ohne politische Klammer zu riesigen Problemen führen dürfte. Zehn Jahre nach dem Start des Euro kamen diese dann an die Oberfläche. Was sich daraus ab 2008 an Möglichkeiten ergab zum hoheitlichen Retten, Geld-Umschichten, Manipulieren der Zinsen, Verwässern der Währung, Umverteilen von Einkommen und Überwachen von Steuerzahlern und Firmen, war für viele entzückend, das haben sich wohl die wenigsten ausmalen können. Dieser Schub in der Sozialdemokratisierung Europas übertraf sicher die kühnsten Erwartungen. ○

Wermuths akademischer Kraftakt

SP-Nationalrat Cédric Wermuth hat diesen Frühling sein Politologiestudium nach zehn Jahren abgeschlossen. Seine aufwendig erarbeitete Lizentiatsarbeit umfasst 140 Seiten. Das Resultat seiner Untersuchung ist ... ja, was eigentlich? *Eine Rezension von Rico Bandle*

Im letztmöglichen Moment hat er es noch geschafft. Die Universität Zürich hat 2006 gemäss Bologna-Reform das Bachelor-/Master-System eingeführt; wer noch mit einem alten Lizentiat abschliessen wollte, musste die Prüfungen bis spätestens diesen Frühling abgelegt haben. So auch Cédric Wermuth.

Zuvor musste er eine Lizentiatsarbeit vorlegen. Und schon beim Titel zeigt sich: Genauso gewieft wie die Klassenkampfrhetorik hat der SP-Nationalrat die Akademikersprache verinnerlicht, jenen mit möglichst vielen Fremd- und Fachwörtern versetzten Jargon, der intellektuellen Habitus ausdrücken soll. «Urban Governance und das Kräfteverhältnis zwischen Exekutive und Legislative im städtischen Kontext», heisst seine Studie, die in der Bibliothek des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Zürich einsehbar ist.

Worum geht es? Das bleibt lange Zeit das grosse Rätsel. Erst auf Seite 34 startet Wermuth den Versuch, den Begriff «Urban Governance» zu erläutern. «Unglücklicherweise hat sich bisher [in der Politikwissenschaft] noch kein Konsens etabliert, für welches Phänomen welcher (trennscharfe) Begriff verwendet werden soll», schreibt er. Im Grunde aber, so kann man aus der mehrere Seiten umfassenden Begriffserklärung schliessen, geht es wohl darum, dass in Städten nicht nur offizielle politische Gremien öffentlich relevante Entscheidungen treffen, sondern auch andere Akteure wie Unternehmen, Vereine, Organisationen.

Die Sache mit den Gemeindeforschern

Wie es sich für eine wissenschaftliche Arbeit gehört, fasst Wermuth am Anfang Aufgabenstellung und Ergebnisse in einem Abstract kurz zusammen. «Die Arbeit untersucht, welchen Einfluss Phänomene der Urban Governance auf das Machtverhältnis zwischen Exekutive und Legislative – sprich Exekutivdominanz – auf städtischer Ebene haben», heisst es da. Und zum Resultat: «Die Ergebnisse weisen nur schwache Zusammenhänge auf.» Mit anderen Worten: Wermuth hat nichts herausgefunden, beziehungsweise nur, dass ausgeprägte «Urban Governance» kaum zu einer Machtverschiebung innerhalb des politischen Systems führt. Auf den nächsten 140 Seiten erklärt er nun also, wie er auf dieses Resultat gekommen ist.

Erst einmal widmet sich Wermuth der Theorie. Endlos hält er sich mit Schlagwör-



tern auf wie «Exekutivdominanz», «pluralistischer Ansatz», «New Regionalism» oder «marxistische Perspektive». Auch für jemanden, der selbst studiert hat, ist es nicht immer einfach, seinem Politologenkauerwelsch zu folgen.

So schreibt Wermuth zum Beispiel: «Die Kritik an der Verwendung des Reputational-Power-Ansatzes innerhalb der Gemeindeforschung stört sich insbesondere an einer der vielleicht zentralen Prämissen der Methode, die sich gegen die pluralistischen Annahmen in der Gemeindeforschung richtet.» Als Leser hält man das – wenn überhaupt – nur durch, indem man ab und an ein paar Seiten überblättert.



Gewieft: lic. phil. Cédric Wermuth.

Auf Seite 67 startet endlich die eigentliche Untersuchung. Erstaunlicherweise versucht Wermuth, der grosse Rhetoriker, seine Thesen allein anhand von Zahlen und Formeln zu erörtern. Das Problem dabei: Wermuth traut dem Datenmaterial nicht, das er benutzt. «Die Daten bestehen mit wenigen Ausnahmen (Bevölkerungsgrösse, Kategorisierung) aus Antworten der Gemeindeforschung und sind mit entsprechender Vorsicht zu bearbeiten und zu interpretieren», schreibt er.

Die Gemeindeforschung mussten zum Beispiel auf einer Skala von 1 bis 7 ankreuzen, wie stark der Einfluss einer gewissen Organisation oder Personengruppe auf die Lokalpolitik ihrer Gemeinde sei. Wermuth setzt die Antworten in Korrelation mit der Grösse der Gemeinde, dem Umfang der staatlichen Kinderbetreuung, der Energieversorgung und vielem mehr. Aber eben: Trotz des aufwendigen Verfahrens kann Wermuth kaum Zusammenhänge nachweisen.

Selbst wenn das Fazit, «der Einfluss von Governance-Netzwerken auf die Exekutivdominanz ist relativ klein», ein wissenschaftlich relevantes Ergebnis sein sollte, so ist dieses nur bedingt aussagekräftig – nicht nur wegen der für Wermuth wenig vertrauenswürdigen Gemeindeforschung. Das Zahlenmaterial, das der Studie zugrunde liegt, ist auch unvollständig, wie der Autor selber einräumt: «Hauptproblem [...]

«Hauptproblem [...] dürfte die relativ hohe Zahl an fehlenden Werten sein.»

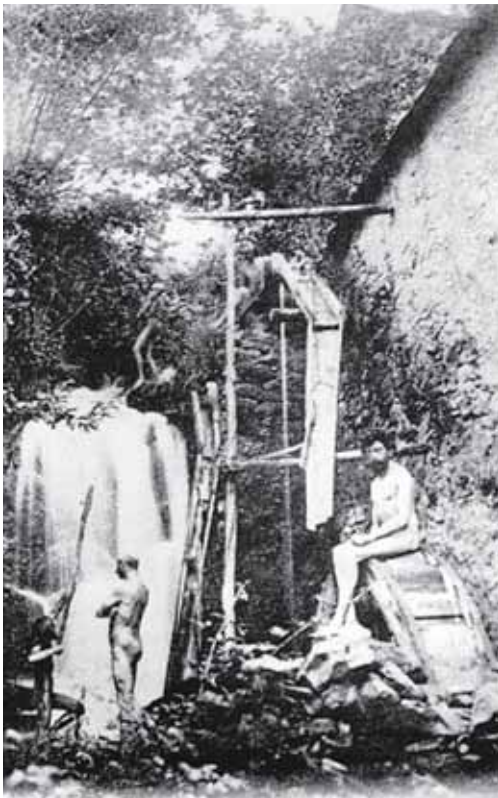
dürfte die relativ hohe Zahl an fehlenden Werten sein», schreibt er. Im Klartext heisst das: Die Untersuchung, mit der Wermuth sein zehnjähriges Studium abschliesst, ist im Grunde genommen nicht zu gebrauchen.

Welche Note?

Gerne hätten wir von Wermuth erfahren, welche Note er für diese – nach formalen Kriterien zweifellos einwandfreie – Lizentiatsarbeit erhalten hat und was für ihn die zentralen Erkenntnisse sind. Die Anfrage blieb leider unbeantwortet, wohl wegen Ferienabwesenheit. Das Schlusswort sei trotzdem ihm überlassen. Gegen Ende der Arbeit hält er fest: In diesem Bereich biete sich der Politikwissenschaft «eine grosse, aber fruchtbare Brache für neue Forschungsprojekte». ○



Stimme von rechts: SP-Nationalrat Robert Grimm vor dem Bundeshaus, zirka 1920.



Anarchist Erich Mühsam (r), Monte Verità, um 1904.



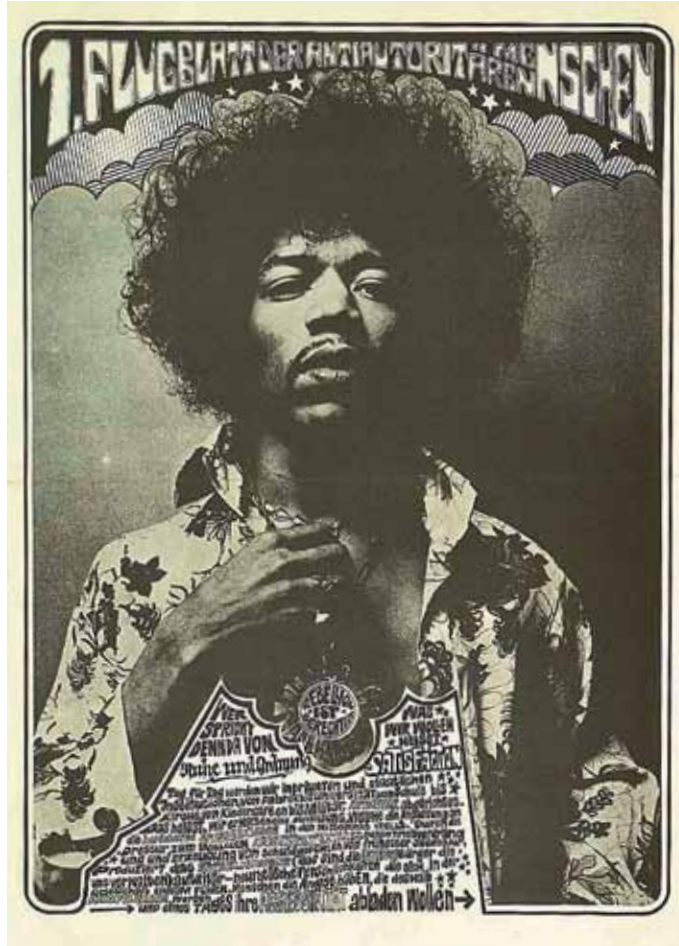
Werk «Paradise» von Mario Comensoli, 1987.



Propaganda, 1985.



Les-Sauterelles-Plakat.



Fanal: Hendrix-Flugblatt, 1968.



Autoritätsskeptisch: Globus-Krawalle, Zürich 1968.



Feministisches Plakat.



Demonstration der Jugendbewegung, Zürich 1980.

Alles wird gut!

Linke Ästhetik ist Bewegung und meint Bewegung, denn sie arbeitet an der Utopie von einer besseren Welt. Mit Spott, Ironie und unterschiedlich hoher Bedeutung. *Von Daniele Muscionico*

Adrett und nett, so filmte sie die Fernsehkamera, und so flimmerten sie in unseren Wohnzimmern. Anna und Hans Müller, zwei besorgte Bürger. Herr und Frau Müller schrieben ein Stück Schweizer Fernsehgeschichte, ein Kapitel Schweizer Polit-Geschichte, und sie lieferten den Beweis, dass linke Ästhetik ungleich mehr ist als künstlerische Propaganda oder die ideologische Ästhetisierung des Politischen.

Am Abend des 15. Juli 1980 diskutierte besagtes Ehepaar in der Sendung «CH-Magazin» mit Zürcher Stadträten das heisse Thema der Zürcher Jugendunruhen. Diese waren am 30. Mai mit Protesten gegen die Kredite für das Opernhaus losgebrochen, denn gleichzeitig mit der beschlossenen Unterstützung der Hochkultur war die Forderung nach einem Autonomem Jugendzentrum ungehört geblieben.

Was die zwei Gäste zu den nachfolgenden Protesten in den Strassen sagten? «Mehr Gummigeschosse! Einsatz der Armee! Napalm!» «Herr und Frau Müller», zwei Aktivisten in der Rolle ihrer Kritiker, forderten laut und deutlich, was sich die real existierenden Müllers, diese Klischees des wohlhabenden Bürgers, womöglich heimlich wünschten: mehr Repression.

Die Müller-Mimikry war ein Coup. Und im Rückblick ist klar: Der 15. Juli 1980 war eine Art Höhepunkt sogenannt linker Kunst und Ästhetik in der Schweiz, das Beste, weil Intelligenteste und Subtilste, der letzten Jahre bis heute. Die linke Ästhetik hatte sich der Maske und des Mediums der rechten Ästhetik bemächtigt.

Links sprach mit der Stimme von rechts und machte deutlich: Alles könnte auch ganz anders sein, wenn wir den Perspektivenwechsel wagen, wenn wir die Gesellschaft und ihre Normen neu und anders denken. Denn linke Kunst ist per definitionem autoritätsskeptisch. Es geht ihr um viel, um alles, um eine Utopie auf jeden Fall: um den Entwurf einer neuen Gesellschaft.

Linke Kunst und Ästhetik ist ein anderer Ausdruck für das Projekt Moderne. Doch was ist links? Nach dem italienischen Philosophen Norberto Bobbio sind linke Leitlinien

als grösstes Allgemeines dem Geist der Aufklärung verpflichtet, orientiert am Fortschritt, an Gerechtigkeit und Gleichheit. Kritisch, emanzipatorisch und aufklärerisch soll linke Kunst sein, man könnte das auch eine Form von Wunschdenken nennen.

Linke Kunst, wie sie in Europa nach dem Ersten Weltkrieg entstand, ist aber auch der Wille, Kunst und Leben zu verbinden. Denn wo hat sie ihre Wurzeln? Sie ist die Reaktion auf die Definitionsmacht des exklusiven bürgerlichen Salons des 19. Jahrhunderts. Nicht Exklusion sucht linke Kunst, sondern Inklusion.

Hier ist Kunst Gesellschaftsintervention und befasst sich mit den Lebensbedingungen der Menschen. Der Schweizer Maler Mario Comensoli (1922–1993) etwa, Sohn italienischer Emigranten, arbeitete in den achtziger Jahren an einem Bilderzyklus mit dem Namen «Bewegte Jugend» (1983–1987), und er porträtierte Drogensüchtige auf dem Platzspitz. Nicht die Mächtigen werden, wie in der Kunstgeschichte üblich, repräsentativ in Szene gesetzt. Sondern die Ohnmächtigen.

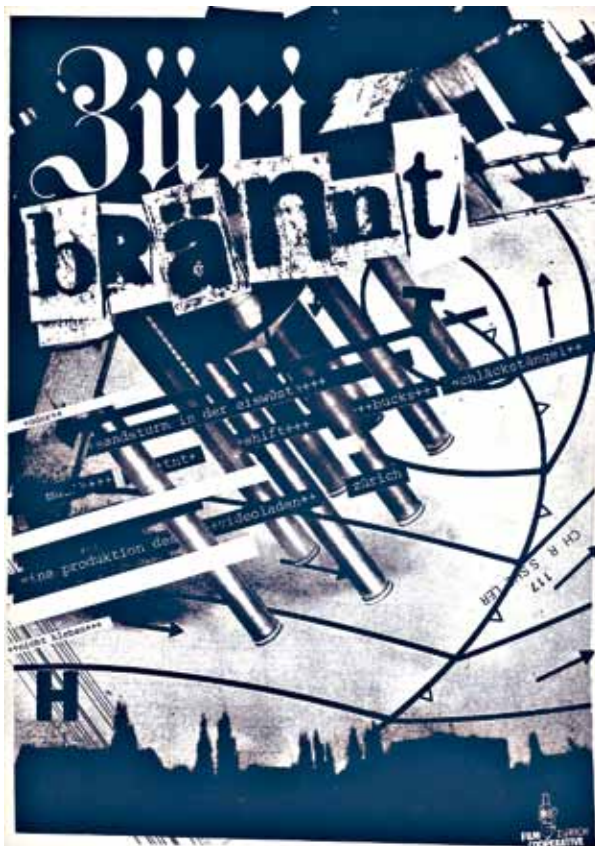
Linke Kunst will Öffentlichkeit und will Öffentlichkeit gestalten, folgerichtig blüht sie in der Plakatgestaltung auf, als Graffiti, Flugblatt oder im Flyer für das Konzert von Jimi Hendrix im Zürcher Hallenstadion am 31. Mai 1968, ein Fanal, das in die Globus-Krawalle mündete. Linke Ästhetik sucht sich Plattencovers als Forum oder Fanzines. Alles, was öffentlich ist, was die Öffentlichkeit erreicht, soll Kunst sein.

Denn das Projekt linke Kunst hat die Gesellschaft im Blick und das Morgen. Während rechte Kunst, vereinfacht, den Einzelnen meint und den Status quo.

Linke Kunst will auch Partizipation, und sie will den Kunstbetrieb weniger elitär machen. Darum arbeitet etwa Thomas Hirschhorn mit Wegwerf- und Abfallprodukten, deshalb sind seine Installationen in einer Art provisorischem Gestus gebaut, formal verwandt mit überdimensionierten Wandzeitungen. Hirschhorns Kunst kann heute im Schweizer Kulturzentrum Paris stehen, wie 2004 die Anstoss erregende, das Konzept der direkten Demokratie persiflierende Installation «Swiss-Swiss Democracy». Genauso gut und glaubwürdig, weil identisch mit der Realität, stünde seine Arbeit aber auch an einem beliebigen Rand einer beliebigen Stadt oder unter einer Brücke – als Lager von Obdachlosen oder Flüchtlingen.

Dabei ist der Schritt von der Kritik zur Ideologie, von der Avantgarde zum Mainstream gefährlich klein. Keine Haute Couture, die nicht von den Punks der siebziger Jahre beeinflusst worden wäre. Die Kluft als Kampfansage von gestern ist die Montur zum Selbstmarketing von heute. Und alles ist gut.

Norberto Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung. Wagenbach, 1994



Plakat von Peter Bäder, 1981.



Ohnmächtige: Militante vor dem



Sperma-Konzert im Drahtschmidli (heute Dynamo), Zürich 1979.



Kulturprogramm der



Button, 1980.



Öffentlichkeit gestalten: Wohngroth-Areal, Zürich 1991.



AKW Gösgen, 1986.



Werbeplakat für Nica-Bananen, 1986.



Roten Fabrik von Cornel Windlin, 1995.



Bierdeckel der Juso.



Graffiti beim Autonomen Jugendzentrum, 1981.



Mimikry: Ehepaar Müller, 1980.



Anti-Blocher-Installation «Swiss-Swiss Democracy» von Thomas Hirschhorn, Paris 2004.



«Patriarchale Männergesellschaft»: Politikerin Trede.

Lieber angreifbar als unsichtbar

Eigentlich verkörpert Aline Trede den Prototyp der weltfremden grünen Weltverbesserin. Doch hinter der Fassade verbirgt sich eine nachdenkliche Politikerin, für die sogar die Liebe zur EU Grenzen hat.

Von Wolfgang Koydl und Chris Däppen (Bild)

Für eine Grüne ist recht viel rot an dieser Frau: Die Haare. Die Brille. Die Lippen. Für eine Grüne geniesst sie andererseits recht bürgerliche Lebensfreuden: Fussball. Bier. Deftiges Essen, bestimmt nicht fleischfrei. In einer *Weltwoche*-Umfrage über die schönen Seiten des Lebens erwähnte sie ausdrücklich einen «Teller dampfender Pasta mit feiner Rahmsauce». Sie setzt ein spitzbübisches Grinsen auf: «Grün kann auch hedonistisch sein, ich bin keine total grüne Körnlipickerin. Ich habe Freude am Leben, trotz Solaranlage auf dem Dach.»

Nicht nur von Hobbys oder Lebensgefühl her, sondern schon phänotypisch ist die grüne Nationalrätin Aline Trede das barocke, lebenslustige Gegenstück zu manchen ihrer verkniffenen und spassfrei wirkenden Parteifreunde – wobei einem an erster Stelle ihr Zürcher Parlaments-

kollege Balthasar Glättli als fleischgewordene asketische Antithese in den Sinn kommt.

Dass die mit einem *Blick*-Journalisten verheiratete Mutter eines dreijährigen Sohnes menschlich aus dem Grüne-Klischee-Raster fällt, hat der politische Gegner schnell erkannt. Es dauerte nicht lange nach ihrer Vereidigung, da lud die SVP-Fraktion im Bundeshaus die quirlige junge Frau als Ehrengast zu ihrem traditionellen Nachtessen ein. «Es hat welche, die sind offiziell grausig und privat grausig. Aber mit den meisten komme ich gut aus», erinnert sich die Bernerin.

Erste Rede zehn Minuten nach dem Eid

Das war vor zwei Jahren. Damals war sie 29 Jahre alt, sie rückte für die in die Berner Stadtregierung abgewanderte Franziska Teuscher in den

Nationalrat nach. Vom «Nesthäkchen» war die Rede im Bundeshaus und in den Spalten der politischen Presse, und einer fragte sie gar, ob sie die neue Sekretärin von Johann Schneider-Ammann sei. Noch heute kann sie sich über das Wort «Nesthäkchen» aufregen, weil es – wie sie findet – die Herablassung einer «patriarchalen Männergesellschaft» im Parlament gegenüber jungen Frauen widerspiegelt. «Als Thomas Matter für Christoph Blocher als Parlamentsanfänger kam, da war er kein Nesthäkchen, sondern ein Held», empört sich Trede.

Ob Nesthäkchen oder Neuling – unbestritten ist, dass Aline Trede zu jener nicht mal so kleinen Gruppe blutjunger Abgeordneter gehört, die man quer durch alle Fraktionen findet: vom Linken Cédric Wermuth über die Mitte-Männer Martin Candinas und Christian Wasserfal-

len zum Rechten Lukas Reimann – über Nachwuchsmangel braucht sich keine Partei zu beklagen. Das hat Tradition: Fast schon vergessen ist, dass ein Polit-Urgestein wie SVP-Chef Toni Brunner gerade mal 21 war, als er in den Nationalrat gewählt wurde. Die jungen Nachwuchspolitiker sprechen allen Unkenrufern Hohn, die immer wieder ein erlahmendes Interesse der Schweizer Jugend am politischen Prozess diagnostizieren wollen.

Die frischgebackene Grünen-Abgeordnete Trede wartete nicht lange, um sich das ehrwürdige Establishment im Nationalrat vorzuknöpfen. Nur zehn Minuten nachdem sie den Eid abgelegt hatte, stand sie zum ersten Mal am Rednerpult, was nicht wenigen Volksvertretern im Plenarsaal schier den Atem verschlug. Die meisten neuen Abgeordneten wagen sich während ihrer gesamten ersten Session kein einziges Mal mit einer Rede vor das Plenum.

Von Anfang an wick sie keinen Schrittbreit von ihrem selbstgewählten Motto ab: «Lieber angreifbar als unsichtbar». Denn Trede nimmt ungern ein Blatt vor den Mund. Ihr Lieblingswort ist «Frechheit», die sie überall beim politischen Gegner, in der Regierung oder in der Gesellschaft entdeckt. Doch vorlaut ist sie auch selber, da sie nicht einmal Genossen wie den Berner SP-Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät davon ausnimmt, den sie einen «Gockel» nannte. Kritik der eigenen Parteifreunde an diesem Ausfall versteht sie bis heute nicht: «Aber er ist doch ein Gockel», versichert sie mit treuherzigem Augenaufschlag.

Fussball nur mit dem rechten Fuss

Das forsche Auftreten mag vielleicht ihren deutschen Genen geschuldet sein. Väterlicherseits stammt die Familie aus Warnemünde an der Ostsee. Die Grosseltern flüchteten aus der DDR in die alte Bundesrepublik. Tredes Vater kam in die Schweiz, wo er eine Bernerin heiratete. Fast dreissig Jahre habe es gedauert, bis er den Schweizer Pass beantragte. «Wahrscheinlich war ausschlaggebend dafür, dass er jetzt mich wählen kann», meint die Tochter ironisch.

Im Fussballteam des FC Nationalrat stürmt Aline Trede Rechtsausen, wie sie offenbart: «Ich kann nur mit dem rechten Fuss schiessen.» Politisch freilich besteht kein Zweifel daran, dass sie über den linken Flügel daherkommt. Schon in der Schule liess sie sich zur Schülerratspräsidentin wählen. Später verdiente sie sich ihre ersten Sporen im Berner Stadtrat und im Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), sie engagierte sich für die Offroader-Initiative, die benzinschluckende Allradfahrzeuge von den Strassen verbannen wollte. Als Studentin der Umweltwissenschaften an der ETH hatte sie vor zehn Jahren in einem Pfadiheim mit ein paar Kommilitonen die Jungen Grünen gegründet.

Dem VCS blieb sie als Kampagnenleiterin treu, und vor zwei Jahren kandidierte sie für den Vorsitz. Was bei der Wahl geschah, öffnete

ihr die Augen für den Schmutz in der Politik. Bis heute sind die Wunden nicht verheilt, die geschlagen wurden, als die SP-Frau Evi Allemann zur VCS-Chefin gewählt wurde. «Das war ein reines Powerplay der SP.» Aber sie lernte eine wertvolle Lektion: «Linke sind keine besseren Menschen, wenn es um die Macht geht.»

Diese Einsicht zeugt von beachtlichem Realitätssinn, der umso mehr erstaunt, als viele von Tredes politischen Vorstössen eher von flockig-wolkigem Idealismus getragen sind. Sie befürwortet einen EU-Beitritt und die Aufnahme von 100 000 syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen, in einer Motion an den Bundesrat forderte sie stattliche achtzehn Monate Elternurlaub, den sich Vater und Mutter aufteilen können sollen, in einer anderen Anfrage schlug sie den 16. März als neuen Nationalfeiertag vor: weil erst an diesem Tag des Jahres 1972 mit der Verabschiedung des Frauenstimmrechts die Schweiz eine wirkliche Demokratie geworden sei. Vor kurzem stellte sie sich an der Seite des Asketen Glättli hinter die Forderung, dass die Gemeindeordnung der Stadt Zürich Kantinenbetriebe verpflichten solle, vegane und vegetarische Gerichte auf die Speisekarte zu setzen.

Sind nicht manche dieser Ideen nicht nur idealistisch, sondern blauäugig, ja geradezu weltfremd in einer grundsätzlich konservativ geprägten Gesellschaft wie der schweizeri-

«Es kann ein System geben, in dem sich beides vereinbaren lässt – EU und direkte Demokratie»

schen? Als ob sie auf das Stichwort gewartet hätte, versprüht Trede Zornesfunken: «Weltfremd bin ich nicht», stösst sie hervor. Trotzig verschränkt sie die Arme vor der Brust, als ob sie diesen Angriff auf ihre Person körperlich abwehren wollte. «Ich weiss selber, dass ganz viele dieser Vorstösse keine Chance haben, aber sie sind Anstösse, damit über bestimmte Dinge wenigstens endlich geredet wird.»

Sie weiss, wie die Mehrheit ihrer Landsleute tickt, und gibt zu, dass sie das mitunter «total frustriert». Ob Homo-Ehe oder Patchworkfamilie, Rohstoffhandel oder Waffendeals: «Manchmal will ich rufen: «Hallo Schweiz, veränderst du dich denn gar nie!» Wenn es darum geht, Schwarzgeld zu bunkern oder Steuervermeidung zu fördern, da sind wir doch auch ganz innovativ.» Sie hält in ihrem Redefluss inne und wird nachdenklich: «Ich mache mir nichts vor: Wir, die Linken und Grünen, haben nicht die Mehrheit in diesem Land. Wenn wir also irgendetwas erreichen wollen, dann müssen wir Maximalforderungen stellen. Ich jedenfalls bin kein Mensch, der mit einem Kompromiss in eine Verhandlung geht. Wenn wir als grüne Oppositionspolitiker mit Kompromissen anfangen, dann kriegen wir gar nichts.»

Glaubt sie im Ernst, das Datum des Nationalfeiertages würde vom August in den März wandern? Natürlich nicht, obwohl sie sich noch immer über die «Frechheit» aufrege, dass Frauen erst so spät das Stimmrecht erhielten. Heute gehe es darum, über die verbliebenen Ungerechtigkeiten zu sprechen, unter denen das weibliche Geschlecht im öffentlichen Raum leide, meint sie. Und mit einem provokativen Aufregerthema liesse sich so eine Diskussion nun mal leichter anstossen – mit der Kesselpauke macht man auf sich aufmerksam, nicht mit der Triangel. Dasselbe gelte für die Vegi-Debatte: «Vegan klingt extremistisch», gibt Trede zu. «Aber niemand will Fleisch verbieten. Allerdings ist es höchste Zeit, dass wir unser Ernährungsverhalten diskutieren.»

Wenn die Grünen in der Schweiz schon so machtlos sind, würde Aline Trede – die ausser dem Schweizer Pass auch den deutschen besitzt – nicht manchmal lieber bei den mächtigen Grünen ennet der Grenze politisieren? Sie muss nicht lange überlegen: «Nur, wenn es um die Infrastruktur der Parlamentarier geht – was die an Fraktionsmitarbeitern haben, davon können wir hier nicht einmal träumen.»

Abgesehen davon denkt sie aber nicht daran, mit den grünen Parteifreunden in Deutschland zu tauschen. Dafür gibt es in der Schweiz zu vieles, worauf sie nicht verzichten möchte: «Das Milizparlament finde ich gut. Die direkte Demokratie möchte ich nicht missen, auch wenn sie gewisse Gefahren birgt, etwa dass man sich mit viel Geld eine Meinung leisten kann. Die SVP hat mit einer Postwurfsendung über ein Wochenende eine Initiative zusammen, wofür wir uns monatelang die Beine in den Bauch stehen müssen.»

«Meine Liebe zur EU hat Grenzen»

Beim Thema der direkten Demokratie geraten freilich zwei Prinzipien miteinander in Konflikt, die Aline Trede beide hochhält: die Volksmitsprache und einen EU-Beitritt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Brüssel ein Problem hat mit der direkten Demokratie und von Bern «Anpassungen» erwartet. Hier hört selbst für einen Euro-Turbo wie Trede der Spass auf: «Wenn solche Anpassungen die direkte Demokratie gefährden würden, wird es nie einen Beitritt geben», versichert sie. «Es gibt Schweizer Besonderheiten, die sind es wert, verteidigt zu werden.» Nach einer kleinen Pause fügt sie deutlich hinzu: «Meine Liebe zur EU hat Grenzen.»

Dennoch erlaubt sie sich, ein wenig weiterzuträumen. «Es kann ein System geben, in dem sich beides vereinbaren lässt – EU und direkte Demokratie», meint sie beschwörend. «Wo das Mitspracherecht nicht in Gefahr ist, aber gewisse übergeordnete Regeln gelten.» Ja, das gibt es sicherlich irgendwo. Theoretisch, als Gedankenpiel. Wir wollen nicht von Weltfremdheit sprechen. So einen Kompromiss nennt man auch die Quadratur des Kreises. ○

Sex mit Jungsozialisten

Erst wenn der Sexismus überwunden ist, kann der Sozialismus gedeihen, glauben die Jungsozialisten. Hierfür wollen sie Ehe und Geschlechtertrennung abschaffen. Wie soll das gehen? Ein Gespräch mit der Juso-Spitze über Sex, korrekte Anmache und Familie. *Von Rico Bandle und Fabian Unternährer (Bild)*

Er könnte genauso gut zu den Jungfreisinnigen gehören. Fabian Molina, Präsident der Schweizer Jungsozialisten (Juso), erscheint proper gekämmt und mit gebügeltem Hemd im alternativen Kulturzentrum Progrin Bern, pünktlich auf die Minute. Mit etwas Verspätung stösst Hanna Bay hinzu, die Vizepräsidentin. Sie entspricht eher der Vorstellung einer Juso-Aktivistin: ungeschminkt, kettenrauchend, keck lächelnd, mit gepacktem Rucksack für die bevorstehende Reise ins sozialistisch regierte Griechenland.

Bay und Molina haben an einem Juso-Papier mitgearbeitet, das bei seiner Veröffentlichung vor einigen Wochen landesweit für Schlagzeilen sorgte, aber auch für Spott und Häme. «Keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus – kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau», heisst es in der Kampfschrift. Gefordert wird die Auflösung der klaren Abgrenzung zwischen Mann und Frau, die Abschaffung der Ehe, die Förderung von alternativer Pornografie, die Bereitstellung von Räumen für Frauen und Menschen, die nicht nach dem klassischen heterosexuellen Modell leben.

So ausgefallen ihre Forderungen, so klassisch-konventionell erweist sich der Lebensstil der obersten Jungsozialisten der Schweiz.

Hanna Bay, 23, ist im bündnerischen Prättigau als Arztochter mit zwei älteren Geschwistern aufgewachsen. Sie lebte ein klassisches Familienmodell, der Vater arbeitete zu hundert Prozent in der Praxis, die Mutter war die ersten sechs Jahre zu Hause, begann dann wieder Teilzeit zu arbeiten. Wenn sie von ihrer harmonisch verlaufenen Kindheit erzählt, deutet nichts darauf hin, dass sie unter der konventionellen Lebensform der Eltern gelitten haben könnte. Oder doch? «Ich weiss nicht, ob sich meine Mutter unterdrückt gefühlt hat», sagt die sympathische Frau, «aber nur schon weil sie Teilzeit gearbeitet hat, wurden wir von den anderen Leuten im Dorf ungläubig angeschaut. Noch immer gilt es in konservativen Gegenden als nicht normal, wenn eine Mutter arbeiten möchte.»

Frauen sollen sich die Tür selbst aufhalten

Fabian Molina, 25, stammt aus Illnau-Effretikon, sein chilenischer Vater sass als Widerstandskämpfer gegen das Pinochet-Regime dreizehnmal im Gefängnis, die Mutter ist Schweizerin und arbeitete als Physiotherapeutin – auch dann noch, als die Kinder da waren. «Es ging aus finanziellen Gründen nicht anders», sagt Molina. Die Eltern trennten sich,

als er dreizehn Jahre alt war. Sein Engagement sei aber nicht auf seine Familiensituation zurückzuführen. «Das Schlüsselerlebnis hatte ich bei einem Juso-Workshop, als es darum ging, aufzuzeigen, was typisch männlich oder typisch weiblich ist. Da habe ich gemerkt, wie vorurteilsbelastet das alles ist.»

Während andere Jugendliche in ihrem Alter sich darin gefallen, ihre körperlichen Reize möglichst offensiv zur Schau zu stellen, plä-



«Es gibt viele sexuelle Vorlieben, die von der Porno-Industrie zurzeit nicht bedient werden.»

dieren Bay und Molina für die Einebnung der Geschlechterunterschiede – sowohl vor dem Gesetz als auch im Alltagsleben: Offensiv um Frauen zu werben, halten sie für sexistisch, bei einem Rendezvous im Restaurant teilt man sich die Rechnung, Frauen sollen sich die Tür selbst aufhalten.

Das klingt alles fürchterlich lustfeindlich und unromantisch. Die beiden sehen das anders. «Es gibt viele andere Möglichkeiten der menschlichen Interaktion, als sexistisch angemacht zu werden», sagt Bay. «Nur weil uns Hunderte von Hollywoodfilmen die Vorstellung aufgenötigt haben, es sei romantisch, wenn der Mann im Restaurant bezahlt, heisst

das noch lange nicht, dass dem so ist», sagt sie. Molina ergänzt: «Genau gegen solche sexistischen Rollenbilder muss man ankämpfen!» Wird im Juso-Büro nie eine Frau ungebührlich angemacht? «Wir behaupten nicht, dass wir die besseren Menschen sind», sagt er.

Bay studiert Jura in Basel, Molina Geschichte und Philosophie in Bern. Beide haben einen festen Partner beziehungsweise eine Partnerin, leben somit in einer konventionellen, heterosexuellen Beziehung. Und auch im Gespräch erweisen sie sich als weit konzilianter und angepasster, als die aggressiv abgefasste Kampfschrift es vermuten lässt. «Wir möchten eine Diskussion anstossen», relativiert Molina immer wieder die radikalen Forderungen.

Wenn im Papier die Förderung der «Darstellung von Sexualität, die nicht dem klassischen heterosexuellen Bild entspricht» verlangt wird, was heisst das dann? Dass es Subventionen für Pornofilme mit Transsexuellen gibt? Dass jeder Heterosexuelle beim Pornokonsum zur Erziehung erst einmal zwangsweise ein paar Szenen mit einem homosexuellen Paar über sich ergehen lassen muss? Molina verneint. So weit will er dann doch nicht gehen.

Der weisse, heterosexuelle Mann ist böse

Ist also alles bloss ein Jux, eine der gewohnten Juso-Provokationen? Das hätte ja durchaus Unterhaltungswert, doch dafür treten die beiden zu ernsthaft für das Anliegen ein. «Im Pornobereich gibt es ein Marktversagen», sagt Molina bestimmt. Bay fügt hinzu: «Es gibt viele sexuelle Vorlieben, die von der Pornoindustrie zurzeit nicht bedient werden.»

Im Gespräch auf der Gartenterrasse im sommerlichen Bern wollen sich die beiden nicht festlegen auf eine Forderung nach staatlichen Interventionen im Pornobereich. Das Juso-Sexismus-Papier ist diesbezüglich aber unmissverständlich: «In der Pornografie braucht es Reglemente zur fairen Produktion und ein neues Ziel für Ausgewogenheit aller Sexualitäten und Geschlechterverhältnisse.»

Folgt man den Juso-Ausführungen, so sind alle Lebens- und Geschlechtsformen ausser der von heterosexuellen Männern benachteiligt, unterdrückt und auf staatliche Hilfsmassnahmen angewiesen. Die daraus folgenden Forderungen nach Gleichstellungsbüros, Lohnkontrollen, Frauenräumen, Hilfsangeboten für Schwule, Transsexuelle und alle, die nicht wissen, ob sie Mann oder Frau sind, gehören schon lange zum linken Standardprogramm, das



«Wir behaupten nicht, dass wir die besseren Menschen sind»: Fabian Molina, Hanna Bay.

mittlerweile zu einem grossen Teil auch erfüllt worden ist.

Die Juso verbinden diese Forderungen mit einer marxistischen Rhetorik, die man längst in der Mottenkiste geglaubt hatte. So heisst es im Papier: «Die Folgen einer patriarchalen, kapitalistischen Unterdrückung haben heute wie in der Vergangenheit eine grosse materielle Auswirkung für fast alle Menschen, welche das kapitalistische Ideal des heterosexuellen, weissen Mannes nicht erfüllen.» Oder: «Die Binarität von biologischem und sozialem Geschlecht ist

nicht naturgegeben, sondern das Produkt eines gesellschaftlichen Prozesses, welcher durch die ökonomischen Profite, die daraus geschlagen werden, instituiert wurden und nun weiter systematisiert und angetrieben werden.»

Ziel ist immer die sozialistische Revolution: «Eine Überwindung des zweigeschlechtlichen, heterosexuellen, weissen Dogmas würde zu einer Machtprobe für den Kapitalismus, der von Unterdrückung und Ausbeutung eines der anerkannten Geschlechter und der Leugnung der geschlechtlichen Diversität profitiert.»

Der Haken an dieser These: Marxistische Gruppierungen in der Vergangenheit waren in hohem Masse von einem testosterongetriebenen Machismo geprägt. Molina streitet dies nicht ab. «Man darf nicht den Fehler machen, den Sexismus im orthodoxen Marxismus als Nebenwiderspruch abzutun», sagt er, als habe er mit dem Einwand gerechnet, «aber dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Sexismus, der strukturellen Unterdrückung der Frau und dem kapitalistischen System, in dem wir leben, das ist nicht bestreitbar.»

Der Sexismus, den der Kapitalismus am Leben halte, zeige sich zum Beispiel an den schlechtbezahlten Pflegearbeiten, die fast nur von Frauen ausgeführt würden. Aber nicht nur Frauen seien Sexismusopfer, sondern auch Männer: «Der Erste Weltkrieg zum Beispiel war eine Vernichtungsmaschinerie für Männer, die durch ein Männlichkeitsgefühl mobilisiert und verheizt worden sind. Es gibt historisch viele Formen von Gewalt und Diskriminierung, die auf Sexismus zurückzuführen sind, bei beiden Geschlechtern.»

Auch Eifersucht kann wegtrainiert werden

Molina, der Theoretiker, kann stundenlang über seine Vorstellung einer perfekten Welt jenseits von Sexismus und Kapitalismus diskutieren. Hanna Bay hört zu, ergreift vor allem dann das Wort, wenn es um die konkrete Umsetzung geht. Zum Beispiel beim Sex. An US-Universitäten wird zunehmend die Regel eingeführt, dass vor jedem sexuellen Kontakt die Partner schriftlich ihr Einverständnis geben müssen. Liegt kein solches vor, gilt der Mann bei einem Vergewaltigungsvorwurf grundsätzlich als schuldig. Ist das der richtige Weg? «Ich glaube nicht, dass es ein Sexformular braucht, aber man muss schon dafür sorgen, dass die Sexualität auf Konsens beruht», sagt sie.

Die beiden gehen davon aus, dass die schlechten Eigenschaften der Menschen kultiviert worden sind und wegtrainiert werden können. Man muss die Leute nur rechtzeitig in die richtige Bahn lenken, dann kommt alles gut, dann sind auch keine Verbote nötig. Der Schule komme da eine entscheidende Rolle zu. Im Sexualunterricht sollen schon kleine Kinder daran gewöhnt werden, dass unterschiedliche Beziehungsformen völlig normal sind. «Weshalb soll ein Kind nicht zwei Väter und eine Mutter haben? Das sollte doch akzeptiert sein, sowohl rechtlich als auch von der Gesellschaft. Die Schule muss da ihren Beitrag leisten», sagt Molina.

Dass sämtliche polygamen Lebensformen, die bereits die 68er Generation propagierte, gescheitert sind, hält Bay und Molina nicht davon ab, für eine Gesellschaft einzutreten, in der die klassische Mann-Frau-Beziehung bloss eine Lebensform von vielen ist. Molina ist überzeugt: «Auch die Eifersucht, an der polygame Lebensformen meist scheitern, könnte wegtrainiert werden.»



Wo ist die Reformlinke?

Früher gelang es den Sozialdemokraten, ein übergreifendes gesellschaftliches Bündnis zu schmieden. Heute bevorzugt ein Teil ihrer damaligen Anhänger andere Parteien oder geht gar nicht mehr wählen. In Deutschland spaltete sich die Linke an den Reformen.

Von Thilo Sarrazin

Der schottische Philosoph David Hume formulierte 1739 in seinem «Treatise of Human Nature» die Einsicht, dass die menschlichen Antriebe und Gefühle, ja der ganze Apparat dessen, was wir Moral nennen, sich nicht rational begründen lassen. Vielmehr benutzen wir unsere menschliche Vernunft (*reason*) dazu, für unsere vorrationalen Überzeugungen und Wünsche Begründungen zu erfinden und Handlungsnormen zu formulieren.

Politische Grundeinstellungen, die wir gern mit den Gegensatzpaaren «links» und «rechts» beziehungsweise «fortschrittlich» und «konservativ» beschreiben, spiegeln solche vorrationalen Muster. Sie bieten eine gleitende Skala wertender Einstellungen, wobei sich solche Werte wie Fürsorge oder Freiheit eher auf der linken Seite und Werte wie Autorität und Loyalität eher auf der rechten der Skala befinden. Ausser bei den Radikalen ganz links und ganz rechts haben die Überzeugungen aller Menschen ein Stück von jedem. Deshalb fühlen sich die meisten Menschen sowohl von rechten als auch von linken Themen angesprochen: Sie wollen Ordnung auf den Strassen und Schutz ihres Eigentums, sie wollen nicht übermässig besteuert werden. Aber sie wollen auch soziale Sicherheit, sie wollen, dass man die Armen unterstützt, und sie empfinden Mitleid mit den Flüchtlingen.

Die Risiken von rechts und links

Zwar sind solche Grundeinstellungen vorrational, aber ihre jeweils vorherrschende Mischung und Ausprägung wandelt sich im Lauf der Zeit und zeigt Unterschiede zwischen Staaten und Gesellschaften. Solche Einstellungsmuster werden einerseits kulturell vererbt, andererseits in jeder Generation durch den gesellschaftlichen Wandel auch umgeprägt, mal schneller, mal langsamer und oft in ganz gegensätzliche Richtungen: In weiten Teilen der Welt beobachten wir ein Vorrücken religiöser Glaubensinhalte, bis zu dem Punkt, an dem die rationalen Maximen der modernen Welt hinterfragt werden. In den westlichen Industriestaaten sehen wir dagegen seit vielen Jahrzehnten ein Zurückweichen konservativer oder rechter und ein Vorrücken liberaler oder linker Einstellungen.

Das bleibt in den westlichen Demokratien nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung der

Parteien. Diese ordnen sich einerseits traditionell immer einem bestimmten Segment auf der Links-rechts-Skala zu, andererseits müssen sie eine gewisse Themenbreite haben, wenn sie Volksparteien sein wollen. Rechts und links lauern dabei unterschiedliche Risiken: Die Parteien am rechten Rand dürfen den gesellschaftlichen Wandel nicht verschlafen. Die Parteien am linken Rand dürfen den Wunsch nach Beständigkeit und Ausgleich nicht unterschätzen, aber sie müssen auch die utopischen Sehnsüchte ihres linken Flügels bedienen.

Zu jeder Zeit folgt die Häufigkeitsverteilung der politischen Überzeugungen in einer Gesellschaft mehr oder weniger einer Gaussschen Normalverteilung. Wahlen werden in der Mitte entschieden. Darum stehen erfolgreiche politische Führer stets näher an der po-

Erfolgreiche politische Führer sind näher an der politischen Mitte als der Durchschnitt ihrer Partei.

litischen Mitte als der Durchschnitt ihrer Partei. Haben sie erst einmal die Macht errungen, so bleiben sie dort umso länger, je mehr Wähler der Mitte sie über die klassischen Grenzen ihrer Partei hinaus binden können. Zwar enttäuschen sie damit unweigerlich einen Teil ihrer klassischen Parteigänger, aber das schadet ihrer Macht nicht, wenn der Wahlerfolg in der Mitte und in das Lager des Gegners hinein ausreichend gross ist:

— Konrad Adenauer kam aus der ländlich geprägten, katholischen Zentrumspartei. Aber als Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender machte er ab 1949 kaum eine katholische oder auch nur besonders christliche Politik. Er verstand sich gut mit den Gewerkschaften, führte die Mitbestimmung ein, sorgte 1957 für die grosse Rentenreform und war alles in allem ein ganz vorzüglicher sozialdemokratischer Bundeskanzler. Helmut Kohl folgte ab 1982 dieser Linie. Der links-katholische Arbeitsminister Norbert Blüm war der einzige Politiker, der unter ihm 16 Jahre lang Minister bleiben durfte, und die teuersten Denkmäler des deutschen Sozialstaats stammen aus dieser Zeit.

— Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler, Willy Brandt, sicherte seit 1969 seine

Ostpolitik intern durch eine betont marktwirtschaftliche Politik ab. Sein Wirtschaftsminister Karl Schiller war ein Hassobjekt der SPD-Linken. Er setzte gegen grosse Widerstände die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark durch und beschleunigte so das Ende des dirigistischen Währungssystems von Bretton Woods.

Willy Brandts Nachfolger Helmut Schmidt wurde zum Weltwirtschaftskanzler schlechthin. Aber am Ende gelang es ihm nicht, sich in der Wirtschaftskrise 1981/82 die Gefolgschaft des linken Parteiflügels zu sichern. So verlor er die Macht trotz seiner grossen Popularität in der Mitte der Gesellschaft. Der dritte sozialdemokratische Bundeskanzler, Gerhard Schröder, setzte ab 1998 zuerst auf eine linke und grüne Agenda. Darüber verlor er 2002 fast die Wahl. 2003/04 folgte dann mit der Agenda 2010 eine radikal marktwirtschaftliche Arbeitsmarkt- und Sozialreform. Ihre Wirkungen machen Deutschland heute zum europäischen Musterland. Aber sie führte auch zur Abspaltung der Linkspartei. Das wiederum beschränkt die SPD dauerhaft auf einen Stimmenanteil von 20 bis 25 Prozent. So kann es noch Jahrzehnte dauern, bis sie wieder einen Bundeskanzler stellt.

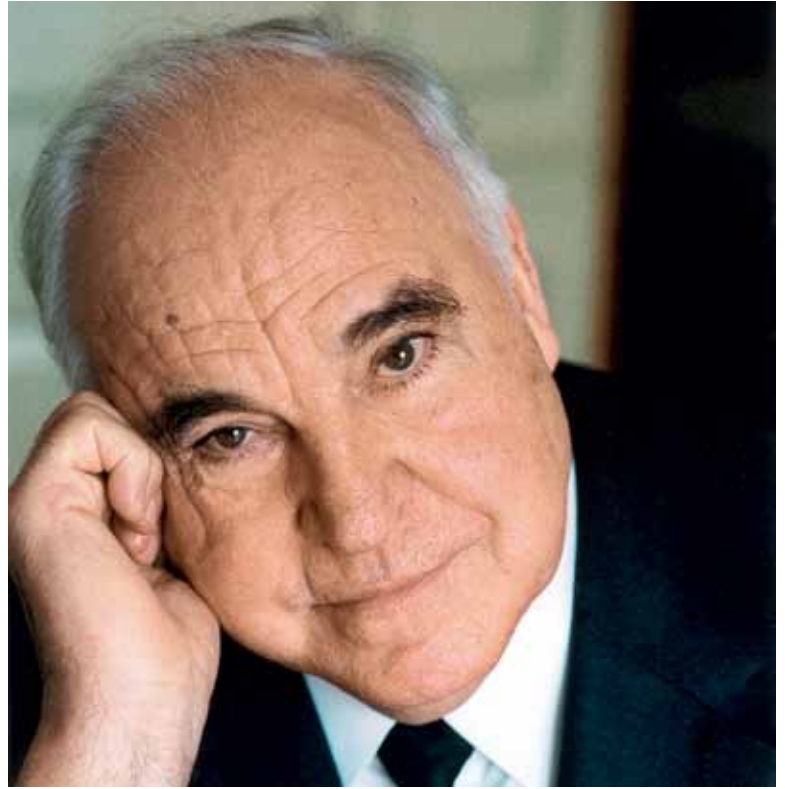
— Angela Merkel führte die CDU noch konsequenter nach links als ihre Vorgänger und öffnete die Partei bis an die Schmerzgrenze für linke und grüne Themen. Den so auf der rechten Seite freigewordenen Raum versucht seit 2013 die AfD zu füllen. Ob das gelingt, ist ungewiss. Selbst eine linksradikale Partei gilt in den Medien allemal als respektabler als eine konservative Partei am rechten Rand.

Merkel kassiert den Ruhm

Die klassische Sozialdemokratie hatte den utopischen Überschuss linker Systemveränderer in ein grösseres Ganzes eingebunden. Sie gab den Forderungen nach Umverteilung und mehr sozialer Gerechtigkeit eine prominente Bühne, aber sie tat das so, dass die bürgerliche Mitte nicht verschreckt wurde. Der erste Aderlass trat hier mit der Umweltbewegung ein. Die Grünen ernährten sich während ihrer ersten Jahrzehnte vornehmlich aus der ehemals sozialdemokratischen Wählerschaft. Der entscheidende Schlag aber war die Abspaltung der Linkspartei. Damit verlor die SPD ihre utopischen und marxisti-



Verstand sich gut mit den Gewerkschaften: Adenauer (CDU).



Teuerste Denkmäler des deutschen Sozialstaats: Kohl (CDU).



Durchaus marktwirtschaftlich: Brandt (SPD).



Linksbruch: Schröder (SPD).

schen Wurzeln und einen Wählerblock von acht bis zehn Prozent am linken Rand.

Seit den frühen Tagen der schwedischen Sozialdemokraten in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte die Kraft einer Reformlinken stets darin bestanden, dass sie ein grosses gesellschaftliches Bündnis schmieden konnte, welches bei den geistigen Führern sowohl linke Intellektuelle als auch aufgeklärte Liberale einschloss und bei den

Wählern von den ungelerten Arbeitern bis zu den Lehrern, Professoren und mittleren Beamten reichte.

Heute gehen Menschen mit niedriger Bildung kaum noch zur Wahl. Professoren und Lehrer wählen grün. Verbohrte Unzufriedene wählen die Linkspartei oder die AfD. Und dem normalen Staatsbürger kann man kaum noch erklären, was der Unterschied zwischen CDU und SPD ist. Mittlerweile organisiert die CDU/

CSU selbst ihre eigene Opposition: Aus ihren Reihen stimmten 60 Abgeordnete gegen das von Angela Merkel ausgehandelte dritte Hilfspaket für Griechenland. In der SPD-Fraktion waren es dagegen trotz eines flammenden Appells von Peer Steinbrück nur vier Gegenstimmen. Angela Merkel kassiert den Ruhm, und die SPD liefert ihr dazu die Gefolgschaft.

Thilo Sarrazin, 70, ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor.

Ben existiert!

Mit seinem Slogan «La Suisse n'existe pas» sorgte Ben Vautier 1992 für einen Skandal, den sogar der Bundesrat beschäftigte. Jetzt hat der Künstler exklusiv für die *Weltwoche* das Titelblatt dieser Ausgabe gestaltet. Zu Besuch in Nizza bei einem aussergewöhnlichen Schweizer. *Von Rico Bandle*

Der Skandal kam für ihn völlig unerwartet. Ben Vautier hatte keinen Augenblick lang in Betracht gezogen, dass seine Schrifttafel «La Suisse n'existe pas» am Eingang des Schweizer Pavillons an der Weltausstellung in Sevilla einen Proteststurm auslösen könnte inklusive parlamentarischer Vorstösse und einer Stellungnahme des Bundesrats. Wie die meisten guten Künstler liess sich Vautier beim Schaffensprozess nicht vom Kalkül, sondern vom Gefühl leiten. Und traf direkt ins zentrale Nervensystem der Schweiz.

Später erklärte er, er habe mit dem Satz bloss ausdrücken wollen, dass die Schweiz über keine gemeinsame Sprache und damit über keine gemeinsame Kultur verfüge, über die sie sich wie andere Länder definieren könne. Aus diesem eher banalen Gedanken wurde so etwas wie der Leitsatz einer ganzen Generation von Akademikern und Künstlern, die mit den Schweizer Mythen, den Schweizer Heldengeschichten Schluss machen wollten, die das Land in erster Linie als eine Ansammlung von Opportunisten betrachteten, die sich ihren Wohlstand auf Kosten anderer ergaunerten. «700 Jahre sind genug», hiess es bereits ein Jahr zuvor an der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft, Vautiers Schrifttafel brachte den Zeitgeist noch prägnanter, noch einprägsamer auf den Punkt: «La Suisse n'existe pas» ist zur Parole geworden für ein Land, das sich mit grosser Lust selbst demontiert.

In Nizza kennt ihn jedes Kind

Dabei hat der mittlerweile achtzigjährige Künstler nur wenige Jahre seines Lebens in der Schweiz verbracht. Geboren ist er in Neapel, nach einer Odyssee via Izmir (Türkei), Alexandria (Ägypten) und Lausanne landete er mit vierzehn Jahren in Nizza, wo er bis heute lebt.

In Nizza ist Ben – so signiert er seine Bilder und so nennen ihn alle dort – ein Stadtoriginal, er gehört zu den bekanntesten Bewohnern der 350 000 Einwohner zählenden Hafenstadt an der Côte d'Azur. Sein Haus sei ganz einfach zu finden, erklärt er am Telefon. «Sagen Sie dem Taxifahrer am Flughafen einfach, Sie wollten zu Ben. Der bringt Sie dann hin.» Nach der Landung in Nizza zeigt sich: Er hatte recht. «Ben, le sculpteur?», (Ben, der Künstler?), fragt der Taxifahrer. Selbstverständlich wisse er, wo dieser wohne.

Während der Fahrt durch das Villenviertel auf den Hügeln hinter dem Stadtzentrum erzählt der Fahrer, Ben habe sämtliche Tram-



Proteststürme: Vautiers berühmtes Werk.

haltestellen in Nizza beschriftet, die Schüleragenden gestaltet und vieles mehr. «Jedes Kind in Nizza kennt Ben.» Als er am Tor von Vautiers Anwesen vorfährt, wird klar, weshalb auch alle hier dessen Zuhause kennen: Die Fassade der Villa ist vollständig mit Schrifttafeln, Elektroschrott und skurrilen Gegenständen behängt. Im Garten stehen ausrangierte Fernseher, zu Blumenkisten umfunktionierte Toilettenschüsseln, ein alter Wohnwagen – und mitten in einem gepflegten Stück Rasen ein Swimmingpool mit glasklarem Wasser. Das grosszügige Anwesen ist ein Gesamtkunstwerk, auf dem sich Ben seit fünfzig Jahren seine fantastische Welt verwirklicht.

Mit der Mutter nach Izmir

Der Künstler kommt gut gelaunt in Richtung Eingangstor. Er freut sich über den Besuch aus der Schweiz. «Es gibt Leute hier, die wollen das Haus am liebsten in die Luft sprengen», sagt er lachend. «Ich kann nichts wegwerfen, es ist furchtbar.» Auch im Innern des riesigen Hauses sieht es aus wie in einer Brockenstube,

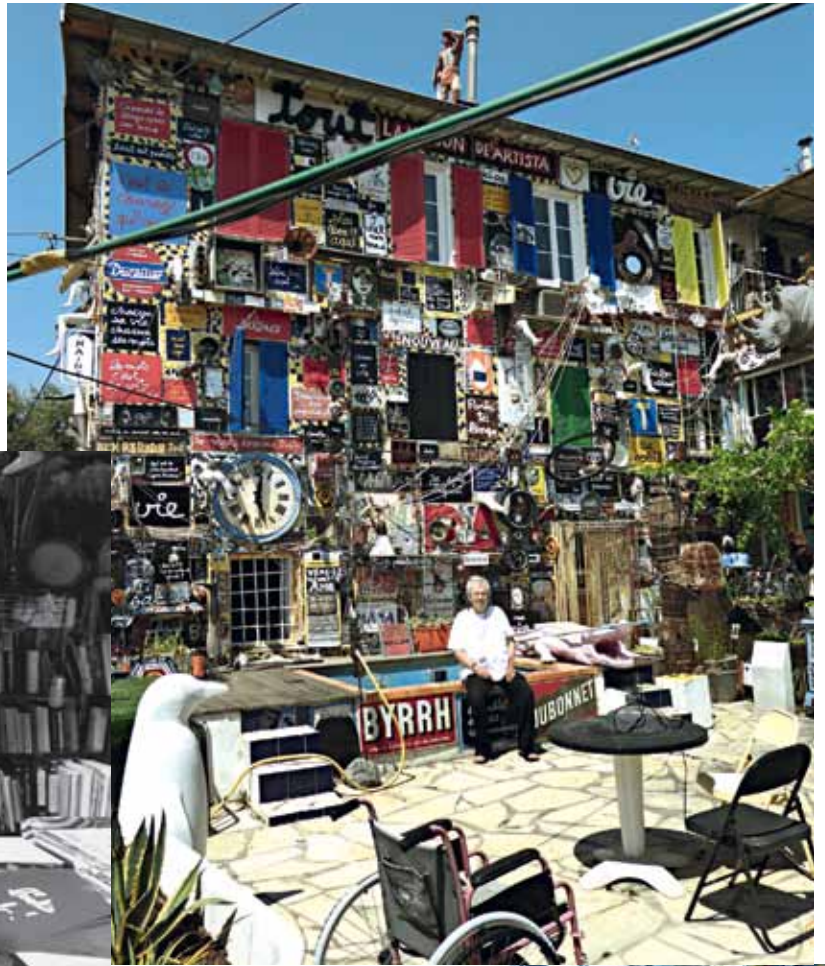
überall stehen alte Gegenstände herum, die sich vielleicht einmal künstlerisch verwerten lassen – doch alles ist wohlgeordnet, sauber, hat seinen Platz.

Es ist Vormittag in Nizza, die Temperaturen bewegen sich langsam in Richtung vierzig Grad. Ben bietet dem Gast ein Bier an. «Ich fühle mich der Schweiz sehr verbunden», sagt er, der sowohl die französische wie auch die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzt. Sein Urgrossvater war der grosse Westschweizer Landschaftsmaler Benjamin Vautier (1829–1898), dessen Gemälde Ähnlichkeiten mit jenen des Zeitgenossen Albert Anker aufweisen, auch wenn sie düsterer gehalten sind, weniger optimistisch. Ben, der eigentlich ebenfalls Benjamin heisst, verbrachte seine ersten Lebensjahre in Neapel. Der Vater kam aus einer Zürcher Grossfamilie und arbeitete, da selber erfolglos, in der italienischen Niederlassung der Firma seines Bruders. Die Mutter stammte aus einer französisch-irischen Kaufmannsfamilie, die von der Türkei aus unter anderem mit Teppichen und Rosinen handelte.

1939, kurz vor Kriegsbeginn, zogen Bens Eltern in die sichere Schweiz, liessen sich im selben Jahr scheiden und teilten sich die Kinder auf: Die Mutter nahm Ben mit im Orient-Express zu ihrer Familie nach Izmir, der Vater blieb mit dem Bruder in der Schweiz und eröffnete an der Zürcher Bahnhofstrasse ein Antiquitätengeschäft.

Von allen verschmäht

Bens Mutter war eine auffallende Gestalt, eine starke Frau, die sich immer das herausnahm, was sie brauchte. Ein Leben lang habe sie nie gearbeitet, sich dafür an reiche Männer angeschmiegt, sie zuweilen auch geheiratet, erzählt Ben. Nach dem Krieg zog sie mit ihm nach Alexandria, zu ihrem ersten Mann, einem niederländischen Baumwollproduzenten. Ihm hatte sie ihre zweite Heirat mit Bens Vater verschwiegen, um weiterhin Unterhaltsgelder kassieren zu können. Da die Grossgrundbesitzer in Ägypten eben enteignet worden waren, blieb der erhoffte Geldsegen aber aus. Also ging die Reise weiter via Neapel in die Schweiz. Die Mutter wollte ihren Sohn loswerden, versuchte ihn vergeblich beim Vater unterzubringen, dann auch bei einem Onkel. Doch das Kind rebellierte, rauchte zum ersten und einzigen Mal in seinem Leben, steckte die Wohnung in Brand. Niemand wollte den widerborstigen Jungen haben. >>>



«Ich kann nichts wegwerfen, es ist furchtbar»: Künstler Vautier auf seinem Anwesen in Nizza.

Mutter und Sohn liessen sich in Lausanne nieder, beide depressiv, selbstmordgefährdet, einmal versuchte der Junge von einer Brücke zu springen. Ben hatte miserable Schulnoten, das unstete Leben war ihm nicht gut bekommen. Nach drei Jahren – der Mutter war wieder einmal das Geld ausgegangen – reisten die beiden weiter nach Nizza, wo die Odyssee 1949 ein Ende nahm. In die Schule fügte sich Ben nie mehr ein, kam zu keinem Abschluss. Doch der Junge, der überall nur auf Ablehnung gestossen war, fühlte sich erstmals angekommen.

Centre Pompidou kaufte die Fassade

Wir haben uns auf der Terrasse des Wohnhauses installiert, zwei riesige Hunde liegen wie von der Hitze erschlagen unter und neben dem Tisch. Ben ist zu Recht als grandioser Gastgeber bekannt, als geselliger Mensch, der gerne Leute zusammenbringt. Und der gerne aus seinem Leben erzählt, wie sich zeigt. Ein Stichwort genügt, schon sprudelt es aus ihm heraus, abwechselnd auf Französisch, Englisch oder auch auf Deutsch, wenn auch nur gebrochen. Zwischendurch gibt er dem Gärtner einige Anweisungen, seine Frau geht einkaufen fürs Mittagessen.

Anfang zwanzig schlug sich Ben als Laufbursche in einer Buchhandlung durch und gründete mit einem Freund eine Nachtbar. 1958 eröffnete er den legendären Plattenladen «Laboratoire 32» in der Rue Tonduti de l'Escarène, der mit seinem Performance- und Ausstellungsraum im ersten Stock zu einem beliebten Künstlertreffpunkt wurde. Yves Klein, der später mit seinen monochrom blauen Gemälden Weltruhm erlangen sollte, verkehrte da, oder Arman, der Pionier des Nouveau Réalisme, dem sich auch Vautier zugehörig fühlt. Ein Teil der Fassade des Ladens, die jener des Wohnhauses gleicht, wurde nach der Schliessung 1975 vom Museum Centre Pompidou in Paris gekauft.

Yves Klein brachte Ben dazu, sich auf Schriftbilder zu konzentrieren. «Yves hielt meine frühen Bananenbilder für eine Nachahmung Kandinskys. Die Schriftbilder aber seien etwas Neues, etwas Eigenes. Er hatte recht.» Ben entwickelte seine eigenen Theorien, was Kunst ausmache. Drei Begriffe spielen dabei eine zentrale Rolle: «Wahrheit», «das Neue» und «das Ego». «Ein Künstler muss etwas für sich finden, was ihm eigen ist, seinen eigenen Stil», sagt er. Wolle er seine Kunst verändern, müsse er sich selbst verändern.

Ben hat viel ausprobiert, viele zum Teil aufsehenerregende Aktionen durchgeführt. So stellte er sich 1962 in London auf Einladung des Schweizer Künstlers und Weggefährten Daniel Spoerri zwei Wochen lang im Schaufenster einer Galerie selbst aus. Was von Ben aber bleibt, sind seine in kindlicher Schnürchenschrift verfassten Schrifttafeln. In ihnen

hat er seinen unverkennbaren Stil gefunden, der auch oft kopiert wird. In diesen Bildern kommt der ganze Schalk, der Humor des Künstlers zum Ausdruck, aber auch seine poetisch-melancholische Seite. Ben hat es bis in die grossen Museen gebracht, auch das New Yorker Museum of Modern Art hat mehrere seiner Werke erworben, und er kann gut von der Kunst leben. Doch der Schritt in die internationale Topliga, wo für Gemälde Millionenbeträge bezahlt werden, blieb ihm verwehrt: Seine Gemälde und Skulpturen sind auch für Normalpersonen erschwinglich geblieben. Und obschon er zahlreiche theoretische Abhandlungen verfasst hat, ist Ben ähnlich wie Jean Tinguely ein Volkskünstler, äusserst populär auch jenseits des klassischen Kunstpublikums – zumindest in Nizza, wo es auch T-Shirts, Kaffeetassen und vieles mehr mit seinen Schriftzügen zu kaufen gibt.

«Europa soll so werden wie die Schweiz»

Anders in der Schweiz: Hier kennt man Ben nicht als lebenswürdigen Kauz mit den lustigen Bildtafeln, sondern als Provokateur, der der Welt in offiziellem Auftrag gesagt hat, die Schweiz existiere nicht. Was viele Leute 1992 nicht wahrhaben wollten: Hinter dem Satz «La Suisse n'existe pas» steckte bei aller Provokation auch grosse Bewunderung für das Land. Wie in der Schweiz die verschiedenen Sprachgruppen fast konfliktfrei zusammenlebten, sei einzigartig auf der Welt, sagt Ben. Für ihn ist klar: Die Sprache bestimmt die Art zu denken, sie ist die Basis der Kultur. Deshalb sind Länder, in denen verschiedene Sprachgruppen gleichwertig und friedlich zusammenleben, so selten. «Nicht die Schweiz sollte Europa beitreten, Europa und auch Frankreich sollten so werden wie die Schweiz», sagt er. Was er und die Verantwortlichen des Schweizer Pavillons mit Starkurator Harald Szeemann aber nicht einsehen wollten: Ein Expo-Jahrmarkt, wo die Länder der Welt ihre

«Debatten anzustossen, ist wichtig, und dafür braucht es die Provokation.»

Vorzüge präsentieren, ist kaum der richtige Ort für eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Land.

Er bereue den Satz kein bisschen, sagt Ben. Die Rebellenrolle behagt ihm, mehr noch als die des allseits beliebten Stadtoriginals. Deshalb sei es für ihn auch sofort klar gewesen, dass er das Angebot der *Weltwoche* annehme, das Cover für die Sommernummer zu gestalten. «Debatten anzustossen, ist wichtig, und dafür braucht es die Provokation», sagt er. «Das haben wir in Frankreich viel zu wenig. Die Debatten bei uns sind stark von Tabus geprägt.»



«Passt das?»: Vautier entwirft das Cover für die



Weltwoche.

Das ganze avantgardistische Kunstmilieu, dem Ben seit Ende der 1950er Jahre angehörte, beruhte auf Rebellion und Provokation: Man wollte die gängige Vorstellung von Kunst radikal über den Haufen werfen. «Der Soziologe Pierre Bourdieu hatte recht, als er sagte, die Kunst sei bloss dazu da, um die Armen zu beeindrucken. Wir wollten das überwinden.» Marcel Duchamp (1887–1968) und John Cage (1912–1992) waren Gottväter jener Szene: Bei Duchamp war plötzlich alles Kunst, sogar ein

Vautier ist ähnlich wie Tinguely ein Volkskünstler, populär auch jenseits des klassischen Publikums.

Pissoir, bei Cage konnte auch Stille ein Musikstück sein. «Kann es noch etwas Neues in der Kunst geben, nachdem Duchamp alles zur Kunst erklärt hat? Diese Frage stelle ich mir jeden Tag», sagt Ben, der den Meister mehrmals getroffen hat.

Titelblatt aus der Tube

Der Nachmittag ist angebrochen, Ben führt den Gast durch den Garten in den Pavillon, wo er sein Atelier hat. «La vie ne s'arrête jamais» (Das Leben hält nie an), heisst es auf einer Schrifttafel; an einem Baum hängt das Schild «Cet arbre est une sculpture» (Dieser Baum ist eine Skulptur). Das Atelier ist vollgestellt mit alten Gebrauchsgegenständen, in einer Kiste stehen Dutzende von Farbtuben. Ben legt eine schwarze Leinwand auf das Stehpult, nimmt eine dicke weisse Tube zur Hand und schreibt langsam und konzentriert: «nach links». Mit einem dünnen Stift gleicht er Unebenheiten aus. Er schaut lange auf das Bild, hebt es dann auf. «Passt das für das Cover?», fragt er etwas unsicher. Noch einmal betrachtet er die Leinwand, seine Gesichtsmuskulatur entspannt sich, er scheint zufrieden. ««Nach links» ist mehrdeutig, ich glaube, das ist gut für das Cover», sagt er.

Das Bild muss noch einen Tag trocknen. Seine Tochter, die in Nizza eine Galerie führt, wird es abfotografieren und verschicken. Wir verabschieden uns voneinander, Ben, überaus freundlich, sagt, man solle ihn doch wieder einmal besuchen kommen. Doch erst einmal kommt er in die Schweiz. Mit dem *Weltwoche*-Titelblatt und der bevorstehenden grossen Retrospektive im Basler Museum Tinguely hat der Künstler hier nach langer Zeit wieder einen grossen Auftritt. Als wollte er seinem Vaterland – 66 Jahre nachdem er weggezogen ist und 23 Jahre nachdem er ihm die Existenz abgesprochen hat – noch einmal vor Augen führen: Ben existiert!

Ben Vautier: *Ist alles Kunst?* Museum Tinguely, Basel. 21. Oktober 2015 bis 17. Januar 2016.



Nur die Reichen und Mächtigen

Mit etlichen Millionen kaufen sich die Bürgerlichen die Aufmerksamkeit des Volkes. Die Medien sind wie die Grosskonzerne bloss auf Profit aus und steuern den politischen Apparat. Mit Demokratie hat das nichts zu tun. *Von Marco Kistler*

Ich bin mit der Glarner Landsgemeinde aufgewachsen. An jedem ersten Maisonntag stimmen wir Glarnerinnen und Glarner über Verfassung und Gesetze ab. Und wir stimmen nicht nur ab, wir diskutieren. Wer das Wort ergreifen will, kann das. Als mehr oder weniger Gleiche unter Gleichen wird diskutiert, die Argumente werden abgewogen, und am Schluss wird eine demokratische Entscheidung gefällt. Natürlich findet die Landsgemeinde nicht im luftleeren Raum statt. Wer die Mittel dazu hat, kann im Vorfeld entsprechend Stimmung für oder gegen etwas machen. Aber vor der Abstimmung sind die Spiesse zumindest für eine Stunde gleich lang. Und genau so kam es auch schon zu überraschenden Entscheidungen wie der Glarner Gemeindefusion oder der Einführung des Stimmrechtsalters mit sechzehn.

Eine Demokratie ist nur so viel wert wie die Debatte, die vor einer Entscheidung geführt wird. Auch in Nordkorea gibt es Wahlen. Wer aber immer nur eine Wahrheit hört, kann keine demokratische Entscheidung treffen. Und

Bereits geschriebene Artikel wurden «von oben» aus den Zeitungen gestrichen.

genau diese Entwicklung können wir auch in unserem Land beobachten. Die Diskussionen vor Entscheidungen werden zunehmend undemokratischer. Drei Beispiele möchte ich besonders herausheben.

1 — Rechte Parteien haben immer mehr Finanzmittel und können so bestimmen, worüber überhaupt diskutiert wird.

Die rechten Parteien stehen in einer engen Allianz mit den Reichsten und Mächtigsten im Land. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn diese Parteien und ihre Anführer, allen voran die Elite der SVP, garantieren, dass die Reichsten immer noch reicher werden können. Darum fliessen jedes Jahr Millionen und Abermillionen an Parteispenden in die Parteikassen.

Die SVP beispielsweise konnte 2011 auf mindestens 30 Millionen Franken zurückgreifen, um Wahlkampf zu führen. Im Wahlkampf 2015 sollen bis zu 150 Millionen ausgegeben werden, schreiben die Sonntagszeitungen.

Mit diesen Millionen kaufen sich die Parteien dann die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger: Durch Plakate und Inserate haben sie die Möglichkeit, jedes beliebige Thema in ihrem Sinn zu präsentieren. Die FDP gibt im Wahlkampf 2015 allein für Inserate in Sonntagszeitungen 2 Millionen Franken aus – das ist mehr als das gesamte der SP Schweiz zur Verfügung stehende Wahlkampfbudget.

2 — Die Medienkonzerne haben klare antidemokratische Interessen und setzen diese durch.

Der allergrösste Teil dessen, was die Menschen jeden Tag lesen, kommt von Zeitungen,

die den grossen Medienkonzernen gehören. Tamedia, Ringier, NZZ oder AZ Medien sind Grosskonzerne mit Managern und Verwaltungsräten mit Millionensalären. Solche Firmen und ihre Chefs haben ein Ziel: Profit. Das heisst einerseits, den Menschen zu liefern, was sie gerne lesen, sei es noch so ein Quatsch. Und andererseits, Einfluss zu nehmen, damit die Rahmenbedingungen in unserem Land so sind, dass möglichst viel Gewinn erzielt werden kann und die Besitzer der Konzerne dann auch noch möglichst viel in die eigene Tasche schaufeln können. Das ist antidemokratisch und wird nicht überall goutiert. Somit kommt die politische Einflussnahme vielfach subtil



Überraschende Entscheidungen: Glarner Landsgemeinde.

daher und ist schwierig zu durchschauen. Und wo dem nicht so ist, wie etwa bei der SVP-Presse, der *Weltwoche*, der *Schweizerzeit* oder der *BaZ*, macht man eine «Sonderausgabe» im Sommerloch, um sich noch ein Mäntelchen oder wohl eher einen Lendenschurz der Ausgewogenheit umzulegen.

Die grösste Macht ist die, zu entscheiden, was geschrieben und abgedruckt wird, nicht einmal, wie es geschrieben wird. Hatten beispielsweise die Medien im Abstimmungskampf der «1:12»-Initiative anfangs Argumente beider Seiten beleuchtet, änderte das schlagartig, sobald die Umfragen ein 44-zu-44-Prozent-Patt zwischen dem Ja- und dem Nein-Lager zeigten. Der Befehl war klar: «Nun wird es langsam ernst. Das heisst: keine positive Berichterstattung mehr.» Bereits geführte Interviews verschwanden in den Schubladen, und an Redaktionssitzungen wurden bereits geschriebene Artikel «von oben» aus den Zeitungen gestrichen.

3 — Übermächtige Verbände und skrupellose Lobbyisten schaden der Demokratie.

Grosskonzerne finanzieren ihre Parteien direkt mit Spenden oder senden Lobbyisten



aus, um Gesetze einzukaufen, zu ändern oder gleich selbst zu schreiben. Auch hier das Ziel: Wirtschaftlicher Erfolg muss über allem stehen. Dazu kommen die politischen Verbände. Klassische Verbände der reichsten Eliten wie Economiesuisse oder die Bankiervereinigung verfügen über Budgets, von denen man auf linker Seite nur träumen kann. Dazu kommen Verbände wie der Gewerbeverband oder der Hauseigentümerverband, die schon lange nicht mehr ihrer eigentlichen Klientel dienen, sondern von aggressiven Rechtsideologen unterwandert und gesteuert sind und ebenfalls über enorme Mittel verfügen.

Während die Linke ihre Ressourcen auf wenige Kämpfe fokussieren muss, sind diese Verbände in der Lage, an allen Fronten gleichzeitig aktiv zu sein. Economiesuisse beispielsweise führte in den letzten Jahren jeweils aggressive und teure Online-Kampagnen zu eidgenössischen Abstimmungen und baute damit Know-how auf.

Direkter Erfolg zeigt sich bis jetzt keiner. Egal – Geld ist offensichtlich genug da, um verschiedenste Experimente zu wagen. Eine komfortable Ausgangslage. Das Neuste: Auf dem Jugendsender Joiz sponsert und produziert Economiesuisse eine Sendung, die den jungen Menschen erklären soll, wie die Wirtschaft funktioniert – natürlich aus Perspektive der Grosskonzerne. Der Gewerbeverband hat sogar so viele Ressourcen, dass er eine gigantische Kampagne gegen die Billag führen kann. Das Anliegen ist für die Gewerbetreibenden völlig irrelevant. Egal, es geht darum, das SRF auszurotten, damit in Zukunft wirklich nur noch zu

Einige wenige gutvernetzte Menschen bestimmen, worüber und wie diskutiert wird.

Wort kommt und gehört wird, wer genug Kleingeld hat, um dafür zu bezahlen. Man hätte in diesen Kreisen wohl genug in der Portokasse, um auch direkt «Tagesschau»-Beiträge produzieren zu lassen.

Diese Bündelung an Macht, zu bestimmen, worüber und wie diskutiert wird, liegt bei einigen wenigen gutvernetzten Menschen und Organisationen. Das bedroht unsere Demokratie. Wenn immer mehr Entscheide über unsere Volkswirtschaft, unsere Gesellschaft und unser Land eigentlich in den Vorstandsetagen von Konzernen und Verbänden gefällt werden, ist das keine Demokratie mehr.

Man stelle sich die Landsgemeinde vor, wenn sie nach dem Schema der eidgenössischen Politik funktionieren würde: Rings um den Landsgemeindeplatz würde auf gigantischen Werbebildschirmen Propaganda gezeigt, windige Lobbyisten würden durch die Reihen gehen und jedem, der in ihrem Sinne abstimmt, Vorteile versprechen; und wer die

grösste und teuerste Lautsprecheranlage aufbauen kann, kann alle anderen mit seinem Geschrei übertönen.

4 — Es gibt Hoffnung für die Demokratie

Der undemokratischen Methode, dass einige wenige mit der Macht des Geldes Politik machen, steht eine andere, urdemokratische gegenüber: Menschen machen direkt Politik.

In der Geschichte ist es immer wieder gelungen, Fortschritte zu erkämpfen, indem Menschen zusammengestanden sind. Sie haben diskutiert, andere überzeugt, sind von Haus zu Haus gegangen oder auf die Strasse. Die AHV gibt es heute nur, weil im Generalstreik von 1918 Hunderttausende von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die Armut im Alter aufgestanden sind. Für das Frauenstimmrecht haben Abertausende von demokratischen Frauen mehr als hundert Jahre gekämpft – in Vereinen und Parteien, aber auch am Küchentisch in Debatten mit ihren Männern.

Wenn wir die Demokratie auf demokratische Art verteidigen wollen, wenn wir eine Chance haben wollen gegen die unfairen Machtverhältnisse, wie sie heute herrschen, dann lohnt es sich, das Spiel der reichen Eliten, ihrer Konzerne und Verbände nicht mehr länger mitzuspielen. Treten wir ihnen nicht mehr länger auf einem Schlachtfeld entgegen, auf dem sie uns hundertfach überlegen sind. Stattdessen könnten wir uns auf die Stärke aller fortschrittlichen Bewegungen in der Geschichte zurückbesinnen: die Macht von Menschen, die sich organisieren, die sich engagieren, die zusammenstehen und so, Schritt für Schritt, die Welt zum Besseren verändern. Demokratisch!

Marco Kistler, 30, SP-Politiker, war Glarner Landrat (2012–2014), Gemeinderat von Glarus Nord (2010–2014) und Vordenker der «1:12»-Initiative, die das Volk 2013 ablehnte.

PODIUM
LANDESRECHT VOR VÖLKERRECHT?
 DIREKTE DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

MODERATION: ERIC GUJER	
DANIEL JOSITSCH	DORIS FIALA
ROGER KÖPPEL	HANS-UELI VOGT

KAUFLEUTEN, KLUBSAAL 17. AUGUST 2015
 19.30 UHR

EINTRITT FREI: PLÄTZE BESCHRÄNKT

SP FDP Die Liberalen SVP kaufmännischer verband

KAUFLEUTEN, PELIKANPLATZ, ZÜRICH

Gut, besser, links

Die Linken haben eindringliche Bildungskonzepte, die aus dem Menschen einen Bessermenschen machen sollen. Was das im Alltag bedeutet, kann nur realsatirisch erfasst werden. *Von Alex Reichmuth*

1. «Umgang mit Aggression und Gewalt bedeutet im persönlichen Bereich das Erkennen und Beherrschen der eigenen aggressiven Impulse und Fantasien, die Reflexion des eigenen Handelns in gewaltträchtigen Situationen sowie die Förderung eines alternativen Verhaltensrepertoires, das den Rückgriff auf gewalttätige Handlungen nicht mehr notwendig erscheinen lässt» (Berghof-Foundation).

Kinder sollen erfahren, dass man Konflikte nur im Dialog lösen kann. Auf keinen Fall dreinschlagen. Entsprechend darf man unseren Nachkommen nie gewaltverherrlichendes Spielzeug schenken, also bitte keine Plastikpistolen oder Baller-Videospiele. Buben und Mädchen sollten zu respektvollem Verhalten gegenüber anderen Bewohnern der Erde angehalten werden. Zertreten sie etwa Schnecken oder Käfer, muss man das thematisieren. Auch Blätter von Bäumen abreißen geht nicht. Darüber hinaus ist für Kinder die Erfahrung wichtig, dass es neben physischer Gewalt auch psychische, verbale, emotionale, materielle und strukturelle Gewalt gibt.

2. «Das Anderssein der anderen als Bereicherung des eigenen Seins begreifen; sich verstehen, sich verständigen, miteinander vertraut werden, darin liegt die Zukunft der Menschheit» (Pädagoge Rolf Niemann).

Unsere Zöglinge sollen wissen, dass Leute mit einem Migrationshintergrund uns in jedem Fall weiterbringen. Am besten schickt man Mädchen und Buben möglichst früh in eine internationale Kindertagesstätte, wo sie den Umgang mit Gleichaltrigen lernen, die Portugiesisch, Türkisch, Arabisch, Tigrinisch oder Yoruba sprechen. Sie sollen wissen, dass rassistische Tendenzen in unserer Gesellschaft allgegenwärtig sind und nationalkonservative Populisten ständig versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen. Am besten sensibilisiert man unsere Kleinen für andere Kulturen, indem man fremdländische Gerichte kocht und Flüchtlinge zu sich nach Hause einlädt. Man soll mit dem Nachwuchs auch nicht Weihnachten und Ostern feiern, sondern den Ramadan begehen, Jom Kippur einhalten oder das buddhistische Fest Uposatha zum Thema machen. Generell wäre angezeigt, auf Religionsunterricht zu verzichten, zugunsten von Ethik-Lektionen. Schliesslich sollen aus unseren Kindern Weltbürger werden, nicht Spiessbürger.

3. «Sei, was du willst» (Titel eines Artikels in Zeit online zur geschlechtsneutralen Erziehung, 2012).

Die gesellschaftliche Fixierung auf männliche und weibliche Rollenbilder droht schon ab der Geburt. Es gilt darum, auf geschlechtsneutrales Spielzeug zu achten. Die Barbie ist des Teufels, genauso wie all der rosarote Lillifee-Kitsch. Auch ist einzuschreiten, sobald Buben Aststücke oder Besenstiele in die Hand nehmen und «peng, peng» brüllen. Generell sollten Knaben lernen, von aggressiv-männlichen Verhaltensweisen abzukommen. Also ab ins Ballett mit ihnen. Die Mädchen dürfen in der Zwischenzeit Fussball spielen. Später lernen junge Männer stricken und junge Frauen hobeln. So sollen sie erfahren, dass das dualistische Geschlechtersystem eine gesellschaftliche Konstruktion ist und vielen Lebensrealitäten nicht gerecht wird. Sie müssen Verständnis entwickeln für LGBT-Menschen, was für *lesbian, gay, bisexual and transgender* steht. Von Vorteil wäre insofern, wenn Kinder nicht in einer klassischen Familie aufwachsen würden, sondern etwa von zwei Schwulen oder zwei Lesben aufgezogen würden.

4. «In einem guten Heim haben Kinder und Eltern gleiche Rechte» (Alexander Sutherland Neill, Gründer der Summerhill-Schule).

Die Zeiten, in denen jede Erziehung als unzulässige Manipulation galt, sind zwar vorüber. Seit die antiautoritäre Philosophie gescheitert ist, ist klar, dass es ganz ohne Regeln und Rituale nicht geht. Trotzdem: Man sollte darauf achten, dass an unseren Schulen lustbetontes Lernen im Vordergrund steht und die Schüler eigene sinnliche Erfahrungen machen können. Selbstverwirklichung ist wichtig. Leistungsdruck schadet hingegen. Dieser läuft immer darauf hinaus, Menschen zu Rädchen im Laufwerk der Wirtschaft umzuformen. Bitte auch kein Konkurrenzdenken und keinen Wettbewerb unter den Schülerinnen und Schülern. Am besten unterrichtet man sie in einer Gesamtschule, in der niemand sitzenbleibt. Die Lehrenden sollen jedes Kind nach seinen individuellen Fähigkeiten fördern. Das ist natürlich im Frontalunterricht nicht möglich. Gedichte auswendig zu lernen oder das Einmaleins zu beherrschen, sind längst überholte Drillkonzepte. Besser lässt man die Schülerinnen und Schüler in Gruppen Texte lesen, die repressive Gesellschaftskonzepte zum Thema haben. Vertreter von NGOs, die direkt im Unterricht dabei sind,



Plastikspielzeuge sind keine idealen Geschenke.

können ihnen aufzeigen, welchen Beitrag Kinder für eine gerechtere Welt erbringen können.

5. «Möchten Sie Babynahrung selbst zubereiten, sollten Sie ausschliesslich Bioprodukte verwenden» (Elternwissen.com).

Kinder sollen schon früh realisieren, dass industriell verarbeitete Lebensmittel schlecht



für die Gesundheit sind. Und auch, dass in jedem Apfel krebserregende Rückstände drohen. Also sollte man Mädchen und Buben zum Verzehr von Keimen und Knospen anhalten und sie vom Griff zu Schleckstängeln und Hamburgern abbringen. Ihnen muss bewusst werden, dass Fleischkonsum dem Klima schadet und die Überlebenschancen künftiger Generationen mindert. Das ist nicht einfach, denn die amerika-

nische Esskultur lauert in Form von McDonald's-Läden an allen Ecken und Enden. Ein Meilenstein auf dem Weg zu konsequent gesunder Kost ist immerhin erreicht: Kindergärten mahnen Eltern sofort ab, wenn sie ihren Kleinen Schokoriegel statt Rüeblli zum Znüni mitgeben.

6. «Spielzeug für eine bessere Welt» (Werbezeile von Pastorini, spezialisiert auf Holzspielzeug).

Schon Kleinkinder sollen erfahren, dass die Natur ausnahmslos gut und immer harmlos ist. Eine naturnahe Lebensweise entspricht dem unschuldigen Urzustand des Menschen. Mädchen und Buben müssen wissen, dass alles Naturbelassene per se überlegen ist. Entsprechend soll man darauf verzichten, ihnen Plastikspielzeug oder Videogames zu schenken, und stattdessen auf Geschenke aus Holz setzen. In der Freizeit begleitet man die Kinder am besten mit dem Velo an ein Seeufer, wo sie mit dem Feldstecher Tiere beobachten können. Ideal ist es, sie in einen Waldkindergarten zu schicken, wo sie Vogelhäuschen für bedrohte Arten bauen.

Auch ein unverkrampftes Verhältnis zum eigenen Körper sollen unsere Kleinen mitbekommen. Wilde Mähnen sind besser als Föhnfrisuren mit Gel. Und bitte offene Sandalen tragen und für immer auf High Heels verzichten, die nur die Zehen verkrümmen. Wir sparen uns hier den Hinweis, dass die Freude am Nacktsein zu fördern sei. Nur so viel: Auch Sex ist etwas Natürliches, was sich in einer möglichst frühen Aufklärung spiegeln sollte. Plüschvagina und Holzpenis liegen bereit.

7. «Spielerisch machen wir die Kinder auf den Klimawandel aufmerksam – anhand des Schicksals von Gletscherfloh Willi und seinen Freunden» (Projekt Energie- und Klimapioniere, mitgetragen vom Bund).

Die Zukunft der Erde steht auf dem Spiel. Darum müssen wir den Kindern konsequent vorleben, wie man sich für eine nachhaltige Lebensweise engagieren kann. Es beginnt beim Abfall. Buben und Mädchen müssen erfahren, dass man aus alten WC-Papier-Rollen Figürchen basteln kann. Wenn doch etwas weggeworfen werden muss, dann nur streng getrennt nach Alu, Organischem, Papier, Plastik et cetera.

Weiter müssen Kinder lernen, nicht wegen jedes *Bisi* zu spülen, damit uns nicht das Wasser ausgeht. Selbstverständlich soll man sie ermahnen, immer die Lichter zu löschen. Im Urlaub fliegt man mit dem Nachwuchs nicht nach Mallorca an den Strand, sondern zieht ressourcenschonende Ferien auf dem Bauernhof vor.

Generell gilt es, auf die Bedrohungen von Klimawandel, Gentechnik und Atomkraft aufmerksam zu machen. Eine wichtige Rolle kommt der Schule zu: Im Mathematikunterricht sollen die Schülerinnen und Schüler ihren eigenen ökologischen Fussabdruck berechnen und abschätzen, in wie wenigen Jahren uns das Öl ausgeht. Die Schulreise geht selbstverständlich zu einem Windkraftwerk auf dem Mont Soleil im Jura. Kinder müssen verstehen, dass ihre Existenz im Prinzip eine nie mehr gutzumachende Belastung für Mutter Erde bedeutet. Auf dass sie sich noch während Jahrzehnten für eine erneuerbare Zukunft einsetzen. ○



Natur und Kultur fürs Volk: Hafen von Ouchy.



«C'est tout public»: SP-Vizepräsidentin Géraldine Savary.

Glitzernde Oase der Sozialisten

Keine Schweizer Stadt wählt so stark links wie Lausanne. Auf einem Spaziergang zeigt Ständerätin Géraldine Savary, was die Sozialisten, Kommunisten und Grünen anders machen, die seit einem Vierteljahrhundert die Stadt regieren. Von Markus Schär und Marvin Zilm (Bilder)

Kinder mit Kraushaar planschen im Springbrunnen, Mütter mit Kopftuch waten durchs Wasser. Unter den Sonnenschirmen schlürfen Touristen ihre Cocktails mit Blick auf die Savoyer Alpen jenseits des Sees, im Bootshafen dümpeln die Luxusjachten. Eine urbane Idylle, muss der Reporter zugeben, der vom anderen Ende der Schweiz angereist ist, um das Geheimnis von Lausanne zu ergründen: der Stadt, die so klar links wählt wie keine andere im Land.

«Am Sonntag ist hier alles voll», sagt die Stadtführerin, als sie mit zwanzig Minuten Verspätung eintrudelt: Géraldine Savary, die Waadtländer Ständerätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz, die im Stöckli mit mädchenhaftem Charme auch den Reporter für die pickelhaften Positionen der welschen *socialistes* einnimmt, die ihn vor fünfzehn Jahren aus der Partei vertrieben. Nebenan, auf der lauschigen Terrasse des Château d'Ouchy, seit

dem 12. Jahrhundert ein Wohnturm samt Burg, heute ein Viersternehotel, beweist die Politikerin mit Politologiestudium auch literarische Bildung: «Alle Dichter der Welt haben über Ouchy geschrieben, ob Dostojewski, Lord Byron oder Victor Hugo.» Am schönsten findet die Russischlernende das Gedicht «A Ouchy» von Marina Zwetajewa, darüber, wie die Sonne im Genfersee versinkt.

Banknachbar Christian Levrat

Dieser idyllische Ort der Weltliteratur diene nur dem Privatverkehr, schimpfte Géraldine Savary, als sie 1990 zum Studieren nach Lausanne kam, aus Bulle im Greyerzerland, wo sie mit ihrem Parteipräsidenten und Ständerats-Banknachbarn Christian Levrat in die Schule ging: «Die Place de Navigation war ein riesiger Parkplatz, die Strasse eine Autobahn.» Das änderte die Linke zuerst, als sie 1990 die Wahlen gewann und mit SP-Stände-

rätin Yvette Jaggi das Stadtpräsidium übernahm. «Wir wollten die Stadt den Menschen zurückgeben.»

«C'était la révolution», sagt die Politikerin mit ihrem liebsten Lächeln. «Die Radicaux wussten nicht, wie ihnen geschah. Vorher galt ja Lausanne als Wiege der freisinnigen Bundesräte.» Georges-André Chevallaz und Jean-Pascal Delamuraz stiegen zuletzt aus dem Stadtpräsidium in die Landesregierung auf. Ein Vierteljahrhundert später sitzt nur noch ein Freisinniger, der gebürtige Franzose Olivier Français, in der siebenköpfigen Stadtregierung, und er tritt auch als Ständeratskandidat an – selbst im bürgerlicheren Kanton chancenlos. «1990 gewannen wir noch knapp», erzählt Géraldine Savary, «aber seither haben wir nie mehr verloren.» Warum? «Wir sind besser.»

Das Stadtparlament beherrscht die Linke heute mit 62 von 100 Sitzen, dem höchsten



42 Prozent Ausländer aus 160 Nationen: Place de Navigation.

Anteil unter all den vielen links regierten Städten schweizweit: In Zürich (49,6%), in Genf (48,7%) und in Basel (46%) verpasst sie die absolute Mehrheit knapp. Im Lausanner Parlament sitzen dank Ausländerwahlrecht auch Volksvertreter mit vietnamesischen oder tamilischen Namen. Die *socialistes* stellen 29 Mitglieder, die Grünen 20 und La Gauche, vor allem aus der Partei der Arbeit (POP), 13 – gleich viele wie die SVP.

In der Stadtregierung, der *Municipalité*, um den «grünen Riesen» Daniel Brélaz sitzen neben dem einsamen Freisinnigen Français drei Sozialdemokraten, ein weiterer Grüner und ein Kommunist von der POP. «Wir arbeiteten von Anfang an zusammen», betont Géraldine Savary, die ab 1999 bis zu ihrer Wahl in den Nationalrat 2003 die Stadtpartei führte. «Es war keine Liebesgeschichte»; es sei ja nie einfach, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, besonders in Lausanne, wo ihnen der griechischstämmige Ex-Nationalrat und -Staatsrat Josef Zisyadis die Ideologie einpeitschte. «Aber es war der Schlüssel zum Erfolg.»

Was die vereinte Linke besser macht, bekommt der Reporter gleich nebenan vorgeführt. Die Stadt gab dem Volk nicht nur die von Pendlerautos vollgestellte Place de Navigation zum Flanieren zurück, sie lud am Boulevard auch in öffentliche Gärten ein –

ohne das mondäne und das patriotische Erbe anzutasten. Vor dem Château d'Ouchy zeigt eine Uhr mit Digitalziffern den Countdown bis zur Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Rio 2016; schliesslich verlegte Pierre de Coubertin den Sitz des Internationalen Olympischen Komitees schon 1915 von Paris nach Lausanne. Und vor dem Luxushotel «Beau-Rivage Palace», wo die Mächtigen der Welt sich zu Konferenzen treffen, reitet zwischen Garten und Allee auf einem Sockel der Nationalheld und Stadtheilige: General Henri Guisan.

Die linke Stadtregierung bot aber nicht nur Natur, sondern auch Kultur fürs Volk, und dies

«Bei Ihnen in der Deutschschweiz herrscht dagegen das Mittelalter.»

mit grossen Namen. Ins Théâtre Vidy-Lausanne, für die Expo 1964 von Max Bill gebaut, kam als Direktor Matthias Langhoff, die Inszenierungen zeigten Regiestars wie Peter Brook, Robert Wilson oder Heiner Goebbels. Und im Théâtre de Beaulieu, dem grössten der Schweiz, wirkte das Choreografen-Genie Maurice Béjart mit seiner Ballettruppe; die Stadt nahm den Franzosen 1996 als Ehrenbürger

auf. Das Spektakel zog Connaisseurs aus ganz Europa an, aber auch die Massen, wie die Stadtwerberin unterstreicht: «Hier bekommen Sie immer noch ein Billett für zehn Franken.»

Krippenplätze ohnegleichen

Daneben baute die linke Stadtregierung von Anfang an die Krippen stark aus. Heute zählt Lausanne landesweit am meisten Plätze; mehr als die Hälfte der Kleinkinder findet ab Geburt eine günstige Fremdbetreuung. «Bei Ihnen in der Deutschschweiz», frotzelt Géraldine Savary, die ihre beiden Töchter auch in die Krippe gab, «herrscht dagegen das Mittelalter.» Und schliesslich bietet die «kosmopolitische Stadt», wie sie sich in einem Leitfaden für Zuzüger rühmt, auch viel für die 42 Prozent Ausländer aus 160 Nationen: Sprachkurse für die Portugiesen oder die Somalierinnen, die für Billiglöhne in Hotels oder in Haushalten arbeiten, Integrationshilfe für Gemeinschaften wie jene der Tamilen.

Die Stadtbevölkerung, die zwischen 1970 und 2000 von 137 000 auf 125 000 schrumpfte, wächst seither wieder, seit der Einführung der Personenfreizügigkeit stürmisch. «In der letzten Legislatur [bis 2011] ist Lausanne mit mehr als 136 000 Einwohnern die viertgrösste Stadt der Schweiz geworden», rühmt sich die Muni-

cipalité in ihrem zwölfseitigen Legislaturprogramm 2011–2016. Seit zehn Jahren nehme die Bevölkerung jährlich um 1500 Einwohner zu: «Und die Rahmenbedingungen stimmen, dass diese Entwicklung noch einige Jahre anhalten kann.»

Was das bedeutet, lässt sich vor allem hoch über dem See und der Altstadt besichtigen: auf der Pontaise, wo Lausanne-Sport im Stade Olympique zu besseren Zeiten mit Stars wie Lucien Favre in der Nationalliga A spielte. Schon in der laufenden Legislatur schiessen Blöcke mit 2000 Wohnungen aus dem Boden, bis 2017 wächst ein ganzes Quartier für 12 000 Einwohner heran, samt einem Drittel Sozialwohnungen und einer Energieversorgung, die das Ideal der 2000-Watt-Gesellschaft anstrebt. Die hochfliegenden Träume der Stadtregierung hören auf einen ehrgeizigen Namen: «Métamorphose».

«Die SVP hat hier wenig zu sagen»

«C'est tout public», betont Géraldine Savary. «Wir brauchen eine aktive Politik des Staates.» Die Ständerätin rechnet vor, was die Spekulanten beim Erstellen und beim Vermieten von Wohnungen verdienen. Um ihnen ihr Geschäft streitig zu machen, gründete die Stadt eine volkseigene Aktiengesellschaft, die Siedlungen gemäss ihren Ansprüchen von Privatunternehmen erstellen lässt. «Die Bauriesen wie Mobimo oder Losinger zeigten sich zuerst irritiert», räumt die Politikerin ein. «Jetzt ist Lausanne ihre bevorzugte Stadt.» Und wer sorgt dafür, dass die Billigwohnungen nicht wie im rot-grünen Filz von Zürich oder Bern an Günstlinge mit Vitamin B gehen? «Über die Vermietung entscheidet eine Kommission, die auf die Durchmischung achtet.»

Wächst hier tatsächlich eine Stadt heran, die den Traum vom Ökosozialismus lebt? Der Reporter zückt den Kennzahlenvergleich der Städteinitiative Sozialpolitik: Bei der Arbeits-



Traum vom Ökosozialismus: Port d'Ouchy.

losenquote steht Lausanne mit 7,4 Prozent an erster Stelle, bei der Sozialhilfequote nach dem ärmlichen Biel (11,7 Prozent) mit 10,2 Prozent auf dem zweiten Platz. Jeder Fünfte kann also in der Stadt nicht von seinem Erwerbseinkommen leben, in Bern, Basel oder Zürich nur knapp jeder Zehnte. Und dies, obwohl der Kanton dank dem strammsten *socialiste*, Sozialdirektor Pierre-Yves Maillard, auch Ergänzungsleistungen für arme Familien zahlt und Programme für Jugendliche ohne Job bietet.

Géraldine Savary weiss um die schlechten Zahlen, aber sie wischt sie weg; sie erklärt sie mit den vielen Werkträgern im Tieflohnsegment, derentwegen das Durchschnittseinkommen in der Stadt nur 4000 Franken betrage. In der Politik der Stadt komme das Thema kaum auf, auch nicht der hohe Ausländeranteil bei den Hilfsbedürftigen: «Die SVP hat hier wenig zu sagen.»

Ein anderes Lieblingsthema der SVP nimmt die Linke dagegen auf, aber auch ohne über die Ausländer zu schimpfen: die Sicherheit auf den Strassen und in den Häusern, wo es immer mehr Einbrüche gibt. «Wir mussten etwas machen», sagt Géraldine Savary, und sie weiss nur zu gut, wovon sie spricht: Ihr Ehemann Grégoire Junod, ein Historiker und Ex-Unia-Sekretär, der als Thronfolger gilt, wenn Stadtpräsident Daniel Brélaz nächstes Jahr abtritt, kümmert sich in der Municipalité um den Wohnungsbau und die Sicherheit. Er schickt mehr Polizisten auf die Strassen, weist die Bettler von den Touristenorten weg und schreitet bei Lärmklagen ein.

Denn dieses Problem verdankt Lausanne auch seinem Erfolg: «Als ich 1990 hierherkam, war die Stadt tot», erinnert sich die Politologin; jetzt tobt im Vergnügungsviertel Flon

das Nachtleben. «Wie viele Sterne funkeln heute in der Galaxie von Lausanne?», fragt die Stadt auf ihrer Website: «30 Klubs? Vielleicht auch mehr...» Und sie schwärmt von «Kathedralen», in denen DJs «ihre Hochämter feiern». Der Campus der ETH Lausanne gelte mit 30 000 Leuten als zweitgrösste Stadt des Kantons, erklärt Géraldine Savary. «Und an den Wochenenden kommen bis zu 30 000 Leute aus der ganzen Deutschschweiz, aber auch aus Lyon, Marseille oder gar Paris.» Was lässt sich da machen? «Wir können ja als Linke nicht einfach das Licht löschen.»

Unklare Zukunft in der Steuerhölle

Nochmals die Frage, als die Stadtführerin und der Reporter wieder in Ouchy am Hafen sitzen, wo die *frontaliers* zu Tausenden auf die Fähren nach Frankreich hinüber drängen: Kann es in Lausanne so weitergehen? Lebt die Stadt mit ihren Sozialleistungen, ihren Naturschönheiten und ihrem Kulturangebot nicht einfach von den Leuten, die zum Arbeiten hierherkommen? Schon bis anhin ist Lausanne eine Steuerhölle gewesen, mit den höchsten Sätzen für Private wie für Firmen von allen Kantonshauptorten. Was geschieht, wenn der Bund die Masseneinwanderungsinitiative und die Unternehmenssteuerreform III umsetzt?

Die Stadt mit ihren Träumen muss sparen, die sozialdemokratische Finanzvorsteherin Florence Germond strich bereits das letztjährige Budget um vierzig Millionen Franken zusammen. «Die Linke kann eine strikte Finanzpolitik machen, das Volk akzeptiert von ihr das Sparen eher», betont Savary. «Die Rechte war dagegen im Kanton *une catastrophe*.»

Aber natürlich führe die Unternehmenssteuerreform noch zu harten Diskussionen: Der Kanton, in dem Staatsrat Pierre-Yves Maillard mit dem freisinnigen Finanzdirektor Pascal Broulis zusammenspannt und das Ja zu Steuersenkungen bei den Unternehmen mit Wohltaten fürs Volk erkaufte, könne die Steuerausfälle von 450 Millionen Franken verkraften – «die Städte aber bekommen Probleme». Nicht zuletzt stellt sich die Frage: Was machen die Sitzgesellschaften in Lausanne, wie Philip Morris oder Renault Finance, wenn sie Steuern zahlen müssen wie alle anderen Unternehmen?

«Die nächsten zehn Jahre werden der Testlauf sein», räumt Géraldine Savary ein, mit dem Ausbau des Bahnhofs für eine Milliarde Franken aus dem Bundestopf, aber auch mit der Metro, den Museen im Bahnhofsviertel, dem Stadion und der «Métamorphose» überhaupt: «On verra.» Dann muss die Stadtführerin, die sich für das «journal le plus à droite de Suisse» alle Zeit nehmen wollte, doch gehen; der Ehemann hat für die Familie gekocht. Und die Wellen vor Ouchy glitzern in der Sonne, die untergeht. ○

SOMMER-NACHTSBALL

FREITAG, 21. AUGUST 2015, 19 UHR

«Dürfen wir Sie zum Tanze bitten?»

Glamouröse Ballnacht im historischen Jugendstilsaal

Beginn: 18.30 Uhr mit Aperitif

Gepflegte Abendgarderobe ist erwünscht.

PREIS INKL. 5-GANG GALA-DINER

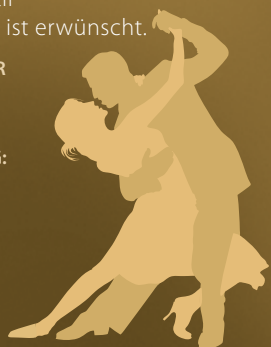
UND TISCHGETRÄNKE:

CHF 230.– pro Person

SPEZIALPREIS ÜBERNACHTUNG:

Ab CHF 100.– pro Person im

Doppelzimmer inkl. Frühstück



WALDHAUS FLIMS
MOUNTAIN RESORT & SPA

WALDHAUS FLIMS | VIA DIL PARC 3 | 7018 FLIMS

T +41 (0)81 928 48 48 | F +41 (0)81 928 48 58

INFO@WALDHAUS-FLIMS.CH | WWW.WALDHAUS-FLIMS.CH



Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Der 1. August ist der Nationalfeiertag unseres einzigartigen Landes. Er gibt Anlass, zurückzuschauen, innezuhalten, dankbar zu sein.

Dankbar dafür, dass unser Land die letzten Jahrhunderte von Konflikten verschont blieb und wir Wohlstand und Lebensqualität erfahren dürfen. Dankbar aber auch für die gute Ausgangslage, welche durch unsere Vorfahren geschaffen wurde.

Das Jahr 2015 ist ein besonderes Jahr: 700 Jahre Morgarten, 500 Jahre Marignano, 200 Jahre Wiener Kongress.

Morgarten: Der erste und wichtige Sieg der Eidgenossen gegen die Grossmacht Habsburg gab unserem damals noch jungen Bund Zuversicht und Selbstvertrauen. Marignano, 200 Jahre später: Die verlorene Schlacht beendete die Expansionsgelüste der alten Eidgenossenschaft und kann als Geburtsstunde der Neutralitätspolitik unseres Landes betrachtet werden, welche mit den Entscheiden des Wiener Kongresses 1815 auch offiziell in Europa anerkannt wurde.

Unserem Land geht es gut. Seine Werte und Wurzeln sind stark, seine demokratischen Institutionen einzigartig. Die Demokratie eint die unterschiedlichen Sprachen und Kulturen. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat bei uns das Volk das letzte Wort – es ist die oberste Instanz.

Diese Werte und Grundsätze gilt es immer wieder aufs Neue zu verteidigen und dafür zu kämpfen, denn sie sind gefährdet.

Selbstbestimmung als oberstes Gut

Die Selbstbestimmung, die Eigenverantwortung, die persönliche Freiheit, die Skepsis gegenüber fremden Mächten oder Herrschern sowie das gesunde Misstrauen gegenüber zu viel zentraler, staatlicher Macht waren schon immer ein Teil unserer Identität.

Diese Identität ist jedoch mehr und mehr in Gefahr:

- Internationale Verträge und Abkommen sowie fremde Richter schränken die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit unseres Landes mehr und mehr ein!
- Demokratische Entscheide an der Urne werden von Bundesrat und Parlament nur noch fallweise umgesetzt!

Die jüngste Geschichte zeigt jedoch: Die Schweiz fährt besser, wenn die Entscheide des Volkes ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Bestes Beispiel: 1992 hatte das Volk den EWR-Beitritt abgelehnt. Unsere Regierung war frustriert und schämte sich für das Volksverdict. Mit dem Volksentscheid im Rücken und hartnäckigem Verhandeln wurden schliesslich mit den europäischen Partnern, aber auch mit vielen anderen Ländern, alternative Abkommen abgeschlossen, welche die Selbstbestimmung und die direkte Demokratie achteten und uns vor den Fehlern der EU bewahrten.

Volksentscheide umsetzen

Der fehlende Wille, Volksentscheide umzusetzen, ist gefährlich: Politik und Bevölkerung entfremden sich. Wenn der Stimmbürger bemerkt, dass seine Anliegen nicht umgesetzt werden, wenn die Stimme in der Urne nichts mehr zählt, so führt das zu einer Verweigerungshaltung. Anstatt sich zu äussern, bleibt man lieber zu Hause oder macht die Faust im Sack, getreu dem Motto «Die in Bern machen ja sowieso, was sie wollen!»

Mass halten – Zuwanderung begrenzen

Im Juni 2015 hat das Bundesamt für Statistik (BFS) seine Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz publiziert: Bereits in 15 Jahren wird die 10-Millionen-Grenze überschritten sein.

Diese Entwicklung bereitet vielen von uns, auch mit Blick auf die nächsten Generationen, Sorge. Wie sichern wir die Tugenden und Werte, die unser Land stark gemacht haben? Wo bleiben die Lebensräume? Wie sollen die Infrastruktur und die Sozialwerke finanziert werden?

Das Volk hat hier vor knapp 1 ½ Jahren Einhalt geboten. Die Schweiz soll die Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Mass halten, laute das Motto. Auch dieser Volkswille muss umgesetzt werden.

Keine Freiheit ohne Sicherheit

Der Staat hat eine Kernaufgabe, und diese ist, Land und Leute zu schützen. Kein Tag vergeht, an dem wir nicht von Krisen, Terroranschlägen und Kriegen hören. Deshalb müssen wir der Sicherheit unseres Landes Sorge tragen.

Frei bleiben wollen wir als Schweizerinnen und Schweizer, aber auch als Land. Hier schliesst sich der Bogen zur Geschichte. Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit sind moderner und erfolversprechender denn je. Wir sollten diese Werte im Alltag achten und sie von Generation zu Generation weiterleben.

*Ich wünsche Ihnen allen einen schönen
1. August, uns allen und der Schweiz die nötige
Kraft, auch künftig für Freiheit, Sicherheit
und Wohlstand zu kämpfen.*

Ihr Toni Brunner
Parteipräsident SVP Schweiz

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch
Mit einer Spende auf PC 30-8828-5
unterstützen Sie unsere Arbeit. Herzlichen Dank.



«Che confusiun!»

Ich konnte links und rechts noch nie richtig auseinanderhalten. Marx und Bakunin fand ich einsame Spitze, aber auch Hölderlin und Eddy Merckx hatten in meiner Normalität Platz.

Jugenderinnerungen von Romana Ganzoni und Yves Noyau (Illustration)

Wenn ich wissen muss, wo rechts ist, simuliere ich einen Handschlag, murmle «Allegra» oder «Grüezi», eine Angewohnheit aus Kindertagen. Die rechte Hand ist meine grüssende Kinderhand. Sie weiss, was zu tun ist. Wenn ich wissen muss, wo links ist, könnte ich den Handschlag simulieren und im Ausschlussverfahren die linke Hand ermitteln. Ich aber schaue auf beide Hände. Auf der einen Hand ist ein Tintenklecks, der sagt: «Ich

bin links.» Ihn verdanke ich Reto, der vor 35 Jahren einen roten Pelikan-Füller nach mir warf und den Handrücken mit einem kleinen Tolggen tätowierte, wie um die Schreibhand zu markieren.

Ich aber schrieb mit der rechten Hand. Deshalb ist die linke Hand meine paradoxe Sudelhand aus der Pubertät. Seit es Rechner gibt, schreibt sie zusammen mit der Kinderhand. Sie einigen sich gerade auf diesen Text. Sie einigen sich darauf, mit den Bergen anzufangen, die mich die ersten zwanzig Jahre meines Lebens umgaben. Sie waren gross, so gross, dass links und rechts keine Rolle spielten.

Wenn man im Unterengadin flussabwärts schaut, sind die einen Berge links, die anderen rechts. Wenn man flussaufwärts schaut, ist es umgekehrt. Ich bevorzugte keine Seite, ich bevorzugte die Namen und die Formen der Berge, die Haus- und Schicksalsberge waren oder gewöhnliche Berge. Wenn ich nach oben schaute, sah ich den Himmel. Mit den Füessen stand ich auf afrikanischer Erde. Ich war immer, wenn ich da war, auch zugleich anderswo.

In der Primarschule, die Pünktlichkeit und Leistung forderte, plagte mich der fehlende Orientierungssinn beim Aufwachen oft bis zum Mittagessen. Der Vater nannte es: durchgehende Mondsucht. Dabei hatte ich nur drei, vier Mal nächtlich Reibkäse aus dem Kühlschrank genommen und auf dem Parkettboden in der Stube verteilt. Es war Sommer gewesen. Ich mochte mich nach dem schönen Eisplatz gesehnt haben und liess es schneien.



Nebst dem Sbrinz fehlte am Morgen jeweils der Kaffeerahm. Die Mutter fand die leere Flasche aus braunem Glas im Abfall unter Gurkenschalchen und Kaffeesatz. Wir lachten. Heute gäbe es dafür eine Dreifachrüge: Aus Tieren gewonnene Fettgetränke sind schlecht für Moral und Gesundheit, Glas wird separat entsorgt, organisches Material muss kompostiert werden. Wobei, es gab bereits Naturschützer, aber die waren nicht rot, sondern konservativ. Grün waren Fischer und Jäger.

Im Unterland war Krieg

Ich schlafwandelte in Küche und Stube. Im Bett knetete ich die Federdecke an die Wand und knotete die Stoffbeine der Pyjamahose zu. Hatte ich Albträume oder war ich kreativ? Was auch immer, die Links-rechts-Falle schlug wieder zu und kulminierte in der zentralen Frage: «Wo geht es am schnellsten zur Schule?»

Die Frage war ein wenig leichter zu beantworten, wenn der Kopf beim Geschepper des Weckers regulär auf dem Kissen lag. Obwohl immer benommen, wusste ich rascher: Auf der Seite der linken Hand, an der ich damals mangels Tintenfleck ein Armband trug, waren Kleiderkasten und Tür, ergo musste ich da hin. Rechts war ein Fenster und fertig. Nichts, was ich jetzt brauchen konnte. Rechts führte die Strasse nach Österreich: Nauders, Innsbruck, Wien. Von Martina in Steigung und Bo-

Nur die bis Jahrgang 1964 fanden Haschisch, grossmaschige Pullover aus Alpaka und runde Brillen cool.

gen auch zu einem verdorrten Zipfel Italiens, wo es immerhin einen hübschen neapolitanischen Grenzer gab, ein winziges Kerlchen, glutäugig und entschlossen, wohl auch entschlossen genug, die Südtiroler zu plagen. Das war Vaterlandspflicht. Ich musste es ausblenden. Die Südtiroler waren meine Helden. Mein Vater erzählte, wie sie in ihrem Frei-

heitskampf Denkmäler in die Luft sprengten, im Gefängnis in Mailand gefoltert wurden, nach Hause kamen, nicht mehr redeten und nach wenigen Jahren starben.

Lag der Kopf am Fussende, ging es plötzlich – *che confusium!* – links nach Österreich, rechts aber, in Richtung Grusshand, zum angepeilten Kasten, zu Tür und Schule – sowie ins Oberengadin, nach Chiavenna und Napoli. Bog man vorher ab, bei Susch, führte der Flüelapass nach Davos, wo Deutsch gesprochen wurde, dann ging es durch das Prättigau ins Unterland. Dort gab es noch viel mehr Probleme mit rechts und links. Davon zeugte später, im Gymnasium, eine, die zu uns in die Klasse gekommen war. Ihre Eltern hatten sie aus dem Sumpf der Stadt gezogen und ins alpine Internat geschickt, das Einheimische extern besuchten: Marlies.

Marlies war drei Jahre älter. Sie stammte aus Zürich und hatte an Unruhen teilgenommen, die nicht im Schlaf gekommen waren. Sie hatte wegen der Unruhen zu wenig Sport getrieben und musste beim Kilometerlauf leiden wie ein Hund. Ich hatte bereits keinen unruhigen Schlaf mehr, als sie die Unruhe, nämlich sich, von Zürich zu uns brachte. Sie sagte,



Vielfalt, die begeistert.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Tablet verfügbar.

Probeabo
10 Ausgaben
nur Fr. 40.–



das liege daran, dass eine Freundin der Freundin der Freundin bei den Unruhen, die uns nie plastisch geworden waren, ein Gummigeschoss von der Schmier ins Auge bekommen habe.

«Schmier», das Wort hatte ich bis dahin noch nie gehört. Im Fernsehen sagten sie «Bullen» oder «Polente», nicht Polizei. Wir sagten zu Hause höchstens «Zolipist». Schimpfnamen für die Polizei gab es nicht. Die Polizisten waren namentlich bekannt. Man hätte vielleicht «blöder Herr Rauch» sagen können. Aber da er nicht blöd war, hätte das wenig Sinn gemacht.

Die Polizei in Zürich schien aus ganz anderem Schrot und Korn zu sein, namenlose Schläger, die Jugendliche ermorden wollten. Wir glaubten Marlies. Im Unterland war Krieg. Wir wurden nur ab und zu abgeschwarzt. Der Lehrer war der Chef. Wenn er reinkam, standen wir auf. Der Rektor der Schule trat auf meine Füsse, wenn ich Turnschuhe trug, auch Kaugummi war verboten. Der Walkman wurde konfisziert. Am Skitag froren sich die Schüler die Ohren ab. Es war nicht erlaubt gewesen, sich bei minus zwanzig Grad Celsius ins Restaurant zu den Lehrern zu setzen. Die Ohren glichen bald herbstlichen Blättern, der Schmuck daran wirkte deplatziert. Am Schwarzen Brett hiess es, was wir erlebt hätten, diene der Abhärtung. Ich merkte nichts von der Abhärtung, aber vielleicht kommen Abhärtungen ja schleichend, wie die Gesundheit nach der Schlägerei oder gute Gewohnheiten.

Lacoste-Hemden in Kükengelb

Um sich zu beruhigen, rauchte Marlies viel Haschisch und kommandierte alle herum. Wir hatten trotzdem Mitleid. Was für ein

«Alternativ» hiess damals vor allem stilistisch anders, nämlich falsch gewickelt.

Scheissleben sie gehabt haben musste, bevor sie endlich in den Bergen Rettung erfuhr. Natur und saubere Luft heilten einfach jeden. Ich rauchte nie Haschisch, auch nicht aus Mitleid oder Solidarität, ich war Jahrgang 1967. Nur die bis Jahrgang 1964 fanden Haschisch, grossmaschige Pullover aus Alpaka und runde Brillen cool. Wir trugen Lacoste-Hemden in Kükengelb, Himmelblau und Rosa, Closed-Jeans mit einem Stoffgürtel, knielange Burberry-Socken, Timberlands, wir träumten von einem Golf GTI, schwarz, mit goldenem John-Player-Special-Kleber auf der Heckscheibe, und wir gingen mit unsern Eltern am Sonntag auf den Vitaparcours.

Mir gefiel der Klang des Wortes «Haschisch». Ich sagte das Wort gerne vor mich hin bei der Station mit den Liegestützen, «Ha» in die An-

spannung, «Schisch» in die Entspannung. Ich färbte mein Haar dazu hennarot, wie die Zürcherin, was zu meinem orangen Deux-Chevaux passte, den ich Ende Mittelschule hatte, um das Rennvelo zu transportieren.

Marlies war die erste Linke, die ich von nahem erlebte. Sie hätte korrigiert: «Links-Autonome». Zu links war mir bisher vor allem mein Nachbar eingefallen, ein Linkshänder, der pädagogisch motivierte Ohrfeigen kassierte, bis das Trommelfell platzte. Bei uns gab es entweder kein linkes Konzept oder keinerlei Bewusstsein dafür, es gab nur die FDP und vier, fünf Alternative, alle namentlich bekannt, wie die Polizei. Sie waren Teil der Community, genau wie die zwei blonden Popper an der Schule, die dauernd die Stirnfransen in ihre Föhnfrisuren bliesen.

«Alternativ» hiess damals vor allem stilistisch anders, nämlich falsch gewickelt. Wenig Coiffeurbesuche, eine Abneigung gegen Deo und Stöckelschuhe, eine Art Wehrhaftigkeit, die ich nicht einordnen konnte, Vorliebe für Drogen und Dienst auf der Alp, aber auch, und das irritierte mich, für die Kunst. Denn das hiess nichts anderes, als dass ich, trotz Deo und Stöckelschuhen, trotz Lacoste-Shirt, wohl ein bisschen alternativ sein musste. Ich interessierte mich leidenschaftlich für die Kunst. Ich malte, sang und schrieb. Schreiben war schon früh eine Obsession, über die ich nicht nachdenken wollte. Beim Nachdenken fühlte ich mich zwittrig, und das war nichts für mich.

Wir trieben Sport und fanden uns normal. Als Normale fand ich deshalb den Marx und den Bakunin einsame Spitze, ihre Texte las ich mit Begeisterung. Mir wäre nie in den Sinn gekommen, dass die Brüder links stehen. Denn die hatten in meiner Normalität genau so Platz wie Hölderlin und Eddy Merckx, von dem ich wusste, dass er am Giro d'Italia 1969 kein Doping genommen hatte. Die Schweine hatten ihn reingelegt. Er weinte seit Jahr und Tag auf dem Foto über meinem Bett, das unter dem Hinterglasbild von Jesus hing.

«Punks haben keine Zeit zu essen»

Merckx weinte, Jesus schaute halb skeptisch, halb verträumt. Er liebte seine Feinde und wäre sicher gegen mein Sturmgewehr gewesen, das im Schlafzimmer neben dem Kleiderkasten stand. Marlies liebte ihre Feinde nicht, aber sie war auch dagegen. Gleichzeitig hätte Jesus, im Gegensatz zu Marlies, mit seinem ausgeprägten Sinn für Gemeinschaft verstanden, dass es unerlässlich war, mit Flurin zum Schützenstand zu fahren. Jeden Samstag nach dem Mittagessen parkierte er den roten Traktor seiner Mutter vor unserem Haus und lud mich zu den alten Freunden aus der Dorfschule, die schon lachend auf der Ladefläche sassen.

Schiessen war grandios und für mich fast gratis, weil ich das Gewehr nicht putzen

musste. Es gab sofortiges Verständnis für meine armen langen Fingernägel, die das Gewehrfett aufsaugen würden und futsch wären. Meine alten Freunde waren echte Freunde, Menschen, die das Unabänderliche annehmen. Einer von ihnen nahm mir deshalb jeden Samstag galant das Gewehr aus der Hand, was als mein persönliches Urerlebnis im Geschlechterkampf gelten durfte: Es gab ihn nicht.

Nach der Links-Autonomen aus Zürich kam der Punk. Sie hiess Lou. Lou war aus Luzern. Sie zwängte sich in diese hautengen Hosen, die auch heute die besten Mädchenfiguren ver-

Beim Nachdenken fühlte ich mich zwittrig, und das war nichts für mich.

schandeln. Lou sah toll aus. Lou war ein Star, der auf der Strasse gelebt und mit elf Jahren begeistert Sex gehabt hatte. Sie war spindeldürr. «Punks haben keine Zeit zu essen», sagte sie. Ihr Haar hatte sie seitlich abrasiert, mittig stand ein diskreter Kamm, vorne hing ein Büschel nonchalant im Spitz zwischen ihren braunen Augen, zwei rotzfreche, warme Bittermandeln, hellbraun, wenn sie lachte. Wenn sie lachte, sah man ihre Schaufeln, die übereinanderlagen.

Sie lachte auch, als sie ihre abgeschnittenen Schamhaare mit irgendwelchen Drogen in ein Trauercouvert rieseln liess, um es ihrem Freund nach Paris zu schicken. Ein Schwarzer. Sie könne nur schwarze Männer lieben, sagte sie. Zwei Tage später war sie dem Couvert hinterhergereist. Lou war um fünf Uhr in der Früh die vereiste Strasse zum Bahnhof runtergeflüchtet. Man zog mich dafür zur Rechenschaft. Der Klassenlehrer behauptete, ich hätte ihr den Schlitten beschafft. Ich wünschte, ich hätte es getan, obwohl ich wünschte, sie wäre noch da.

Man liess mich stundenlang nachsitzen, so lange, bis ich gestehen würde, aber ich gestand nicht. Ich schrieb Gedichte, dann ging ich nach Hause, und ihre Eltern schalteten Interpol ein. Ohne Erfolg. Lou blieb verschwunden. Sie war in Paris und hatte dauernd Sex, während ich las, Liegestütze machte, auf Abenteuer hoffte und gelegentlich daran dachte, was sie mir gesagt hatte: «Schau nicht nach rechts oder links, mach einfach!»



Romana Ganzoni, geboren 1967 in Schuls, lebt und arbeitet als Autorin in Celerina, Oberengadin. Sie hat Geschichte und Germanistik studiert und unterrichtete zwanzig Jahre lang als Gymnasiallehrerin. 2014 war sie für den Ingeborg-Bachmann-Preis nominiert.



«Probier's»: Maler und Zirkusunternehmer Knie, 65.

MvH trifft

Rolf Knie

Von Mark van Huisseling — Ein Linker ist der Zirkusunternehmer und Maler nicht – bloss für Umverteilung und gegen das Erbrecht.

Wir treffen uns in Ihrer Finca auf Mallorca...» – «Ich bin hier im Arbeitslager. Ich hab mich 1990 niedergelassen, bin zirka das halbe Jahr hier, ein bisschen weniger.» – «Es ist schön, aber kulturell ist man ein wenig abgenabelt, nicht wahr?» – «Das kann ich wieder aufholen, wenn ich in der Schweiz bin oder in Deutschland, in Paris oder wo immer auch. In der Schaffensphase, die ich hier hab, lass ich mich nicht ablenken, das geht gar nicht, da bin ich nur im Atelier. Ich komm vom Flughafen und verlass mein Land kaum mehr. Ich geh nicht auf Partys, nicht an Einladungen auf Schiffen – die Leute hier empfinden mich sicher als langweilig, aber ich brauch das nicht.» – «Wie genügt man sich selbst?» – «Es gibt einen schönen Spruch: <Der Mensch wird als Original geboren und stirbt als Kopie>...» – «Ich hab auch einen Spruch, von Polo Hofer: <Lieber vom Leben gezeichnet als von Rolf Knie gemalt.> Tut das weh?» – «Nein, das zeigt, dass ich bekannt

bin. Und Polo Hofer, der arme Kerl, ist wirklich vom Leben gezeichnet.» – «Und Kritik an Ihrem Werk an sich?» – «Ich hatte am Anfang zu viel Aufmerksamkeit, weil ich Fernsehen, Film und Theater gemacht hab. Und das Niveau der Bilder war noch nicht dort, wo es die Aufmerksamkeit gerechtfertigt hätte, muss ich ehrlich sagen. Heute ist es so, dass Kritik oft einen bitteren Nachgeschmack hat, weil sie nicht von Fachleuten kommt.»

Rolf Knie, 65, geboren in Bern, ist Kunstmaler und Zirkusunternehmer, war Schauspieler und Clown. Er ist der Sohn von Pierrette Dubois, der mehrfachen Schweizer Meisterin im Tennis und Eispaarlaufen, sowie Fredy Knie senior. Rolf verliess das Familienunternehmen Circus Knie 1984, weil er seine Ideen bei der Familie nicht durchbrachte. Als Maler ist Knie erfolgreich im Sinn von gut verkaufend; seine Bilder zeigen mehrheitlich Motive, die mit Zirkus zu tun haben, Tiere, Clowns et cetera. Vergangenes

Jahr erschien zu seinem 65. Geburtstag eine (weitere) Biografie («Ungeschminkt»), Rolf Knie Kunst AG, 408 S., Fr. 71.–).

«Sie sind ein Liberaler, nicht wahr?» – «Ich find's schlecht, wenn man sich einer Partei anschliesst und dann wie ein Sprachrohr deren Philosophie übernimmt.» – «Sie sind in keiner Partei?» – «Nein, ich war auch nie wählen in meinem Leben, was nicht unbedingt gut ist. Aber ich gehör wahrscheinlich zur schweigenden Mehrheit, die einverstanden ist mit dem, was passiert. *Mal ä chli mehr, mal ä chli weniger.*» – «Sie haben Positionen, die man als sozialliberal oder links beschreiben kann – Sie nehmen Ihre AHV-Rente nicht, betreiben also Umverteilung...» – «Ich hab zwei alleinerziehende Mütter in Rapperswil, die ich glücklich mache damit. Das hat nichts mit links zu tun, sondern mit meiner Überzeugung. Und wenn das 400 000 andere Schweizer [Vermögensmillionäre] machen würden, hätten wir viele glückliche Menschen in der Schweiz.» – «Das wäre Umverteilung von oben nach unten; eine bürgerliche Partei würde sagen, die unten sollen sich selber am Haarschopf aus dem Sumpf ziehen...» – «Das ist Blödsinn, und es gibt auch dazu einen Spruch: <Reich sein ist nichts Schlimmes, aber reich sterben ist unanständig.>»

«Erbschaftssteuer also. Und Anzweifeln des Erbrechts – weitere linke Anliegen.» – «Nur so funktioniert's. Darum [wegen des Erbrechts] gehen viele Familienunternehmen kaputt. Aldi hat es anders gemacht, die Gebrüder Albrecht haben festgelegt: Keiner der Nachkommen hat das Recht, im Betrieb zu arbeiten, ausser er bringt mindestens gleich viel wie ein Angestellter. Mittlerweile ist nur einer der Albrechts drin, das finde ich gut. Zur Erbschaftssteuer dagegen sage ich klar nein.» – «Sie haben <Salto Natale> Ihrem Sohn übergeben [Winter- und moderner Eventzirkus, Eigenreklame; gegründet 2002 von Rolf Knie und Sohn Gregory]...» – «Es ist eine Ablösung. Ich hab ihm gesagt: <Übernimm das, was ich bis jetzt gut gemacht hab. Und das, was du glaubst, könnte man besser machen – probier's.> Man hat ein Niveau geschaffen in einer Generation, und von nun an sollte es aufwärtsgehen. Aber das können die wenigsten Erben.» – «Der Circus Knie ohne einen Chef mit Namen Knie – wären Sie dazu bereit [er ist Verwaltungsrat des Familienunternehmens]?» – «Für mich war das oberste Gesetz immer, dass der Zirkus und der Name weiterbestehen. Familienmitglieder sind für mich unwichtig. Man kann ein tolles Verhältnis haben mit einem Cousin, einem Bruder – aber ausserhalb des Geschäfts.»

«Sind Sie immer noch Clown?» – «Ja, das ist man ein Leben lang. Der Unterschied zu früher: Damals war ich bezahlt oder überzahlt, heute mach ich es gratis für jeden Löli im Familienkreis.»

Sein liebstes Restaurant: «Modigliani», Paseo del Mar 2, Palmanova, Mallorca, Tel. +34 971 683 279

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15				16
17				18										
		19	20									21		
22	23					24	25			26				
27					28							29	30	31
			32	33						34	35			
36		37					38	39						40
41										42				
43								44					45	
46										47				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Gestaltung in Grün

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Namentliche Verdoppelung plus chinesische Spielweise ergibt Hörvergnügen. 8 Begrenzung: kommt einer Einheit gleich. 11 Plate mögen es viele Franzosen. 12 Strapazierfähig gemacht, oft Teil einer Tracht. 14 Klingt nach Gemenge, duftet nach Gemisch. 15 Hinter der Mauer auf der Lauer, zum Glück Geschichte. 17 Wildrind ohne Anfang und Ende. 18 Schweizer: Grafiker, Schauspieler, Werber, Kabarettist usw. 19 Am Anfang war er ein Stifter, später auch ein Schiffsjunge. 21 Damit wird klar, dass etwas weggelassen wurde. 22 Da handelt es sich um göttliche Liebe. 24 Eine solche Ruhe ist Weisen gegeben. 27 Gletschermann, Affenmensch, Bär – wer ist denn der? 28 Das Städtchen steht sozusagen im Mittelpunkt Italiens. 29 Womit ein Gen purer Sprengstoff ist. 32 Der Andrea und seine Geliebten, die Geigen. 34 Der Körper einer Zelle. 36 Ein solches Sein ist dem Faulpelz gänzlich fremd. 38 Dort beim Pfäffikersee mit Blick ins Zürcher Oberland. 41 Es ersetzt in Österreich oft die Brille. 42 Baden: kleines Rimini-Pendant am Schwarzen Meer. 43 Von Neuburg Richtung Basel, so kurz wie möglich. 44 Den Trumpf spielen Schweizer gerne aus. 45 Die Lösung ergibt sich aus der halbierten Frucht einer Palme. 46 Auch ein Kumpel, dieses Mitglied. 47 Die Einheit der Energie passt zu diesem James Prescott.

Senkrecht — 1 So eine Art Schweiz in Südostasien. 2 Steckt man ihm Geld zu, handelt er sofort aus eigenem Antrieb. 3 Gewisse Journalisten mögen eine solche Bemerkung. 4 Menschen wie du und ich. 5 Er gibt nicht, er empfängt nur. 6 Scheint paradox: rein und doch vermischt. 7 Es äussert sich spöttisch bis dümmlich – nicht wirklich zum lachen. 8 Sie, die den Göttern geweihte, von Dichtern besungene. 9 Sie fühlt sich theoretisch wohl im Universum. 10 Dieser Lacus (See) auf dem Saturnmond Titan. 11 ...-sur-Seine: zu finden im Ballungsraum von Paris. 13 Bei belgischem Monarchen geziemende Anrede. 16 Organ mit teils gewichtiger Stimme. 20 Morphinum und Codein – da denkt man an sie. 23 Es endet mit dem Beginn des Konzerts. 25 Macht das Radio definitiv zum politischen Witz. 26 Ihr ist eine gewieft Wesensart eigen. 28 Becketts Endspiel, mit ihm, dem Blinden und Gelähmten. 30 Kein Plappermaul, dafür mit eleganter Federhaube. 31 Trachten, werden vom Volk als würdevoll betrachtet. 33 So gesehen keine erfreuliche Bilanz. 35 Das Prachtschloss trägt den Namen des Städtchens im Nordosten Kroatiens. 36 Der endlose Tanz wird mit dieser Wende zur Pflanze. 37 Gemeinsamkeit von Schiele und Friedell. 39 Bockig, und darum gut, dass Gott ihm keine Hörner gab. 40 Das begehrte Mineral ist beim Schmuck oft erste Wahl.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 427

	S	T	A	B		K	O	E	B	I		S	T		
	E	R	K	E	R		D		E	N	G	E	I	S	
	A	N	I	T	A		G	L	R	A	U	N	I	Π	
	N	A	G	E	T	I	E	R		G	I	A	N	N	I
	K	R	A	U	L		N		A	L	T	E		R	
	U		R	E	T	O	R	T	E		G	A	T	T	
	N		F	S	A	M	O	A		S	I	L	A		
	F	L	U	R		Γ		D	I	C	K		B	R	B
	I	A	R	I	F	E		E	R	H	A	B	E	N	
	B	O	E	L	L	E	R		I	T	A	L	E	R	
	P	E	R	S	O	N		L		R	E	L	I	N	G
	L	E	E	R			I	R	L	A	N			B	

Waagrecht — 1 STAB 5 KOEBI 11 ERKER
12 ENGELS (Friedrich, Mitbegründer des Marxismus) 14 ANITA 15 GERAUNE 16 NAGETIER 17 GIANNI (Kurzform von Giovanni, Johannes) 18 KRAUL 19 ALTE 20 RETORTE 23 GATT 27 SAMOA 28 SILA (Grande, Gebirge) 29 FLUR 32 DICK 34 BRB (Barbie) 35 TARIFE 37 ERHABEN 39 BOELLER 40 ITALER 42 PERSON 43 RELING 44 LEER 45 IRLAND

Senkrecht — 1 SENAR (lat. Vers) 2 TRIGA (Tragik) 3 AKTEUR 4 BEATLES (früher Song der Beatles) 6 ODER 7 BEAGLE 8 INUIT (heisst Menschen) 9 SEEN 10 TSHIRT 13 GNAEGI 14 ANKUNFT 15 GENOM 19 ATAIR (Stern) 21 TAFELN 22 RODERER (Mustergatte ist Filmtitel) 24 ALBELI (Fisch) 25 TARNEN 26 FUIRORE 28 SKATEN 30 LABEL 31 RIESE 33 CHIRA 36 FLOR 38 BALD 41 RGB

Lösungswort — **DEGENERATION**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Johann Wilhelm Kraussmann, Detail aus «Paeonia major floris, plena, maxima»,
Göthe'schen Pflanzensort, pleno rubromajor, Pflanzensort, 1775
© UICAFB, Berlin, The Peony Collections, Vienna, Austria



Zeit für neue Anlagehorizonte.

Wenn Sie das Potenzial Ihrer Anlagen freisetzen wollen. Nehmen Sie sich Zeit für eine umfassende Beratung:
LGT Bank (Schweiz) AG, Telefon 044 250 81 81

LGT. Ihr Partner für Generationen. In Basel, Bern, Genf, Lugano, Zürich
und an mehr als 15 weiteren Standorten weltweit. www.lgt.ch



**Private
Banking**